

IWK

Internationale
Wissenschaftliche
Korrespondenz

zur Geschichte der Deutschen Arbeiterbewegung

DIETER GROH: Negative Integration und revolutionärer
Attentismus. Die Sozialdemokratie im Kaiserreich

ERNEST HAMBURGER: Betrachtungen über
Heinrich Brünings Memoiren

FELIKS TYCH: Zwei Briefe Rosa Luxemburgs an
Kurt Eisner

PAUL MAYER: Der Stockholmer Dokumentenfund.
Das Archiv der SOPADE

GUNTER KRÜSCHET: Der Nachlaß Otto Hörsing

GERHARD BEIER: Kritischer Literaturbericht
zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften seit 1945

15
Apr. 72

Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung

Im Auftrage der Historischen Kommission zu Berlin
herausgegeben von Henryk Skrzypczak

Inhalt	
DIETER GROH: Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die Sozialdemokratie im Kaiserreich	S. 1
ERNEST HAMBURGER: Betrachtungen über Heinrich Brünings Memoiren	S. 18
FELIKS TYCH: Zwei Briefe Rosa Luxemburgs an Kurt Eisner	S. 40
PAUL MAYER: Der Stockholmer Dokumentenfund. Das Archiv der SOPADE	S. 46
GUNTER KRÜSCHET: Der Nachlaß Otto Hörsing	S. 48
FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung und angrenzender Gebiete XIV	S. 51
GERHARD BEIER: Kritischer Literaturbericht zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften seit 1945	S. 57
NEUE LITERATUR	
Karl Marx. Dokumente seines Lebens, 1818 bis 1883. Bearb. von Manfred Kliem, Leipzig 1970 (<i>Ernst Schraepler</i>) . . .	S. 74
Fritz Sternberg, Der Faschismus an der Macht, Amsterdam 1935 (Reprint) (<i>Hilmar Ruminski</i>)	S. 75
Die Massenstreikdebatte. Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Anton Pannekoek, Frankfurt/M. 1970 (<i>Dirk H. Müller</i>)	S. 76
Marxismus und Politik. Aufsätze aus der Marxismus-Diskussion der zwanziger und dreißiger Jahre, Frankfurt/M. 1971 (<i>Arnold Sywottek</i>)	S. 77
Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Hrsg. von Ernest Mandel, Frankfurt/M. 1971 (<i>Dirk H. Müller</i>)	S. 78
H. C. F. Mansilla, Faschismus und eindimensionale Gesell- schaft, Neuwied/Berlin 1971 (<i>Hilmar Ruminski</i>)	S. 80
Frank Böckelmann, Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit, Frankfurt/M. 1971 (<i>Reinhard Spree</i>)	S. 81
Leo Trotzki, Stalin. Eine Biographie. Hrsg. von Hartmut Mehring, Reinbek 1971 (<i>Hermann Weber</i>)	S. 81
Helmuth Stoecker, Walter Stoecker. Die Frühzeit eines deutschen Arbeiterführers, 1891 - 1920, Berlin 1970 (<i>Ulrich Kluge</i>)	S. 82
Robert F. Wheeler, The Independent Social Democratic Party and the Internationals, Ph. D., Univ. of Pittsburgh 1970 (<i>Agnes Blänsdorf</i>)	S. 83

Das Kabinett Scheidemann, 13. Februar bis 20. Juni 1919. Bearb. von Hagen Schulze, Boppard/Rh. 1971 (<i>Susanne Miller</i>)	S. 84
Arnold Sywottek, Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935 - 1946, Düsseldorf 1971 (<i>Rainer Holzer</i>)	S. 85
Günter Struve, Kampf um die Mehrheit. Die Wahlkampagne der SPD 1965, Köln 1971 (<i>Wolf-Dieter Narr</i>)	S. 87
Gerhard Beier, Ost-West-Vorurteile in der Politischen Bildung, Frankfurt/M. 1971 (<i>Ingrid Thienel</i>)	S. 87
Hermann Weber und Fred Oldenburg, 25 Jahre SED. Chronik einer Partei, Köln 1971; Hermann Weber, Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, 1946 - 1971, Hannover 1971 (<i>Bernd Niedbalski</i>)	S. 88
Max Nettlau, La Première Internationale en Espagne, 1868 - 1888. Bearb. von Renée Lamberet, Dordrecht 1969; Actas de los Consejos y Comisión Federal de la región española, 1870 - 1874. Hrsg. von Carlos Secco Serrano, Barcelona 1970 (<i>Rudolf de Jong</i>)	S. 89
Julius Braunthal, Geschichte der Internationale, Bd III, Hanno- ver 1971 (<i>Arnold Sywottek</i>)	S. 90
Richard Schüller, Alfred Kurella und R. Chitarow, Geschichte der Kommunistischen Jugendinternationale, München 1970 (Reprint) (<i>Reinhold Enke</i>)	S. 92
KURZANZEIGEN UND LITERATURHINWEISE	S. 94
BERICHTIGUNGEN UND ERGÄNZUNGEN	S. 100

Redaktion: Hans. H. Biegert, Rita Klunkert, Gunter Krüschet, Peter Lösche.

Diese Schrift ist kein Gegenstand des Buchhandels. Sie wird von der Historischen Kommission zu Berlin ausgegeben und erscheint dreimal jährlich (April, August, Dezember).

Einzelheft: DM 7,- (Studenten DM 5,-)

Jahresabonnement: DM 21,- (Studenten DM 15,-)

Zahlung nach Erhalt unserer Rechnung auf das Postscheckkonto Historische Kommission – Sonderkonto L, Nr. 2155 15, beim Postscheckamt Berlin West.

Von den älteren Heften sind noch lieferbar die Nummern 1, 5, 6, 9, 11/12, 13 und 14.

Weitere Nachdrucke vergriffener Hefte sind geplant. Ein Gesamtinhaltsverzeichnis für die Hefte 1 - 10 geben wir kostenlos ab.

Anschrift: 1 Berlin 45, Tietzenweg 79. – Tel.: 73 03 61.

Gerichtsstand: West-Berlin.

NEGATIVE INTEGRATION UND REVOLUTIONÄRER ATTENTISMUS

Die Sozialdemokratie im Kaiserreich*

Von Dieter Groh

*„Bestimmend für die innerpolitische Lage in Deutschland ist während des Krieges die Sozialdemokratie geblieben, wie sie es vor dem Kriege war. Während aber in den letzten Friedensjahrzehnten die Sozialdemokratie gleichsam außerhalb des nationalen Lebens stand und die Politik die Aufgabe hatte, die politischen Kräfte und Strömungen des Landes immer erneut durch wechselnde Methoden und Mittel zum Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen, ist mit Kriegsausbruch die Sozialdemokratie ein Teil des nationalen Lebens geworden, der mitbestimmend auf das Ganze wirkt. Mit dem Bekenntnis zum nationalen Gedanken bei Kriegsbeginn ist die Sozialdemokratie aus ihrer alten Isolierung herausgetreten“.*¹

Als Arnold Bill Drews, der letzte Innenminister des Königreichs Preußen, im Februar 1918 nach dem Januarstreik seinen Immediatbericht an Wilhelm II. mit diesen Sätzen einleitete, ahnte er noch nicht, daß er mit seiner Analyse recht und unrecht zugleich hatte. Zwar war die Sozialdemokratie am 4. August 1914 aus ihrer alten Isolierung herausgetreten und hatte sich am 9. November 1918 und in der Folgezeit als Erhalter des deutschen Nationalstaats nach innen und außen erwiesen, aber die Geschichte der Weimarer Republik zeigt, wie isoliert die stärkste demokratische Kraft der deutschen Geschichte von den anderen politischen Kräften blieb.

Dieses In- und Gegeneinander von Isolierung – die sich aus ihrem Charakter als Emanzipationsbewegung der Arbeiterklasse ergab – und Integration hat die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie von ihren Anfängen bis 1914 und auch noch darüber hinaus geprägt. Es soll hier gezeigt werden, welche realen oder vermeintlichen Interessen und sozialpsychologischen Mechanismen jenen eigentümlichen, einzig durch Stagnation verzögerten Auflösungsprozeß mitverursacht haben, der das Wilhelminische Reich in seiner Spätphase kennzeichnet.² Über das Verstehen hinaus soll auch erklärt werden, wie es zu einem Zustand kam, der sich mit folgenden Sätzen aus Hegels Schrift von 1802 über die Verfassung des Deutschen Reiches³ beschreiben läßt: *„Wenn die gesellige Natur des Menschen einmal ist gestört und gezwungen worden, sich in Eigentümlichkeiten zu werfen, so kommt eine so tiefe Verkehrtheit in sie, daß sie ihre Kraft jetzt auf diese Entzweiung von andern verwendet und in der Behauptung ihrer Absonderung bis zum Wahnsinn fortgeht.“* Sei dieser Zustand gegenseitiger Abschließung einmal erreicht, so gebiete die Einsicht nicht mehr über die Macht der Vernunft, sich durchzusetzen gegen die Unvernunft, gegen die subjektive *„Verkehrtheit“* und *„Absonderung“*, d. h. gegen die partikularen Gruppen- oder Privatinteressen: *„der Begriff und die Einsicht*

* Ursprüngliche Fassung der Einleitung zu meiner Habilitationsschrift, die im Herbst 1972 unter dem Titel: *Negative Integration und revolutionärer Attentismus. Die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkriegs (1909 - 1914)* im Propyläen-Verlag erscheinen wird. Dort auch detailliertere Verweise.

1 *Die Auswirkungen der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf Deutschland.* Hrsg. von Leo Stern, Berlin 1959, Bd 3, S. 1048.

2 Hierzu eingehend meine oben genannte Arbeit. Für die Geschichte des Zweiten Reiches wären außer den älteren Arbeiten von Eckart Kehr und Alexander Gerschenkron vor allem zu nennen:

Helmut Böhme, *Deutschlands Weg zur Großmacht. Studien zum Verhältnis von Wirtschaft und Staat während der Reichsgründungszeit 1848 - 1881*, Köln und Berlin 1966; Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit. Wirtschaftsablauf, Gesellschaft und Politik in Mitteleuropa*, Berlin 1967; Hans-Ulrich Wehler, *Bismarck und der Imperialismus*, Köln und Berlin 1969; ders., *Krisenherde des Kaiserreichs 1871 - 1918. Studien zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte*, Göttingen 1971; *Das kaiserliche Deutschland. Politik und Gesellschaft 1870 - 1918.* Hrsg. von Michael Stürmer, Düsseldorf 1970; Dirk Stegmann, *Die Erben Bismarcks. Parteien und Verbände in der Spätphase des Wilhelminischen Deutschland. Sammlungspolitik 1897 - 1918*, Köln und Berlin 1970; Fritz Fischer, *Krieg der Illusionen. Die deutsche Politik von 1911 bis 1914*, Düsseldorf 1969; Peter-Christian Witt, *Die Finanzpolitik des Deutschen Reiches von 1903 bis 1913*, Lübeck und Hamburg 1970.

3 Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Die Verfassung Deutschlands (1802)*, in: Georg Wilhelm Friedrich Hegel, *Politische Schriften*. Nachwort von Jürgen Habermas, Frankfurt/M. 1966, S. 23-139; hier S. 139. Karl W. Deutsch hat das von Hegel beschriebene Phänomen „pathologischen Lernprozeß“ genannt.

der Notwendigkeit (ist dann) viel zu schwach . . . , um aufs Handeln selbst zu wirken; der Begriff und (die) Einsicht führt etwas so Mißtrauisches gegen sich mit, daß er durch Gewalt gerechtfertigt werden muß, dann unterwirft sich ihm der Mensch."

Diese Gewalt – in welcher Form auch immer – einzusetzen, gerade davor schreckten sowohl die Reichsleitung als auch die Sozialdemokratie zurück, so daß es trotz bürgerkriegsähnlicher Situationen, scharfer innenpolitischer Spannungen, vereinzelter politischer Streiks von kurzer Dauer, von einflußreichen Gruppen unterstützter Staatsstreichpläne⁴ nie zu einem offenen Konflikt gekommen ist. Der Hauptgrund dafür, daß dieser nie ausbrach, liegt wahrscheinlich darin, daß die Sozialdemokratie auf dem Wege der *sekundären Integration*⁵ oder der *negativen Integration* zu einem integralen Bestandteil des politischen Gesamtsystems des Zweiten Reiches geworden war.⁶

Die Arbeiterklasse konnte nur zum Bewußtsein ihrer selbst gelangen, indem sie das Ausmaß ihrer ökonomischen und sozialen Unterprivilegierung erkannte⁷ und damit den ersten Schritt zu ihrer Emanzipation vollzog. In Deutschland hat der sich politisch und gewerkschaftlich organisierende Teil der Arbeiter die fehlende Gleichberechtigung nach der Episode der 60er Jahre des 19. Jahrhunderts immer zugleich auch als politische Unterdrückung erfahren.

In der ersten Hälfte der 60er Jahre schien sich im Zeichen der im Verfassungskonflikt offen ausbrechenden Gegnerschaft zwischen preußischem Staat und Liberalismus ein Bündnis zwischen konservativer Staatspolitik und Sozialdemokratie, personifiziert in Bismarck und Lassalle, anzubahnen.⁸ Diese Möglichkeit war ein für allemal dahin, als sich die Arbeiter die ihnen in der Gewerbeordnung vom Gesetzgeber eben erst zugestandenen Rechte gegen den Willen der Arbeitgeber erkämpfen wollten (1869 im Waldenburger Bergarbeiterstreik) und dabei auf den Widerstand der Behörden stießen.⁹

Der *Volksstaat*, das Organ der Sozialdemokratie Eisenacher Richtung, schrieb damals zu Recht, daß das "Verhalten der Behörden . . . die Waldenburger Arbeiter zu Demokraten, das der Arbeitgeber sie zu Sozialisten" mache.¹⁰ Auf der anderen Seite identifizierte das Sprachrohr der preußischen Altkonservativen, die *Kreuzzeitung*, bedenkenlos Unternehmer- und Staatsinteresse.¹¹ Liberale Wirtschaftspolitik und konservative Staatspolitik führten zu einer Kumulierung von Widerständen, die die Erringung der von der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung seit ihren Anfängen in den 30er Jahren angestrebten Gleichberechtigung der Arbeiter mit allen anderen Staatsbürgern im Rahmen der bestehenden Verfassung noch utopischer zu machen schien als die Sprengung dieser Verfassung mittels Eroberung der politischen Macht, sei es auf dem Weg der Reform oder der Revolution.

4 Zum Staatsstreich als "Verfassungselement" des Zweiten Reiches und darüberhinaus zur cäsaristischen Komponente vgl. vor allem die Beiträge von Hans Boldt und Michael Stürmer in: *Das kaiserliche Deutschland*, Hrsg. von Michael Stürmer, Düsseldorf 1970 und ders., *Staatsstreichgedanken im Bismarckreich*, in: *IJZ* Bd 209 (1969), S. 566 ff.

5 Vgl. dazu: Wolfgang Sauer, *Das Problem des deutschen Nationalstaates*, in: *Politische Vierteljahrsschrift* Jg. 3 (1962), S. 159 ff.; in überarbeiteter Form in: *Moderne deutsche Sozialgeschichte*, Hrsg. von Hans-Ulrich Wehler, Köln und Berlin 1966, S. 407 ff.

6 Dieter K. Buse hat in seiner Rezension von Richard W. Reichard, *Crippled from Birth: German Social Democracy 1844 - 1870*, Ames: Iowa State University Press 1969, in: *IWK* H. 13 (1971), S. 84 f. mit Recht darauf hingewiesen, daß die Tatsache, daß eine Partei hauptsächlich Objekt der Politik sei, sie nicht aus der Reihe der bestimmenden Faktoren ausschließe.

7 Zum Problem der Entstehung des Klassenbewußtseins vgl. Michael Vester, *Die Entstehung des Proletariats als Lernprozeß. Die Entstehung antikapitalistischer Theorie und Praxis in England 1792 - 1848*, Frankfurt/M. 1970.

8 Vgl. dazu die Interpretation von Günter Trautmann, *Industrialisierung ohne Innovation. Das Verhältnis von Staat, bürgerlicher Gesellschaft und sozialistischen Arbeiterparteien in Deutschland 1857 - 1878/79*, Diss. phil. Heidelberg 1972.

9 Siehe das letzte Kapitel der im Winter 1972/73 bei Klett (Stuttgart) in der Reihe Industrielle Welt erscheinenden Arbeit von Ulrich Engelhardt, *Die Anfänge der Gewerkschaftsbewegung in Preußen-Deutschland*.

10 Politische Übersicht, in: *Volksstaat* Nr. 26, vom 29. 12. 1869.

11 *Rückblick auf den Waldenburger Strike*, in: *Kreuzzeitung* Nr. 47 u. 48, vom 25. u. 26. 2. 1870.

Fürchtete die konservative politische Führungsschicht die Ausdehnung der politischen Demokratie durch die Arbeiterbewegung über das Reichstagswahlrecht hinaus, die sie ihrer führenden Stellung in Preußen und im Reich berauben mußte, so die liberale wirtschaftliche Führungsschicht die faktische Gleichberechtigung der Arbeiter, die sie auch da zu verhindern wußte, wo sie rechtlich möglich war, um ihre Position im Produktionsprozeß *uneingeschränkt* ausnutzen zu können. Die einhellige Diskriminierung der Gleichberechtigungsbestrebungen der Arbeiter als "kommunistisch" oder "sozialdemokratisch", die Beschwörung des "roten Gespensts" zeugte bereits damals von einer, wenn auch nur negativ bestimmten Interessengemeinschaft zwischen Konservativen und Liberalen zur Erhaltung des status quo, die unter anderen Motiven dem späteren "Bündnis von Roggen und Stahl", dem im Institut des königlich preußischen Reserveoffiziers erreichten "ideologischen Ausgleich zwischen Bürgertum und Militärmonarchie" (Eckart Kehr),¹² sowie allen "Sammlungsbewegungen" gegen die Sozialdemokratie bis hin zum "Bülowblock" und dem "Kartell der schaffenden Stände" zugrunde lag.

Die durch die Industrialisierung gegebene Verknüpfung von Wirtschafts- und Staatsinteressen ließ die Arbeiter die fehlende sozioökonomische Gleichberechtigung, die oft als krasse Ausbeutung in Erscheinung trat, fast immer auch als politische Unterdrückung erfahren.¹³ Schon deshalb war die Emanzipationsbewegung des "Vierten Standes" nicht nur ihrer objektiven Wirkung, sondern auch ihrer subjektiven Intention nach auch und vor allem eine politische Bewegung, mit dem Ziel, die Gleichberechtigung auf politischem Weg zu erobern, nachdem sämtliche Versuche, sie allein im sozioökonomischen Bereich zu erlangen, gescheitert waren. Dazu kam, daß die 1873 einsetzende wirtschaftliche Depression die Lebensbedingungen der meisten Arbeiter bis Ende der 70er Jahre noch mehr verschlechtert hatte. Auf welchem Weg indessen Wirtschaftsverfassung und Staat, die sich außerstande gezeigt hatten, den Arbeitern zu helfen, ja, – griffen diese zur Selbsthilfe durch Streik, – sie noch verfolgten, umgewandelt werden sollten, diese Frage bildete ein weites Feld für Kontroversen innerhalb der Sozialdemokratie.

Der Wille, die bestehenden Verhältnisse auf dem Weg einer Revolution aktiv zu verändern, wurde sowohl durch die Überlegenheit der staatlichen Machtmittel an seiner Entfaltung gehindert als auch durch das Fehlen revolutionärer Traditionen – war doch in Deutschland, von wenigen Ausnahmen abgesehen, der "Mythos der Barrikade" nie ein positiver Mythos gewesen –, vor allem aber durch die wachsende, wenngleich nur negative Integration der sozialdemokratischen Arbeiter in Gesellschaft und Staat.

Negative Integration¹⁴ meint hier den gegenläufigen Prozeß der Vereinnahmung der Arbeiterschaft. Er ist gekennzeichnet durch zunehmende ökonomische Besserstellung und Tendenzen zur rechtlichen und faktischen Gleichberechtigung einerseits, bei gleichzeitiger grundsätzlicher Verweigerung der gleichberechtigten Einbeziehung in Staat und Gesellschaft und Fortdauer der ökonomischen Ausbeutung und der politischen Unterdrückungsmaßnahmen andererseits. Diese negative Integration trug zur Stabilisierung des Wilhelminischen Reiches ebenso bei wie zu seinem Zusammenbruch im Augenblick äußerer Belastung. Die integrierenden Momente ließen die durch Verweigerung der Gleichberechtigung, durch Ausbeutung und Unterdrückung geweckten Aggressionen auf Seiten der sozialdemokratischen Arbeiterschaft nie bis zu einem Punkt anwachsen, an dem sie in revolutionäre Aktionen umschlugen. Die Taktik der Arbeiterführer, die Aggressionen auf den Ausbau der Organisationen umzulenken, hat zu dieser Wirkung der integrierenden Momente entscheidend beigetragen. Sie er-

12 Eckart Kehr, *Zur Genesis des Königlich Preußischen Reserveoffiziers*, in: Eckart Kehr, *Der Primat der Innenpolitik. Gesammelte Aufsätze zur preußisch-deutschen Sozialgeschichte im 19. und 20. Jahrhundert*. Hrsg. und eingeleitet von Hans-Ulrich Wehler, Berlin, 2., durchgesehene Aufl. 1970, S. 53-63; hier S. 62.

13 1868 hatte das *Demokratische Wochenblatt* die ständige Rubrik "Weiße Sklaven" eingeführt, aber schon der ab 1869 erscheinende *Volksstaat* hatte nicht nur einen "Fabrikantenspiegel", sondern auch einen "Polizei- und Richterspiegel", in dem den Lesern das Vorgehen der Behörden gegen die Arbeiter und die Arbeiterbewegung geschildert wurde.

14 Den Begriff hat m. W. zum ersten Mal Guenther Roth, *The Social Democrats in Imperial Germany. A Study in Working-Class Isolation and National Integration*, Totowa, N. J., 1963, bes. S. 8, 312, 315 f. auf die Geschichte der deutschen Sozialdemokratie angewandt. Ich habe versucht, ihn systematisch anzuwenden, was auch bedeutete, seine sozialpsychologischen Momente zu entfalten.

zeugten letztlich auf sozialdemokratischer Seite das Verhaltensmuster des revolutionären Attentismus, das sich durch die Konfrontation mit der täglichen Wirklichkeit immer mehr verhärtete. Von Karl Kautsky, dem führenden Theoretiker der Vorkriegssozialdemokratie, wurde dieses Konglomerat von politischer Abwartehaltung, auf Umsturz der bestehenden Verhältnisse zielender Revolutionshoffnung und verbalem Radikalismus auf die klassische Formel gebracht, daß die deutsche Sozialdemokratie zwar eine revolutionäre, aber keine Revolutionen machende Partei sei.¹⁵

Die Arbeiter wurden durch das in den 80er Jahren beginnende rasche Ansteigen des Reallohn-niveaus bis 1900, durch die Folgen des Mitte der 90er Jahre einsetzenden Wirtschaftsaufschwungs,¹⁶ durch die Versicherungsgesetze der 80er Jahre und die sozialpolitischen Maßnahmen der folgenden Jahrzehnte in ökonomischer und sozialer Hinsicht immer besser gestellt, ohne daß sich jedoch an ihrer Lage grundsätzlich etwas änderte. Dies war die materielle Basis ihrer Integration. Die Arbeiter hatten, was besonders die Gewerkschaftsführer seit der Jahrhundertwende betonten, mehr zu verlieren als ihre Ketten. Sie waren aber andererseits im ökonomischen und sozialen Bereich alles andere als gleichberechtigt, und zwar weder als Einzelne im Betrieb gegenüber den Arbeitgebern, noch organisiert als Gewerkschaften gegenüber den Unternehmern und deren Verbänden; ganz zu schweigen von den Verfolgungen durch die Unternehmerorganisationen und die Behörden, denen sie im Fall von Arbeitskämpfen ausgesetzt waren. Dazu kommt, daß die durchaus als Fortschritt zu wertende Sozialpolitik Bismarcks in patriarchalischer Weise einseitig auf Versicherung der Arbeiter und auf Fürsorgemaßnahmen, nicht aber auf Arbeiterschutz ausgerichtet war, den sowohl die Sozialdemokraten als auch die Sozialkonservativen und der engste sozialpolitische Mitarbeiter Bismarcks, Theodor Lohmann, vergeblich gefordert hatten.¹⁷

Zwar gab es zeitlich und lokal begrenzte Verbote und die Praxis der Behörden und Gerichte, Straf- und Vereinsgesetze sehr extensiv zuungunsten der Arbeiterbewegung auszulegen, jedoch existierten die sozialdemokratischen Organisationen und ihre Presse mit Ausnahme der zwölf Jahre Sozialistengesetz legal. Faktisch waren ihre Anhänger aufgrund der in den Gemeinden und in den einzelnen Bundesstaaten bestehenden Klassen- und Zensuswahlrechte, die nur in Süddeutschland und in einigen mitteldeutschen Kleinstaaten in den letzten Jahren vor dem Weltkrieg abgeschafft wurden, wie alle anderen Arbeiter und Schichten mit geringem Einkommen politisch nicht gleichberechtigt. Darüberhinaus waren sie, ob Mitglieder der Gewerkschaften, der Partei oder nur Sympathisanten und Wähler, von jeder Führungs- und Vertretungsaufgabe außerhalb ihrer Organisationen und außerhalb der Parlamente, von jeder Beamtenstellung – auch wieder mit geringfügigen Ausnahmen in den süddeutschen Staaten – so wie von jeder Beschäftigung in staatlichen Betrieben ausgeschlossen. Sie konnten weder Gemeinderatsmitglieder, Beigeordnete oder Bürgermeister, weder Lehrer – ob an der Volksschule oder an der Universität – oder sonstige Beamte, noch Berufssoldaten oder Reserveoffiziere werden. Ein Turnlehrer, ein Medizinalrat, ein staatlicher Angestellter, ein Eisenbahnarbeiter oder ein kleiner Staatsbeamter, der im Verdacht stand, der SPD seine Stimme gegeben zu haben und diesen Verdacht nicht einwandfrei widerlegen konnte, verlor seine Stellung. Schule, Verwaltung, Justiz und Armee sollten als Bollwerke gegen die höher und höher steigende Flut der Sozialdemokratie dienen.¹⁸ Der Zutritt zu Lokalen, in denen Sozialdemokraten verkehrten,

15 Erich Matthias hat Teile von dem, was ich revolutionären Attentismus nenne, als "Integrationsideologie" beschrieben. Vgl. dazu: Erich Matthias, *Kautsky und der Kautskyanismus*, in: *Marxismusstudien*. Hrsg. von Iring Fetscher, 2. Folge, Tübingen 1957, S. 151 ff. –; Steinberg spricht von "Fatalismus"; Vgl. Hans-Josef Steinberg, *Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie. Zur Ideologie der Partei vor dem 1. Weltkrieg*, 2. Aufl. Hannover 1969. passim. Beide beschränken sich jedoch in erster Linie auf den Bereich der Ideologiekritik.

16 Vgl. dazu insbesondere das zweite Kapitel bei Hans Rosenberg, *Große Depression*, S. 22 ff.

17 Vgl. Hans Rothfels, *Theodor Lohmann und die Kampfjahre der staatlichen Sozialpolitik 1870 - 1905*, Berlin 1927.

18 Dieses System der Gegengewichte beschreibt Klaus Saul (Hamburg) für das Wilhelminische Reich in einer Arbeit, deren erster Band 1972 erscheinen wird. Siehe auch ders., *Der Kampf um die Jugend zwischen Volksschule und Kaserne. Ein Beitrag zur Jugendpflege im Wilhelminischen Reich 1890 - 1914*, in: *Militär-geschichtliche Mitteilungen* Jg. 1971, H. 1, S. 97 ff.

und zu Wohnungen von Sozialdemokraten war Militärpersonen untersagt. Die amtliche Begründung für ein solches Verbot lautete: "Für Militärpersonen verboten, da dort Dirnen, Zuhälter und Sozialdemokraten verkehren."¹⁹

Im gegenläufigen Prozeß der negativen Integration, im Gegeneinander von Legalität, vordergründiger ökonomischer Besserstellung, zunehmender Parlamentarisierung und immer stärkerer Ausbildung der sozialdemokratischen Organisationen auf der einen und Verweigerung der politischen Gleichberechtigung, Fortdauer der absoluten Unsicherheit in wirtschaftlicher Beziehung und Unternehmerwillkür des "Herr-im-Hause-Standpunkts" auf der anderen Seite, verschob sich das Gewicht sogar noch zugunsten des repressiven Moments: durch die immer wieder erneuerten Versuche der Regierung und der Wirtschaftsverbände, die Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Gewerkschaften und Parteiorganisationen gesetzlich zu untermauern, durch die dadurch stets wieder auflebende Angst vor einer Zerschlagung der Organisationen oder zumindest einer Einschränkung der mühselig genug eroberten Rechte, durch die in einigen Ländern und Gemeinden erfolgende Verschlechterung der Wahlrechte und durch Staatsstreichpläne, die darauf abzielten, das einem Ausnahmegesetz im Wege stehende Reichstagswahlrecht zu beseitigen.²⁰

In den anderthalb Jahrzehnten zwischen dem Verfassungskonflikt und der wirtschafts- und innenpolitischen Wende Ende der 70er Jahre wurden die ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Prozesse in Gang gesetzt, die für das Verhältnis von preußisch-deutschem Staat und der sich rasant industriell entwickelnden Gesellschaft einerseits und der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung andererseits bestimmend geworden sind. In diese Zeit fallen: die Verabschiedung der Gewerbeordnung von 1869, an die die Arbeiter weitreichende Erwartungen knüpften, und der Waldenburger Streik, in dem diese Erwartungen noch im selben Jahr enttäuscht wurden;²¹ die Reichsgründung, die die Hoffnung, den "Volksstaat" auf dem Weg einer nationaldemokratischen Revolution einzuführen, nach dem "Bürgerkrieg" von 1866 nun endgültig zunichte machte; die großen Prozesse gegen die Führer der Sozialdemokratie in den Jahren 1871 und 1872, die deutlich zeigten, daß diese von den als staatstragend sich verstehenden Schichten aus der Staatsnation ausgeschlossen wurden;²² und schließlich der "Gründerkrach" von 1873, der die Hochkonjunktur abschloß und den Beginn der großen ökonomischen Abschwungphase markierte, die bis Mitte der 90er Jahre andauerte und deren Folgen kaum überschätzt werden können.²³

Mit dem "Gründerkrach" beginnt der ökonomische Niedergang des Liberalismus und damit die Erschütterung liberaler Vorstellungen und Werte überhaupt. Die unmittelbaren Folgen der Depression waren der erste große Aufschwung der Sozialdemokratie und auf der Gegenseite die Gründung großagrarischer und industrieller Interessenverbände, die in enger personeller und organisatorischer Verbindung mit konservativen politischen Gruppen erfolgte. Hier sind vor allem die *Vereinigung der Steuer- und Wirtschaftsreformer* und der *Centralverband Deutscher Industrieller*, die im Jahre 1876 entstanden, zu nennen. In ihnen wurde das durch Bismarcks Übergang zur Schutzzollpolitik inaugurierte und von seinen Nachfolgern unter wechselnden Aspekten immer wieder erneuerte Bündnis zwischen agrarisch-feudalen und bürgerlich-industriellen Interessen vorweggenommen. Das "Bündnis zwischen Stahl und Roggen" entstand unter dem Zwang der Wirtschaftskrise und nach dem Verlust der Wettbewerbsfähigkeit der getreideerzeugenden Großlandwirtschaft durch die überseeische und russische Konkurrenz.

19 Dies war der sogenannte Militärboykott, der viele Gastwirte ruinierte.

20 Für die 90er Jahre sind hier das Umsturzgesetz und die Zuchthausvorlage zu nennen, später die Beratungen im preußischen Staatsministerium 1906. Für die Zeit zwischen 1912 und 1914 siehe Kap. 5 meiner demnächst erscheinenden Arbeit.

21 Vgl. demnächst Engelhardt, *Anfänge der Gewerkschaftsbewegung in Preußen-Deutschland*.

22 Vgl. Werner Conze – Dieter Groh, *Die Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung. Die deutsche Sozialdemokratie vor, während und nach der Reichsgründung*, Stuttgart 1966 S. 101 ff.; Hans-Josef Steinberg, *Sozialismus, Internationalismus und Reichsgründung*, in: *Reichsgründung 1870/71*, Hrsg. von Theodor Schieder und Ernst Deuerlein, Stuttgart 1970, S. 319 ff.

23 Vgl. Rosenberg, *Große Depression*, und Wehler, *Bismarck und der Imperialismus*.

Parallel mit dem Wachstum der sozialistischen Arbeiterbewegung verläuft die erste große Welle von gerichtlichen Verboten und behördlichen Verfolgungsmaßnahmen, die konsequenterweise im Sozialistengesetz endeten. Verstand man wie Bismarck die Sozialdemokratie als Krankheit – was ideologiekritisch als Immunisierungsstrategie zu interpretieren ist –, so konnte von einer Kombination von Sozialpolitik zugunsten der einzelnen Arbeiter und Repressivpolitik gegen ihre "staatsfeindlichen" Organisationen durchaus Heilung erhofft werden.²⁴

Bismarck, seit Mitte der 70er Jahre von der Notwendigkeit einer Wende der Finanz- und der Wirtschaftspolitik sowie der Bekämpfung der Sozialdemokratie durch Repression und Sozialpolitik überzeugt, wartete auf die Möglichkeit, seine politischen Vorstellungen zu verwirklichen. Es ging ihm darum, den Einfluß der Liberalen in Regierung, Verwaltung und Parlament soweit einzuschränken, daß sowohl die Schutzzollpolitik als auch sozialpolitische Gesetze zugunsten der Arbeiter und Verbotsgesetze gegen ihre Organisationen durchgesetzt werden konnten. Die Kaiserattentate 1878 boten die einmalige Chance, das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie" parlamentarisch durchzubringen, die Nationalliberalen aus ihrer beherrschenden Stellung im Reichstag durch Neuwahlen zu verdrängen und sie gleichzeitig durch die unter dem Druck der öffentlichen Meinung zustandgekommene Zustimmung zum Sozialistengesetz in den Augen vieler ihrer Anhänger moralisch zu diskreditieren – ein kombinierter Schlag gegen den deutschen Liberalismus, von dem er sich nie mehr erholen sollte.

Daneben hatte Bismarck bereits seit 1876 im Hinblick auf den von ihm angestrebten Umschwung ein Revirement innerhalb der Regierung und der obersten Verwaltung eingeleitet. Es führte auf die Dauer gesehen nicht nur zu einer Ablösung der liberalen Verwaltung durch eine konservativ ausgerichtete, sondern auch zu einer "Refeudalisierung" und "Militarisierung" der preußisch-deutschen Gesellschaft und des Staatsapparates, die im "System Puttkamer" gipfelten: der zielbewußt betriebenen ideologischen und personellen Umstrukturierung der gesamten preußischen Verwaltung und Justiz unter Innenminister Robert v. Puttkamer in den Jahren 1881 - 1888.²⁵ Umgekehrt wurde dieses System erst in den 20er Jahren angewandt, dann aber mit bedeutend geringerer Intensität und geringerem "Erfolg".²⁶

Die mögliche Bewunderung für die geschickte Ausnutzung der gegebenen Konstellation zu einer Vielzahl von Zwecken vergeht sehr rasch, denkt man an die Folgen dieser Wende, die sicher bedeutend weniger geplant war, als es in der Rückschau erscheinen mag. Bismarcks Hauptziele waren die Verbesserung der finanzpolitischen Lage des Reichs und die Gewinnung eines größeren Spielraums gegenüber dem Parlament, insbesondere für die Militärausgaben, die teilweise durch Zolleinnahmen gedeckt werden sollten.²⁷ Der große Aufwand, mit dem er diese Ziele verfolgte, stand nicht in angemessener Relation zu dem Erreichten. Betrachtet man die bis zur Finanzreform von 1909 stetig zunehmende Verschlechterung der Reichsfinanzen, ausgewiesen durch die sich vergrößernde Reichsschuld und den in gleichem Maß anwachsenden Schatzscheinumlauf, so liegt der Mißerfolg klar auf der Hand.²⁸ Dazu kommt, daß der wirtschaftspolitische Kurswechsel in einem Moment stattfand, in dem die sechs Jahre andauernde schwere Krise bereits abflaute und eine ökonomische Zwangslage nicht mehr gegeben war,²⁹ – abgesehen vom Agrarsektor, dessen in erster Linie die getreidean-

24 Siehe dazu Dieter Groh, *Die mißlungene "innere Reichsgründung". Verfassung, Wirtschaft und Sozialpolitik im Zweiten Reich*, in: *Revue d'Allemagne* Jg. 4 (1972), H. 1.

25 Vgl. Eckart Kehr, *Das soziale System der Reaktion unter dem Ministerium Puttkamer*, in: *Primat der Innenpolitik*, S. 64 ff.

26 Vgl. Wolfgang Runge, *Politik und Beamtentum im Parteienstaat. Die Demokratisierung der politischen Beamten in Preußen zwischen 1918 und 1933*, Stuttgart 1965.

27 Bismarcks Absicht, die Reichsfinanzen auf die Zölle zu stellen, schlug nicht nur aufgrund der Franckensteinischen Klausel fehl, die bestimmte, daß Zolleinnahmen über 130 Millionen Mark an die Bundesstaaten abgeführt werden mußten.

28 Siehe die Tabellen bei Wilhelm Gerloff, *Die Finanz- und Zollpolitik des Deutschen Reiches*, Jena 1913, S. 478 u. 521.

29 So Rosenberg, *Große Depression*, S. 169 ff.

bauende Güterwirtschaft betreffende Strukturkrise mit der Schutzzollpolitik auf die Dauer eher verschlimmert wurde.³⁰ Der wirtschaftspolitische Funktionswandel des Staates zum Protektionismus lag aber durchaus im deutschen und internationalen Trend. Daß er in dieser Weise erfolgte, ergab sich einmal aus den obrigkeitstaatlichen Traditionen und Denkgewohnheiten Preußen-Deutschlands, zum anderen daraus, daß Bismarck seine Entscheidungen in einem Moment erhöhter Plastizität weil Labilität der ökonomischen Strukturen traf.

Die von Bismarck als Fernziel angestrebte und seit 1871 von vielen Seiten erwartete "zweite" oder "innere Reichsgründung" fand nicht statt.³¹ Die von ihm angeregte Sozialpolitik war zwar auf die Dauer ein Fortschritt, dieser wurde aber, was Bismarcks Ziele betraf, durch die Auswirkungen des Ausnahmegesetzes zunichte gemacht. Die wirkliche materielle Sozialreform war die "anonyme Sozialpolitik des Marktmechanismus" (Hans Rosenberg), die Erhöhung des Realwochenlohniveaus zwischen 1881 und 1896 um 35 %.³² Mit der Stabilisierung der wirtschaftlichen Verhältnisse verstärkte sich das Verlangen der Arbeiter nach Verbesserung ihrer gesellschaftlichen und politischen Stellung. Die rapide Steigerung der Reallöhne in den 80er Jahren wirkte genauso wie ihre Senkung zwischen 1874 und 1878 zugunsten der Sozialdemokratie, denn damit ging weder eine Sicherung des Arbeiters noch eine schrittweise Aufhebung der ökonomischen Ausbeutung und der gesellschaftlichen und politischen Unterprivilegierung Hand in Hand.

Zur Integration der sozialistischen Arbeiter in Staat und Gesellschaft, dem wichtigsten Ziel Bismarcks, trugen Sozialistengesetz und Sozialpolitik nicht bei. Im Gegenteil: die SPD ging als stärkste Partei und mit einem außerordentlich hohen Grad an gruppeninterner Integration aus der zwölfjährigen Verfolgung hervor.³³ Die große Mehrheit der Mitglieder und Anhänger der Sozialdemokratie hatte den Glauben endgültig verloren, ihren Anspruch auf Gleichberechtigung verwirklichen zu können, ohne Staat und Gesellschaft vollkommen zu revolutionieren. Sogar der Begriff des Staates war diskreditiert, wie man aus dem Verschwinden der politischen Zielvorstellung der 60er und 70er Jahre, des "Volksstaates", ablesen kann.

An Stelle der von Bismarck beabsichtigten "Hinführung der Arbeiter an den Staat" waren Gift und Haß gesät worden, deren Motive die persönlichen Erfahrungen der Generation bildeten, die bis zum Weltkrieg die sozialdemokratischen Führer stellte. Die Erfahrungen in der "heroischen Periode", wie sie in der parteioffiziellen Geschichtsschreibung hieß, waren die Grundlagen für das unüberwindliche Mißtrauen gegenüber dem Staat und den bürgerlichen Parteien bis 1914. Durch die ständig erneuerten, wenn auch stets scheiternden Versuche, neue Ausnahmegesetze einzuführen, durch die geplanten und teilweise auch durchgeführten Verschärfungen bestehender Gesetze und den Erlass neuer Verordnungen zuungunsten der Partei, vor allem aber der Gewerkschaften, wurde dieses Mißtrauen in unverminderter Stärke wachgehalten.

Die Verhaltensmuster und die mit ihnen in enger Wechselbeziehung stehenden Ideologeme, die die deutsche Sozialdemokratie bis in die Weimarer Republik geprägt haben, wurden in diesen zwölf Jahren fixiert. Alle Ansätze innerhalb der Sozialdemokratie, Bismarcks Versicherungs- und Verstaatlichungsgesetzgebung im Sinne staatssozialistischer Anschauungen zu interpretieren, die zwischen 1884 und 1886 auf Widerhall innerhalb der Parteiorganisationen gestoßen waren,³⁴ wurden durch die neue

30 Dies zeigen die Untersuchungen von Lujo Brentano, *Die deutschen Getreidezölle*, 3. Aufl., Stuttgart und Berlin 1925, Alexander Gerschenkron, *Bread and Democracy in Germany*, 2. Aufl., Berkeley 1966, Hans-Jürgen Puhle, *Agrarische Interessenpolitik und preußischer Konservatismus im wilhelminischen Reich (1893 - 1914)*, Hannover 1967.

31 Vgl. Dieter Groh, *Die mißlungene "innere Reichsgründung"*.

32 Vgl. Rosenberg, *Große Depression*, S. 217.

33 Auch die Ausbildung der sozialdemokratischen Subkultur hängt eng damit zusammen. Zur Subkultur und ihrer Bedeutung siehe Guenther Roth, *Social Democrats in Imperial Germany*, und bes. M. Rainer Lepsius, *Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft*, in: *Wirtschaft, Geschichte und Wirtschaftsgeschichte. Festschr. für F. Lütge*, Stuttgart 1966, S. 371 ff., bes. 388 ff.

34 Siehe Vernon L. Lidtke, *The Outlawed Party. German Social Democracy 1878 - 1890*, Princeton 1966; Hans-Christoph Schröder, *Sozialismus und Imperialismus*, Hannover 1968, S. 119 ff.

rücksichtslose Verfolgung seit 1886 wieder zunichte gemacht. Der in den Debatten um die Verlängerung des Sozialistengesetzes ständig aufgefrischte Anstrich des "roten Gespenstes" hat auch auf der anderen Seite, d. h. in der bürgerlichen öffentlichen Meinung und in den Anschauungen der Führungsschichten, tiefe Spuren hinterlassen.

Bismarck hielt im Gegensatz zu seinem engsten sozialpolitischen Mitarbeiter, Theodor Lohmann, und den Sozialkonservativen um Hermann Wagener und Rudolph Meyer bis zuletzt an der Illusion fest, daß die Integration der Industriearbeiterschaft in die konstitutionell-obrigkeitlich organisierte Nation und damit die Stabilisierung der bestehenden konservativen sozialen und politischen Ordnung trotz fortschreitender Industrialisierung, die er selbst noch nach Kräften förderte, ohne eine durchgreifende Staats- und Gesellschaftsreform möglich sei. Nicht zuletzt aufgrund dieser Bismarckschen Illusion entwickelte sich ein Trend zur staatlich gelenkten Blockbildung: Der Staat förderte Organisation und Tätigkeit von erwünschten Interessengruppen, ging zur indirekten Subventionierung bevorzugter Gesellschaftsgruppen und Unterdrückung der Tätigkeit derjenigen Organisationen über, die die benachteiligten Gesellschaftsgruppen erfaßten.

Vier Faktoren dienten zur Untermauerung des für die Periode der Industrialisierung Preußen-Deutschlands spezifischen Bündnisses zwischen Großagrariern und Großindustrie, das allen Sammlungsbewegungen der "staatserhaltenden Kräfte" zugrunde lag: 1. das System der "kollektiven Bestechung" (Lohmann); 2. das Hinauszögern der Reichsfinanzreform bis 1909; 3. der Funktionswandel des Nationalbegriffs und 4. die Verketzerung der Sozialdemokratie als Sündenbock der Nation.

1. Die aufgrund der ökonomischen und industriellen Entwicklung des Reiches mehr und mehr in ihren Interessen und Zielvorstellungen divergierenden agrarisch-konservativen und industriell-liberalen Schichten und die ihnen zugeordneten Parteien konnten immer schwerer zu einem Konsensus gebracht werden. Auf diesen war aber die Reichsleitung zur Bildung einer Reichstagsmehrheit angewiesen: Angesichts der steigenden innen- und militärpolitischen Aufgaben desto notwendiger, je mehr seine Chancen sich verringerten. Die zu diesem Zweck von Seiten der Regierung eingeleiteten "Sammlungsbewegungen" der "staatserhaltenden" oder der "Ordnungsparteien" reichten von Miquels Sammlungspolitik bis zum "Bülowblock". Zu verwirklichen waren sie nur auf Kosten der Arbeiterschaft und des minder bemittelten Teils der Bevölkerung. Und zwar im buchstäblichen Sinn, da die steigenden Rüstungsausgaben durch Erhöhung der Getreidezölle und der indirekten Steuern finanziert wurden. Die Einführung direkter Steuern konnten Schwerindustrie und Großagrariern, die sich gegenseitig Getreidezölle und Flottenbau bewilligt hatten, gemeinsam verhindern.³⁵

Kein Sozialdemokrat hat die Anfänge dieses Systems Ende der 70er Jahre schärfer kritisiert als der Sozialkonservative Rudolph Meyer, zusammen mit Hermann Wagener und Carl v. Rodbertus-Jagetzow, der Hauptkritiker von Bismarcks Sozial- und Wirtschaftspolitik:

*"Die Interessenten hängen ihren egoistischen Wünschen ein nationales und loyales Mäntelchen um, und unter dem Gekläff der Preßmeute, welche sich auf die wehrlosen Arbeiter stürzt, beginnt die Periode der Bereicherung durch die Zölle, nachdem die Bereicherung durch den Schwindel unmöglich geworden war."*³⁶

2. Dieses Bündnis hielt an, solange eine einschneidende Reform der Reichsfinanzen hinausgezögert werden konnte, nämlich bis 1909. Bis dahin war der ungedeckte Teil der staatlichen Ausgaben durch eine steigende Verschuldung des Reiches aufgefangen worden.³⁷ Als aber der Reichskanzler Bethmann Hollweg und seine Mitarbeiter 1909 zum Prinzip "keine Ausgabe ohne Deckung" übergingen,

35 Dazu bes. Eckart Kehr, *Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894 - 1901. Versuch eines Querschnitts durch die innenpolitischen, sozialen und ideologischen Voraussetzungen des deutschen Imperialismus*, Neudr. New York 1966; Puhle, *Agrarische Interessenpolitik*; Stegmann, *Die Erben Bismarcks*; Witt, *Finanzpolitik*; Volker R. Berghahn, *Der Tirpitz-Plan. Genesis und Verfall einer innenpolitischen Krisenstrategie unter Wilhelm II.*, Düsseldorf 1971.

36 Rudolph Meyer, *Der Capitalismus fin de siècle*, Wien-Leipzig 1894, S. 82.

37 Bei allen Verdiensten der Arbeit von Witt über die Finanzpolitik 1903 - 1913 wird in ihr nicht deutlich genug herausgearbeitet, daß Bülow den "Block" nur zusammen halten konnte, wenn er die Finanzpolitik nicht sanierte.

wurde die Einführung direkter Reichssteuern notwendig, denen sich die Konservativen prinzipiell widersetzen, zu deren Bewilligung die Liberalen aber gewonnen werden konnten. Jetzt trat an die Stelle der durch die Regierung initiierten Blockbildung und Sammlungsbewegungen die "Politik der Diagonale" zwischen rechts und links, zwischen den beharrenden und den vorwärtstreibenden sozio-ökonomischen und politischen Kräften.

3. Im Gefolge der ökonomischen Depression und der Bildung von Interessenverbänden war der Nationalgedanke längst auch zu einer Ideologie geworden, die zur Durchsetzung anderer, in erster Linie wirtschaftlicher Interessen und der Erhaltung der politischen Macht der Führungsschichten diente.³⁸ Seit den 90er Jahren wurde der Begriff der Nation zur Leerformel ausgemünzt. Je nach Bedarf konnte sie mit konkreten Inhalten ausgefüllt werden, die es ermöglichten, auch widersprüchliche Interessen zumindest ideologisch zur Deckung zu bringen.³⁹

4. Einen der wichtigsten Integrationsfaktoren der "Sammlung der staatserhaltenden Kräfte" stellte die von der Regierung absichtlich übertriebene "sozialdemokratische Gefahr" dar. Da mit zunehmendem zeitlichen Abstand von den revolutionären Ereignissen von 1848/49 und dem Pariser Communeaufstand⁴⁰ die Drohung mit der "Revolution" und dem "roten Gespenst" immer mehr verblaßte, mußte an ihre Stelle die "vaterlandslose", "reichsfeindliche", "antinationale" Sozialdemokratie treten. Diese Feindmarkierungen waren bereits Anfang der 70er Jahre entstanden.⁴¹ Die zunehmende Ideologisierung des Nationalbegriffs erhöhte dann noch die Wirkung dieses Feindbildes. Seit Beginn der 90er Jahre machte sich auch Wilhelm II. diese Schlagworte zu eigen und sprach von den "vaterlandslosen Gesellen" und von der "Rotte, die es nicht verdient, den Namen Deutsche zu tragen."

Zuerst hatte die Verweigerung der sozialen und politischen Gleichberechtigung einen Teil der Arbeiter in einer Emanzipationsbewegung Kompensationen suchen lassen. Diese fanden sie in der internationalen Klassensolidarität und im Glauben an eine künftige Umgestaltung der bestehenden sozio-ökonomischen und politischen Verfassung. Die sozioökonomisch begründeten Klassenantagonismen wurden durch sozialpsychologische Faktoren zusätzlich aufgeladen und verfestigt.⁴² Das sowohl im Internationalismus als auch im Revolutionsglauben enthaltene Moment der Negation der höchsten Werte: der sich mit dem Deutschen Reich von 1871 identifizierenden Schichten diente diesen wiederum dazu, die aus dem Beharren auf ihrer ökonomischen Ausbeuterposition und ihrem Herrschaftsvorteil entstehenden unbewußten Schuldgefühle durch Projektion auf die unterprivilegierte Gruppe abzuwehren, die dadurch zur Feindgruppe wurde. Die Verfolgung und Verfemung der Sozialdemokraten als Feinde der politischen Ordnung, deren höchster Wert der Nationalstaat darstellte, wurde dadurch legitimiert, daß man ihnen die nationale Identität absprach. Wenn dann die sozialdemokratischen Sprecher im Reichstag erklärten, trotz fehlender Gleichberechtigung ihr Vaterland, das nicht mit den im Augenblick darin herrschenden Gruppen und Institutionen verwechselt werden dürfe, verteidigen zu wollen, so bot gerade dieser Vorbehalt ihren Feinden willkommenen Anlaß, die positiven Erklä-

38 Puhle zeigt in seinem Kapitel über die Ideologie und Propaganda des Bundes der Landwirte diesen Funktionswandel des Nationalbegriffs.

39 Die Inhaltslosigkeit des deutschen Nationalbegriffs hatten kritische Zeitgenossen, wie z. B. Nietzsche schon sehr früh erkannt. Vgl. dazu neuerdings besonders: Fritz Fischer, *Krieg der Illusionen*, S. 62 ff. und Thomas Nipperdey, *Nationalidee und Nationaldenkmal in Deutschland im 19. Jahrhundert*, in: *HZ* Bd 206 (1968), S. 529 ff.

40 Siehe insbes. das demnächst erscheinende Doppelheft der *International Review of Social History*, das der Commune gewidmet ist.

41 Vgl. Conze-Groh, *Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung*, S. 113 und 116 f.

42 Zur Rolle einer auch auf der Psychoanalyse basierenden Sozialpsychologie im Rahmen einer Geschichtswissenschaft, die sich als kritisch-emanzipatorische Sozialwissenschaft versteht, bereite ich einen Aufsatz vor. Als Beispiele für einen ähnlichen Ansatz sind zu nennen: Max Horkheimer, *Geschichte und Psychologie*, in: *Zeitschrift für Sozialforschung* Bd 1 (1932), S. 125 ff.; Beiträge von Alfred Lorenzer u. a. in: *Psychoanalyse als Sozialwissenschaft*, Frankfurt/M. 1971; ferner einige Bemerkungen in meinem Aufsatz, *Strukturgeschichte als "totale" Geschichte?* in: *Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte* Bd 58 (1971), S. 289 ff.

rungen als taktische Manöver abzuwerten. Die Projektion der Aggressionen auf einen Feind, welche die Eigengruppe entlastete und den Feind als Gruppe erst eigentlich konstituierte, führte zu einer spezifischen Denkhemmung, die alle Momente ausschloß, die die eindeutige Feindmarkierung – „Vaterlandsfeinde“, „Reichsfeinde“ etc. – stören konnten. Alle Momente dagegen, die sie verstärkten, wie z. B. Äußerungen im Sinne eines antinationalen Internationalismus, der nie bei den sozialdemokratischen Führungsgruppen Eingang fand, wurden sorgfältig registriert und als Haltung der Gesamtpartei ausgegeben. Daß die Verweigerung der Gleichberechtigung und die Unterdrückung Aggressionen der Unterdrückten gegen die Unterdrücker und deren Institutionen und Symbole hervorrief, mußten diese auch noch als Rechtfertigung der Unterdrückungsmaßnahmen und der Verweigerung der Gleichberechtigung gegen sich gelten lassen.

Dieser *circulus vitiosus* sozialpsychischer Mechanismen konnte auch nach Aufhebung des Sozialistengesetzes nicht durchbrochen werden, da die ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Antagonismen, die erst durch eine Revolution hätten aufgehoben werden können, fortbestanden. Um die weitere Verweigerung der Gleichberechtigung zu rechtfertigen, diente neben der behaupteten Feindschaft der Sozialdemokraten gegen Religion, Familie, Eigentum, Monarchie usw. vor allem ihre angeblich „vaterlandsfeindliche“ Haltung, ihre „nationale Unzuverlässigkeit“, wie die Behörden sich ausdrückten, und ihre „Neigung zum Landesverrat“, wie ihre schärfsten Gegner, die preußischen Konservativen und die in den 90er Jahren entstehenden radikalen, völkisch-nationalen Massen- und imperialistischen Propagandaorganisationen behaupteten. Deren Ideologien und innenpolitische Feindmarkierungen fanden in den politischen und militärischen Führungsschichten weite Verbreitung. Neben der Regierung benötigten gerade diese Organisationen einen Feind oder Sündenbock. Doppelt nötig waren diese Feindprojektionen für Organisationen vom Typ des Bundes der Landwirte, der eine Massengefellschaft aus bäuerlichen und mittelständischen Schichten aufbaute, denen die Identität ihrer Interessen mit denen der ostelbischen Großagrarier erst suggeriert werden mußte.⁴³ Die „internationale Sozialdemokratie“ und das „internationale Judentum“ waren, weil Außenseitergruppen, dann die Popanz, auf die die Aggressionen, welche die Integration der divergierenden Interessen der „staatserhaltenden Kräfte“ störten, am leichtesten abgelenkt werden konnten.

Ähnliches gilt für die nationalistisch-imperialistischen Verbände, von denen manche Interessenverband und Propagandaorganisation in einem waren, wie Alldeutscher Verband, Flottenverein, Wehrverein, die Kriegervereine mit ihrer Dachorganisation des Kyffhäuserbundes, den Jungdeutschlandbund, deren Führungsgruppen untereinander und mit denen des Bundes der Landwirte und des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie eng verflochten waren.⁴⁴ Auch für sie war die Sozialdemokratie der innere Feind Nummer eins. Sie garantierten gleichsam die Kontinuität der antisozialdemokratischen Ressentiments und Stereotypen – allen voran die von der „Vaterlandslosigkeit“ der Sozialdemokraten –, da sie die psychischen Mechanismen fortgesetzt in Gang hielten, denen diese ihre Entstehung verdankten. Zusätzlich kamen mit der Politisierung und der völkisch-nationalen und imperialistischen Indoktrinierung mittelständischer und kleinbäuerlicher Schichten auch deren Ängste vor der Industrialisierung und den durch sie verursachten sozioökonomischen Umwälzungen als Verhaltensmotivationen mit ins Spiel, unter anderem auch die Angst vor der ökonomisch, sozial und politisch aufsteigenden Arbeiterklasse.

Der sich seit Ende der 90er Jahre im Zeichen der Weltpolitik und des Flottenbaus in den bürgerlichen Mittelschichten durchsetzende radikale und der Ideologie nach expansive Nationalismus, dessen innenpolitischer Feind *par excellence* die Sozialdemokratie blieb, diente unter anderem dazu, die zunehmende politische Desintegration Preußen-Deutschlands zu überdecken. Diese trat nur in der Form innenpolitischer „Affären“ für kurze Momente an die Oberfläche, blieb den meisten Zeitgenossen aber verborgen. Das Kaschieren durch nationalistische und imperialistische Integrations-

43 Sehr deutlich wird das von Puhle, *Agarische Interessenpolitik* . . ., herausgearbeitet.

44 Die außerordentlich dichte personelle Verflechtung der Führungsgruppen dieser Verbände und ihre weitgehende ideologische Konvergenz – sowohl was die Propagandaorganisationen als auch was die Interessenverbände betrifft – müssen noch untersucht werden, um die These von der „Sammlungspolitik“ auf eine solidere Unterlage zu stellen. Teiluntersuchungen dazu sind am Historischen Seminar in Heidelberg begonnen worden.

ideologien war der Hauptgrund dafür, daß die Niederlage im Weltkrieg bloß mit Hilfe einer zwar neu formulierten, aber in der beschriebenen Kontinuität stehenden Sündenbocktheorie – Dolchstoß der Sozialdemokratie in den Rücken der kämpfenden Front⁴⁵ – “bewältigt” werden konnte. Das “Im Felde unbesiegt” enthielt sehr viel Wahrheit, faßte man es gegen die Absicht seiner Autoren nicht als Urteil über die versagende “Heimat”, sondern über das Wilhelminische Deutschland und seine politischen und wirtschaftlichen Führungsschichten auf. Diese hatten nicht genügend aufgeklärtes Selbstinteresse besessen, um freiwillig auf einige ihrer wesentlichen Vorrechte zu verzichten, die für einen großen Teil der Nation Verweigerung der Gleichberechtigung und Unterdrückung bedeuteten.

Die Bemühungen des Staates, die Arbeiterschaft durch Erziehung und Propaganda direkt in die herrschende Ordnung zu integrieren, konzentrierten sich vor allem auf Schule und Armee. Im Gegensatz zu Bismarck, der die Schulbildung noch weitgehend für die Unzufriedenheit der Arbeiter verantwortlich machte, haben seine Nachfolger, hauptsächlich auf Betreiben Wilhelms II., alle Schulformen von der Volksschule bis zum Gymnasium als Mittel zur Bekämpfung der Sozialdemokratie eingesetzt und damit auch einigen Erfolg erzielt, zumindest was die unbewußte Nationalisierung der Sozialdemokratie betraf.⁴⁶ Wenn auch das Konzept der Armee als “Schule der Nation” scheiterte, so gelang es der Armeeführung doch, durch die jahrzehntelang systematisch und mit großer Intensität betriebene Diskriminierung der Sozialdemokraten in der Armee, die nicht auf die preußische beschränkt blieb, den Einfluß sozialdemokratischer Gesinnung in engen Grenzen zu halten. Diese Entwicklung vollzog sich trotz des von Jahr zu Jahr steigenden Anteils sozialdemokratischer Soldaten, den die Heeresverwaltung genauso stark fürchtete, wie die Parteileitung ihn als Index des Machtanstiegs der SPD und des herannahenden Umsturzes begrüßte.⁴⁷ Viel wirksamer als die jahrzehntelang wiederholten Volkswehrforderungen der Sozialdemokratie waren ihre unermüdlichen Versicherungen, ihre Anhänger seien ebenso gute, ja noch bessere Soldaten als die Nichtsozialdemokraten, da sie an Disziplin und Pflichterfüllung gewöhnt seien. Neben Schule und Armee erwies sich vor allem die preußische Exekutive als stärkstes Bollwerk gegen das Vordringen der Sozialdemokratie und ebenfalls als bester Garant der nur negativen Integration, da ihre soziale Rekrutierung und ideologische Ausrichtung, besonders seit der Durchführung des “Systems Puttkamer”, strikt antisozialdemokratisch war. Sie vor allem sorgte dafür, daß das Sozialistengesetz nicht vergessen wurde und daß die Sozialpolitik sich nicht schneller zum Arbeiterschutz entwickelte. Ihre antilibérale Einstellung bewirkte, daß die oft auch im Sinn des herrschenden Systems absurden Diskriminierungen von Sozialdemokraten anhielten und die Abdichtung der Exekutive gegenüber der Legislative, in der die Sozialdemokraten mehr und mehr, soweit das damals überhaupt möglich war, sich gleichberechtigt fühlen durften, keine Risse bekam.⁴⁸

In den letzten Jahren vor dem Krieg wurden jedoch die Grenzen der Ausdehnung der Partei auch in den parlamentarischen Vertretungskörperschaften deutlicher. Die Zuwachsrate der SPD-Mandate nahm insgesamt ab, sank in manchen Gegenden und Orten auf null oder wurde sogar durch einen Rückgang abgelöst. Damit offenbarte sich der seit den 90er Jahren als offizielles Parteicredo verkündete Weg zur Macht über die Gewinnung sozialdemokratischer Parlamentsmehrheiten, wenn nicht als Irrweg, so doch als sehr langer Marsch, dessen Ende nicht abzusehen war. Gleichzeitig kam dadurch die zunehmende Integration der Sozialdemokratie auf dem Weg über die Parlamente zum Still-

45 Vgl. Friedrich Frhr. Hiller v. Gaertringen, “Dolchstoß“-Diskussion und “Dolchstoßlegende” im Wandel von vier Jahrzehnten, in: *Geschichte und Gegenwartsbewußtsein*. Festschrift für Hans Rothfels, Düsseldorf 1963, S. 122 ff.; Joachim Petzold, *Die Dolchstoßlegende*, Berlin 1963.

46 Leider ist die Funktion der Schule als Instrument des Kampfes gegen die Sozialdemokratie noch nicht im Zusammenhang untersucht worden.

47 Vgl. zu diesem Komplex Saul, *Der Kampf um die Jugend*; Wilhelm Deist, *Die Armee in Staat und Gesellschaft 1890 - 1914*, in: Michael Stürmer (Hrsg.), *Das kaiserliche Deutschland*, S. 317 f., und die Stoffsammlungen von Reinhard Höhn, *Die Armee als Erziehungsschule der Nation. Das Ende einer Idee*, Bad Harzburg 1963; ders., *Sozialismus und Heer*, 3 Bde, Bd 1 und 2, Bad Homburg 1959, Bd 3, Bad Harzburg 1969.

48 Dazu demnächst die obengenannte Arbeit von Saul.

stand. Daß die in dieser Situation naheliegende und besonders von den süddeutschen Reformisten propagierte parlamentarische Großblockstrategie von SPD und liberalen Parteien bei der Mehrheit der SPD auf schroffe Ablehnung stieß, hatte seine Ursache im revolutionären Attentismus, der ihre Verhaltensmuster und ihre Ideologie geprägt hatte, zumal die damit korrelierende nur negative Integration nach wie vor das Verhältnis von sozialdemokratischer Arbeiterbewegung und Staat und Gesellschaft bestimmte.⁴⁹

Der dem revolutionären Attentismus zugrundeliegende Revolutionsbegriff der deutschen Sozialdemokratie war von vornherein und nicht erst unter dem Einfluß des Revisionismus im Vergleich zum Marxschen auf das objektive Moment reduziert, was von Marx nicht verhindert und von Engels sogar gefördert worden war.⁵⁰ Im Gegensatz zu Lassalle, der seinen Anhängern eingeschärft hatte, sie sollten, wenn er vom allgemeinen Wahlrecht spreche, Revolution verstehen,⁵¹ sprach die deutsche Sozialdemokratie seit den 70er Jahren zwar dauernd von Revolution, meinte aber damit nur die von den steigenden Wähler- und Mitgliederziffern indizierte und von der ökonomischen Entwicklung garantierte "naturgesetzliche" oder "naturnotwendige Entwicklung zum Sozialismus". Eine Entwicklung, die man durch Agitation und Organisation fördern konnte, deren revolutionäre Klimax im "Zusammenbruch" der bürgerlichen Gesellschaft und des Staates aufgrund historisch-ökonomischer Gesetze und weitgehend unbeeinflußbar durch den Willen der handelnden Individuen erreicht werde. Da der Revolution ein historisches Subjekt fehlte, trat sie in der Gestalt eines Naturereignisses auf. Die "marxistische" Exegese dieser vermeintlichen Gesetzmäßigkeiten hatte Karl Kautsky in der Zeit der 2. Internationale monopolisiert; ähnlich, wie später Stalin unter dem "Legitimationsdruck" der nachrevolutionären Periode (Oskar Negt) in der Sowjetunion das "Auslegungsmonopol" der Revolution usurpierte und ihr autonomes historisches Subjekt zugunsten einer vermeintlichen Naturgesetzlichkeit eliminierte.⁵²

Bereits die heterogenen Theoreme, die in den 70er und 80er Jahren als Elemente der vorkautskyanschen Ideologie rezipiert wurden, entsprachen alle ein und demselben Muster: Sie fixierten die formale Struktur der Ideologie auf den Gegensatz von revolutionärer Theorie und radikaler Agitation einerseits, praktischer Reformarbeit und parlamentarischer Mitarbeit andererseits, auf den vielzitierten Dualismus von Theorie und Praxis. Sie setzten die Evolution anonymer Mächte, von der Geschichte angefangen bis zur Ökonomie, ins Zentrum der Ideologie, die von den in der Geschichte handelnden Subjekten völlig absah. Dies gilt für Bebels Vorstellung vom "großen Kladderadatsch" und Liebknechts von der "Geschichte als Revolution in Permanenz" ebenso wie für die vom *Sozialdemokrat* in den 80er Jahren propagierten Revolutionsvorstellungen. Kautskys mehr theoretisch ausgerichtete Synthese von darwinistischem Evolutions- und marxistischem Revolutionsbegriff erschien dann als konsequente Fortsetzung der bisherigen Ideologie, zumal auch sie den Dualismus von radikaler Theorie und reformistischer Praxis unangetastet ließ.

Das Warten auf die Revolution entsprach sozialpsychologisch der realen, täglich erfahrenen Ohnmacht gegenüber den ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Mächten. Der in der Arbeiterklasse noch weithin herrschenden vorindustriellen Unterschichtenmentalität entsprechend, trat an die Stelle des Königs oder des Staates und seiner Organe, auf die die meisten Arbeiter bis Ende der 60er Jahre die Hoffnungen auf Besserung ihrer Lage vergeblich gesetzt hatten, die ökonomisch determinierte Geschichte. Die Anhänger der Sozialdemokratie gewöhnten sich daran, ihre durch Unterprivilegierung und Verfolgung hervorgerufene Erbitterung nicht in politisches Handeln umzu-

49 Siehe Kap. 1-3 u. 5 meiner Arbeit über die deutsche Sozialdemokratie am Vorabend des Ersten Weltkrieges.

50 Siehe Hans-Josef Steinberg, *Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie* . . .; Dieter Groh, *Marx, Engels und Darwin: Naturgesetzliche Entwicklung oder Revolution?* in: *Politische Vierteljahresschrift* Bd 8 (1967), S. 544 ff.

51 Siehe das betreffende Kapitel bei Trautmann, *Industrialisierung ohne Innovation*.

52 Oskar Negt, *Marxismus als Legitimationswissenschaft. Zur Genese der stalinistischen Philosophie*, in: Deborin/Bucharin, *Kontroversen über dialektischen und mechanistischen Materialismus*, eingel. von Oskar Negt, Frankfurt 1969, S. 7 ff., bes. S. 9, S. 33 f., S. 37-39.

setzen. Die Aggressionen wurden allein verbal ausagiert. Und schließlich hielt man radikale Agitation und Demonstrationen bereits für eine Veränderung bewirkende politische Aktion.⁵³

Der Prozeß der negativen Integration der sozialdemokratischen Arbeiter wurde zwangsläufig auch durch die Entwicklung der sozialdemokratischen Organisationen vorangetrieben. Die starke gruppeninterne Integration, der die sich in diesen Organisationen sammelnden Arbeiter unterlagen, führte schließlich zur Ausbildung einer "Integrationspartei" (Sigmund Neumann),⁵⁴ die im Idealfall ihre Mitglieder von der Wiege bis zur Bahre, vom Arbeiterkindergarten bis zum Feuerbestattungsverein erfaßte. Hier erlebte der einzelne Arbeiter, geprägt durch die tägliche Erfahrung seiner ökonomischen, sozialen und politischen Ohnmacht, zum erstenmal, daß er im Verein mit Seinesgleichen über eine Macht gebot, die von Staat und Bürgertum gefürchtet wurde. Der "Organisationspatriotismus", der hier entstand, und der schließlich die Einheit der Bewegung und die Erhaltung der Organisationen zum höchsten politischen Wert erhob und damit durch die Zweck-Mittel-Vertauschung zum Organisationsfetischismus wurde, trug aber doch auf indirektem Wege zur Integration der Arbeiterschaft in Staat und Gesellschaft bei. Denn die sozialdemokratischen Organisationen waren schließlich durch so vielfältige Beziehungen mit der bestehenden Ordnung verknüpft, daß es nicht einmal des Hinweises auf ihre Gefährdung bedurfte, um jede politische Aktion, die die Organisationen zum Zweck der Machterweiterung oder gar Machteroberung einsetzte, zu verhindern. Darüberhinaus besaßen die durch die Arbeiterbewegung als Bildungs- und Kulturbewegung im weitesten Sinn vermittelten Inhalte affirmativen Charakter.⁵⁵ Sie stellten die in der bürgerlichen Gesellschaft geltenden kulturellen und ethisch-moralischen Normen gerade nicht in Frage, sondern garantierten gleichsam die vielbesprochene "Verbürgerlichung des Proletariats".

Da die Ursache der Selbstbeschränkung, die negative Integration bis 1914 unverändert erhalten blieb, war es unmöglich, die radikale Ideologie und Phraseologie durch den Hinweis auf die reformistische Praxis und die sich schnell verändernde ökonomische und gesellschaftliche Realität abzubauen. Da sie aber parteiintegrierend wirkten, hätte dieser Abbau nur um den Preis einer Parteispaltung geschehen können. Deshalb scheiterte auch der Revisionismus als Versuch, Form und Inhalt der herrschenden Ideologie theoretisch der sich verändernden Wirklichkeit anzupassen, da die sozialpsychologischen Bedingungen beinahe konstant blieben.

Die Ende der 90er Jahre in der SPD beginnenden theoretischen Auseinandersetzungen verwandelten sich seit 1905 unter dem Einfluß der russischen Revolution und des preußischen Wahlrechtskampfes in Kontroversen über Strategie und Taktik. Hierbei bildeten sich das Parteizentrum und der "Praktizismus" der Parteiführung aus, ideologisch legitimiert durch den seit 1910 endgültig "zentristisch" werdenden Kautskyanismus. Hauptmerkmal dieses Praktizismus ist die Lösung von jeder Theorie und damit von der Reflexion auf die politische Praxis überhaupt,⁵⁶ wobei aber gleichzeitig die Führungsgruppe und die sozialdemokratische Arbeiterbewegung insgesamt in der tradierten Vorstellungswelt und den überlieferten Verhaltensmustern gefangen blieben. Da diese Regression nicht zuletzt eine Antwort auf die die Einheit der Partei und der gesamten Bewegung gefährdenden Kontroversen über die richtige Strategie und Taktik war und die Partei sie gerade durch Herunterspielen aus der Welt schaffen wollte, nimmt es nicht wunder, daß die praktizistische Parteiführung weder die von den Linksradikalen noch die von den süddeutschen Reformisten angebotenen und propagierten Strategien zur Machterweiterung oder Machteroberung annahm.

53 Eine solche Auffassung legen die Äußerungen des Parteizentrums, das sich 1910 endgültig herausbildete, nahe. Vgl. dazu Kap. 1 meiner demnächst erscheinenden Arbeit.

54 Sigmund Neumann, *Die Parteien der Weimarer Republik*. Mit einer Einführung von Karl Dietrich Bracher, Stuttgart 1965.

55 Sehr deutlich wird dies aus dem Material, das Susanne Müller beibringt: *Critique littéraire de la Social-Démocratie allemande à la fin du siècle dernier*, in: *Mouvement social* Nr. 59 (1967), S. 50 ff. Grundsätzlich: Herbert Marcuse, *Über den affirmativen Charakter der Kultur*, in: Herbert Marcuse, *Kultur und Gesellschaft*, Bd 1, Frankfurt 1965, S. 56 ff.

56 Die Entstehung des Praktizismus herausgearbeitet zu haben, ist eines der Hauptverdienste der Arbeit von Steinberg, *Sozialismus und deutsche Sozialdemokratie*.

„Zentrismus“ bedeutete in dieser Situation, in der sich Möglichkeiten für politische Aktionen abzuzeichnen begannen, die Zementierung des politischen Immobilismus unter Beibehaltung der orthodoxen revolutionären Ideologie und Phraseologie, die nur noch sozialpsychologische Funktionen hatten und immer weniger die Ziele der Sozialdemokratie definierten.

Bereits in den Arbeitskämpfen Ende der 60er Jahre war deutlich geworden, wie stark die internationale Klassensolidarität die Gruppensolidarität der ihre Lage bewußt erlebenden Arbeiterschaft prägte, ob sie nun Vereinen liberaler oder sozialdemokratischer Färbung angehörte. In der Bejahung der Landesverteidigung gegen den Angriff Napoleons II., wie die Sozialdemokratie die Anfangsphase des deutsch-französischen Kriegs interpretierte, und in der spontanen Solidarisierung mit der Pariser Commune wurde zum erstenmal die doppelte Loyalität gegenüber der Staatsnation einerseits und den Klassengenossen andererseits sichtbar.⁵⁷ Aufgrund der negativen Integration blieb sie als Modell möglichen Verhaltens bis zum Vorabend des Ersten Weltkrieges bestehen. Erst Anfang August 1914, als die meisten Anhänger der SPD sie überhaupt nicht mehr als solche empfanden, sollte sich zeigen, daß die doppelte Loyalität durch mehrere Momente bereits in hohem Maß vermittelt worden war.

Als Hauptmoment dieser Vermittlung fungierte der sozialdemokratische Vaterlandsbegriff, wie er vor allem von Bebel, Engels und Wilhelm Liebknecht zwischen 1880 und dem französisch-russischen Bündnis von 1892 als Antwort auf die hartnäckige Verketzerung der Sozialdemokratie als „vaterlandslos“ ausgearbeitet worden war. Einerseits verstärkte die Reichsgründung entscheidend die durch den österreichisch-preußischen Krieg von 1866 eingeleitete gegenseitige Abstoßung von Staat und sozialdemokratischer Arbeiterbewegung, da die Hoffnung auf Einheit in Freiheit, die durch eine demokratische Revolution verwirklicht werden sollte, endgültig begraben werden mußte, und nur die Einheit ohne die politische und soziale Emanzipation der Arbeiter zu freien Bürgern übrig blieb. Andererseits wurde die Reichsgründung aber auch – insbesondere unter dem Einfluß von Marx und Engels – in der Sozialdemokratie als Fortschritt empfunden. Das Reich galt als politischer Rahmen einer ökonomischen und industriellen Entwicklung, die die Heranbildung einer Arbeiterbewegung großen Stils und damit die soziale Revolution ermöglichen würde.

Dazu kam, daß in Deutschland die Hauptphase der Industrialisierung und das Wachstum der Sozialdemokratie auf dem ökonomischen Hintergrund der „Großen Depression“ zusammenfielen: innerhalb von zwei Jahrzehnten verwandelte sich die überwiegend aus Arbeiter-Gesellen und Heimgewerbetreibenden rekrutierende Bewegung in eine Partei der Industriearbeiter. Damit nahm die deutsche Sozialdemokratie in der Typologie von Marx und Engels den ersten Platz ein, was auf die Selbsteinschätzung ihrer Führer, die von „London“ auf dem Gebiet der politischen Strategie und Taktik wesentlich mehr als auf dem der Ideologie beeinflusst wurden, nicht ohne anhaltende Wirkung blieb.

Aufgrund dieser Konstellation entstand unter dem Eindruck der zunehmenden außenpolitischen Gefährdung des Reiches in den 80er Jahren und unter dem Einfluß revolutionsstrategischer Erwägungen internationalen Ausmaßes mit Hilfe der von Marx 1870 eingeführten Unterscheidung von Angriffs- und Verteidigungskrieg ein spezifisch sozialdemokratischer Vaterlandsbegriff. Er läßt sich bestimmen als Ablehnung der bestehenden Institutionen zugunsten eines künftigen, im Sinne sozialer und politischer Gleichberechtigung aller Bürger verfaßten Gemeinwesens und als Bestreitung des Anspruchs der herrschenden Schichten und des Bürgertums, sich unter Ausschließung der Sozialdemokraten als alleinige Vertreter des 1871 begründeten Nationalstaats zu begreifen. Die Nation oder das Vaterland, wie die Führer der deutschen Sozialdemokratie sie verstanden und gegen jeden Angriff verteidigen wollten, war die unerläßliche Basis der sozialen Revolution, an deren Herannahen innerhalb eines Jahrzehnts die meisten von ihnen bis Anfang der 90er Jahre fest glaubten. Die Verteidigung der nationalen Einheit nach außen fiel unter dem Einfluß der revolutionären Naherwartung mit der Verteidigung des Zukunftsstaates im Fall eines Verteidigungskrieges zusammen.⁵⁸

57 Vgl. Conze-Groh, *Arbeiterbewegung in der nationalen Bewegung*, S. 105 f. Allerdings haben wir damals mit einem zu statischen Verhaltensmodell gearbeitet.

58 Siehe die entsprechenden Stellen in: *August Bebels Briefwechsel mit Friedrich Engels*. Hrsg. von Werner Blumenberg, Den Haag, London und Paris 1965.

Die Abwartehaltung, die sich angesichts der Hoffnung auf die mit "Naturnotwendigkeit" hereinbrechende Revolution verfestigte, hatte schwerwiegende Folgen: die Partei unterließ es, neue Schichten als Mitglieder- und Wählerreservoir zu gewinnen. Obwohl Bebel und die süddeutschen Sozialdemokraten unter Vollmars Führung gemeinsam versuchten, eine Entscheidung des SPD-Parteitages von 1895 gegen die Agitation unter den Bauern zu verhindern, schloß sich die große Mehrheit der Partei im Zeichen des von Engels unterstützten orthodoxen Marxismus dem Kautskyschen Diktum an, daß "nur ein verelendeter Bauer . . . Sozialdemokrat" werde.⁵⁹

Auch gegenüber den mittelständischen Schichten, gehörten sie nun dem alten handwerklich geprägten oder dem "neuen Mittelstand" der sich rasch vergrößernden Schicht der kleinen und mittleren Angestellten und Beamten an, setzte sich in der SPD eine ähnliche Abstinenz- und Isolationspolitik durch. Sie basierte auf der Hoffnung, daß die "gesetzmäßige" Polarisierung der gesellschaftlichen Antagonismen in Bourgeoisie und Proletariat vor Ausbruch der Revolution alle Zwischen- und Mittelschichten auflösen würde.

Mehr aus sozialpsychologischen als aus ideologischen Gründen auf das ihr in seiner Mentalität vertraute Industrieproletariat fixiert, schreckte die SPD vor der Erweiterung ihrer Rekrutierungsbasis zurück und überließ die erwähnten bäuerlichen und handwerklichen Mittelschichten ihren schärfsten Gegnern zur Indoktrinierung und Organisation. Vor allem den in den 90er Jahren entstehenden imperialistischen Propagandaorganisationen, wie dem Alldeutschen Verband und dem Flottenverein, und den völkisch-nationalen rechtsradikalen Massenorganisationen, wie dem Bund der Landwirte und den Angestellten- und Mittelstandsorganisationen.⁶⁰ Diese auch antisozialistisch und antiparlamentarisch ausgerichteten Verbände hatten sich zum Ziel gesetzt, den Bevölkerungszuwachs und die steigende Politisierung der Unter- und Mittelschichten, von denen bis jetzt hauptsächlich die Sozialdemokratie profitiert hatte, innerhalb des Parlaments den Rechtsparteien und den Nationalliberalen, die durch diese Zusammenarbeit mit den rechten Verbänden im antiliberalen Sinn beeinflusst wurden, zugute kommen zu lassen. Außerhalb des Parlaments wollten sie durch massive Beeinflussung der öffentlichen Meinung die Reichsleitung auf dem Gebiet der Innen- und Außenpolitik in die durch ihre Ideologie und die hinter ihnen stehenden Interessen vorgezeichnete Richtung drängen, was ihnen teilweise gelang. Nicht zuletzt durch die Tätigkeit der antisozialistischen Organisationen wurden die ländlichen und städtischen Mittelschichten gegen die sozialdemokratische Agitation weitgehend immunisiert, so daß sich trotz weiterer Wahlerfolge nach 1903 eine deutliche Stagnation, ja sogar partielle Verluste im Wählerstamm der SPD bemerkbar machten und die Wechselwähler für die SPD ungleich schwerer als früher zu gewinnen waren.

Unterstützt wurde dieser für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung und auch für die gesamte deutsche Politik nachteilige Indoktrinierungsprozeß im völkisch-nationalen und imperialistischen Sinn durch die enge Zusammenarbeit der Regierung mit diesen Organisationen und Verbänden in der Periode, die mit Miquels "Sammlungspolitik" begann und mit Bülow's "Blockpolitik" endete. Der Regierung gelang diese Sammlung zugunsten einer tragfähigen Reichstagsmehrheit nur durch Abwälzung der steigenden Kosten für Getreidezölle und Rüstung auf die minderbemittelten Bevölkerungsschichten, durch eine weitere Verschuldung des Reichs und durch weltpolitische Integrationsparolen.⁶¹

Schon Nietzsche hatte in den 80er Jahren sarkastisch bemerkt, daß "Deutschland, Deutschland über alles!" "vielleicht die blödsinnigste Parole" sei, "die je gegeben worden ist. Warum überhaupt Deutschland, frage ich. Wenn es nicht etwas will, vertritt, darstellt, das mehr Wert hat . . ." Da die SPD aber dieser objektlosen Weltpolitik, ob sie nun als Kolonialpolitik, Flottenpolitik oder als weltpolitisch-ambitiöser Dilettantismus, wie z. B. in der Chinapolitik, der Krügerdepesche oder der Politik gegenüber den Mohammedanern in Erscheinung trat, widersprach, bekam die Beschuldigung, sie ist "vaterlandslos" oder "antinational", gleichsam eine neue Dimension: sie bedeutete jetzt gleichzeitig "Feind deutscher Weltpolitik."

59 Vgl. die entsprechenden Abschnitte bei Hans Georg Lehmann, *Die Agrarfrage in der Theorie und Praxis der deutschen und internationalen Sozialdemokratie*, Tübingen 1971.

60 Hier ist wieder auf Puhle, *Agrarische Interessenpolitik*, zu verweisen.

61 Siehe bes. Stegmann, *Erben Bismarcks*; Witt, *Finanzpolitik*, und Berghahn, *Tirpitz-Plan*.

Die Selbstisolierung der SPD fand paradoxerweise in dem Moment ihrer Geschichte statt, in welchem die revolutionäre Naherwartung, der noch zu Beginn der 90er Jahre Bebel, Engels, Kautsky und andere anhängen, deutlich nachließ und die Anschauung sich allgemein durchsetzte, daß der Weg zur Macht nur über die Gewinnung einer Mehrheit im Parlament führen könne.⁶² Dadurch gewannen der "Organisationspatriotismus", für den nicht mehr Machteroberung, sondern Erhaltung und Vergrößerung der Organisationen das oberste Ziel bildeten, und der "Elektionismus" in der SPD endgültig die Oberhand.⁶³

Letzterer war in dem "wirkungsgeschichtlichen Mißverständnis" der starken Betonung des allgemeinen Wahlrechts durch Lassalle bereits angelegt.⁶⁴ Die Parlaments- und Wahlrechtsgläubigkeit wurde gefördert durch Engels' Autorität, der die von Wahl zu Wahl ansteigende Stimmen- und Abgeordnetenzahl als Anzeiger für das "mathematisch berechenbare" Herannahen des Sozialismus wertete. Als seit Mitte der 90er Jahre die revolutionäre Naherwartung schwand, fand auch hier eine Zweck-Mittel-Vertauschung und Fetischisierung statt: die Gewinnung von Stimmen und Mandaten und nicht in erster Linie die durch sie zu erwerbende politische Macht stand im Vordergrund des Interesses der SPD. Die Politik der Führung und der Erwartungshorizont der Mitglieder und Anhänger wurde zunehmend auf die Reichstagswahlen und deren oft jahrelange Vorbereitung und später auch auf die Landtagswahlen reduziert. Sämtliche anderen Aspekte der Innen- und Außenpolitik wurden den Wahlen untergeordnet. Ideologisch legitimiert und damit gegen mögliche Angriffe von links und rechts abgeschirmt wurde dieser Elektionismus durch den Hinweis auf die Unmöglichkeit, innerhalb des bestehenden Systems aktiv mitzuarbeiten und grundlegende Erfolge zu erringen: ein Argument, das auf den Zusammenhang von negativer Integration und revolutionärem Attentismus zurückverweist, aber auch als Alibi dafür dienen konnte, die trotz allem vorhandenen Möglichkeiten für eine Aktivierung der sozialdemokratischen Politik außer acht zu lassen.

In dem Augenblick, in dem mit dem Schwinden der Hoffnung auf einen nahe bevorstehenden Zusammenbruch der kapitalistischen Gesellschaft gleichzeitig der Anstieg der sozialdemokratischen Stimmen und Mandate bei den Reichstags- und Landtagswahlen die bisher höchste Zuwachsrate aufwies, wäre es nur konsequent gewesen, die von den Reformisten und Revisionisten befürwortete parlamentarische Strategie zu übernehmen. Diese zielte auf Aktualisierung der politischen Potenz der Sozialdemokratie und auf eine Ausdehnung ihrer Rekrutierungsbasis über die Arbeiterschaft hinaus. Indessen geschah das genaue Gegenteil. Nach dem Reichstagswahlerfolg von 1903, der der SPD beinahe ein Drittel der abgegebenen Stimmen und ein Viertel der Reichstagssitze einbrachte, glaubte Bebel, daß es nötig sei, mit dem durch verschiedene Faktoren begünstigten Reformismus und Revisionismus abzurechnen, womit er seine oft angewandte Taktik des "Gegensteuerns" praktizierte. Dies geschah auf dem Dresdner Parteitag im September 1903.

Seine Folgen für die SPD waren: Erstens verschärfte die Reichsleitung ihren antisozialdemokratischen Kurs. Bülow hatte in den ersten Jahren seiner Kanzlerschaft gehofft, die SPD oder zumindest den sich ständig vergrößernden reformistisch-revisionistischen Flügel zu einer Politik à la Millerand — der französische Sozialist Millerand war 1900 Arbeitsminister im Kabinett Waldeck-Rousseau geworden — gewinnen zu können. Nach dem Dresdner Parteitag leitete er noch im Winter 1903/04 eine aktive Politik gegen die SPD ein. Zweitens organisierten sich die Gegner der SPD im Reichsverband gegen die Sozialdemokratie, der als Dachorganisation fungierte und mit den anderen antisozialistischen und antiparlamentarischen Propaganda- und Interessenverbänden und bis 1909 auch mit der Regierung eng zusammenarbeitete.⁶⁵

62 Hierzu vgl. man u. a. den Bebel-Engels-Briefwechsel (wie Anm. 58) und *August Bebels Briefwechsel mit Karl Kautsky*. Hrsg. von Karl Kautsky jr., Den Haag 1971.

63 Seit Mitte der 90er Jahre. Präzis analysiert bei Steinberg.

64 Siehe Trautmann, *Industrialisierung ohne Innovation*, Kap. über den Lassalleanismus.

65 Vgl. Dieter Fricke, *Der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie von seiner Gründung bis zu den Reichstagswahlen von 1907*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* Bd 7 (1959), S. 237 ff. u. ders., *Der deutsche Imperialismus und die Reichstagswahlen von 1907*, a. a. O., Bd 9 (1961), S. 538 ff.

Bereits in dem auf den Dresdner Parteitag folgenden Winter kündigte sich bei den Nachwahlen die Niederlage der SPD in den sogenannten "Hottentottenwahlen" von 1907 an. Sie läßt sich auf den in Dresden triumphierenden orthodoxen Radikalismus, der viele potentielle Wähler abschreckte, und auf das Wirken des Reichsverbandes und der anderen organisierten Gegner zurückführen, die Hand in Hand mit der Regierung und materiell unterstützt von Hochfinanz und Großindustrie in zäher Agitationsarbeit der SPD die Wechselwähler abspenstig machten. Auf dieser Basis konnte die Reichsleitung im Verein mit den Rechtsparteien und den Nationalliberalen nach dem Vorbild der ebenfalls mit nationalistischen und antisozialistischen Parolen durchgeführten Wahlen von 1871, 1878 und 1887 im Jahre 1907⁶⁶ der SPD eine völlig überraschende Niederlage beibringen, deren Folgen bis zum Ausbruch des Krieges spürbar blieben: Sie stabilisierten den Bebelschen Praktizismus und die parlamentarische Ad-hoc-Taktik des Parteizentrums, verhärteten die innenpolitischen Gegensätze und trugen in hohem Maß zu dem durch Angst vor einer weiteren Niederlage verursachten politischen Immobilitismus der SPD bei, der wiederum den Verlust ihrer führenden Stellung in der Internationale mit sich brachte.

In der Diskussion um den Einsatz des politischen Massenstreiks als Offensiv- oder Defensivwaffe bildeten sich 1905/06 zum erstenmal der Linksradikalismus und der radikale Reformismus heraus. Dessen Vertreter waren im Gegensatz zur praktizistischen Parteiführung unter Bebel und der Gewerkschaftsführung bereit, das Risiko eines Massenstreiks zur Er kämpfung demokratischer Wahlrechte in Preußen und anderen Bundesstaaten einzugehen. Sie waren weitgehend identisch mit den Befürwortern einer gegen die konservativen Parteien und das Zentrum gerichteten Großblockpolitik parlamentarischer Zusammenarbeit mit den liberalen Parteien. Diese Politik hatte in Süddeutschland bereits in den 90er Jahren sporadisch begonnen und nach 1905 die deutlichen Züge einer politischen Strategie angenommen. Auf dem Nürnberger Parteitag von 1908 lehnte die Parteimehrheit sie genauso ab, wie sie 1905 die Bemühungen der linken Aktivisten vereitelt hatte, den politischen Massenstreik als Offensivwaffe in das Arsenal der parteioffiziell zugelassenen Kampfmittel aufzunehmen. In diesen Auseinandersetzungen um fundamental divergierende politische Strategien kündigte sich bereits die Kontroverse an, die sich im Frühjahr 1910 während des preußischen Wahlrechtskampfes in wesentlich schärferer Form wiederholen sollte.

Die Massenstreikstimmung und -diskussion der Jahre 1905/06 hatte in bezug auf das Verhalten in politischen Krisensituationen einen Lernprozeß in Gang gesetzt, der für die weitere Geschichte der SPD äußerst wichtig werden sollte. Während die Mitglieder und Anhänger allmählich begriffen, daß der spontane Ruf nach politischen Aktionen, der im Gegensatz zu verschiedenen Anlässen in der Zeit zwischen 1890 und 1905 nicht nur von bestimmten Richtungen innerhalb der Partei, sondern von deren Mehrheit ausging, von der Parteileitung gedämpft und in die traditionellen Kanäle der Organisation und Agitation, allenfalls noch der Wahlvorbereitung gelenkt wurden, machte sich die Parteiführung – und zwar vor allem aus Verantwortungsgefühl – allmählich mit dem Gedanken vertraut, eines Tages eventuell an die Spitze einer politischen, in Aktionen umschlagenden Bewegung treten zu müssen, die sie weder in Gang gesetzt noch gewollt hatte und mit deren Antrieben und Zielen sie sich deshalb auch nicht identifizieren konnte. Sehr deutlich kann man beobachten, wie seit der ersten Diskussion über die Möglichkeit eines politischen Massenstreiks zur Er kämpfung demokratischer Wahlrechte in Preußen und Sachsen 1905/06 über den Wahlrechtskampf von 1908, in dessen Verlauf die preußische Sozialdemokratie nach der Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes das "Recht auf die Straße" durch eine geschickte Taktik gegenüber der Polizei eroberte, dieser Lernprozeß fortgesetzt wurde: im Wahlrechtskampf von 1910, in den Marokkodemonstrationen im Sommer 1911 und in der Massenstreikagitation vom Sommer 1913 bis Sommer 1914. Die Generalprobe vor dem November 1918 fand dann anläßlich des Januarstreiks 1918 statt, der den damaligen preußischen Innenminister zu seinen Gedanken über die Rolle der Sozialdemokratie in der deutschen Politik angeregt hatte.

66 Eine vergleichende Wahlanalyse der Reichstagswahlen zwischen 1871 und 1912 zeigt, daß die genannten Wahlen sich ganz charakteristisch von den übrigen Wahlen unterscheiden, besonders von denen, die durch die Sozialpolitik bestimmt wurden.

BETRACHTUNGEN ÜBER HEINRICH BRÜNINGS MEMOIREN

Von Ernest Hamburger*

Memoiren oder Denkwürdigkeiten von Politikern zeigen meistens eine apologetische Tendenz. Nicht um eine Kriegsberichterstattung klassischen Stils vorzulegen, sondern um sein Wirken als Staatsmann und Feldherr ins rechte Licht zu rücken, hat Caesar, um das bekannteste Beispiel aus der zahlreichen Memoirenliteratur des Altertums zu zitieren, über den Gallischen Krieg und den Bürgerkrieg geschrieben. Die Zahl der Angriffe auf ihn war groß, er fühlte sich genötigt, Propaganda für sich und seine Politik zu treiben.

Heinrich Brüning's Memoiren¹ legen Zeugnis davon ab, daß sich in den inzwischen verflossenen zwei Jahrtausenden daran nichts geändert hat. Es wäre ungerecht, sein Werk in dieser Hinsicht isoliert zu betrachten. Außer ihm haben neun von den zweiundzwanzig Kanzlern des Deutschen Reichs Erinnerungen publiziert. Unter ihnen haben Bismarcks *Gedanken und Erinnerungen* und Bernhard von Bülow's *Denkwürdigkeiten* die stärkste Beachtung gefunden. Sie haben ebenso wie Brüning bestimmt, daß ihre Memoiren erst nach ihrem Tode erscheinen durften. Zwei Bände von Bismarcks *Gedanken und Erinnerungen* sind 1898, also in seinem Todesjahr, veröffentlicht worden; der dritte Band, der eigentlich nicht zu Lebzeiten Wilhelms II. hätte publiziert werden dürfen, ist nach seinem Thronverzicht 1919 erschienen. Bülow's *Denkwürdigkeiten* sind 1930, Brüning's *Memoiren* 1970 herausgegeben worden. Ihr Mund war verstummt, sie waren der Notwendigkeit enthoben, gefärbte Darstellungen, absichtliche Auslassungen oder anfechtbare Beurteilungen gegenüber Einwendungen von Wissenschaftlern und Politikern zu vertreten. Die jungen Menschen meiner Generation, die zwischen 1900 und 1910 auf den höheren Schulen heranwuchsen, fanden mit Sicherheit Bismarcks *Gedanken und Erinnerungen* auf einem ihrer Gabentische. Kaum einer von ihnen aber wußte von Ludwig Bambergers einige Monate nach den Gedanken und Erinnerungen 1899 erschienenen Aufsatz "*Bismarck Posthumus*". Darin erkannte der einstige glänzende Parlamentarier und eigentliche Schöpfer der deutschen Währungs- und Münzeinheit aus intimer eigener Kenntnis die Größe des von ihm bewunderten Staatsmanns an, zeichnete aber auch die dämonischen Züge des Menschenverächters. Er wies die Wahrheitswidrigkeit und Lückenhaftigkeit mancher Partien der Erinnerungen nach und beklagte, daß in dem für die politische Bildung der deutschen Jugend entscheidenden Werke Worte wie Zivilisation und Humanität nur im Sinne der unbedingten Verspottung und hohlen Phraseologie gebraucht wurden. Als Bülow's *Denkwürdigkeiten* veröffentlicht wurden – mit einer Entschuldigung des Ullstein-Verlages für die Beibehaltung der gehässigen Äußerungen des Autors über die Republik und manche ihrer hervorragenden Repräsentanten – erregten sie einen Sturm der Entrüstung über den Zynismus und die bössartige Herabsetzung mancher der engsten Mitarbeiter des früheren Reichskanzlers. Der Führer der Konservativen im Reichstag, Graf Kuno Westarp, beschuldigte in seinen Erinnerungen Bülow der bewußten Unwahrheit. Aber schon wenige Monate nach dem Erscheinen der *Denkwürdigkeiten* hatte Friedrich Thimme mehr als zwanzig Gelehrte, Diplomaten und Politiker gegen Bülow's "rachsüchtige und gehässige Geschichtsdarstellung" auf den Plan gerufen, und nach dem Zweiten Weltkrieg hat Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen aufgrund neu erschlossenen Quellenmaterials Bülow's Unaufrichtigkeit, Entstellungen und Verschleierungen angeprangert.²

* Der Verfasser des nachfolgenden Aufsatzes, Dr. Ernest Hamburger, war von 1925 bis 1933 sozialdemokratisches Mitglied des Preußischen Landtages (Wahlkreis Breslau) und seit 1928 Mitglied des Vorstandes der sozialdemokratischen Fraktion. Geboren 1890 in Berlin, hat er nach Studium und Kriegsteilnahme seit 1921 in der preußischen inneren Verwaltung, von 1928 bis 1932 im Preußischen Ministerium des Inneren gearbeitet. Seine Auseinandersetzung mit den Memoiren Brüning's geht daher über eine reine Buchbesprechung hinaus, eigene Erinnerungen und Überlegungen fließen ein. Dr. Hamburger ging 1933 nach Paris, wo er an Instituten der dortigen Universität mitarbeitete. Seit dem Herbst 1940 lebt er in New York. Er ist Mitglied der Exekutive und wissenschaftlicher Mitarbeiter des Leo Baeck Instituts. Von 1946 bis 1955 war er Beamter, danach einige Jahre Consultant in der Menschenrechtsabteilung des Sekretariats der Vereinten Nationen.

1 Heinrich Brüning, *Memoiren 1918 - 1934*, Stuttgart: Deutsche Verlagsanstalt, 1970, 721 S., DM 30,—. Die Seitenzahlen in den Anmerkungen beziehen sich auf dieses Buch.

2 Kuno Graf Westarp, *Konservative Politik im letzten Jahrzehnt des Kaiserreichs*, Berlin 1935, Bd 1, S. 6; 39 f. — Die Vorbemerkung des Ullstein-Verlages zu Fürst Bernhard von Bülow, *Denkwürdigkeiten*, Berlin 1930 f, 3 Bde, befindet sich in Bd 1, S. XII ff.; Friedrich Thimme (Hrsg.), *Front wider Bülow*, Münster 1931, S. VII; Friedrich Freiherr Hiller von Gaertringen, *Fürst Bülow's Denkwürdigkeiten*, Tübingen 1956.

Alle drei Kanzler schrieben nach ihrer Entlassung voller Groll, offen oder verhalten polemisierend: Bismarck im Bewußtsein seiner staatsmännischen Leistung blendend, ein Aristokrat des diplomatischen Stils, Bülow, einer Adelsfamilie entstammend, deren Glieder seit Generationen Preußen und Deutschland in hohen Positionen gedient hatten, charmant und tückisch gewandt, Brüning, der Sproß einer Kaufmannsfamilie aus Münster, der eine sorgfältige Erziehung genossen hatte, ungelenk in der Komposition, glanzlos in der Sprache. Ganze Seiten lesen sich wie Aktendeutsch. Wenn sich zuweilen einige Passagen davon abheben, so kontrastieren sie damit um so auffälliger, seltsam fremdartig. Ein Beispiel dafür ist die Schilderung der entscheidenden, sich bis in die tiefe Nacht hineinziehenden Unterhaltung mit Kurt von Schleicher, vier Wochen vor Brünings Sturz, in der er den intrigierenden General höflich warnte:

„Die Lichter verloren ihren Glanz. Das erste Schimmern der Dämmerung fiel in die Bibliothek. Die Amseln fingen hier und da schon an zu flöten. Der General saß wechselnd zwischen aschgrau und gelb, müde, fast krank am Kamin. Ich beobachtete ihn. Ich sah, daß die Unterhaltung auf seinen Verstand wirkte, ihn aber gefühlsmäßig einem Wutanfall nahebrachte. Ich wußte, daß er leberleidend war. Auch ich schwieg. Nach einigen Minuten blickte er mich mit den glänzenden Augen eines Fiebernden an. Wer ihn kannte, wer jahrelang die Züge dieses Gesichtes studiert hatte, der wußte: jetzt ist es aus.“³

Abgesehen von solchen Stellen aber, in denen die Empörung über die dem empfindlichen, überempfindlichen Mann von Hindenburg und der Kamarilla um den Reichspräsidenten zuteil gewordenen Behandlung durchbricht, schrieb und sprach Brüning unpathetisch, oft pedantisch. Selbst in den Wahlkämpfen trug er Rechenschaftsberichte vor. Nichts Hinreißendes oder Zukunftweisendes, nichts, was durch die Herausarbeitung großer Zusammenhänge einschlagen konnte, war in seinen Reden in jener stürmischen Zeit enthalten. Er hatte nichts von Joseph Wirths weithallendem Pathos „Da steht der Feind, der sein Gift in die Wunden unseres Volkes träufelt. Da steht der Feind – und darüber ist kein Zweifel: dieser Feind steht rechts“, 1922 nach dem Mord an Walther Rathenau gegen die Deutschnationalen gerichtet; nichts von Paul Löbes selten, aber zuweilen wuchtig hervorbrechender Leidenschaftlichkeit „Wir sehen, welche lange blutige Spur hinter den Anfängen Ihrer Organisation einhergeht“, 1924 gegen die Nationalsozialisten geschleudert – Wendungen, die die Linke und auch die Mitte mitrissen. Auch Stresemanns rhetorische Meisterschaft, die die bürgerlichen Kreise aufrüttelte, solange sie noch nicht dem Faschismus verfallen waren, ging Brüning ab. In Diskussionen zeigte er sich kenntnisreich, sachlich, urban, glatt, bemüht, Festlegungen zu vermeiden. Im Kampfe gegen eine verbrecherische Meute inmitten einer aufgewühlten Bevölkerung entsprachen seine bürgerlich nüchternen Formulierungen nicht den Erfordernissen der Zeit. Er wußte es.⁴ Der knappe, schmucklose Sprachstil der Memoiren spiegelt all dieses wider, *le style c'est l'homme*.

2.

Brünings Memoiren vermitteln in ihrem ersten Teil seine „politischen Erfahrungen“ von der Rückkehr aus dem Schützengraben bis zum Wirken im Reichstag seit Mai 1924 und im Preußischen Landtag seit 1928, also die Zeit von 1919 bis 1930. Im ersten Jahre nach dem Kriege berief der preußische Wohlfahrtsminister Adam Stegerwald, ein führender Zentrumsolitiker, zugleich der Vorsitzende des 1920 gegründeten christlich-nationalen Deutschen Gewerkschaftsbundes, den Parteifreund als persönlichen Referenten in sein Ministerium. Brüning war in Beziehungen zu einer Elite junger Intellektueller getreten, die sich in dem vaterländischen Unterricht für die Truppen während des Krieges zusammengefunden hatte. Aus diesem Kreise wurde er offenbar Stegerwald empfohlen. Über den Einfluß jener Gesinnungsgenossen läßt sich Brüning aus. Wie und wann er zur Zentrumsparterie gestoßen ist, läßt er im Dunkeln. Soldatische Kameradschaft stand bezeichnenderweise am Beginn auch seiner zivilen Laufbahn. Schon 1921 betrauten ihn die christlichen Gewerkschaften mit der Geschäftsführung von Stegerwalds Deutschem Gewerkschaftsbund. Stegerwald hat also Brüning 'gemacht'.

3 S. 580.

4 Kaas ersetzte „die mir fehlende Rednergabe in entscheidenden Augenblicken glänzend“.

Zwei Drittel der Memoiren sind den 26 Monaten der Tätigkeit Brünings als Reichskanzler gewidmet, auf 70 Seiten ist die Auflösung des Rechtsstaats nach seiner Entlassung beschrieben. Das Buch schließt mit der Ende Mai 1934 erfolgten Flucht über Holland nach England und später nach den Vereinigten Staaten; wenige Wochen danach wäre es zu spät gewesen. Von seinem Leben in der Emigration erzählt Brüning nichts. Diese währte trotz der etwa vierjährigen Unterbrechung, während der er als Ordinarius an der Universität Köln politische Wissenschaft lehrte, ungefähr ebenso lange wie die Jahre, die er vom Ende der Schulzeit ab in Deutschland verbracht hat.

Die Beschränkung auf das Wirken des Verfassers in Deutschland läßt sich in einem solchen Memoirenwerk rechtfertigen. Schwerer verständlich ist die völlige Ignorierung der ersten drei Jahrzehnte von Brünings Leben. Kein Wort über die Herkunft, die Familie, außer einigen kurzen Erwähnungen seines Bruders, des Prälaten Hermann Brüning, kaum etwas über Jugendfreunde, nichts über die Universitätslehrer, die seine geistige Entwicklung beeinflußt haben; und doch waren unter ihnen Träger großer Namen, wie sein Onkel, der katholische Philosoph Clemens Baeumker, der Historiker Friedrich Meinecke, der Nationalökonom Heinrich Dietzel. Alles, was Brüning darüber ursprünglich in die Memoiren aufgenommen hatte, hat er gestrichen.⁵ Der biographische Anhang, der nicht mehr als eine Seite umfaßt, enthält teilweise ungenaue oder unvollständige Angaben. Er läßt u. a. unerwähnt, daß Brüning 1911 das Staatsexamen für das höhere Lehramt abgelegt hat, ohne freilich die Laufbahn eines Oberlehrers (Studienrats) in Aussicht zu nehmen. Dann ging er zur Volkswirtschaftslehre über, unternahm von 1911 bis 1913 Studienreisen nach England und Frankreich und trieb vergleichende Studien der politischen und wirtschaftlichen Systeme anderer Länder. 1915 promovierte er in Bonn mit einer Dissertation aus dem Gebiet der Nationalökonomie.⁶

Brünings immenser Fleiß, seine unüberbietbare Arbeitskraft, die strenge Selbstdisziplin, die aus jeder Zeile der Memoiren sprechen, bürgen dafür, daß er während der Studienzeit rastlos an sich und seiner Ausbildung gearbeitet hat. Einzelheiten darüber vermittelt auch sein Freund Gottfried Treviranus.⁷ Wie ist es zu erklären, daß er erst nach siebenjährigem Studium ein Examen abgelegt hat, für das andere im Durchschnitt vier Jahre brauchten, und daß er fast 30 Jahre alt war, als er promovierte? War es die Scheu des Perfektionisten, vor eine Prüfungskommission zu treten, bevor er sich in jeder Hinsicht bereit fühlte; das Warten auf den rechten Augenblick, das später sein politisches Handeln häufig bestimmt hat? Über seine politischen Auffassungen vor dem Kriege macht Brüning eine vage Bemerkung, sein politisches Interesse war damals offenbar nur gering; es "verblaßte in den vier Jahren an der Front". So greift er manchmal erstaunlich daneben. Zum Beispiel gedenkt er anerkennend des 1914 an der Front gefallenen "kriegsfreiwilligen, radikal sozialdemokratischen, jüdischen Frank", der in Wirklichkeit einer der gemäßigtsten sozialistischen Abgeordneten und das Haupt des Reformismus in der sozialdemokratischen Partei war. Jeder einigermaßen politisch Interessierte wußte dies.

Zum Unterschied von der völligen Übergehung seiner Jugendjahre spinnt Brüning das Fronterlebnis breit aus. Er berichtet von der Maschinengewehr-Scharfschützen-Abteilung, die er leitete, von ihren Aufgaben und ihrem Einsatz. Er spricht von Ludendorff, von der Flandernschlacht und den Argonnen, von der Siegfriedstellung. Da ist er mit dem Herzen dabei.

Einen Monat vor dem Zusammenbruch, einige Tage, bevor das Ersuchen um Waffenstillstand herausgeht, dankt er anläßlich des zweijährigen Bestehens seiner Abteilung der Mannschaft für ihre treue Pflichterfüllung, "eine Mustertruppe der Armee, die freudig bis zum letzten Blutstropfen kämpft für des Kaisers, des Vaterlandes und der Waffen Ehre". Soldat war sein erster Beruf, und Soldat ist er innerlich geblieben, als er von seinem Generalfeldmarschall mit der Führung der Ge-

5 Mitteilung des Herausgebers der Memoiren, Theoderich Kampmann, vor dem Forum der Katholischen Akademie in Bayern im Februar 1971; Brüning habe auf der Streichung bis zu seinem Tode unerbittlich beharrt. Vgl. den Artikel: Der andere Brüning, in: *Neue Zürcher Zeitung*, Fernaussage vom 21. 2. 1971.

6 Brüning in dem von ihm selbst ganz kurz skizzierten Lebenslauf in: *Reichstags-Handbuch*, III. Wahlperiode, Berlin 1924, S. 215 f.

7 Gottfried Reinhold Treviranus, *Das Ende von Weimar. Heinrich Brüning und seine Zeit*, Düsseldorf und Wien 1968, S. 18-24. — Der biographische Anhang befindet sich auf S. 637 der Memoiren.

schäfte des Reichskanzlers beauftragt wurde und eine angeblich von den Parteien unabhängige Regierung, ein "Präsidialkabinett" bildete, das er das "Kabinett der Frontkämpfer" nannte. Für den Soldaten ging Ende 1918, als der Krieg verloren war und die Revolution ausbrach, eine Welt zugrunde, und er hat sich innerlich niemals damit abgefunden. Die Stimmung, die ihn als Soldaten im Weltkrieg be-seelte, suchte er als Politiker im Volke wieder zu beleben.

3.

Seine ersten größeren politischen Referate hat Brüning 1919 auf dem Kongreß Katholischer Studentenverbindungen und auf dem deutschen Studententag in Würzburg gehalten. Wie Stegerwald, der später in Brünings Kabinett als Reichsarbeitsminister diente, sein politischer Mentor war, so erhielt er seine geistig-seelische Formung von Carl Sonnenschein. Ihn nennt Brüning einen "Apostel der Caritas" und den größten Redner, den er je gehört habe. Er steht dem warmherzigen, sozial gerichteten, in der katholischen Welt einflußreichen Priester, der Arbeiter und Akademiker zusammenführen soll, nicht ohne Kritik gegenüber. Man ersieht aber aus den Memoiren, was dieser Mann, dem damals alle sozial interessierten jungen Menschen jeglichen Glaubens und jeder politischen Richtung hohe Achtung entgegenbrachten, für ihn bedeutet hat. Seiner Protektion hatte er auch die Übertragung des Referats auf dem Studententag in Würzburg zu verdanken. Schüchtern, fast mönchisch erschien er, so berichtet in einem Nachruf nach Brünings Tode eine der in Würzburg leitenden Personen, und das Referat blieb wegen seiner vorsichtigen Formulierung ohne Resonanz.⁸

So steht Brüning vor uns: ein Mann, der mit 30 Jahren ins Feld zog, ohne vorher einen Beruf ausgeübt zu haben, ein begeisterter, tapferer Soldat, ein konservativ gerichteter Zentrumsmann, 34 Jahre alt, als er zum ersten Mal in der Öffentlichkeit auftrat, mit 40 Jahren Inhaber eines Mandats für den Reichstag, wofür ihn seine Stellung im Deutschen Gewerkschaftsbund prädestinierte, mit 45 Jahren Reichskanzler. Er hat als Politiker spät angefangen, um dann in zehn Jahren zum höchsten politischen Amt im Reich aufzusteigen. Er war mit Ausnahme Wirths der jüngste Reichskanzler, den Deutschland gehabt hat. Er hat es sich schwer gemacht, vorsichtig formuliert und sich ungern gebunden. Er hatte Mühe, menschlichen Empfindungen Ausdruck zu verleihen. Allgemein galt er als verschlossen; Hugo Heimann, während fast der gesamten Weimarer Zeit sozialdemokratischer Vorsitzender des Hauptausschusses des Reichstags, von Brüning hochgeschätzt, hat dies in seinen Erinnerungen erzählt, und Treviranus hat bestätigt, daß er Abstand von jedermann hielt.⁹ Die Memoiren lassen alle diese Eigenschaften hervortreten. Sie lösen kaum eines der Rätsel um diesen eigentümlichen Menschen, sie geben vielmehr neue Rätsel auf.

Daß die Memoiren Brünings ein Geschichtszeugnis sind, "das jeder kennen sollte", steht außer Zweifel. Ebenso aber ist es unzweifelhaft, daß der Satz in dem Nachwort des Herausgebers der Erinnerungen, Theoderich Kampmann, einem Freunde Brünings, falsch ist: "Die Memoiren halten die Daten und Fakten mit protokollarischer Genauigkeit fest und sind insofern unwidersprechbar".¹⁰ Im Gegenteil: Vieles ist historisch falsch wiedergegeben, vieles verwischt, wie wir noch wiederholt sehen werden. Die Grundlagen für die Darstellung der Zeit als Reichskanzler waren die "Tageszettel", die der Staatssekretär in der Reichskanzlei, Hermann Pünder, mit Angaben über Vorgänge, Besuche und Verhandlungen vorbereitet und auf denen Brüning selbst Notizen eingetragen hat. Es ist ihm nicht gelungen, dieses Material geistig zu durchdringen und Wesentliches vom Unwesentlichen zu trennen. Zuweilen glaubt man, noch den Rohstoff vor sich zu sehen.¹¹ Daneben stützte sich Brüning auf Aktenstücke, die aus Deutschland herausgeschmuggelt wurden, und ließ das Manuskript von einigen im Ausland lebenden einstigen deutschen Parlamentariern lesen. Auch erörterte er Teile davon mit Politikern anderer Länder, soweit sie an den Ereignissen beteiligt waren. Die der Reichskanzlerzeit gewidmeten Kapitel wurden 1934 und 1935, die Skizzen für die Jahre 1919-29 in den fünfziger Jahren diktiert.¹² Damals war

8 Immanuel Birnbaum, Ein Republikaner als Vorläufer der Diktatur, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 11. 4. 1970, S. 3.

9 Hugo Heimann, *Vom tätigen Leben*, Berlin 1949, S. 38; Treviranus, a. a. O., S. 38.

10 S. 683.

11 Als Beispiele lese man die S. 506, 516 f. und 645.

12 S. 11 f.

reichlich Gelegenheit, weitere, zuverlässige Quellen heranzuziehen, die dem Verfasser zwischen 1933 und 1945 nicht zur Verfügung standen. Davon ist nur selten Gebrauch gemacht worden, und das Ergebnis ist unbefriedigend.

Der Herausgeber hat es für seine Pflicht gegenüber Brüning gehalten, das Manuskript "unverkürzt und unretouchiert" herauszubringen. Dem hätte jedoch die Erfüllung der Aufgabe, dem Text die dringend notwendigen zeitgeschichtlichen Erläuterungen beizufügen, nicht widersprochen; das Personen- und Sachregister reicht dafür nicht aus. Auch ist nicht in Fußnoten auf offensichtliche Irrtümer aufmerksam gemacht worden. Bedenklich stimmen ferner Umfärbungen, die in späteren Jahren vorgenommen zu sein scheinen. In einer Besprechung des Buches in der *Süddeutschen Zeitung* hat Professor Karl Otmar Freiherr von Aretin, der das Manuskript 1956 gelesen hat, festgestellt, daß die Darstellung einer Unterhaltung zwischen Brüning und Schleicher in der Bearbeitung letzter Hand geändert worden ist. Ein von Schleicher ausgeheckter Plan einer Regierung mit Hitler als Reichskanzler, Brüning als Reichswirtschaftsminister und Schleicher als Reichswehrminister wurde besprochen, und Brüning hat sich "wohlwollend abwartend" dazu verhalten.¹³ Diese Stelle ist in die gedruckten Memoiren nicht aufgenommen worden, die Besprechung mit Schleicher wurde anders dargestellt. Man weiß also nicht, ob nicht auch andere Partien durch Streichungen oder sonstige Änderungen "retouchiert" worden sind.

4.

Abgesehen von der elf Monate währenden Reichskanzlerzeit Constantin Fehrenbachs 1920 - 1921 hat die Zentrumsparlei danach vier Reichskanzler in der Zeit der Weimarer Republik gestellt. Der erste von diesen war Joseph Wirth, ein Herzensrepublikaner. Er jubelte nach dem Umsturz, zum Erstaunen des wiederholt als Finanz- und Justizminister in den ersten Jahren der Weimarer Republik tätigen demokratischen "Vernunftrepublikaners" Eugen Schiffer.¹⁴ Der zweite war Wilhelm Marx, ein Abgeordneter schon zur Zeit Wilhelms II., der sich mit der Zentrumsparlei auf den Boden des bestehenden Staates gestellt und der Republik mehrere Male zwischen 1923 und 1928 loyal als Kanzler gedient hat. Nach Brünings herablassender Bemerkung führte Marx, der vorher ein hoher Richter war, sein Amt wie der Vorsitzende eines hohen Gerichtshofs, ohne Rücksicht auf die psychologische Einstellung der Wähler. In Wirklichkeit war Marx zwar ohne schöpferische Initiative, was Brüning gleichfalls tadelt, auch ohne Kenntnisse auf irgend einem Fachgebiet aber an politischer Erfahrung und Beurteilung der Volksstimmung war er Brüning überlegen.

Der dritte Zentrumskanzler war Heinrich Brüning selbst. Aus den Memoiren geht hervor, daß er stets Monarchist geblieben ist und somit der erste überzeugte Monarchist auf dem Stuhl eines Reichskanzlers der Weimarer Republik war. Die Idee eines Staatsstrechs, die der Vorsitzende der Zentrumsparlei, Ludwig Kaas, "überall in Berlin . . . vom Naturrecht her verteidigte," verwarf er,¹⁵ aber er bildete sein Kabinett ohne innere Anhänglichkeit an die Republik. Wie die Memoiren uns wissen lassen, kam Brüning in der zweiten Hälfte des Jahres 1930 angesichts der Ereignisse, die sich unter seiner Reichskanzlerschaft und zum Teil als Ergebnis seiner politischen Entscheidungen entwickelten, zu der seltsamen Überzeugung, daß sich seine monarchische Gesinnung, die Verfassungstreue und die Erfordernisse der historischen Situation, wie er sie sah, vereinbaren ließen. Er wollte über die Gegebenheit der Republik hinwegkommen, aber auch den sprunghaft angewachsenen gewalttätigen Nationalsozialismus überwinden. Unter der Deckung des Reichspräsidenten von Hindenburg sollte der Marsch von der Republik mit verfassungsmäßigen, jede Gewalttätigkeit ausschließenden Mitteln und mit Hilfe der durch das System der Notverordnung entkräfteten Parteien zur Monarchie zurückführen. Vor Brünings Augen — so muß man aus den Memoiren schließen — stand das Traumbild einer Gegenrevolution auf legalem Wege.

13 Karl Otmar Freiherr von Aretin, Ein Reichskanzler im Wettlauf mit der Zeit, in: *Süddeutsche Zeitung* vom 9./10. Januar 1971, S. 86.

14 Eugen Schiffer, *Ein Leben für den Liberalismus*, Berlin 1951, S. 212 f.

15 S. 402; 609. Diese Äußerungen von Kaas fielen auch in der Gegenwart von Papen und Schleicher und ermutigten sie zu ihrem Intrigenspiel.

Der vierte und letzte Kanzler, der der Zentrumspartei angehört hatte, Brüning's Nachfolger Franz von Papen, war schon früher ein Außenseiter in der Partei. Daher wurde seine Ernennung von ihr als Herausforderung empfunden. Er war bereit, bedenkenlos jeden Weg einschließlich des offenen Verfassungsbruchs und der Gewalt zur Beseitigung der Republik zu beschreiten. Die Einstellung dieser vier Reichskanzler der Zentrumspartei spiegelt die schrittweise Preisgabe der demokratisch-republikanischen Idee durch die deutschen Bürger und die Aushöhlung der verfassungsmäßigen Institutionen der Republik wider.

Erst Brüning's Memoiren haben uns darüber unterrichtet, wie stark er im monarchischen Gedanken verwurzelt und seit Ende 1930 bestrebt war, als Ergebnis seiner Bemühungen die Wiederkehr der Monarchie zu betreiben. Von dieser Zeit ab entwickelte er seine Ideen Hindenburg und dem deutsch-nationalen Führer Hugenberg. Auch zu dem 1930 zum Reichstagsabgeordneten gewählten Elard von Oldenburg-Januschau, dem engen Freunde Hindenburgs, zu dem Kronprinzen und zu Schleicher und Hitler sprach er von der Restauration der Monarchie. Ein geachtetes, stabiles monarchisches Regime sollte mit fester Hand unbehindert durch parlamentarische Macht, über den Geschicken Deutschlands walten, wenn einmal nach dem Abflauen der Wirtschaftskrise sich auch die politischen Leidenschaften gelegt haben würden. Außenpolitisch war die Voraussetzung dafür die Revision des Versailler Vertrages, die für Brüning eine Herzenssache war. Zunächst mußte das Ende der Reparationen herbeigeführt werden. Diesem Ziel war die gesamte Wirtschafts- und Finanzpolitik unterzuordnen. Die Außenpolitik hatte in Brüning's Konzeption den Vorrang, sozialpolitische Erwägungen mußten dahinter zurückgestellt werden. Nur nach der Aushöhlung des "Versailler Diktats" – der Herausgeber verwendet in seinem Nachwort bezeichnenderweise diesen nach einem halben Jahrhundert in Deutschland immer noch lebendigen polemischen Ausdruck¹⁶ – glaubte Brüning rückblickend die Revolution von 1918 rückgängig machen und in die Zukunft schauend dem durch die plötzliche Stärkung des Nationalsozialismus drohenden Bürgerkrieg vorbeugen zu können. Bei der Durchführung seiner Pläne sollten die Nationalsozialisten selbst behilflich sein. Sie sollten an eine Mitarbeit im Parlament gewöhnt und für eine Regierungsteilnahme reif gemacht werden, während die Sozialdemokraten die Restauration als kleineres Übel gegenüber einer Nazidiktatur akzeptieren sollten.

Brüning's Konzept kann in den etwa 20 Monaten zwischen den Septemberwahlen von 1930 und seiner Entlassung Ende Mai 1932 nur einem ganz kleinen Kreise führender Persönlichkeiten der Rechten bekannt gewesen sein. Daß es theoretisch phantastisch war, hat Brüning auch später nicht verstanden. Er hielt rückblickend an ihm als dem besten Wege zur Überwindung der Verfassungskrise und zur Vermeidung der Katastrophe fest. Daß es unter den gegebenen Umständen unrealistisch war, haben ihn schmerzliche Erfahrungen gelehrt. Dafür schreibt er die Verantwortung den in Betracht kommenden Menschen und Mächten zu, und das waren so gut wie alle: der Reichspräsident, dessen Berater, die intrigierende Kamarilla um Schleicher, Oskar von Hindenburg und den Staatssekretär Otto Meißner, die Gesellschaft in Deutschland, der Nuntius Pacelli, der weder die Grundbedingungen der deutschen Politik noch die Stellung des Zentrums je richtig verstanden und der die Möglichkeit der Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten viel zu optimistisch beurteilt hat, deutsche Kirchenfürsten, die, wie die Prälaten Kaas und Lauscher, die Führung des Zentrums im Reich und in Preußen aus den Händen von Politikern der Schule Windthorst's übernommen hatten. Dazu kamen die Parlamentsfraktionen, die sich Brüning's besserer Einsicht nicht fügen und die für die Durchführung seiner Politik erforderlichen Koalitionen nicht bilden oder tolerieren wollten. Nach seiner eigenen Darstellung fehlte Brüning bei dem Bemühen, seinen Plan annehmbar erscheinen zu lassen und durchzuführen, jegliche Unterstützung.

Viele Partien der Memoiren werfen erschreckende Schlaglichter auf die Träger der Verantwortung in jener Zeit. Vom schlechten Gewissen geplagt, weil er im November 1918 dem Kaiser den Rat gegeben hatte abzudanken, versteifte sich Hindenburg auf die Rückberufung Wilhelms II., während Brüning diese als unmöglich ansah und sich für einen Kaiserenkel als künftigen Monarchen aussprach. Erstaunlich ist nicht nur hier eine kaum überbietbare politische Naivität des Kanzlers. Er blieb überzeugt, daß es im November 1918, als von Kiel bis München die Revolution das Land überflutete,

leicht gewesen wäre, "mit einer Handvoll Leute Revolution und Meuterei zu unterdrücken" und "die Mannschaften und Unteroffiziere bei richtiger Behandlung in einem Tage wieder zuverlässig" zu machen. Daß er sich darüber mit dem von Skrupeln gepeinigten Hindenburg im November 1931 in eine nutzlose und sinnlose lange Diskussion einließ,¹⁷ läßt erkennen, wie stark die quälende Erinnerung an die Revolution die Gefühle des Staatsmannes noch 13 Jahre später beherrscht hat.

Noch erschütternder ist das von Brüning gezeichnete Bild der deutschen Gesellschaft. Da entfalten sich Mord, Verrat, Korruption, ein Intrigantentum in geradezu unvorstellbarem Ausmaß, Feigheit und Verlogenheit. Vieles davon war schon in der Weimarer Zeit bekannt, anderes ist nach 1945 vor Brüning enthüllt worden. Aber es bleibt ein Verdienst des leitenden Staatsmannes jener Jahre, das Wissen darüber vervollständigt und die Dinge so eindrucksvoll, leidenschaftslos in der Form, erbarungslos in der Sache geschildert zu haben. Schleicher und Göring werden als Landesverräter stigmatisiert. Der "Oberleutnant" Schulz, ein Fememörder, wird von den Nationalsozialisten zu Besprechungen mit dem Reichskanzler abgeordnet. Mit demselben Verbrecher, der sich seiner Taten überdies in seinem Lebenslauf im amtlichen Landtagshandbuch von 1932 rühmte,¹⁸ hat auch Fritz Grass, der Sekretär der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags, eben noch ein Gefolgsmann des 1931 gestorbenen, demokratisch gesinnten Fraktionsführers Joseph Hess, zwecks Bildung einer Koalition mit den Nationalsozialisten in Preußen verhandelt. Die Beschreibung des Charakters von Hindenburg, über den Brüning allmählich alle Illusionen verliert, ist für den Marschall vernichtend. Er fragt Brüning auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise und der deutschen Bankenkrise, "ob er Sorgen haben müsse für seine kleinen Ersparnisse". Der Korrupteste von allen, Oskar von Hindenburg, zerstreut 1933 die Bedenken seines Vaters über Hitler, nachdem Hindenburg ein zweites Gut als Geschenk erhalten hat, seine Steuerrückstände niedergeschlagen sind und die Familie für die Zukunft bezüglich der Güter steuerfrei erklärt ist. Generaloberst Hans von Seeckt läßt im Reichstag "am widerwärtigsten" seine Freude erkennen, als Wilhelm Groener, sein alter Kriegskamerad, hochfiebernd und unter heftigen Schmerzen seine Politik gegen die Nationalsozialisten auf der Parlamentstribüne verteidigt und niedergeschrien wird.¹⁹ Dies ist nur ein winziger Ausschnitt aus dem Gesamtbild einer bis in das Mark von Fäulnis zerfressenen Gesellschaft.

Trotzdem hielt Brüning hartnäckig an dem Plan der Koalition der Rechten und des Zentrums fest, von der er seine Politik getragen wissen wollte, und die nach Hindenburgs Tode oder mit seiner Zustimmung noch während seines Lebens den Weg zur Rückkehr der Monarchie ebnen sollte. Daß Hugenberg ihm hierbei seine Hilfestellung versagen würde, konnte Brüning nicht fassen. In dieser Beziehung war selbst Hindenburg klarblickender. Die Nationalsozialisten wünschte er an der Regierung zu beteiligen; zu Beginn des Jahres 1932 dachte er daran, ihnen die Führung der Reichsregierung zu überlassen mit dem Ziel, einen gewaltlosen Übergang zu einer Regierung der Rechten und des Zentrums zu ermöglichen, gab aber diesen Gedanken bald wieder auf. Brüning benutzte, wie er schreibt, vom Frühling 1932 ab bis zum Ende desselben Jahres jede Gelegenheit, um den Sozialdemokraten klar zu machen, daß nur eine Konstellation, die die Nationalsozialisten einschloß, die Aussicht einer Lösung ohne Bürgerkrieg biete. Er verhehlt die Enttäuschung nicht, die die Sozialdemokratie ihm dadurch bereitet, daß sie nicht gewillt ist, die mit seinem Plan verbundenen Risiken auf sich zu nehmen, und daß sie für seine Absichten kein Verständnis aufbringt.²⁰

5.

Es ist schwer begreiflich, warum Heinrich Brüning, der absolut integre Mann, in voller Kenntnis des moralischen Tiefstandes der oberen Gesellschaftsschichten und der verbrecherischen Bedenkenlosigkeit und Hemmungslosigkeit der nationalsozialistischen Prominenz und ihres paramilitärisch und politisch durchorganisierten Gefolges an seinem Plan festhielt. Die Memoiren lösen dieses Rätsel nicht. Wäre die Frage allein damit zu beantworten, daß Brüning gemäß Hindenburgs Willen die Ver-

17 S. 454 f.

18 *Handbuch für den Preußischen Landtag. 4. Wahlperiode*, Berlin 1932, S. 486. Schulz war 1925 zum Tode verurteilt, dann zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt und 1930 amnestiert worden.

19 S. 587.

20 S. 644.

bindung zur Rechten herstellen und seiner Politik zugrunde legen wollte, so wäre die Erklärung einfach; er wäre den Instruktionen des Reichspräsidenten gefolgt und hätte seine bessere Überzeugung preisgegeben. Denn an zahlreichen Stellen der Memoiren rühmt er die staatspolitische Einsicht der Sozialdemokraten, auch der Freien Gewerkschaften, und ihre Bereitschaft zur Verständigung selbst da, wo diese ihren parteipolitischen Interessen abträglich war. Brüning ist des Lobes voll für die sozialistischen Führer, preist den klaren Blick und common sense und die großen Qualitäten Otto Brauns und nennt Carl Severing einen ausgezeichneten Mann von lauterem Charakter, den er bewundert. Er erkennt den Mut, das Pflichtbewußtsein und den Willen zur Verantwortung bei den sozialdemokratischen Parteiführern Otto Wels und Hermann Müller und Rudolf Breitscheids staatsmännische Einsicht an. Zum Unterschied von den Leitern der Großbanken, deren Hilflosigkeit, "Räuber-moral" und Intrigantentum während der Bankenkrise ihm Grauen einflößen, spricht Brüning mit Bewunderung von Hilferdings Verständnis für das Funktionieren der kapitalistischen Wirtschaft und die sich daraus im einzelnen Augenblick ergebenden Aufgaben. "Enge Freundschaft verband uns bis zu seinem Tode unter den Händen der Gestapo".²¹ Paul Hertz, dem sozialdemokratischen Fraktionssekretär, der noch nach dem Zweiten Weltkrieg auf wirtschaftlichem und kreditpolitischem Gebiet der Stadt Berlin als Mitglied ihres Senats wertvolle Dienste geleistet hat, rühmt er 1928 große Erfahrung auf finanziellem Gebiet und praktischen Sinn nach. Man sucht vergeblich nach entsprechenden Worten der Anerkennung für leitende Parlamentarier der Rechten.

Worauf ist dann der Widerspruch zwischen Brünings Einsicht und der hartnäckigen Verfolgung einer Politik des Zusammenwirkens mit der Rechten und gegen die Linke zurückzuführen? Das wird nur verständlich, wenn man sich von neuem den Ausgangspunkt seines politischen Denkens klar macht. Die Priorität soldatischen Empfindens tritt in den Memoiren überall hervor. Brünings Vertrauen in die von ihm glorifizierte "Frontkämpfergeneration", die auch im Zentrum mit der Rechten regieren will, ist unbegrenzt. Bei der ersten Unterhaltung mit Hitler erinnert er ihn an das gemeinsame Frontsoldatentum. Den Reichsbankpräsidenten Hans Luther, der sich in düstere Prophezeiungen über den kommenden Zerfall des Reiches ergeht, reißt er durch Erzählungen von soldatischen Bravourstücken in scheinbar hoffnungsloser Lage aus der Depression. Die aus Kriegserlebnissen des Offiziers herrührenden Emotionen und die tief wurzelnde Abneigung gegen die Revolution von 1918 und die aus ihr entstandene deutsche Wirklichkeit lassen ihm die Zusammenarbeit mit der Rechten als die gegebene Koalition zum Wiederaufstieg aus politischen Tiefen erscheinen. Auf der Rechten hatten 1919 einige der zu parlamentarischen Führern der Deutschnationalen emporgestiegenen hohen Würdenträger der monarchischen Zeit gewirkt, wie Clemens von Delbrück, der Staatssekretär im Reichsamt des Innern unter Bethmann Hollweg, Arthur Graf von Posadowsky-Wehner, der vor ihm zur Zeit Bülow daselbe Amt innegehabt und die soziale Gesetzgebung des beginnenden 20. Jahrhunderts vorbereitet hat, und Adelbert Düringer, der letzte großherzoglich badische Justizminister. Sie waren Monarchisten geblieben, führten jedoch die Opposition unter dem unmittelbaren Eindruck der revolutionären Ereignisse maßvoll und ohne Demagogie. Bei ihnen hätte Brüning seine politische Heimat gefunden, wäre er als evangelischer Christ auf die Welt gekommen. Als er jedoch sein Amt antrat, wogen andere Tendenzen und Führer auf der Rechten vor: eine seit Oktober 1928 von Alfred Hugenberg radikal nationalistisch und fanatisch antirepublikanisch geführte Deutschnationale Volkspartei und nach den Wahlen vom September 1930 die Nationalsozialisten, mit 107 Abgeordneten zweitstärkste Partei im Reichstag.

So gab es auf der Rechten nur noch vereinzelte Parlamentarier, deren Einstellung Brünings moralischer und politischer Überzeugung entsprach. Die Zusammenarbeit mit den Trägern der nun auf der Rechten vorherrschenden Tendenzen mußte mißlingen, der Zugang zu einem Zusammenwirken mit der Linken aber war Brüning mit seinem vom Kriegs- und Revolutionserlebnis geprägten Denken verschlossen. So blieb ihm als Alternative nur das Bemühen, Erziehungsarbeit an der Rechten zu leisten, um sie koalitionsfähig und -willig zu machen. Die Memoiren lassen erkennen, daß Brüning sich noch bei ihrer Niederschrift nicht bewußt war, wie gering die Aussicht auf eine Verwirklichung seiner damaligen Ideen und wie gefährlich die sich daraus manifestierenden Handlungen waren.

21 S. 116.

Deswegen ist die Behauptung des Nachworts, es sei "schlechthin witzlos, Brüning einen Schrittmacher des Nazismus zu nennen; denn er war das genaue Gegenteil",²² irreführend. Gewiß hat Brüning die Gewalttätigkeit, Brutalität und Barbarei der Nationalsozialisten verabscheut. Er hat dies durch viele Maßnahmen, über die er in den Memoiren berichtet, unter Beweis gestellt. Das Verbot der SA und SS im April 1932, kurz vor seiner Amtsenthebung, dem aufs heftigste widerstrebenden Hindenburg abgerungen, ist in seiner Laufbahn das letzte Beispiel dafür. Brüning war ein gewissenhafter Staatsmann, anders als Papen und Hugenberg. Aber objektiv betrachtet, hat er durch seine so stark militaristisch beeinflusste Denkweise und sein darauf beruhendes politisches Verhalten sowie durch seine innere Abneigung gegen die demokratische Republik Vorarbeit für den Erfolg des Nationalsozialismus geleistet. Die Tendenzen, denen er in seiner Partei zum Siege verhalf, und sein politischer Weg, der es der Kamarilla um Hindenburg ermöglichte, ihn zeitweise zum Instrument ihrer Politik zu machen, legen davon Zeugnis ab. Dies beweisen vor allem seine wichtigsten politischen Entscheidungen seit 1919, so wie er selbst sie in den Memoiren darstellt.

6.

1919 hat Brüning nicht nur von Stegerwald, sondern auch von Matthias Erzberger ein Angebot zum Eintritt in sein Ministerium erhalten. Erzberger war vor dem ersten Weltkrieg im Kampf gegen die bejahrten konservativen Parteiführer des Zentrums aufgestiegen. Er war nach der Revolution der einflußreichste Politiker seiner Partei und förderte die Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie in der Weimarer Koalition. Es ist bezeichnend, daß Brüning sein Angebot ausschlug und es vorzog, Stegerwalds Aufforderung zu folgen, als sein Vertrauensmann in ein relativ unbedeutendes preußisches Ministerium einzutreten. Stegerwald mangelte es nicht an sozialer Gesinnung; ohne sie wäre er nicht zur Führung in den Christlichen Gewerkschaften aufgestiegen. Er kann auch nicht einfach als Mann des rechten Zentrumsflügels abgestempelt werden. Er war jedoch ein entschiedener Gegner der Sozialdemokratie und der erste und einzige Arbeitervertreter, der etwas mehr als ein Jahr vor Kriegsende vom König von Preußen in das Herrenhaus berufen wurde. Sein Deutscher Gewerkschaftsbund war der Dachverband von Organisationen, die sich rechts von den sozialistisch gerichteten Gewerkschaften gebildet hatten. Soweit ihre Führer parlamentarisch tätig waren, saßen sie im Zentrum und auf der Rechten. Die von Brüning angestrebte Konstellation war also in dem Gewerkschaftsbund, dessen Geschäftsleitung er übernahm, vorgeformt. Dementsprechend hatte das Programm des Bundes, im Herbst 1920 von Brüning im Auftrage Stegerwalds formuliert, von diesem in Essen vorgetragen, eine scharf antimarxistische Frontstellung und damit eine unübertreffliche Propagandawirkung gegen die Linke.

Stegerwald war überdies der einzige Ministerpräsident, der in der Weimarer Zeit in Preußen eine Regierung gegen die Sozialdemokraten gebildet hat. Brüning rühmt sich in den Memoiren, 1921 das Kabinett Stegerwald durch seine Bemühungen ermöglicht zu haben. Es setzte sich aus dem Zentrum, den Demokraten und konservativen Fachministern zusammen. Über die Frage des Eintritts der Deutschnationalen in das zur Rechten tendierende und gegen die Sozialdemokratie gerichtete Kabinett bietet Brüning zwei widersprüchliche Versionen.²³ Jedenfalls unterstützten die Deutschnationalen die Regierung Stegerwalds sechs Monate, um ihr dann zu Brünings Bedauern ihre Hilfe zu entziehen. Als drei Jahre später nach den Wahlen vom Dezember 1924 die Weimarer Parteien in Preußen nicht allein die Regierung bilden konnten und die Deutsche Volkspartei es ablehnte, wieder wie vorher zusammen mit ihnen ein Kabinett der Großen Koalition zu bilden, zeigte der nun in den Reichstag gewählte kommende Mann abermals das Bestreben, zusammen mit der Rechten zu regieren. Er schreibt das Scheitern dieses Planes den Intrigen Franz von Papens zu. Zwar ist die Darstel-

22 S. 684.

23 Auf S. 75 schildert Brüning seine Anstrengungen, um bei der Rechten Verständnis dafür zu wecken, daß Stegerwald kein Rechtskabinett, wohl aber eine nach rechts tendierende Regierung mit gemäßigten Politikern der Rechten und erfahrenen Beamten konservativer Gesinnung bilden könnte, das von der Rechten Unterstützung erhalten sollte. Auf S. 179 beklagt er, daß die Deutschnationalen sich geweigert hätten, in das durch seine Bemühungen gebildete Kabinett einzutreten.

lung dieser Vorgänge in den Memoiren konfus und von chronologischen und faktischen Irrtümern durchsetzt. Auch sieht Brüning nicht die großen Zusammenhänge der Ereignisse in den wirren ersten Monaten des Jahres 1925, in die Eberts Tod und die Neuwahl des Reichspräsidenten fallen.²⁴ Wichtig aber bleibt sein von ihm offen zugestandenes Bestreben, eine Regierung zusammen mit der Rechten entsprechend der damaligen Konstellation im Reiche zu bilden.

Brüning intensivierte 1928 seine Bemühungen um ein Zusammenwirken mit der Rechten, nachdem die Deutschnationalen und das Zentrum eine schwere Wahlniederlage erlitten hatten. Erschreckt durch den Wahlerfolg der Linken, suchten beide durch innerparteiliche Rechtsschwenkung das Gleichgewicht wiederherzustellen. Zwei Monate, nachdem Hugenberg die Führung der Deutschnationalen Volkspartei übernommen hatte, wurde der Prälat Ludwig Kaas, ein am autoritären Denken der Kirche geschulter katholischer Theologe, "seiner Natur nach für die päpstliche Diplomatie prädestiniert", aber nicht der staatsmännischen Tradition Ludwig Windthorst verbunden, auf dem Parteitag in Köln im Dezember 1928 zum Parteivorsitzenden gewählt. Brüning wurde sein persönlicher Stellvertreter und übernahm faktisch die Parteiführung – ein geschickter Schachzug von Kaas, da Stegerwald in Köln gegen diesen kandidiert hatte, worüber Brüning schweigt. Kaas wirkte auch darauf hin, daß Brüning die Führung der Reichstagsfraktion übertragen wurde. Durch die Kumulierung dieser Ämter kam er in eine Schlüsselstellung, von den konservativen Elementen getragen, bei den christlichen Gewerkschaften noch in guter Erinnerung. So wurde er der mächtigste Mann der Zentrumspartei, ohne die weder im Reich noch in Preußen eine Regierung zustande kommen konnte.

Viel eingehender als über den Gang dieser Ereignisse berichtet Brüning mit anzuerkennender Offenheit über die Ausnutzung seiner Machtstellung zur Unterminierung des Kabinetts der Großen Koalition unter der Führung des sozialdemokratischen Reichskanzlers Hermann Müller. Er verhandelte bereits im Frühjahr 1929 über Kürzungen des Budgets und die notwendigen Streichungen auch am Wehretat, mit denen sich Hindenburg schließlich einverstanden erklärte; als Gegenleistung verlangte der Reichspräsident eine "große aufbauende Politik" noch vor Jahresende. Die Brüning zugeleitete Information, daß Hindenburg dem Marasmus in der Politik ein Ende bereiten wolle, stimmt ihn "hoffnungsfreudiger".²⁵ In einer Unterredung mit Schleicher versichert er dem General, daß ihn die Frage der Wiedereinführung der Monarchie nicht störe. Er spricht auch die nahe Hoffnung aus, daß die Sozialdemokratie, vom patriotischen Schwung durch die kommende Räumung des Rheinlandes mitgerissen, zum mindesten eine Situation wie in Ungarn tolerieren werde, also ein autoritäres Regime nach dem Muster von Nikolaus Horthy, der in Budapest als Reichsverweser in Erwartung der Rückkehr der Habsburger seines Amtes waltete. Ende Dezember 1929 wird es Brüning in einer Unterredung mit Hindenburg klar, daß "über kurz oder lang schon wankende Mauern auf meinen Schultern lasten würden"(!). Nur noch die Reparationsregelung sollte durch die Annahme des Young-Plans abgewartet werden. Brüning hielt zwar nach der Annahme des Plans durch den Reichstag am 11. März 1930 einen baldigen Kabinettswechsel für verfrüht und suchte ihm durch einen Kompromiß

24 S. 180. Brüning verlegt die Ereignisse des Jahres 1925 unmittelbar nach den Neuwahlen zum Reichstag und Preußischen Landtag fälschlich in das Jahr 1926, in dem die Weimarer Koalition in Preußen gesichert war. Er schreibt, daß Marx zum Ministerpräsidenten eines Kabinetts mit der Rechten vorgesehen war, und daß Papen das Zustandekommen dieses Kabinetts dadurch verhindert habe, daß er die Rechte zu maßlosen Forderungen veranlaßt habe: eine unwahrscheinliche Behauptung. Dann erscheint plötzlich doch Marx als Ministerpräsident, ohne daß Brüning erwähnt, daß in dem von ihm geführten Kabinett nicht die Rechte, sondern die Sozialdemokratie durch Severing als Innenminister vertreten war. Falsch ist auch, daß Papen und zwei seiner Freunde für das Mißtrauensvotum gegen Marx gestimmt hätten, und daß das Kabinett dadurch gestürzt worden sei. In Wirklichkeit waren diese drei Mitglieder des Zentrums abwesend, und ihre Stimmen hätten das Kabinett nicht gerettet. Ob sich Papen, wie Brüning berichtet, danach in der Zentrumsfraktion bereit erklärt hat, freiwillig für einen sozialdemokratischen Ministerpräsidenten zu stimmen, weiß ich nicht; jedenfalls hat er es bei der Abstimmung über das Kabinett Otto Brauns, das dem Kabinett Marx folgte, nicht getan. Auch ist es falsch, daß Papen aus der Zentrumsfraktion ausgeschlossen wurde. Die Krise löste sich dadurch, daß die Sozialdemokratie und das Zentrum sich nach dem Tode Eberts am 28. Februar 1925 darauf einigten, gemeinsam Marx bei der Reichspräsidentenwahl und Braun bei der Neuwahl des preußischen Ministerpräsidenten zu unterstützen und daß die Weimarer Parteien im Preußischen Landtag infolge des Fernbleibens einiger Mitglieder der Deutschen Volkspartei und der Wirtschaftspartei von der Abstimmung eine Mehrheit der Stimmen erhielten.

25 S. 140 f.

über die Sanierung der Finanzen und vor allem der Arbeitslosenversicherung vorzubeugen. Er stieß aber mit seinem Vorschlag auf den Widerspruch der sozialdemokratischen Fraktion; die lehnte unter dem Einfluß ihrer gewerkschaftlichen Mitglieder, vor allem des Reichsarbeitsministers Rudolf Wissell, und in Kenntnis der Intrigen, die gegen das Kabinett gesponnen wurden, den Kompromiß ab. Die Regierung Müller trat demzufolge zurück.

Die jüngeren Historiker haben mit Recht die Haltung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die das Ende der Regierung der Großen Koalition herbeiführte, als einen verhängnisvollen Irrtum angesehen. Auch die sozialdemokratische Fraktion des Preußischen Landtags hat wenige Tage nach jenem Beschluß eine Resolution angenommen, in der sie die Haltung ihrer Schwesterfraktion im Reichstag kritisierte – ein sehr seltenes Vorkommnis. Sie tat es, weil sie sich zusammen mit ihren Ministern Braun und Severing darüber klar war, daß unter den bestehenden Umständen eine Regierung ohne und vermutlich gegen die Sozialdemokratie im Reich die Haltung des Zentrums in Preußen ungünstig beeinflussen und die Aufrechterhaltung der Weimarer Koalition erschweren würde. Die Memoiren Brünings machen es aber deutlich, daß die Tage des Kabinetts Müller ohnehin gezählt waren. Der Reichspräsident, das Reichswehrministerium unter Führung Groeners und Schleichers, die gesamte Rechte und der in der Reichstagsfraktion der Zentrumspartei ausschlaggebende Parlamentarier Heinrich Brüning waren gemeinsam entschlossen, das Kabinett zu stürzen. Brüning wollte aus taktischen Gründen die bestehende Regierung noch einige weitere Monate amtierend und die unpopulären Maßnahmen ergreifen lassen, die andernfalls die von ihm selbst zu bildende nächste Regierung durchzuführen haben würde. Als er aber vom Reichswehrminister Wilhelm Groener belehrt wurde, daß Hindenburg nicht gewillt sei, bis zum Herbst zu warten, stellte er sich dem Staatsoberhaupt ohne längeres Zögern zur Verfügung, als der erste von der Reichswehr "gemachte" Kanzler.²⁶ Das Verhalten der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion war töricht, weil sie die Verantwortung für den Rücktritt der Regierung auf sich nahm. Aber für den Gang der Ereignisse selbst war es nicht entscheidend. Er wurde vielmehr bestimmt durch den Willen überlegener parlamentarischer und außerparlamentarischer Kräfte, die Sozialdemokratie aus der Reichsregierung zu verdrängen.

Wie Brüning vorausgesehen hatte, wurde kurz nach seiner Amtsübernahme infolge des rapiden Fortschreitens der Wirtschaftskrise, des verstärkten Abflusses ausländischer Devisen und der schnellen Zunahme der Ziffer der Erwerbslosen eine neue Sanierung der Finanzen und der Arbeitslosenversicherung erforderlich. Diese versuchte er zusammen mit der Rechten durchzuführen. Für eine Zustimmung zu seinen Gesetzesvorlagen versprach er Hugenberg den Kopf des preußischen Ministerpräsidenten. Er hatte in all den Jahren gewünscht, "eine dauernde Koalition mit der Rechten im Reich und in Preußen zustande zu bringen."²⁷ Er gab Hugenberg, auch im Namen von Kaas, sein Wort, und er erbot sich, ihm schriftlich zu bestätigen, daß das Zentrum im Herbst auf alle Fälle in Preußen mit den Deutschnationalen regieren würde und selbst sofort dazu bereit sei. Hugenberg aber, der das baldige Chaos und danach die Macht für sich allein wollte, versagte sich. Eine Einigung mit den Sozialdemokraten, die Brüning weit entgegenkamen und die geplante Reform mit einigen Änderungen angenommen hätten, kam nicht zustande, weil nach Brünings Darstellung Intriganten im Zentrum und in der Deutschen Volkspartei sie zunichte machten. So kam es zur Vorlage der ersten Notverordnung und zu ihrer Ablehnung mit einer nur geringen Stimmenmehrheit. Otto Landsberg, der einstige Volksbeauftragte, einer der gemäßigten Abgeordneten der sozialdemokratischen Fraktion, wandte sich vorwiegend mit verfassungsrechtlichen Argumenten gegen die Verordnung in richtiger Voraussicht der Gefahr eines autoritären Regierungskurses durch den Mißbrauch des Notverordnungsrechts.

Die darauf erfolgte Auflösung des Reichstags, ohne daß Brüning die noch vorhandenen Verständigungsmöglichkeiten mit den Parteien voll ausgeschöpft hätte, war einer der größten, ja vielleicht der entscheidende Fehler seiner Kanzlerschaft. Wie die Memoiren erkennen lassen, hat er dies auch nachträglich nicht eingesehen. Ihm schwebte als Ergebnis der Wahlen eine gegen die Linke gerichtete

26 S. 160 f.

27 S. 180.

Front der Mitte und der erweiterten Rechten vor, toleriert von den Abgeordneten der äußersten Rechten. Darauf war auch die neue, nach Auflösung des Reichstags vom Reichspräsidenten in Kraft gesetzte Notverordnung zugeschnitten.

Es war jedoch bereits aus den vorhergegangenen Regional- und Kommunalwahlen zu ersehen, daß die Vertreter der extremen Richtungen die Nutznießer der überstürzt ausgeschriebenen Wahlen sein würden. Freilich hat fast niemand einen politischen Erdbeben dieses Umfanges vorausgesehen. Zur Erklärung dafür führt Brüning mehrere Vorgänge an, die sich zwischen der Auflösung des Reichstages im Juli und den Wahlen im September zugetragen haben. Daß aber die Nationalsozialisten ihre 12 Mandate vervielfachen, daß die Kommunisten ihre 54 Sitze vermehren und die von Hugenburgs Partei abgesplitterten Volkskonservativen auf die Brüning seine Hoffnung setzte, keine Erfolge erzielen würden, konnte man bereits im Juli voraussehen. In jedem Falle mußten Regierungsbildung und Regierungsführung auf parlamentarischer Grundlage beträchtlich erschwert werden. Warnend wies Joseph Wirth als Reichsinnenminister in seiner Reichstagsrede vom 18. Juli 1930 darauf hin. Auch Ernst Heilmann, der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion des Preußischen Landtags, machte in der von ihm geleiteten Wochenschrift *Das Freie Wort* auf den unheilverkündenden Ausgang der Wahlen in alten sozialdemokratischen Hochburgen Sachsens und Thüringens und auf das Vordringen der Nationalsozialisten und Kommunisten in diesen Ländern aufmerksam. Die Kommunalwahlen in Preußen, besonders in Berlin, im Herbst 1929, ließen Schlimmes erwarten. So trägt Brüning durch die Ausschreibung der Wahlen die politische Verantwortung dafür, daß den Nationalsozialisten der Zugang zur Macht erleichtert und Gesetzgebung und Verwaltungskontrolle auf parlamentarisch-demokratischem Wege kaum noch durchführbar wurden.

7.

1930 waren die Sozialdemokraten, nur gering geschwächt, mit 143 Mandaten wieder als stärkste Partei aus den Wahlen hervorgegangen. Im Jahre 1931 liefen die Wähler der bürgerlichen Mittelparteien mit Ausnahme des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei in Scharen zu den Nationalsozialisten über. Dem trug Brüning bei der Durchführung seiner Politik Rechnung. Die Memoiren beschreiben seine Versuche, von der Rechten die notwendige Unterstützung zu erhalten. Weil diese Bemühungen vergeblich waren, mußte er die Tolerierung durch die Sozialdemokraten suchen und ihnen dafür gewisse Konzessionen machen.

Die ersten Monate des Jahres 1932 bis zu Brünings Entlassung sind erfüllt von seinen Bemühungen, die Wiederwahl Hindenburgs zum Reichspräsidenten und den Übergang zu einem Kabinett der Rechten und des Zentrums unter Beteiligung der Nationalsozialisten zu bewerkstelligen. Die Lektüre keines anderen Teils der Memoiren löst größeres Befremden aus. Die Zähmung der Nationalsozialisten in einer so gestalteten Regierung sollte durch Hindenburgs Verfassungstreue und den Einfluß der Zentrumspartei gewährleistet und die vom nationalsozialistischen Extremismus drohende Gefahr durch eine baldige monarchische Restauration gemindert werden. Aber es wäre Brüning nicht einmal möglich gewesen, auch nur ein bescheidenes Resultat zu erzielen. Dazu bedurfte er der Unterstützung wenigstens eines der drei damals einflußreichsten Männer. Hindenburgs Macht war durch die Machtverminderung des Parlaments, die sich aus dem Ergebnis der Septemberwahlen von 1930 ergab, erheblich gestiegen. Hitler verfügte infolge des gewaltigen Aufschwungs der Wahlziffern seiner Partei und durch seine paramilitärischen Organisationen über stark angewachsene parlamentarische und über so bedeutende außerparlamentarische Machtmittel wie kein anderer Parteiführer. Schleicher dominierte hinter dem Rücken Groeners politisch die Reichswehr, die gemäß der deutschen Tradition zu einem ausschlaggebenden Faktor im Staate geworden war. Brüning suchte vergeblich bei einem von diesen die Stütze, deren er bedurfte. Um diese Persönlichkeiten in den Bannkreis seiner Ideen zu ziehen, jagte er der Utopie einer überwältigenden Reichstagsmehrheit von den Nationalsozialisten bis zu den Sozialdemokraten nach. Er wollte die Funktionsfähigkeit des nach dem Willen der Wählerschaft ohnmächtig gewordenen Parlaments für einen bestimmten Zweck vorübergehend wiederherstellen.

Dies trat Anfang Januar 1932 deutlich zutage, als Brüning Hindenburgs Wiederwahl mit einer Zweidrittelmehrheit des Reichstags durchzusetzen versuchte, um ihm einen Wahlkampf zu ersparen. Die

Sozialdemokraten sollten für Hindenburg im Vertrauen auf seine bisher bewiesene Verfassungstreue stimmen. Hitler lockte er mit dem Hinweis auf die Wahrscheinlichkeit, daß ihm nach Hindenburgs Wiederwahl die Führung der Politik übertragen werden würde. Da Hindenburg, ebenso wie 1925, in erster Linie von der Rechten gewählt zu werden wünschte und die Öffentlichkeit auf die bevorstehende Wendung vorbereitet werden sollte, hatte Brüning ein dies alles symbolisierendes Verfahren erdacht. Die Nationalsozialisten sollten im Reichstag Hindenburgs Wiederwahl als erste in Vorschlag bringen. Die Sozialdemokraten, im Parlament immer noch die stärkste Fraktion, sollten als letzte nach allen andern Parteien rechts von ihnen zustimmen, im Widerspruch zu den parlamentarischen Regeln, denen zufolge die Fraktionen gemäß ihrer numerischen Stärke zum Worte zugelassen wurden.

Der Plan scheiterte, wie vorauszusehen war. Hitler nahm ihn kühl auf; er und das Haus Hindenburg stempelten ihn als verfassungswidrig ab. Von düsteren Ahnungen erfüllt, legte Brüning dennoch den sozialistischen Führern seine Gedankengänge dar. Er übernimmt keine Garantie dafür, wie weit unter einer Regierung Hitler die Änderung der Innenpolitik gehen würde, außer der Versicherung, daß der Reichspräsident, ebenso wie er selbst, die Verfassung nur auf legalem Wege fortzuentwickeln gewillt sei. Die Reaktion seiner Gesprächspartner während der vielstündigen, sich bis tief in die Nacht hinziehenden Unterhaltung läßt er im Schatten. "Die Herren nahmen meine Ausführungen mit großem Ernst, aber auch mit starker Besorgnis auf. Ich hatte trotzdem das Gefühl, daß sie im Notfall den Einsatz ihrer Parteien riskieren würden."²⁸ Daß dieses Gefühl trog, hat Brüning später erkennen müssen, wie die bereits oben angeführte Stelle seiner Memoiren beweist.

Je mehr sich in den darauf folgenden Monaten die Widerstände und Intrigen gegen Brüning häuften, desto entschiedener betrieb er seinen Plan, ohne dafür die geringste Stütze in der Wirklichkeit der Dinge zu haben. Den Wahlkampf für Hindenburg führt er mit Hingebung, obwohl er weiß, daß dieser seine Wähler verraten wird. Die Leitung des Staates durch Hindenburg als Reichsregent und die Restauration erscheinen ihm – wenigstens behauptet er dies in den Memoiren – nach der Wiederwahl nahe gerückt. Er ist befriedigt, die Macht des Parlaments eingeschränkt und die Macht des Reichspräsidenten über die Befugnisse des Kaisers hinaus emporgehoben zu haben. Voller Genugtuung weist er Hindenburg auf die aussichtsreichen Verhandlungen zur Bildung einer Regierung mit den Nationalsozialisten in Preußen hin, nachdem die Bürger durch ihre Entscheidung in den Landtagswahlen vom 24. April 1932 der Mehrheit der Weimarer Koalition ein Ende bereitet haben. Die Führung der Polizei, also das Innenministerium, will Brüning freilich den Nationalsozialisten nicht überlassen, womit er ihnen auch den Posten des Ministerpräsidenten verschließt, da dieser die Minister ernennt. Er ist von dem Gedanken einer Reichsregierung unter nationalsozialistischer Führung wieder abgekommen, seit Hitler im Februar seine Kandidatur für die Reichspräsidentenschaft angekündigt hat, und sieht nun in Carl Goerdeler, dem bekannten Oberbürgermeister von Leipzig und Preiskommissar in seiner Regierung, den künftigen Reichskanzler und gleichzeitigen preußischen Ministerpräsidenten. Hier macht er sich von neuem zum Träger einer phantastischen Idee. Ebenso wenig wie es das Zentrum Papen je verziehen hat, daß er ohne Zustimmung und gegen den Willen der Partei die Nachfolge Brünings angetreten hat, hätte Goerdeler, der deutschnationale Rebell gegen Hugenberg, bei der Rechten auch nur die geringste Unterstützung finden können.

Die Reaktion der Träger der Gesellschaftsschicht, deren Macht Brüning von allen Fesseln befreien will, ist unzweideutig. Er hat ihre Erwartungen nicht erfüllt, scheut vor dem offenen Verfassungsbruch zurück und sucht Kombinationen, die Luftgebilde sind und den Vorstellungen der handfesten Repräsentanten des ostelbischen Grundbesitzes und des Militärs von einer schnellen und durchgreifenden Aktion nicht genügend entgegenkommen. Hindenburg denkt nach wie vor nur an die Rückberufung Wilhelms II. Vor seinen Augen steht ein Monarch, der lediglich von militärischen Beratern umgeben ist und regieren soll wie Wilhelm I. 1863 in der Konfliktszeit. Dem Kronprinzen ist eine von der Linken tolerierte Restauration unsympathisch, ohne Zweifel, weil dies die Abrechnung mit ihr komplizieren würde. Auch hält er Brüning vor, daß Hindenburg seinen Platz nicht räumen und ihn verraten werde, wie er alle anderen verraten habe. Der Reichsjustizminister Curt Joël "als der

28 Über die von Brüning geplante Wahl Hindenburgs durch den Reichstag S. 500-502; das Zitat S. 502.

älteste noch im Dienst befindliche Beamte altpreußischer Prägung" ermahnt Brüning, mit dem verräterischen Schleicher endlich Schluß zu machen.²⁹ Die Vorgänge bei der Entlassung Brünings waren zum größten Teil bekannt; die Einzelheiten, die er hinzufügt, tragen lediglich dazu bei, die Konturen des Bildes von Hindenburg noch schärfer hervortreten zu lassen, das er in den Memoiren zeichnet: altersschwach und treulos, undankbar und stets darauf bedacht, die Verantwortung für unbequeme Entscheidungen auf andere abzuwälzen, grob und unbeherrscht, nicht einmal die elementaren, im amtlichen und gesellschaftlichen Verkehr üblichen Formen der Höflichkeit beachtend.

In den späteren Partien schildert Brüning, ohne allzu viel Neues zu bringen, Vorgänge, die sich nach seiner Entlassung abgespielt haben: die Abrechnung Hitlers mit politischen Gegnern, das System der Konzentrationslager und die unwürdige Behandlung des früheren Reichspräsidenten Löbe und des Sohnes von Hindenburgs Amtsvorgänger Friedrich Ebert. Neu ist aber vieles in der Darstellung der Preisgabe der Zentrumsparlei durch Kaas, der sich auf den Abschluß eines Reichskonkordats mit dem Heiligen Stuhl konzentriert. Darin kommt die ganze Bitterkeit gegen den Parteiführer zum Ausdruck, der Hitler beflissen alle Hindernisse aus dem Weg geräumt hat. Zugleich tritt aber auch Brünings Mangel an Selbstkritik hervor. Noch zehn Tage vor Hitlers Berufung zum Reichskanzler äußerte er, daß man die Lage einigermaßen ruhig betrachten könne, wenn Hitler unter normalen Verhältnissen Kanzler würde;³⁰ er hat die Aussichtslosigkeit des Wirkens und die Unmöglichkeit der Weiterexistenz einer parlamentarischen Opposition unter dem Nationalsozialismus nicht vorausgesehen.

8.

Die in den zwei vorhergehenden Abschnitten wiedergegebenen Leitgedanken Brünings sind nach den Memoiren stets die gleichen geblieben. Auf ihnen basierten seine politischen Handlungen, wenn er auch natürlich die jeweiligen Umstände in seiner Taktik berücksichtigen mußte.

Zusammengefaßt entwirft Brüning in den Memoiren von sich ein Bild, das keine unscharfen Konturen übrigläßt. Außenpolitisch war er "Revisionist", zur Zerschlagung der Friedensordnung von 1919 entschlossen. Verfassungspolitisch war er ein Gegner der demokratischen Republik und Monarchist. Parteipolitisch war er ein Konservativer in der Zentrumsparlei. Seine Deflationspolitik stellte er in den Dienst der Außenpolitik; ihr sollte auch der Kampf für die Rüstungsgleichheit dienen. Demgemäß zielten seine außenpolitischen Bemühungen auf die Zertrümmerung des Systems von Versailles hin, wofür die Beseitigung der Reparationslasten der erste Schritt sein sollte. Verfassungspolitisch arbeitete er auf dem Gebiet der Legislative seit 1930 daran, die starke Minderung der Funktionsfähigkeit des Parlaments auszunutzen, um durch Mißbrauch des Notverordnungsrechts zum Konstitutionalismus Bismarckscher Prägung zurückzukommen. Auf dem Gebiet der Exekutive sollte Hindenburgs Wiederwahl den Weg zur Reichsregentschaft und anschließend zur Restauration der Monarchie bahnen. Parteipolitisch erstrebte Brüning eine dauernde Verbindung seiner Partei mit den antirepublikanischen Kräften im Reich und in Preußen. Dem Zentrumsflügel, der unter der Führung Erzbergers aus Württemberg, Wirths aus Baden und Hess' aus dem Rheinland um den Ausbau republikanischer Einrichtungen und die Erziehung des Volkes zum demokratisch-republikanischen Denken bemüht war, stand er ablehnend gegenüber. Die Sozialdemokratie sollte im Reichstag die Stimmen liefern, deren eine Koalition der Rechten und des Zentrums für verfassungsändernde Gesetze bedurfte, oder eine gegnerische Regierung tolerieren. Als Gegenleistung bot Brüning, seiner eigenen Überzeugung entsprechend, einen außenpolitisch friedlichen, innerpolitisch quasi-legalen, einen Bürgerkrieg vermeidenden Übergang an. Seine Deflationspolitik, die er in den Memoiren mit großer Entschiedenheit verteidigt, war zu einem erheblichen Umfang, objektiv gesehen, unvermeidlich. Im Rückblick wird auch zu oft das subjektive Element übersehen, der tief sitzende Schreck vor einer galoppierenden Inflation, der ja erst sieben Jahre vor Brünings Amtsantritt ein Ende gesetzt worden war, so daß selbst eine beschränkte Kreditausweitung im gesamten Volk außer bei den Sachwertbesitzern eine Panik ausgelöst haben

29 Über Hindenburgs Vorstellungen von der Ausübung der monarchischen Gewalt S. 512; Äußerungen des Kronprinzen S. 520. Joëls Unterhaltung mit Brüning S. 584.

30 S. 644.

würde. Die Überspannung und die unsoziale Komponente in dieser Politik aber waren durch Brüning's außenpolitische Zielsetzungen bestimmt. Die Not der Massen sollte eindrucksvoll genug demonstriert werden, um die Streichung der Reparationen als unbedingt notwendig zu erweisen. Darüber hinaus sollte die Deflationspolitik Deutschland nach Überwindung der Wirtschaftskrise den besten Start und eine künftige wirtschaftspolitische Überlegenheit sichern. Auf die inneren Widersprüche in jedem dieser Programmpunkte soll nicht eingegangen werden. Jedenfalls hätte nicht einmal ein staatsmännisches Genie diese Leistungen vollbringen können. Die Behauptung, daß Brüning "hundert Meter vor dem Ziel" gestürzt wurde, ist schon deswegen unzutreffend, weil sein Ziel unerreichbar war.

Treviranus erzählt, daß Professor Dietzel Brüning nach der Rückkehr aus dem Felde anbot, seine Doktorarbeit als Habilitationsschrift anzunehmen. Brüning, der vor dem Kriege die wissenschaftliche Laufbahn ins Auge gefaßt zu haben scheint, lehnte ab.³¹ Er war für eine Lehr- und Forschungstätigkeit nach dem Kriege innerlich zu aufgewühlt. Das Kriegserlebnis, das ihn in das öffentliche Leben führte, suchte er sowohl mit wissenschaftlichen als auch mit politischen Methoden zu meistern. In seinem Gedankengebäude ist aber für die Menschen mit ihren Bedürfnissen und Hoffnungen und für ihre politischen und sozialen Gruppierungen wenig Raum. So flüchtet er gern aus der rauhen Gegenwart in die scheinbare Objektivität eines fest in sich ruhenden Obrigkeitsstaates. Er will als Träger einer Staatspolitik gesehen werden, die durch sein angeblich über den Parteien stehendes Kabinett repräsentiert wird. Demgemäß wirkt er in gewissen Partien der Memoiren seltsam unpolitisch, in anderen wiederum tritt er als gewiegener Taktiker hervor. So schillernd dadurch seine Persönlichkeit erscheint, stets führen ihn seine Überlegungen in das Lager der Rechten.

9.

Weniger auffällig, aber vielfach bedeutsam für die Bestätigung dieses Urteils sind Einzelheiten, die Brüning's Erwägungen und sein politisches Handeln blitzartig beleuchten.

Brüning hat im Reichstag den Wahlkreis Breslau vertreten. Der Regierungsbezirk Breslau war der einzige konfessionell gemischte Wahlkreis des Ostens. Oberschlesien war fast ausschließlich katholisch, der Bezirk Liegnitz und die anderen östlichen und mitteldeutschen Provinzen Preußens – Ostpreußens, Pommern, Brandenburg und der Wahlkreis Berlin, Schleswig-Holstein und Sachsen – ganz überwiegend evangelisch. Das gleiche gilt von den nichtpreußischen ostdeutschen und mitteldeutschen Gebieten, den Ländern Mecklenburg, Sachsen und Thüringen. Außerhalb Schlesiens wurden daher in diesem ganzen Raum im April beziehungsweise Juli 1932 nicht mehr als vier Abgeordnete der Zentrumsparterie gewählt. Bei denselben Wahlen waren mit Ausnahme der Stadt Berlin die Nationalsozialisten in jedem Wahlkreis den Sozialdemokraten weit voraus, während die Stärke der Kommunisten erheblich unter dem Landesdurchschnitt lag. In Oberschlesien, der einzigen Domäne der Zentrumsparterie in Ostdeutschland, kamen im April 1932 die Stimmen der Nationalsozialisten dicht an diejenigen des Zentrums heran.

Der Eindruck dieser Situation auf Brüning ist unverkennbar. Er ist bei seiner Reise durch den deutschen Osten 1931 tief deprimiert von den wüsten Demonstrationen der Nationalsozialisten und den grenzenlosen Forderungen der großen und kleinen Grundbesitzer: "Der Osten hatte das Maß verloren."³² Brüning erkennt auch die Schwäche der Kommunisten, die er in seinen Memoiren nur am Rande erwähnt. Er glaubte zwar, die Nationalsozialisten für eine echte Koalitionspolitik gewinnen zu können, aber er wußte, daß, wenn dies nicht gelang, bei ihnen die eigentliche Gefahr lag.

Es ist erstaunlich, daß Brüning erst im Jahre 1931, als er den Bezirk Breslau schon sieben Jahre vertreten hatte, den großen Unterschied zwischen dem Osten und dem Westen in bezug auf die politische Reife voll erkannt zu haben erklärt. Jeder Abgeordnete, den die Wahrnehmung seines Mandats in die verschiedenen Gebiete Deutschlands führte, begriff dies in einer kurzen Zeitspanne. Die Bemerkung zeigt Brüning's Volksferne und Volksfremdheit. Noch merkwürdiger sind die politischen Folgerungen, die er aus seinen Betrachtungen zieht: der Osten war selbst über ein Jahrhundert nach den Reformen des Freiherrn vom Stein auch für eine gemäßigte Demokratie noch nicht reif. Die

31 Treviranus, a. a. O., S. 11; 29.

32 S. 245.

junkerliche Opposition unter Führung von Ludwig von der Marwitz gegen Steins Reformen war daher vielleicht berechtigt.³³ Brüning spricht nicht von den Widerständen der Rechten gegen die Änderung der Agrarstruktur und gegen Reformen der Verwaltung: in der Tat sind ja in Preußen erst in der Weimarer Republik Überbleibsel des Feudalismus wie die Gutsbezirke und die Polizeigewalt der Gutsbesitzer beseitigt worden. Brüning erwägt im Gegenteil, ob nicht die Aufrechterhaltung der Wirtschafts- und Verwaltungsstruktur vor den Steinschen Reformen damals vorzuziehen gewesen wäre.

Völlig übereinstimmend mit seiner politischen Grundhaltung sind Brünings Äußerungen zur Personalpolitik. Da er kein Demokrat war, wies er den Gedanken von sich, daß der demokratische Staat eines dem demokratischen Gedanken ergebenden Beamtenkörpers und eines in derselben Idee verwurzelten Richtertums und Lehrkörpers von der Volksschule bis zur Hochschule bedurfte. Darum stand er der Personalpolitik der Weimarer Koalition in Preußen, wie sie besonders von der Sozialdemokratie betrieben wurde, feindlich gegenüber und suchte sie zu behindern. Wiederholt betont er die fachliche Eignung als einziges für die Auswahl der Beamten zulässiges Prinzip. Bei der Bereisung des Ostens als Reichskanzler kam er zu dem Schluß, daß ein großes Revirement nötig sei, und daß ein Drittel der Regierungspräsidenten und die Hälfte der Landräte durch bessere Kräfte "ohne Rücksicht auf die Parteizugehörigkeit" ersetzt werden müßten. Außerdem erschien es ihm unmöglich, den einzigen sozialdemokratischen Oberpräsidenten in einer der östlichen Provinzen, Hermann Lüdemann, in Niederschlesien zu lassen; auch Carl Siehr, ein aufrechter Demokrat, von Brüning als ehrlich und gerade geschätzt, schien ihm für sein Amt nicht mehr geeignet. Severing ist damals Brünings Vorstellungen mit dem Argument begegnet, daß ein Revirement dieses Umfangs undurchführbar sei, und hat hervorgehoben, daß von den Koalitionsparteien keine Klagen gegen Lüdemann laut geworden seien.³⁵

Schon vor seiner Amtszeit hat Brüning in derselben Richtung gewirkt. Angesichts der Verhältnisse im Gerichtswesen brachte die schwächliche und politikfremde Führung des preußischen Justizministeriums durch den dem Zentrum angehörigen Minister Hugo am Zehnhoff von 1919 bis zum März 1927 schweren Schaden. Brüning rühmt ihn, weil er die Richter nur nach ihrer fachlichen Eignung auswählte, und weil sich während seiner Amtszeit kein anderer Minister in die Personalverhältnisse der Justiz einzumischen gewagt habe.³⁵ Der versteckte Tadel gegen den dem linken Flügel der gleichen Partei angehörigen Nachfolger am Zehnhoofs, Hermann Schmidt, ist unverkennbar. Schmidt hat personelle Entscheidungen im Sinne der Demokratisierung der Justiz getroffen.

Ebenso hat Brüning als Stegerwalds Vertrauensmann im preußischen Wohlfahrtsministerium sich bemüht zu verhindern, daß personelle Konsequenzen aus dem Verhalten gewisser Beamter beim Kapp-Putsch 1920 gezogen wurden. Diese Stelle der Memoiren ist voll von Falschdarstellungen und Insinuationen. Eine Gruppe, später "Preußische Kamarilla" genannt, bestehend aus jüngeren Leuten, "leidenschaftlich antichristlich", aber eng verbunden mit dogmatisch linksgerichteten Journalisten der Zentrumsparterie, habe Proskriptionslisten vorbereitet und dem Minister Stegerwald ein Ultimatum gestellt. Brüning rief sofort zwei führende konservative Abgeordnete des Zentrums zu Hilfe, die erklärt haben sollen, die Beseitigung höherer Beamter wegen ihrer Treue zu ihrem lutherischen Glauben würde das Ende der Koalition mit der Sozialdemokratie bedeuten. Brüning beklagt, daß er später mit dieser Kamarilla einen dauernden stillen Kampf führen mußte. Hätten die preußischen Minister sie beseitigt, so wäre die politische Entwicklung anders verlaufen. 1932 kommt er abermals auf eine Clique im Innenministerium und in Otto Brauns Staatsministerium zu sprechen, vor der er Severing in einem Augenblick warnt, in dem er die Ablösung der Regierung der Weimarer Koalition in Preußen durch eine Regierung des Zentrums mit der Rechten vorbereitet; davon erzählt er Severing nichts, "um diesen ausgezeichneten Mann nicht völlig unsicher zu machen".³⁶

33 Vgl. S. 243.

34 S. 245 f. Severing erklärte Brüning, daß er zweimal vergeblich auf einen Vorstoß der Demokraten und der Zentrumsparterie gewartet habe, um Lüdemann zu beseitigen. Es fehlte Severing nicht an entwaffnender Ironie.

35 S. 60.

36 S. 67; 582. Brüning fügt auf S. 67 hinzu: "Die Angehörigen der Kamarilla haben später als Emigranten im Ausland ein Zerrbild der Geschichte der Weimarer Republik geschaffen". Wie gewöhnlich in solchen Fällen, nennt er keine Namen, so daß man nicht mit Sicherheit sagen kann, wen er bei seinen Angriffen im Auge hat.

Die gesamte Erzählung kann nur als unsinnig qualifiziert werden. "Leidenschaftlich antichristliche" Beamte gab es in Preußen nicht, auch würden Katholiken und Mitglieder der Zentrumspartei, gleichviel ob links oder rechts, mit ihnen nicht zusammengewirkt haben. Zur Zeit des Kapp-Putsches saßen im Staatsministerium und im Innenministerium zusammen vielleicht drei jüngere linksgerichtete Beamte; die Personalpolitik war ja von dem ersten sozialistischen Ministerpräsidenten Paul Hirsch und von dem ersten Minister des Inneren Wolfgang Heine leider völlig vernachlässigt und ist erst nach ihrer Ersetzung durch Braun und Severing nach dem Kapp-Putsch in Gang gebracht worden. Aus seinem lutherischen Glauben ist nie einem Beamten ein Schaden erwachsen. Die Behauptung, daß durch die Beseitigung einer kleinen Zahl von Beamten in nichtleitenden Stellungen die politische Entwicklung anders verlaufen wäre, ist grotesk. Die katholischen Journalisten des Zentrums bei der *Germania*, dem Berliner Organ der Partei, das damals einen entschiedenen Linkskurs verfolgte, und andere, die später im Kreise um Joseph Wirths *Deutsche Republik* wirkten, waren wegen ihrer Treue zur demokratischen Republik und ihrer Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Sozialdemokraten Brüning offenbar suspekt.

Die historische Unzuverlässigkeit von Teilen der Memoiren ist schon u. a. an dem Beispiel von Brünings Ausführungen über die kurzlebige Regierung von Wilhelm Marx in Preußen 1925 bewiesen worden. Die Erzählung von der "preußischen Kamarilla" beweist, wie falsch und unglaublich auch solche Ereignisse wiedergegeben werden, an denen Brüning selbst beteiligt war.

Ein Blick sei noch auf Brünings Stellung zur Judenfrage geworfen. Brüning war kein Antisemit. Er haßte die liberale Presse, besonders die Blätter des Ullstein- und Mosse-Verlages, und wußte natürlich, daß die Verleger und viele Mitglieder der Redaktionsstäbe dieser Zeitungen Juden waren. Auch Brünings Bemerkungen über "leidenschaftlich antichristliche" Beamte haben einen judenfeindlichen Unterton. Zu dem kleinen Kreis von Sozialdemokraten, die Brüning dabei vermutlich im Auge hatte, gehörten einige jüdische Beamte: im Innenministerium Ministerialdirektor Hermann Badt, der Leiter der Verfassungsabteilung, und Ministerialrat Hans Hirschfeld, der Pressereferent, der als Senatsdirektor in Berlin später unter den Regierenden Bürgermeistern Ernst Reuter, Otto Suhr und Willy Brandt in der gleichen Eigenschaft tätig war; im Staatsministerium der Pressechef der Staatsregierung Hans Goslar und Ministerialrat Herbert Weichmann, der von Otto Braun in seinen Erinnerungen gewürdigt wird, und der nach dem zweiten Weltkrieg in der Regierung von Hamburg, zuletzt als Erster Bürgermeister der Freien Stadt tätig war. Aber unbeschadet solcher Empfindungen hat Brüning richtig beobachtet, daß Männer jüdischer Abkunft in *allen* politischen Gruppen und bei der wirtschaftlichen Planung und Organisation stark vertreten waren. Er lehnt den Irrglauben ab, daß die deutschen Juden geistig und politisch eine Einheit waren, und rühmt ihnen nach, daß sie 1919 einen leidenschaftlichen Kampf gegen die Lethargie eines großen Teiles des Volkes geführt und die finanziellen und sozialen Folgen des Krieges besser erfaßt hätten, als die übrigen Deutschen.³⁷ Seiner Freundschaft mit Hilferding ist bereits gedacht worden, auch seiner Anerkennung für Paul Hertz, den sozialdemokratischen Finanzexperten im Reichstag. Er ist des Lobes voll für den schlesischen Grundbesitzer Karl von Loesch, den Abkömmling einer jüdischen Familie, wegen der Verdienste, die dieser sich als Leiter des Deutschen Schutzbundes bei den Volksabstimmungen in den Grenzgebieten von Schleswig bis Schlesien erworben hat.

Ebenso war Brüning vorurteilslos in der Auswahl oder Heranziehung von Juden zu wichtigen Funktionen im Staat und in der Wirtschaft. Gern arbeitete er auf dem Gebiet der Reparationen und der Finanzen mit dem klugen Staatssekretär im Reichsfinanzministerium Hans Schäffer, der sich parteilos der Linken zurechnete. Er pries die Verdienste Carl Melchior's, des Mitinhabers des Bankhauses M. M. Warburg in Hamburg, der sich auf den internationalen Konferenzen durch sein Auftreten und seinen Rat um Deutschland verdient gemacht hat und von den Nationalsozialisten und auch im Auswärtigen Amt mit allen Mitteln verleumdet wurde. "Diesem Mann ein Denkmal zu setzen, der ein Patriot war und nur wegen seiner jüdischen Abstammung angefeindet wurde, ist eine besonders angenehme Pflicht". Den bereits erwähnten hochbefähigten Staatssekretär im Reichsjustizministerium Curt Joël machte Brüning in seinem zweiten Kabinett 1931 zum Minister. Joël gehörte der refor-

mierten Kirche an, war aber volljüdischer Abstammung. Aber auch Papen bot dem streng konservativen Fachmann dasselbe Ministerium an, was Joël ausschlug. Seine politische Haltung erklärt es auch, daß Brüning mit ihm nicht nur in besten kollegialen und amtlichen Beziehungen stand, sondern daß sich zwischen dem Kanzler und dem Justizminister ein Vertrauensverhältnis entwickelte, wie es Brüning zu keinem anderen Kabinettsmitglied außer Treviranus unterhielt. Er suchte Joël, dessen Personalpolitik mit seiner eigenen Auffassung übereinstimmte, Otto Braun als preußischen Justizminister anstelle Hermann Schmidts, des linksstehenden Zentrumsmanns, aufzudrängen. Braun aber wehrte diese und andere Bemühungen, seinem Kabinett eine stärkere Tendenz zur Rechten zu geben, vorsichtig aber deutlich ab.³⁸

Dagegen hat Brüning, wovon er in den Memoiren nichts schreibt, niemals öffentlich ein Wort gegen die maßlosen antijüdischen Drohungen und die Ausschreitungen der Nationalsozialisten in Berlin und im Lande geäußert. Während des Jahres 1931 bemühten sich der Syndikus des *Centralvereins deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens* und der Präsident der *Zionistischen Vereinigung für Deutschland* wiederholt aber vergeblich um einen Empfang beim Reichskanzler und um die Zusage einer öffentlichen Stellungnahme oder einer Erklärung an eine jüdische Organisation gegen die nationalsozialistischen Gewalttätigkeiten. Nach Brünings Entlassung beklagte die *Jüdische Rundschau*, daß die Reichsregierung kein klares Wort gegen die antisemitischen Exzesse gefunden habe und "eine energische Zurückweisung jüdenfeindlicher Ausschreitungen der preußischen Regierung Braun-Severing überließ".³⁹ Brüning faßte in dieser Zeit Verhandlungen mit den Nationalsozialisten ins Auge und wollte deren Erfolg nicht durch eine entschiedene Stellungnahme gegen die Judenhetze gefährden; eine ominöse Unterlassung, die erraten läßt, daß selbst unter einer Koalitionsregierung der Rechten und des Zentrums, wie sie Brüning unter Verkennung des Charakters der Nationalsozialisten vor Augen stand, die Gleichstellung der Juden mit der übrigen Bevölkerung nicht erhalten geblieben wäre.

10.

Brüning hatte eine nur oberflächliche Auffassung von der deutschen Arbeiterbewegung, und die Vorstellung, die die Sozialdemokratie von Brüning hatte, entspricht nicht dem Bilde, das er von sich in den Memoiren entworfen hat.

Die Arbeiterschaft war in Brünings Augen eine von Haus aus konservative Bevölkerungsschicht. Sie wird zum Radikalismus durch Theoretiker verführt, die den Arbeitern einen Ausweg aus allen Schwierigkeiten bieten. Brüning legt sich keine Rechenschaft ab von der Beeinflussung der Geschichte aller politischen Bewegungen durch den menschlichen Geist. Er ahnt auch nichts von der Hingabe und Opferwilligkeit der Hunderttausende, die sich in ihren Organisationen eine Waffe für ihre politische und wirtschaftliche Befreiung und ein Instrument der Selbsterziehung geschaffen haben, als Staat und Gesellschaft sich den Aufgaben entzogen, deren Erfüllung die Industrialisierung Deutschlands erforderte. Brüning glaubt ernsthaft, daß der Durchschnittsagitator der SPD Wilhelm II. und Ludendorff hauptsächlich aus Konkurrenzfurcht vor den Kommunisten so heftig bekämpft habe und dadurch zusammen mit der liberalen Presse für den dauernden Riß im deutschen Volke verantwortlich sei. Die lärmende monarchistische Agitation übergeht er; in Ludendorff erblickt er nicht den Putschisten von Berlin 1920 und von München 1923, der 1924 an der Spitze des Reichswahlvorschlags der Nationalsozialisten in den Reichstag einzieht, sondern den glänzenden Feldherrn und den Patrioten, der helfen will, das Volk aus tiefster Erniedrigung herauszuführen.⁴⁰

Die Beurteilung Brünings durch die Sozialdemokratie bedarf nach der Veröffentlichung seiner Erinnerungsschrift einer Überprüfung.

Die sozialdemokratische Partei hat nach den Wahlen des Jahres 1930 Brünings Politik zwar lebhaft kritisiert, ist ihm aber in entscheidenden Augenblicken zu Hilfe gekommen. Hätte die Sozialdemokratie die Verantwortung für eine Gesetzgebung übernommen, die inhaltlich den drei Notverordnungen

38 Über Melchior, S. 487; über Joël, S. 483; 584. Über Papens Anfrage, ob Joël zum Eintritt in sein Kabinett als Justizminister bereit sei, briefliche Mitteilung von Herrn Ministerialdirektor a. D. Dr. Günther Joël vom 20. 8. 1971.

39 Arnold Paucker, *Der jüdische Abwehrkampf*, Hamburg 1968, S. 130-133; 281-284; das Zitat auf S. 284.

40 S. 53; vgl. auch S. 72 über eine der Zusammenkünfte zwischen Brüning und Ludendorff im Dezember 1920. Ludendorffs Rolle beim Kapp-Putsch erwähnt Brüning nicht.

vom Dezember 1930 und von 1931 entsprochen hätte, so wären ihr ihre Wähler weggelaufen. Daß sie das Verlangen, die einmal erlassenen Verordnungen außer Kraft zu setzen, nicht unterstützte, hat ihr nur begrenzte Verluste verursacht.⁴¹ Dies mag seltsam widersprüchlich erscheinen, da das Ergebnis in beiden Fällen das gleiche war. Aber Wähler handeln nicht ebenso logisch wie Gelehrte, die ihre Entscheidungen nachträglich beurteilen. Die positive Beteiligung an einer Gesetzgebung dieser Tendenz wäre ihnen unerträglich erschienen, aber die Ablehnung des Antrags, die Verordnungen aufzuheben, verstanden sie als eine Maßnahme, um den Sturz Brünings zu verhindern und einer Diktatur der Reichswehr oder der Nationalsozialisten vorzubeugen. Hätten sie Brüning jedoch so gesehen, wie er sich selbst in den Memoiren präsentiert, als Vorkämpfer einer Staatsumwälzung, wenn auch mit gewaltlosen Mitteln, der Restauration und der Beteiligung der Nationalsozialisten an der Macht, so wären sie der Linie ihrer Führer nicht gefolgt und die Führer selbst hätten diese Linie nicht innegehalten.

Dasselbe gilt für die Wahl Hindenburgs. Gewiß war dieser der einzige Kandidat, der Hitler bei der Reichspräsidentenwahl schlagen konnte; eine deprimierende, aber unwiderlegbare Feststellung. Aber dem künftigen Träger einer Reichsregentschaft und dem Förderer der Beteiligung der Nationalsozialisten an der Macht hätten die Sozialdemokraten ihre Stimme versagt. Brüning hat dadurch, daß er in seinen Wahlreden Hindenburg als Idealfigur vorstellte, entgegen dem Bilde, das er in den Memoiren entwirft, die Wähler irreführt und er war sich dessen bewußt. Die Rechtfertigung dieses Manövers fand der Kanzler darin, daß die Wahl Hitlers den totalen Sieg des Nationalsozialismus sichern würde, während die Wahl Hindenburgs die Verwirklichung seines, wie er glaubte, rettenden Planes ermöglichen konnte.

Die sozialdemokratischen Führer haben zur Wahl Hindenburgs aufgerufen. Bei aller Skepsis glaubten sie nicht anders handeln zu können. Eine sozialdemokratische Kandidatur war aussichtslos. Ebenso aussichtslos und völlig ausgeschlossen war ein Zusammengehen mit den Kommunisten, die in ihrem Aufruf zu den Preußenwahlen in den Sozialdemokraten, auch in ihren "linken Filialen", den Hauptgegner und selbst in der kleinen, nach links von der Sozialdemokratie abgesplitterten Sozialistischen Arbeiterpartei "die gefährlichste Spielart des Sozialfaschismus" erblickten.⁴² Der seltsame, von einigen Seiten lanzierte Gedanke einer Kandidatur des populären Pioniers des Flugwesens, des unpolitischen Hugo Eckener wurde von den Sozialdemokraten bis zur Deutschen Volkspartei als viel zu riskant abgelehnt; mit Recht, wie sich aus den Ergebnissen der Preußenwahl ablesen ließ. Die Parteien, die mit ihrem Einsatz für Hindenburg erfolgreich waren, blieben in Preußen zwei Wochen später hinter den Nationalsozialisten und Deutschnationalen an Stimmenzahl zurück. Die Sozialdemokraten kannten die bei zwei Empfängen 1931 deutlich bekundete Abneigung Hindenburgs gegen Hitler. Sie trauten ihm aufgrund der Erfahrungen mit seiner siebenjährigen Amtsführung einen Verfassungsbruch nicht zu. Sie vernahmen den Aufruf des Kronprinzen zur Wahl Hitlers. Sie setzten sich für Hindenburg in besserem Glauben ein als Brüning, wenn sie sich auch, wie die Memoiren erkennen lassen, im Irrtum über seine letzten Absichten befanden. Insofern geben die durch die Memoiren neu gewonnenen Einsichten keine Veranlassung, die damalige Entscheidung der Sozialdemokratie aus historischer Sicht zu beanstanden.

Brüning schreibt an einer bereits erwähnten Stelle, daß er bei den Sozialdemokraten "außer bei Hilferding" kein Verständnis für die Zweckmäßigkeit einer Regierung mit nationalsozialistischer Beteiligung gefunden habe.⁴³ Die Bezugnahme auf Hilferding erscheint unglaubwürdig. Das Fehlen jeder

41 Die Verluste der Sozialdemokraten waren vor allem auf die Radikalisierung der Wähler durch die Wirtschaftskrise zurückzuführen. Schon 1930 erlitten sie Verluste, obwohl sie gegen die erste Notverordnung gestimmt hatten. Hinzu kam jedoch, daß bei den Wahlen von 1930 und 1932 die Wahlbeteiligung und damit die Gesamtziffer der Mandate im Reichstag stieg.

42 *Handbuch für den Preußischen Landtag, 1932*, S. 217.

43 S. 644.

Genauigkeit bei der Wiedergabe der Äußerungen von Gesprächs- und Briefpartnern sind ein bedenklicher Mangel des Memoirenwerks. Die Freundschaft mit Brüning und der fruchtbare Gedankenaustausch zwischen beiden Männern besonders auf wirtschafts- und finanzpolitischem Gebiete haben Hilferding nicht etwa zum kritiklosen Förderer der Brüning'schen Politik werden lassen. In dem programmatischen Aufsatz, den er zwei Wochen nach den Wahlen des September 1930 hat erscheinen lassen, hat er ihn mit schneidender Schärfe kritisiert, weil er sich hatte verleiten lassen "eine Politik einzuschlagen, die mit der Vergewaltigung des Parlaments begann, um mit seiner Zerschlagung zu enden". Anfang 1941 soll Hilferding an Brüning in seinen letzten Briefen geschrieben haben, daß es "getrennt von einer starken religiösen Tradition überhaupt keine soziologische Grundlage für eine Nation und einen Staat geben könnte".⁴⁴ Dies steht in entschiedenem Widerspruch zu den liberalen und sozialistischen Ideen seit 1848 und natürlich zu Hilferdings Denken. Ich kann das aufgrund der Kenntnis seiner Person seit 1913 und der im Herbst 1940 in Marseille mit ihm geführten Gespräche, also kurz vor der Zeit, in der diese Briefe geschrieben sein müssen, bezeugen. Es fällt daher schwer, bei ihm an eine so plötzliche, radikale Sinnesänderung zu glauben, wie sie nach Brüning's Behauptung eingetreten sein mußte.

11.

Dies führt zu der Frage nach der historischen Zuverlässigkeit der Memoiren überhaupt. Ich halte Zweifel daran für stärker berechtigt als im allgemeinen angenommen wird. Dies gilt sowohl für die Wiedergabe von Fakten und Urteilen als auch für die Herausarbeitung der Tendenz von Brüning's Denken und Handeln in entscheidender Zeit.

Brüning hat sich ohne weitere Nachprüfung zu sehr auf sein Gedächtnis verlassen. Die Partien über die Reichskanzlerzeit sind drei bis fünf Jahre, die Abschnitte, die sich mit den Ereignissen vor und nach der Amtszeit befassen, 20 bis 40 Jahre später diktiert worden. In beiden Fällen ist die dazwischen liegende Zeitperiode zu lang, als daß das Erinnerungsvermögen selbst mit den von Brüning angegebenen unzureichenden Hilfsmitteln zur Rekonstruktion der Geschehnisse genügen konnte. Akten und Korrespondenzen werden zum Unterschied von Bismarcks und Bülow's Erinnerungswerken fast niemals reproduziert, obwohl auch nach seiner Flucht Staatspapiere in seinen Besitz gelangt sind und Brüning mit anderen emigrierten Politikern einen wichtigen Schriftwechsel geführt hat. Es ist daher nicht verwunderlich, daß ihm nachweisbar viele schwere Irrtümer unterlaufen sind. Auch hat der Autor Brüning aus der Rüstkammer des Politikers Brüning unkritisch Behauptungen übernommen, deren Glaubwürdigkeit zu ernstesten Zweifeln Anlaß gibt.⁴⁵

44 Rudolf Hilferding, *In der Gefahrenzone*, in: *Die Gesellschaft*, Nr. 10, Oktober 1930, S. 289 ff.; das Zitat S. 292. Hilferding's angebliche Äußerung über die religiöse Tradition S. 116.

45 Erwähnt wurden bereits u. a. die Irrtümer und Widersprüche bei der Darstellung des Kabinetts Stegerwald, der "preußischen Kamarilla" und der Bildung der Regierung Marx in Preußen 1925. Einige Beispiele seien zur weiteren Widerlegung der Annahme herausgegriffen, daß die Memoiren zwar einige Irrtümer enthalten, aber in Einzelheiten oft von erstaunlicher Zuverlässigkeit sind (von Aretin, a. a. O.). Die Behauptung, daß die Abstimmungen in den Grenzgebieten bis auf geringfügige Prozente große Mehrheiten für das Verbleiben bei Deutschland ergeben hätten (S. 45), trifft für Oberschlesien nicht zu. Brüning kritisiert das Verhalten des "sozialdemokratischen" Staatssekretärs im Wohlfahrtsministerium während des Kapp-Putsches gehässig, bei einer anderen Gelegenheit lobt er den "sozialistischen" Ministerialdirektor der Medizinalabteilung (S. 67; 59); aber Adolf Scheidt und Adolf Gottstein waren keine Sozialdemokraten. Von Kapp schreibt Brüning, daß er während des Krieges eine große Partei gründen wollte, die Vaterlandspartei (S. 62), von Hugo Heimann, daß er Mitglied der USPD war (S. 110), von Hilferding (S. 115), daß er von Bebel oft von Wien nach Berlin zu Besprechungen geholt wurde, während er in Wirklichkeit in Berlin lebte. Daß die Sowjetregierung Hilferding aufgefordert habe, die Ausgabe der Schriften von Marx vorzubereiten und dafür eine Einleitung zu schreiben, bedarf keiner Widerlegung. Auch zeugen die Sätze, in denen Hilferding als einziger für fähig erklärt wird, den sozialistischen Parteien eine neue theoretische Grundlage zu schaffen, von völliger Verständnislosigkeit für das Verhältnis zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Die Wahlerfolge der Nationalsozialisten 1930 wurden im Rundfunk so enthusiastisch wiedergegeben (S. 186), daß man einschreiten mußte, um die linksstehenden Angestellten des Rundfunks daran zu hindern, das deutsche Volk dadurch in einen Nazi-Rauschzustand zu versetzen. Man fragt sich, welches Interesse diese Angestellten daran hatten. Braun und Severing sollen an alle Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten einen Geheimbefehl erlassen haben, nicht nur einen Landesschutz gemeinsam mit der Reichswehr aufzubauen, sondern auch geheime Mobilmachungsvorbereitungen, geheime Bezirks-

Ebenso bedeutsam ist die Fehlerquelle, die in Brüning's eigentümlicher Einstellung zu den Geschehnissen der Vergangenheit zu suchen ist. Er hält daran fest, daß er richtig gesehen und gehandelt hat – ein Einsamer im Kampf gegen soviel Unverständnis und Böswilligkeit. In dieser einseitigen Betrachtungsweise wurde er dadurch bestärkt, daß erst mit der Berufung Papens Hindenburg den Reichstag endgültig ausgeschaltet und Deutschland auf den Weg in die Katastrophe geführt hat. So hat nicht er allein diese Wendung der Dinge betrachtet. Wir sahen ihn am Werke als Initiator eines halb autoritären Regierungskurses, der unter dem Aspekt der Jahre von 1930 bis zum April 1932 eine Rückkehr zur verfassungsmäßigen Regierungsweise nicht ausschloß und vor dem Absturz in das autoritär-totalitäre Abenteuer bewahrte. Daher erschien nicht der 27. März 1930, sondern der 1. Juni 1932 als das Datum der verhängnisvollen Zäsur. Sich darüber wissenschaftlich auseinanderzusetzen, mußte späteren Historikern überlassen bleiben. Brüning's Memoiren haben zweifellos die Position derjenigen erheblich gestärkt, die den März 1930 als den entscheidenden Einschnitt ansehen.

Diese Feststellung bedarf allerdings einer Einschränkung. Sie ist nur dann völlig richtig, wenn man die Memoiren als ein Dokument betrachtet, das, abgesehen von Irrtümern und Fehlurteilen im einzelnen, unkritisch als Quelle der Forschung zugrunde gelegt werden darf. Dies führt zu den Fragen: War Brüning so, wie er sich in den Memoiren gibt? Entsprachen seine Urteile und seine Zielsetzung "in lebendiger Zeit" ihrer Wiedergabe durch den Autor der Erinnerungen im Exil? Hat er bestimmte Ideen, Gespräche und Entscheidungen gestrafft, retouchiert oder unterdrückt, um sich als einen Mann von unerbittlicher Folgerichtigkeit so vorzustellen, wie er erscheinen wollte? Sah der von Schleicher als Zauderer bezeichnete Mann, dem die Wahl des richtigen Zeitpunkts für die Tat soviel bedeutete, den Augenblick des Handelns so nahe gerückt, wie er es Hindenburg und der Kamarilla und später seinen Lesern in der Überzeugung, daß er Recht hatte, dargestellt hat? Wenn die Kamarilla Brüning ausgenutzt und schließlich gestürzt hat, so hat er selbst Meinungsverschiedenheiten zwischen seinen Gegnern wohl auszubeuten verstanden, um seine Ziele zu fördern. Ein reiner Tor war er nicht. Daß sich Brüning zielbewußt und mit eiskalter Logik vorgenommen hat, das Bismarckreich mit scharf nationalsozialistischem Zusatz und unter fast völliger Beseitigung seines föderalistischen Charakters in kürzester Frist wiederherzustellen, muß eines der bestgehüteten Geheimnisse jener Zeit gewesen sein. Kein Mithandelnder in verantwortlicher Stellung, kein Schriftsteller oder Gelehrter der damaligen Zeit hat in den Memoiren den Brüning gefunden, den er selbst gekannt zu haben glaubte. Sein englischer Freund, Sir John Wheeler-Bennett, in dessen Londoner Haus Brüning seine Memoiren im Sommer 1934 zu diktieren begonnen hat, faßt seine Enttäuschung in die folgenden Worte zusammen: "Das ist nicht der Mann, den ich gekannt, den ich in Augenblicken einer akuten Krise und in eindringender Selbstprüfung gesehen, und über den ich vor 35 Jahren mit Bewunderung geschrieben habe".⁴⁶

Mit der Beantwortung dieser Fragen hängt es auch zusammen, ob es, wie Professor Karl Dietrich Bracher wiederholt begründet hatte, im Frühjahr 1930 noch eine Alternative zum Kurse Brüning's im Rahmen einer parlamentarischen Demokratie gegeben hat, oder ob der Staat von Weimar nicht zu retten war, wie Professor Karl Otmar Freiherr von Aretin geschlossen hat.⁴⁷ Die von Bracher vorgenommene Gegenüberstellung leuchtet nicht ein, die beiden Thesen sind vereinbar. Im Frühjahr 1930 hat ja Brüning selbst aus taktischen Gründen zunächst eine demokratisch-parlamentarische Lö-

ämter und Stammrollen einzuführen (S. 247). Brüning erzählt dies mit großer Anerkennung für das vaterländische Verhalten der beiden Minister, aber diese waren viel zu erfahren und gewissenhaft, um sich in unsinnige und nicht geheim zu haltende militärische Abenteuer zu stürzen. Von den beiden noch lebenden Regierungspräsidenten jener Zeit glaubt sich Herr Prof. Dr. Ferdinand Friedensburg, Berlin, damals Regierungspräsident in Kassel, mit Bestimmtheit zu erinnern, daß die Regierung Braun-Severing bis zuletzt Gegner aller geheimen Mobilmachungsvorbereitungen gewesen sei (Briefliche Mitteilung an den Verfasser vom 3. 1. 1972 [Herr Prof. Friedensburg verstarb am 11. März 1972 in Berlin. Die Red.]); Herr Prof. Dr. Hans Simons, Yonkers, New York, damals Regierungspräsident in Liegnitz (Niederschlesien), teilt mit, daß ihn ein solcher Geheimbefehl jedenfalls nicht erreicht habe; er würde unter den gegebenen Verhältnissen ihn politisch viel zu sehr aufgeregt haben, als daß er seiner Aufmerksamkeit hätte entgehen können (Briefliche Mitteilung an den Verfasser vom 18. 2. 1972).

46 Sir John Wheeler-Bennett, *The End of the Weimar Republic. Foreign Affairs*, New York, January 1972, S. 369.

47 Karl Dietrich Bracher, *Brüning's unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte*, Jg. 19 (1971), H. 2, S. 118.

sung angestrebt. Aber auch wenn diese gelungen wäre, hätten die weiteren Bemühungen um eine dem Sinne der Weimarer Verfassung entsprechende Lösung nicht zum Erfolg geführt. Hat doch bereits die Regierung Hermann Müller II, wenn auch vergeblich, um die Anwendung des Artikels 48 der Verfassung nachgesucht, woran Brünings Anhänger im Juli 1930 in Erwiderung auf Landsbergs Rede erinnert haben. Müller hätte freilich den Ausnahmeartikel zur Erhaltung der republikanischen Verfassung gebraucht, nicht zu ihrer Fortentwicklung, wie es Brüning euphemistisch ausdrückt. Entscheidend aber ist, daß das Parlament bereits im ersten Stadium der Wirtschaftskrise nicht mehr bereit und imstande war, seine eigentliche Aufgabe zu erfüllen, und daß bereits im zweiten Halbjahr 1929 die Wähler auf die erst im Anfang befindliche Depression weit über das durch die wirtschaftliche Lage verständliche Maß hinaus reagiert hatten. Der weitere Machtverfall des Reichstags war infolge der rapiden Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Klassegegensätze sowie der leidenschaftlichen außerparlamentarischen Aktionen in der folgenden Zeit nicht aufzuhalten. Brüning hat diesen Prozeß gefördert und beschleunigt und hat dafür vor der Geschichte die Verantwortung zu tragen. Aber die demokratisch-parlamentarische Regierungsform war auch ohne das nicht mehr zu retten.

Die Gründe der Schwäche der Weimarer Republik sind oft geschildert worden. Sie hatte die Folgen eines gegen die Völker des Erdballs geführten, verlorenen Krieges auf sich zu nehmen. Sie konnte sich nicht auf eine demokratische Tradition im deutschen Bürgertum stützen. Die sozialdemokratische Partei war auf die ihr zufallende Aufgabe nicht vorbereitet, teils durch die Schuld des Kaiserreichs, teils durch ihre eigenen Versäumnisse. Aber wichtiger war: Die Weimarer Republik beruhte, wie jeder demokratische Staat, auf der Voraussetzung, daß trotz aller Interessengegensätze gewisse moralische und politische Grundvorstellungen den Bürgern gemeinsam waren. Diese Voraussetzung war nicht gegeben. Brüning, der Visionär mit rückwärts gewandtem Blick, gab sich der Illusion hin, daß er moralisch und politisch unvereinbare Gegensätze durch Abwendung vom Staate von Weimar und durch Wiedererrichtung von Fundamenten des Kaiserreiches versöhnen könnte; Fundamente, die so, wie sie von Bismarck gelegt worden waren, nicht einmal in der Vergangenheit in ruhigerer Zeit solide gewesen waren, und deren Brüchigkeit nur durch seine staatsmännische Kunst zeitweise verdeckt worden war.

Brünings Bemühen, seine Ziele evolutionär, ohne Staatsstreich und auf friedlichem Wege zu erreichen, illusionär wie sie erscheinen, waren dennoch durch eine Ethik bestimmt, die von der Masse der deutschen Bürger preisgegeben worden war. Sie ließen sich von Strömungen anderer Art tragen. Reichskanzler Wirth hat in seiner großartigen Reichtagsrede am Tage nach der Ermordung Rathenaus von politischer Vertiertheit gesprochen. Der Ausdruck war nicht zu scharf gewählt. Severing sah in der Art des Wahlkampfes vom Mai 1924 den mit erschreckender Deutlichkeit geführten Beweis, daß die demokratische Erziehung des deutschen Volkes noch ohne Wirkung geblieben war.⁴⁸ Ich selbst las als junger Regierungsrat am Breslauer Oberpräsidium mit Grauen die Presse der schlesischen Mittel- und Kleinstädte, deren größter Teil sich 1921 über die Ermordung Erzbergers, 1922 über die Ermordung Rathenaus, 1925 über die Krankheit und den Tod Eberts mit abstoßender Rohheit ausließ. Die moralischen Maßstäbe waren verloren gegangen, schon bevor die Nationalsozialisten eine Macht waren. Aus diesen Abgründen ist Hitler aufgestiegen. Professor Rudolf Morsey ist geneigt, die Frage zu stellen, inwieweit Brüning, der sich Hindenburg gegenüber rühmte, stets Monarchist geblieben zu sein, ein "Zentrumsman" war.⁴⁹ Diese Frage ist aus der Rückschau nicht leicht zu beantworten. Aus der Sicht der damaligen Zeit aber war es bedeutsam, daß außerhalb der Sozialdemokratie in den letzten Jahren von Weimar der politische Katholizismus und er allein, noch an sittlichen Werten festhielt. Brüning hat ihn in seiner Stärke und mit seinen Schwächen in unseren Augen verkörpert. Darum war er ein "Zauderer"; das ist trotz der Memoiren sein Ehrentitel. Wer den politischen Sittenverfall der damaligen Zeit miterlebt hat, weiß, was das bedeutet. Diese Feststellung darf zum Abschluß der Betrachtungen über ein politisch tief deprimierendes Memoirenwerk nicht unterlassen werden.

48 Carl Severing, *Mein Lebensweg*, Köln 1950, Bd 2, S. 17.

49 Rudolf Morsey, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 5. November 1970, Nr. 257, S. 19.

ZWEI BRIEFE ROSA LUXEMBURGS AN KURT EISNER

Von Feliks Tych

Die zwei nachstehend publizierten Briefe Rosa Luxemburgs an den damaligen Redakteur des *Vorwärts* und späteren Vorsitzenden des Bayerischen Arbeiter-, Soldaten- und Bauernrats und Ministerpräsidenten der von der USPD und SPD gebildeten Regierung der Bayerischen Republik betreffen ganz verschiedene Fragen, die jedoch in beiden Fällen mit der Funktion Eisners als Redakteur des *Vorwärts* in Verbindung stehen.

Wie aus diesen Briefen ersichtlich ist, waren die Beziehungen zwischen Rosa Luxemburg und dem Adressaten dieser Korrespondenz zu jener Zeit nicht die besten, was nicht verwunderlich ist: Innerhalb der SPD nahmen sie damals diametral entgegengesetzte Positionen ein. Eisner repräsentierte den rechten Flügel der Partei und war noch weit entfernt von jener Entwicklung nach links, die er während des Ersten Weltkriegs durchmachen sollte. Rosa Luxemburg vertrat dagegen schon damals die Position, die sie bis zum Ende ihres Lebens einnahm.

Die politische Einstellung Eisners als Redakteur des *Vorwärts* erregte so sehr die Besorgnis führender Sozialdemokraten wie Bebel und Kautsky, daß sie schon 1899 bei Rosa Luxemburg sondiert hatten, ob sie nicht jemand kenne, der bereit wäre, der Redaktion als Gegengewicht beizutreten.¹ Im Grunde genommen hofften sie dabei auf Rosa Luxemburg selbst.² Ende November trat man dann schon offiziell im Namen der Preßkommission mit diesem Vorschlag an sie heran.³ Rosa Luxemburg lehnte jedoch ab. Es ist nicht ausgeschlossen, daß sie diesen Beschluß unter dem Einfluß Bebels faßte, der sie davon unterrichtet hatte, daß man sich in dieser Frage offiziell an sie wenden werde. Seinen vorigen Standpunkt hatte er aber geändert und er riet ihr, den Vorschlag nicht anzunehmen. Er befürchtete höchstwahrscheinlich Konflikte in der Redaktion, die er vermeiden wollte. In einem verschollenen Brief an Rosa Luxemburg schrieb er am 27. 11. in dieser Angelegenheit: "Die Redaktion [des *Vorwärts*] selbst tut, als werde man Sie 'freudig' begrüßen. Trotz alledem würde ich Ihnen raten: lehnen Sie ab! Finanziell sind Sie auf die Stelle nicht angewiesen, außerdem würden im Falle Ihrer Wahl die Differenzen bald sich einstellen und wie ich Sie zu kennen glaube, würde das zu baldiger Trennung führen. Außerdem ist es sehr notwendig, wenn wir befähigte Leute haben, die *unabhängig* sind und jederzeit Kritik üben können."⁴ Selbstverständlich war diese vermeintliche "freudige Begrüßung" mit der Eisner und Gradnauer Rosa Luxemburg in der Redaktion des *Vorwärts* erwarten sollten, eine reine Illusion. Am 5. Dezember desselben Jahres schrieb Rosa Luxemburg an Jogiches: "Gestern habe ich gehört, Gradnauer habe im Reichstag, wo er hinter Bebel saß, zu Auer gesagt, er und Eisner würden im Fall meines Beitritts zur Redaktion sofort austreten."⁵ Gerade darüber war sich Bebel sicherlich schon früher klar geworden und das wollte er vermeiden. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß Gradnauer absichtlich laut genug sprach, um auch von Bebel gehört zu werden. Wie dem auch sei, Bebel reagierte sofort, drehte sich um und fragte Gradnauer: "Warum haben Sie dann in der Kommission so getan, als wollten Sie sie haben? Ich habe ja übrigens gesehen, daß Sie halb krank und blaß umhergingen, und habe mir gedacht, daß diese Freude nicht echt war."⁶ Schließlich übernahm diesen Posten im *Vorwärts* Heinrich Ströbel, was natürlich politisch nicht gleichbedeutend war.

1 "[Bebel und Kautsky] suchen für den *Vorwärts* einen dritten politischen Redakteur, der radikal sein und ein Gegengewicht zu Eisner und Gradnauer bilden soll; K. K[autsky] fragte, ob ich nicht jemanden im Auge hätte, es könnte auch ein Ausländer sein", schrieb Rosa Luxemburg am 6. 11. 1899 an Leo Jogiches. Vgl. Rosa Luxemburg, *Briefe an Leo Jogiches*, hrsg. von Feliks Tych, Frankfurt/M. 1971, S. 161.

2 Briefe vom 10. 11. und 27. 11. 1899, a. a. O., S. 164-167.

3 Vgl. den Brief an Jogiches vom 28. 11. 1899, in: Róża Luksemburg, *Listy do Leona Jogichesa-Tyszki*, Listy sebrał opracował, słowem wstępnym i przypisami opatrzył Feliks Tych, 3 Bde, Warszawa 1968 - 1971, Bd 1 (1893-1899), S. 560. Dieser Brief wurde in die deutsche Ausgabe nicht aufgenommen.

4 Zitiert von Rosa Luxemburg im Brief an Jogiches vom 28. 11. 1899, ebenda.

5 A. a. O., S. 568.

6 Ebenda.

Die Frage einer politischen Umstellung in der Redaktion des *Vorwärts* tauchte ja aufs neue nach dem Jenaer Parteitag 1905 auf, und zwar in einer Situation, in der der Linken in der Partei größeres Gewicht zukam. Diesmal zeigte sich Bebel konsequenter als sechs Jahre früher. Er forderte nicht nur von Rosa Luxemburg, daß sie der Redaktion beitreten solle, sondern trug auch zum großen Teil dazu bei, daß im Oktober 1905 eine Gruppe von fünf Redakteuren des *Vorwärts* mit Eisner an der Spitze zurücktrat und ihre Stellen von Vertretern des linken Flügels der Partei, darunter Rosa Luxemburg, eingenommen wurden. Jedoch nicht für lange, denn schon zwei Monate darauf reiste sie nach dem damals schon von der Revolution erfaßten Warschau.

In der Zwischenzeit zeichnete sich in den Beziehungen Luxemburg-Eisner gegen Ende 1901 und Anfang 1902 ein kurzes freundschaftliches Zwischenspiel ab. Es dauerte nicht lange, aber man besuchte sich in jenem Zeitraum gegenseitig, und Rosa Luxemburg verbrachte sogar das Weihnachtsfest 1901 bei den Eisners.⁷

Im ersten der hier publizierten Briefe kann man im Tonfall noch geringfügige Spuren dieses freundschaftlichen Zwischenhochs wiederfinden. Im zweiten ist davon nichts mehr zu merken.

Obwohl *beide* Briefe einen interessanten Beitrag zum psychologischen Porträt der Verfasserin liefern, ist doch ihr Wert vom Standpunkt der geschichtlichen Forschung *verschieden*.

Der erste Brief enthält keine grundsätzlich neuen Elemente, weder was unsere Kenntnis des politischen Standpunkts von Rosa Luxemburg betrifft, noch bezüglich der inneren Verhältnisse in der SPD. Er ergänzt nur unser Wissen über den täglichen Ablauf des Wirkens von Rosa Luxemburg.

Daß zwischen Rosa Luxemburg und Georg Ledebour prinzipielle Meinungsunterschiede in der Beurteilung der polnischen Frage bestanden und daß es auf diesem Feld zwischen ihnen zu scharfen, manchmal direkt drastischen Polemiken kam – wie z. B. während des Parteitags in Dresden 1903 –, ist sowohl aufgrund der schon veröffentlichten Quellen, als auch durch die entsprechende Literatur bekannt. Kürzlich hat Ursula Ratz diese Differenzen in ihrer Monographie über Ledebour behandelt,⁸ und vor einigen Jahren analysierte Hans-Ulrich Wehler diese Frage.⁹

Der zweite Brief ist viel interessanter und bedeutsamer. Er betrifft ein wichtiges Element im System von Rosa Luxemburgs Anschauungen, und zwar ihre Beziehung zur Taktik des individuellen Terrors. In der russischen revolutionären Bewegung war diese Frage immer noch sehr lebendig, sie bildete eines der grundlegenden Elemente der Taktik der Partei der Sozialisten-Revolutionäre. Um diese umstrittene Taktik wurde in der russischen Arbeiterbewegung viele Jahre lang eine ziemlich scharfe Diskussion geführt, wobei sich die Ansichten Rosa Luxemburgs dem Standpunkt Lenins weitgehend näherten, der für die sozialdemokratische Partei eine solche Taktik strikt ablehnte.

Rosa Luxemburg vertrat hier denselben Standpunkt, den sie schon bei anderen Gelegenheiten vielfach begründet hatte: daß nur eine echte Massenbewegung und die schöpferische Kraft der Arbeitermassen die Sache der sozialen Revolution fördere, während alle Handstreichs und jeglicher Putschismus nur Ausdruck der Schwäche und nicht der Kraft der Bewegung seien.

Beide Briefe stammen aus den Sammlungen der Kollektion Schwadron in der Jewish National and University Library, Jerusalem, und werden hier erstmals veröffentlicht. Die im Original durch Unterstreichungen hervorgehobenen Stellen sind im Druck kursiv gesetzt.

7 A. a. O., Bd 2 (1900 - 1905), S. 125 f., 128, 159, 184.

8 Ursula Ratz, *Georg Ledebour 1850 - 1947. Weg und Wirken eines sozialistischen Politikers*, Berlin 1969, = Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Bd 31, S. 94-101.

9 Hans-Ulrich Wehler, *Sozialdemokratie und Nationalstaat. Die deutsche Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage in Deutschland von Karl Marx bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges*, Würzburg 1962, = Marburger Ostforschungen, Bd 18, S. 142-152.

27. 4. 04.

F. W.

Meine Entlohnung, weshalb die Sie
"Hesse Klagen" in Kassen - Akt, der Frage
anmerken haben, sowie die Beweise
dass in veroffentlichten Vermerken
haben nicht in finanzielle Hinsicht in
Erstnamen (Geld). So kann Sie die
Anweisung 2 in Kassen, und die Sie
eine Bewegung arbeiten, von der die
nicht 180 (Geringsten Kassen) haben,
und jenseits durch die Einkommen
nur der die, was Ihre Einkommen be-
weist, nicht Kassen belegen, was von
des nächsten Bewegung zu haben in
Ihre Kassen sein. Ich kann ich 38. Ihre
Ist nicht über den "Lebensmittel" unter
den nächsten Kassen in Kassen
von nur 180 in Kassen von nur 180

Licht auszuweisen - Kassen, die
dass für einen ersten Kassen Kassen
ausgeschieden ist, dass die Frage, ob
in Kassen Kassen die Kassen
Kassenbewegung oder Kassen Kassen
in Kassen Kassen der Kassen Kassen
Kassen Kassen, ist nur, Kassen
den Kassen Kassen zu Kassen, wie -
Kassen mit Kassen Kassen, Kassen die von
die Kassen Kassen Kassen Kassen
die und Kassen Kassen Kassen von
des Kassen Kassen von Kassen, die die
Kassen Kassen von Kassen Kassen
aus Kassen Kassen Kassen Kassen
Kassen, dass Kassen Kassen, als ich Kassen
in der Kassen Kassen Kassen Kassen
Kassen Kassen Kassen Kassen Kassen
Kassen Kassen Kassen Kassen Kassen
Kassen Kassen Kassen Kassen Kassen
Kassen Kassen Kassen Kassen Kassen
Kassen Kassen Kassen Kassen Kassen

„auf meine demselben Tugend. Die
mussenden Tugendsten für - - Spitzel
erkläre, wegen sich natürlich in
in der L. V. protestiert habe. Das ist
wohl auch am anderen Schreithoch
gehrnt ben Dama's.
Und schließlich will ich Ihnen erklären
wie sehr Sie und der Wirkung, meine
Beziehung und wahrnehmen, und... Wenn
gehoffen haben. Sie belehren mich ge-
nügt, dass man über lebende Personen
keine Angaben veröffentlichen dürfte, was
sich auf die Beziehungen (Erscheinung zu
unmöglichkeiten Bahnschauer bezieht. Man
haben Sie ~~unmöglich~~ keine Ahnung
davon, dass die Frage, ob Bahnschauer zur
Partei der Tugendsten ~~gehört~~ oder nicht,
~~schon~~ bereits seit 2 Jahren der Gegen-
stand eines heftigen Kampfes ist. Ich habe
mich den Wissenschaften in den Tugend-
mitten in etwas mehr als 10 Jahren

hört. Die Bahnschauer zu Tugend-
kämpfern bestreitet, die Tugend aber
hauptsächlich den B. als ihren „beauftrag-
ten“ Vertreter in Anspruch nimmt.
Man hat der Prozess „Erscheinung der Tugend-
mitten Recht gegeben, indem er bewie-
sen hat, dass B. mit Tugendmitten aus-
steht, dass es von den Tugendmitten als
Ihre moralische Triumph betrachtet
und dass zu verurteilen, haben sie
(Dr. T.) ~~als~~ eine Infamie. Tugend des
Gegenwärtigen Willen in dem Tugend-
Welt geht es hin, verurteilt ich Ihnen,
o, ständiger Kollege!
Sie sehen wohl, dass Sie noch wohl
so ~~ganz~~ genügend informiert sind, um mich
über „Kunst“ zu belehren. Bleiben Sie
bei Laus-Tugendmitten und warten
Sie sich selbst!

Besten Gruß

Herrn Bahnschauer

[Berlin] 19. X. 03

Verehrter Kollege !

Anbei schicke ich Ihnen meine Entgegnung auf Ledebours Infamien, die er mir in Dresden an den Kopf geworfen [hat],¹ und wo mir nichts anderes blieb, als eine Antwort in der Presse in Aussicht zu stellen. Bitte, bringen Sie meine Abwehr *gleich heute*;² es war mir schwer genug die Anzapfungen Ledebours und nachher die Ausführungen in allen Berliner Versammlungen bei der Berichterstattung anhören und bis jetzt schweigen zu müssen, um die Revision in Posen abzuwarten.

Ich rechne auf die freundliche Aufnahme des Artikels im *Vorwärts* *ohne alle Aenderungen*; es handelt sich für mich um die Abwehr *ehrenrühriger* Anschuldigungen und ich habe es satt, von allen Seiten in der Polensache attackiert zu werden.

Mit besten Grüßen
auch an Ihre Kollegen

Ihre
R Luxemburg

Hoffentlich haben Sie sich die Kaiserinselsache nicht zu Herzen genommen.³ Schade jedenfalls dass Sie dem Mosse-Blatt⁴ für sein hundsgemeines Triumphieren nicht gehörig heimgeluchtet haben.

NB. Meine Antwort ist ein wenig lang geworden, aber sie liess sich auch nicht kürzer fassen, denn ich musste einmal Thatsachen und Zahlen reden lassen. Also nocheinmal die Bitte: *ungekürzt und ohne jede Streichung*, sonst ist die Antwort für mich wertlos.

1 Auf dem Parteitag der SPD in Dresden (September 1903) unterstützte Georg Ledebour eine Gruppe der Führer der *Polnischen Sozialistischen Partei in Preußen (PPS)*, die Rosa Luxemburg wegen ihres Standpunkts in der Frage der Unabhängigkeit Polens scharf kritisierten. Er vertrat auch die Meinung, daß der SPD-Vorstand in seiner Forderung nach Verzicht der *PPS* auf staatliche Selbständigkeit Polens sich von Rosa Luxemburg beeinflussen lasse. Gleichzeitig forderte er, daß der Vorstand die Finanzierung des von Rosa Luxemburg in Posen herausgegebenen Blattes "Gazeta Ludowa" aufgeben möge. Vgl. *Protokoll über die Verhandlungen des Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, abgehalten zu Dresden vom 13. bis zum 20. September 1903*, Berlin 1903, S. 192, 230, 276, 279, 281, 345, 433.

Rosa Luxemburg polemisierte auf dem Parteitag gegen den Standpunkt Ledebours (vgl. ihre Ansprache auf dem Parteitag in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke*, Bd I, 2, Berlin 1970, S. 379-380), aber ihre Rede wurde vom Vorsitzenden, Paul Singer, unterbrochen, da sie ihre Redezeit überschritten hatte. Angesichts dessen gab sie eine Erklärung zu Protokoll, sie werde die Vorwürfe Ledebours in der Presse beantworten (vgl. *Protokoll* . . . , S. 279, 410).

Der dem publizierten Brief beigefügte Artikel ist eben jene für die Presse vorgesehene Antwort auf die Vorwürfe, die Ledebour in Dresden gegen Rosa Luxemburg erhoben hatte.

2 Die Redaktion veröffentlichte den Artikel Rosa Luxemburgs erst eine Woche später (Rosa Luxemburg, *Nachträgliches zur Polendebatte*, in: *Vorwärts* vom 27. 10. 1903, Nr. 251; Nachdruck in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke* . . . , Bd I, 2, S. 403-408).

3 Am 16. August 1903 erschien im *Vorwärts* ein Artikel *Die Kaiserinsel*, in dem von einem Plan berichtet wurde, für den persönlichen Schutz des Kaisers auf der Havelinsel Pichelswerder ein Schloß zu errichten und die Insel zu einer Festung auszubauen. Die verantwortlichen Redakteure wurden daraufhin im sogenannten "Kaiserinselprozeß" am 25. September und 16. Oktober 1903 wegen Majestätsbeleidigung zu Gefängnisstrafen verurteilt.

4 Gemeint ist das *Berliner Tageblatt* (des Herausgebers Rudolf Mosse).

[Berlin], 27. 4. 04

L[ieber] K[ollege]

Ihre Erklärung, weshalb Sie die "Korrekturen" im Russen-Artikel⁵ vorgenommen haben, sowie die Berichtigung zu veröffentlichen verweigern, haben mich in zwiefacher Hinsicht in Erstaunen gesetzt. Erstens durch die Freimüthigkeit u[nd] Sicherheit, mit der Sie über eine Bewegung urteilen, von der Sie nach eigener Aeusserung nicht die geringsten Kenntnisse haben, und zweitens durch die Entschlossenheit, mit der Sie, aus Ihrer Unkenntnis heraus, *mich* darüber belehren, was von der russischen Bewegung zu halten und zu schreiben sei. So kann ich zB. Ihr Urteil über den "Sektenstreit" unter den russischen Terroristen und Sozialdemokraten nur als ein Curiosum – um mich höflich auszudrücken – bezeichnen, das sogar für einen ersten *Vorwärts*-Red[akteur] unverzeihlich ist, denn die Frage, ob in Russland durch die proletarische Massenbewegung oder durch terroristische Handstreich der Absolutismus zu besiegen wäre, hat mit "Sektenwesen" ungefähr soviel zu thun, wie – Kant mit Sozialismus, wenn Sie mir den Vergleich gestatten. Desgleichen haben Sie mit Ihrem "ethischen" Grauen vor der "Verhöhnung" von Leuten, "die Ihr Leben opfern" vom "sicheren Schreibtisch aus" unbewusst nur sich selbst abgerüffelt, denn Sie haben glücklich vergessen, dass vor 2 Jahren, als ich zuerst in der *L[eipziger] V[olkszeitung]* auf die Spielereien und Kindereien bei dem Attentat auf Obolensky kritisch hingewiesen u[nd] die deutsche Parteipresse vor unbedachter Parteinahme warnte,⁶ Ihr *Vorwärts* sofort auf Grund derselben Indicien die russischen Terroristen für - - *Spitzel* erklärte, wogegen ich natürlich sofort in der *L. V.* protestiert habe.⁷ Das war wohl auch "am sicheren Schreibtisch" geschrieben damals.

Und schliesslich will ich Ihnen erklären, wie sehr Sie mit der Weigerung, meine Berichtigung aufzunehmen, ins . . . Weisse getroffen haben. Sie belehren mich gütigst, dass man über "lebende Personen" keine Angaben veröffentlichen dürfe, was sich auf die Beziehungen Gerschunis zum hingerichteten Balmaschew bezieht.⁸ Nun haben Sie zufällig keine Ahnung davon, dass die Frage, ob Balmaschew

5 Es kann sich hier nur um einen nichtunterzeichneten Leitartikel Rosa Luxemburgs, *Der russische Terroristenprozeß*, in: *Vorwärts* vom 19. 4. 1904 handeln. Es war bisher nicht bekannt, daß dieser Artikel aus der Feder Rosa Luxemburgs stammt. Die Analyse seines Inhalts spricht dafür, daß es sich gerade um diesen Artikel handelt, der sowohl mit dem Sinn des hier angeführten Briefes korrespondiert, als auch mit den Ansichten, die Rosa Luxemburg schon zwei Jahre früher in dem im Brief erwähnten Artikel in der *Leipziger Volkszeitung* über den russischen Terrorismus vertreten hatte.

Der Artikel Rosa Luxemburgs im *Vorwärts* betraf den Abschluß der Gerichtsverhandlung gegen einen der Leiter der russischen Partei der Sozialisten-Revolutionäre, Hirsch Gerschuni, und gegen vier Mitangeklagte (Aron Weisenfeld, Michail Mielnikow, Ewgenij Grigoriew und Ludmila Remjannikowa). Sie waren angeklagt, drei terroristische Attentate organisiert und an ihnen teilgenommen zu haben: am 15. 4. 1902 wurde der zaristische Minister des Inneren, Dmitrij Sipiagin, von dem Studenten Stiepan Balmaschow getötet; im August hatte der Arbeiter Katschura in Charkow auf den Gouverneur I. M. Obolensky geschossen (das Attentat mißlang); schließlich wurde im Mai 1903 der Gouverneur von Ufa, Bogdanowitsch, erschossen.

6 Gemeint ist ein nicht unterzeichneter Leitartikel *Zur Frage des Terrorismus in Rußland*, in: *Leipziger Volkszeitung* vom 27. 8. 1902 (Nachdruck in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke* . . . , Bd I, 2, S. 275-279).

Er nimmt zu einer Veröffentlichung der Partei der Sozialisten-Revolutionäre vom 25. August 1902 (*LVZ* vom 25. 8. 1902) Stellung, in dem nähere Einzelheiten über das Attentat auf Obolensky (am 11. August 1902 in Charkow, Obolensky trug ein kugelsicheres Hemd und wurde nur am Hals verwundet) bekanntgegeben wurden, ebenso wie die "Urteilsverkündung", in der Obolensky zum Tode verurteilt wurde.

Der Artikel Rosa Luxemburgs zeigt die objektiven Quellen der terroristischen Taktik auf und erläutert die Haltung der Sozialdemokratie zu dieser Taktik.

7 Am 30. 8. 1902 hatte der *Vorwärts* in derselben Sache (des Attentats auf Obolensky) eine Notiz veröffentlicht, in der die Wahrhaftigkeit der Informationen, die in dieser Angelegenheit von der Partei der Sozialisten-Revolutionäre verbreitet worden waren, in Zweifel gezogen und angedeutet wurde, die Quelle dieser Information müsse Verdacht erregen. Auf diese Notiz antwortete Rosa Luxemburg mit einem kurzen Artikel in der *Leipziger Volkszeitung* mit dem gleichen Titel: *Zur Frage des Terrorismus* (*LVZ* vom 1. 9. 1902, Nr. 201, Nachdruck in: Rosa Luxemburg, *Gesammelte Werke* . . . , Bd I, 2, S. 279-280).

8 Stiepan Balmaschow, Student der Universität Kiew, Mitglied der Partei der Sozialisten-Revolutionäre, wurde wegen Mordes an Dmitrij Sipiagin zum Tode verurteilt und am 3. 5. 1902 in der Festung Schlüsselburg bei Petersburg gehängt.

zur *Partei* der Terroristen gehörte oder nicht, bereits seit 2 1/2 Jahren der Gegenstand eines heissen und erbitterten Streites zwischen den Sozialdemokraten u[nd] den Terroristen ist, u[nd] zwar: indem die SD die Zugehörigkeit Balmaschews zur Terroristenpartei *bestreitet*, die letztere aber hartnäckig den B[almaschew] als ihren "beauftragten" Attentäter in Anspruch nimmt. Nun hat der Prozess Gerschuni den Terroristen *Recht* gegeben, indem er bewiesen hat, dass B. mit Gerschuni eng liiert war, dies wird von den Terroristen als ihr moralischer *Triumph* betrachtet und dies zu verschweigen, halten sie (die Terr.) für eine Infamie. Dass ich dies gegen meinen Willen in dem *Vorw[ärts]*-Artikel jetzt gethan, verdanke ich Ihnen, o, ethischer Kollege!

Sie sehen wohl, dass Sie noch nicht genügend informiert sind, um mich über Russland zu belehren. Bleiben Sie bei Sanct-Immanuel und nahren Sie sich redlich!

Besten Gruss
Ihre R Luxemburg

DER STOCKHOLMER DOKUMENTENFUND DAS ARCHIV DER SOPADE Von Paul Mayer*

Auf seiner letzten Tagung im April 1933 hatte der Parteiausschuß der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands beschlossen, einen Teil des Parteivorstandes ins Ausland zu entsenden. Die Delegation unter der Führung des Parteivorsitzenden Otto Wels ließ sich im Juni 1933 in Prag nieder. Bereits nach einigen Jahren verfügte die *SOPADE*, wie sich der emigrierte Parteivorstand nannte, über eine umfangreiche Sammlung an Akten und Druckschriften, deren parteigeschichtlich-dokumentarischer Wert frühzeitig erkannt wurde. Da die Tschechoslowakei wegen der unmittelbaren Nachbarschaft des Dritten Reiches und der Gefahr kriegsrischer Verwicklungen in Mitteleuropa auf die Dauer keine Gewähr für die Sicherheit der Materialien bot, begann man sich schon im Jahre 1936 nach einem anderen Aufbewahrungsort umzusehen. Ein Teil der ins Ausland geretteten Bestände des alten Berliner SPD-Archivs befand sich seit 1933 in Kopenhagen. Daher lag der Gedanke nahe, auch das *SOPADE*-Archiv an dieser Stelle zu deponieren. Nachdem das Einverständnis der befreundeten dänischen Partei vorlag, wurde mit der Evakuierung begonnen, die sich über zweieinhalb Jahre erstreckte.

Im Mai 1938 wurden die Reste des früheren Berliner Parteiarchivs an das damals gegründete *Internationale Institut für Sozialgeschichte* in Amsterdam verkauft. Die in Kopenhagen lagernden Teile, bei denen es sich in der Hauptsache um das Marx-Engels-Archiv handelte, wurden nach Amsterdam gebracht. Etwa ein Jahr später hielt es die dänische Parteileitung im Hinblick auf die weltpolitische Lage für geraten, sich auch von dem übrigen deutschen Dokumentenmaterial zu trennen. Auf Wunsch des Generalsekretärs Hans Hedtoft-Hansen erklärte sich der Vorstand der schwedischen sozialdemokratischen Partei bereit, das *SOPADE*-Archiv in Verwahrung zu nehmen. Zu diesem Archiv gehörte

* Im Nachlaß von Paul Mayer fand sich eine Aufzeichnung über den Stockholmer Dokumentenfund im Jahre 1967, deren Veröffentlichung wegen ihres dokumentarischen Wertes selbst 4 Jahre später gerechtfertigt erscheint. Bei den Vorarbeiten zu seiner Veröffentlichung über "Das Schicksal des sozialdemokratischen Parteiarchivs und des Marx-Engels-Nachlasses" ist Paul Mayer in den Jahren 1966/67 auf Unterlagen gestoßen, die ihn zur Anregung intensiver Nachforschungen veranlaßten. Mit starker innerer Anteilnahme verfolgte er die aus Kopenhagen und Stockholm eingehenden Berichte und war wie von einem Bann befreit, als er im August 1967 telefonisch die Nachricht von der Auffindung der verschollen geglaubten Archivalien erhielt. Heute befinden sich diese im "Archiv der sozialen Demokratie" der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, in die das Zentralarchiv der SPD 1969 eingebracht wurde.

Daß es damals für die Entdeckung der Kisten sozusagen fünf Minuten vor zwölf war, geht auch aus der Tatsache hervor, daß Karl Ilgner, der als deutscher Emigrant seine Beziehungen zu den schwedischen Gewerkschaften bei der Suche nach den verschwundenen Kisten mit Erfolg ausspielte, im Sommer 1968 gestorben ist. —

Vgl. auch: *Archiv der sozialen Demokratie. Übersicht über die Archivbestände*. Hrsg. vom Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, 53 Bonn-Bad Godesberg 1, Kölner Straße 149 (1970).

außerdem eine komplette Sammlung des Berliner *Vorwärts* von 1891 bis 1932, die nach Prag gerettet worden war. Die Jahrgänge bis 1914 mußten gemäß Verkaufsvertrag ebenfalls an das Amsterdammer Institut abgetreten werden. Das übrige Material füllte 15 Kisten, die am 13. April 1939 nach Stockholm verfrachtet wurden.

Als noch vor dem Ende des Zweiten Weltkrieges die nach England verschlagene SOPADE-Führung nach den Prager Dokumenten fragte, waren diese in Stockholm nicht aufzufinden. Auch die nach der Neugründung der SPD im Jahre 1946 von Hannover und später von Bonn aus unternommenen Versuche, das Schicksal der 15 Kisten aufzuklären, hatten ein negatives Ergebnis. Erst als in den letzten Jahren Forschungsarbeiten zur Geschichte des sozialdemokratischen Parteiarchivs dokumentarische Unterlagen zutage gefördert hatten, die konkrete Anhaltspunkte für die Verlagerung des Materials nach Schweden enthielten, wurden die Nachforschungen nach dem verschwundenen SOPADE-Archiv wieder aufgenommen. Sie setzten im Frühjahr 1967 in Kopenhagen ein, weil anzunehmen war, daß die Verschickungsaktion in den dänischen Parteiakten einen Niederschlag gefunden hatte. Es stellte sich jedoch heraus, daß dort keinerlei Unterlagen über die Beziehungen zwischen der dänischen Partei und der deutschen sozialdemokratischen Emigration vorhanden waren. Es wird vermutet, daß Hedtoft-Hansen vor der Besetzung Dänemarks durch die Hitlertruppen alle belastenden Dokumente aus den Akten entfernt und vernichtet hat, um sie nicht der Gestapo in die Hände fallen zu lassen. Somit blieb nur die Hoffnung, daß die Parteiakten in Stockholm Aufschluß über das Schicksal der Sendung geben würden und möglicherweise auch über die Ankunft der 15 Kisten und ihre Lagerung. Sie erfüllte sich zunächst nicht. Jedoch führten die energischen Bemühungen des deutschen Emigranten Karl Ilgner, der seit 1938 in Stockholm lebte, in kurzer Zeit zum kaum noch erwarteten Erfolg. Schwedische Freunde bestätigten die seinerzeitige Ankunft der Kisten, und einer glaubte sich zu erinnern, daß sie von den schwedischen Gewerkschaften in Verwahrung genommen worden seien. Daraufhin wurden die Kellerräume der schwedischen Gewerkschaftszentrale (L.O.) planmäßig durchsucht. Ein in den Felsen gesprengtes großes unterirdisches Gewölbe führte in einen kleinen abgetrennten Kellerraum, dessen Tür verschlossen war. Sie mußte aufgebrochen werden, da der Schlüssel fehlte. Zum Vorschein kamen 13 der gesuchten Archivkisten. Der Raum war in Vergessenheit geraten, was darauf zurückzuführen war, daß er ursprünglich dem schwedischen Gießereiarbeiterverband gehörte, der später aufgelöst und in den allgemeinen Metallarbeiterverband übergeführt worden war. Da der Raum nicht mehr als 13 Kisten faßte, hatte man die beiden restlichen vor der Tür stehen lassen, wo sie im Jahre 1952 zufällig entdeckt worden waren. Anfang des Jahres 1953 waren sie dem SPD-Vorstand in Bonn übergeben worden. Dort fehlten aber persönliche Erinnerungen an den Vorgang, nachdem der frühere Archivverwalter 1961 wegen schwerer Erkrankung ausgeschieden war. Seine Nachfolger waren über die Herkunft der vorhandenen Emigrationsakten nicht unterrichtet, und erst die Wiederentdeckung der 13 Kisten im August 1967 ermöglichte die Aufklärung des Rätsels.

Nachdem der neue Fund Anfang Februar 1968 dem SPD-Vorsitzenden Brandt offiziell übergeben worden war, trafen die inzwischen in 18 Kisten und zwei Pakete umgepackten Materialien im Mai 1968 auf dem Luftwege in Bonn ein, wo alsbald mit der Sichtung und Ordnung des Materials begonnen wurde.

Sehr gut erhalten sind die kompletten Jahrgänge des *Vorwärts* von 1915 bis 1932, insgesamt 58 Bände, die allein acht Kisten füllten. Eine Rarität sind die kompletten Jahrgänge der *Deutschen Freiheit* (Saarbrücken), die vor der Saarabstimmung die einzige sozialdemokratische Tageszeitung auf deutschem Boden war. Die Sammlung enthält sodann in einer größeren Anzahl von Archivexemplaren sämtliche periodischen Publikationen des Prager Exilvorstandes, darunter die Wochenzeitung *Neuer Vorwärts* 1933 - 1937, die zur Verbreitung in Deutschland bestimmt gewesene illegale Zeitschrift *Sozialistische Aktion* im Kleinformat auf Dünndruckpapier, die *Deutschland-Berichte* (*Grüne Berichte*) mit Informationen über die Lage im Dritten Reich, die *SOPADE-Informationen* sowie die Miniaturdrucke *Informationsblätter* und *Deutscher Nachrichtendienst*. Zu dem Bestand gehören auch sämtliche gebundenen oder broschiierten Druckschriften des Karlsbader parteiamtlichen Graphia-Verlages in einer größeren Anzahl von Exemplaren, darunter Stampfers *Die 14 Jahre der ersten deutschen Republik* und Arthur Rosenbergs *Die Entstehung der Weimarer Republik*, ferner die illegalen Tarnschriften sowie Flugblätter, Streu- und Klebezettel. Die im zentralen Parteiarchiv bereits vorhan-

dene Sammlung konnte dadurch ergänzt und komplettiert werden. Schließlich befindet sich unter der gedruckten Literatur auch eine Anzahl von sozialdemokratischen, kommunistischen und anderen politischen Schriften, die vor 1933 erschienen sind.

Den wertvollsten Teil des SOPADE-Archivs stellen natürlich die Akten des emigrierten Parteivorstandes dar, bei denen es sich fast ausschließlich um einmalige Dokumente handelt. Sie enthalten den gesamten Schriftwechsel aus den Jahren 1933 - 1938, geordnet nach Organisationen, Institutionen und Einzelpersonen. Aufschlußreich sind die Materialsammlungen über den Konflikt zwischen der Auslandsdelegation und den in Berlin verbliebenen Mitgliedern des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion, über die Auseinandersetzungen mit der Saarpartei und den verschiedenen sozialdemokratischen Sezessionen wie den *Revolutionären Sozialisten* und der *Miles-Gruppe*. Hervorzuheben ist ein umfangreiches Aktenstück über den SA-Terror 1933, mit Berichten über die Überfälle auf Parteigebäude und zahlreiche mehr oder weniger bekannte Funktionäre der Arbeiterbewegung. Der Prager Parteivorstand unterhielt bekanntlich ein ausgedehntes Netz von Grenzsekretariaten und Vertrauensleuten. Die von ihnen meist in regelmäßigen Abständen gelieferten Berichte und der mit ihnen geführte Schriftwechsel nehmen einen besonders breiten Raum in der Sammlung ein. Die Berichte dürften eine reiche Fundgrube für Forschungsarbeiten über den Widerstand und die Verfolgungen im Dritten Reich sein. Es gibt sodann eine Reihe von Protokollen über Sitzungen der leitenden Parteigremien, Protokolle über Grenzfahrten und Besprechungen mit illegalen Vertrauensleuten und Grenzgängern, sowie eine Sammlung von Gesamtdarstellungen, Denkschriften und Vorstandserklärungen. Enthalten sind auch persönliche Akten von Otto Wels, unter anderem mit handschriftlichen Aufzeichnungen über die Entwicklung in der Zeit nach dem Papen-Putsch in Preußen, insbesondere über die Differenzen zwischen dem Parteivorstand und der Reichsbannerführung, sowie über die Kontroversen mit Macdonald und Henderson im Jahre 1933. Auch sämtliche Kassenbücher und Kassenbelege der SOPADE gehören zu dem wiederaufgefundenen Archivgut.

Alle früheren Nachforschungen nach den verschollenen Dokumenten waren von der Annahme ausgegangen, daß das SOPADE-Archiv 16 Kisten umfaßt habe und daß diese im Frühjahr 1938 nach Kopenhagen gesandt worden seien. Den wiederaufgefundenen Akten ist jedoch zu entnehmen, daß es sich um sieben verschiedene Sendungen handelte, von denen die erste, aus sechs Kisten bestehende bereits Anfang September 1936 nach Kopenhagen abging. Insgesamt waren es 20 Kisten, die im Laufe von zwei Jahren zur Verschickung der Materialien benötigt wurden. Die Feststellung erscheint deshalb angebracht, weil einige Zeitungsreporter in ihren Berichten über den Stockholmer Fund aus dem Umstand, daß von den vermeintlichen 16 Kisten nur 15 nach Schweden gelangt waren, den Schluß gezogen hatten, die sechzehnte Kiste habe Manuskripte aus dem Marx-Engels-Archiv enthalten, deren Verschwinden seinerzeit in Kopenhagen festgestellt worden war. Das verließ der Story über den Dokumentenfund zwar eine pikante Note, beruhte aber auf unzureichender Kenntnis der Zusammenhänge und auf der Verkoppelung zweier Vorgänge, die nichts miteinander zu tun hatten.

DER NACHLASS OTTO HÖRSING

Von Gunter Krüschet

Einem Hinweis von Professor Ernst Fraenkel folgend, gelang es im vergangenen Jahr der Historischen Kommission zu Berlin für ihr Referat Arbeiterbewegung aus Privatbesitz eine Sammlung von Materialien und Dokumenten zu erwerben, die aus dem Nachlaß des 1937 in Berlin verstorbenen Otto Hörsing stammen. Obwohl die Rolle Hörsings als Bundesvorsitzender des "Reichsbanners Schwarz — Rot — Gold" in der Monographie von Karl Rohe ausführlich dargestellt wird,¹ sollen seine biographischen Daten kurz referiert werden.

¹ Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold. Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik*, Düsseldorf 1966.

Friedrich Otto Hörsing wurde am 18. 7. 1874 in Groß-Schillingken (Ostpreußen) als Sohn eines Kleinbauern geboren. Nach dem Besuch der Dorfschule erlernte er das Schmiedehandwerk (1888-1891). Während seiner Militärdienstzeit (1891 bis 1893) mit sozialistischen Ideen konfrontiert, trat er 1894 der Sozialdemokratischen Partei bei. Die Jahre 1894 bis 1900 verbrachte er auf der Wanderschaft durch die Schweiz, Österreich-Ungarn, England und die USA. Von 1901 bis 1904 arbeitete er als Schmied in verschiedenen Großbetrieben in Berlin, Essen, Hamburg, Stettin und Kiel. In Kiel besuchte er neben seiner Arbeit ein Privattechnikum von 1903 bis 1904, wurde dann aber wegen seiner SPD-Mitgliedschaft entlassen. Bis Ende 1905 versuchte er sich u. a. als Zigarrenhändler und Gastwirt, bis ihn der Deutsche Metallarbeiter Verband Anfang 1906 zum hauptamtlichen Geschäftsführer für Oberschlesien bestellte. Nach kurzer Tätigkeit als Vorsitzender des sozialdemokratischen Wahlvereins Beuthen-Tarnowitz leitete er von 1908 bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges hauptamtlich das Bezirkssekretariat der Sozialdemokratischen Partei für Oberschlesien. Von August 1914 bis Dezember 1918 war er Soldat. Im Januar 1919 wurde Hörsing zum Vorsitzenden des Zentralen Arbeiter- und Soldatenrats für Oberschlesien gewählt, kurz darauf zum Staatskommissar für den Regierungsbezirk Oppeln und im Juni 1919 zum Reichs- und Staatskommissar für Schlesien und Westposen ernannt. Von diesem Amt trat er im Januar 1920 zurück. Von Februar 1920 bis August 1927 bekleidete er das Amt des Oberpräsidenten der preußischen Provinz Sachsen mit Sitz in Magdeburg. Seit 1919/20 Mitglied der Nationalversammlung, 1920/21 Mitglied des Reichstages und ab 1925 des preußischen Landtages, konzentrierte er seine Arbeit nach seinem mehr unfreiwilligen Rücktritt als Oberpräsident auf die Führung des Reichsbanners, zu dessen Bundesvorsitzenden er auf der konstituierenden Versammlung im Februar 1924 in Magdeburg gewählt worden war. Politische und persönliche Auseinandersetzungen zwischen Hörsing und der sozialdemokratischen Führung über die Funktion des Reichsbanners, Arbeitsbeschaffungskonzeptionen und das öffentliche Auftreten Hörsings bei Reichsbannerveranstaltungen führten bereits im Dezember 1931 zu seiner faktischen Ablösung vom Amt des Bundesvorsitzenden. Am 2. Juli 1932 trat er offiziell zurück. Einen Tag später erfolgte sein Ausschuß aus der SPD, nachdem bekanntgeworden war, daß er im Begriffe stand, eine eigene Partei zu gründen. Am 5. Juli 1932 gab Hörsing die Gründung der "Sozial-Republikanischen Partei Deutschlands" bekannt, die jedoch eine einflußlose Splittergruppe blieb. Nachdem die Reichsbannerführung die Mitgliedschaft im Reichsbanner und in der Sozial-Republikanischen Partei für unvereinbar erklärt hatte, verlor Hörsing auch seine Mitgliedschaft im Reichsbanner. Nach der faschistischen "Machtergreifung" lebte er zurückgezogen in Berlin. Er starb am 23. August 1937.

Die in dem Nachlaß enthaltenen Materialien – sie umfassen insgesamt ca. 1 500 Blatt – beziehen sich fast ausschließlich auf Hörsings jeweiligen Tätigkeitsbereich. Dennoch geben sie einige interessante Aufschlüsse über das Verhältnis der deutschen Sozialdemokratie zu ihrer polnischen Schwesterpartei, über ihre Beziehungen zu Lenin vor dem Ersten Weltkrieg und zur Auseinandersetzung zwischen Hörsing, der preußischen Regierung und dem Parteivorstand der SPD.

Aus Hörsings Zeit als Parteisekretär in Oberschlesien ist neben 26 Rededispositionen und einem Ausschankbuch des Beuthener Gewerkschaftslokals vor allem eine Mappe mit rd. 300 Blatt über das Verhältnis der Polnischen Sozialistischen Partei preußischen Anteils (PPS) zur deutschen Sozialdemokratie und ihrer oberschlesischen Parteiorganisation bemerkenswert. Sie enthält Drucksachen, Zeitungsausschnitte, deutsche Übersetzungen von Artikeln aus der *Gazeta Robotnicza* und dem *Dziennik Robotniczy*, Protokolle der Preßkommission der PPS, Korrespondenzen zwischen Hörsing, dem Parteivorstand der SPD, Vorstandsmitgliedern der PPS (Józef Biniskiewicz, Emil Caspari u. a.), die vor allem die Frage der finanziellen Unterstützung der PPS durch den deutschen Parteivorstand, die Verwendung der Mittel und Pressefehden der Organe der Schwesterparteien zum Inhalt haben. Außer diesen Materialien, die aus den Jahren 1909 - 1913 stammen, sind noch Hörsings Notizen zur Diskussion über die PPS auf dem Jenaer Parteitag von 1913 erhalten. Die die PPS betreffenden Dokumente dürften auch für Historiker der polnischen Arbeiterbewegung von nicht geringem Interesse sein, da angenommen werden muß, daß das Archiv der PPS verloren ist.

Während aus der Zeit des Ersten Weltkrieges lediglich ein Flugblatt der "Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands (Bolschewiki)" zu erwähnen ist, das die Texte von Lenins Friedensdekret vom

8. November 1917 und des berühmten Funkspruchs "An Alle" vom 22. November 1917 in deutscher Übersetzung enthält,² sind aus Hörsings Amtszeit als Vorsitzender des Zentralen Arbeiter- und Soldatenrats für Oberschlesien und als Staats- und Reichskommissar folgende Materialien vorhanden: zwei Notizblöcke mit Aufzeichnungen über Sitzungen der Arbeiter- und Soldatenräte, tagebuchähnliche Notizen über Verlauf und Ergebnisse der politischen und ökonomischen Kämpfe in Oberschlesien von Januar bis Oktober 1919; zwei Mappen mit Vollmachten, Ernennungen, amtlichen und privaten Korrespondenzen, Zeitungsausschnitten und Flugblättern; eine geheime "Beurteilung der inneren Lage Schlesiens" durch das VI. Armee-korps vom 22. April 1919 im Umfang von 6 Seiten; eine streng vertrauliche "Denkschrift über die linksradikalen Strömungen in Schlesien unter besonderer Berücksichtigung der Organisation und Tätigkeit der Kommunistischen Partei (Spartakusbund)". Die Denkschrift, die einen Umfang von 16 Seiten hat und das Datum des 1. Juni 1919 trägt, enthält Angaben über die Anzahl der Ortsgruppen, Mitgliederzahlen und Namen bekannter Kommunisten. Über die ordentlichen Ausgaben des Staats- und Reichskommissars von Mai bis Oktober 1919 gibt ein Kassabuch Auskunft. Als Anlagen enthält es zwei detaillierte "Abrechnungen über die dem Staatskommissar für Schlesien und Westposen zu Propagandazwecken aus der Staatskasse überwiesenen Mittel" aus der Zeit von Juni 1919 bis Januar 1920.³

Über Hörsings Rolle als Oberpräsident der Provinz Sachsen während des Kapp-Putsches und bei der sogen. Märzaktion 1921 finden sich nur sehr spärliche Hinweise. Aufschlußreich ist jedoch eine von ihm 1920 verfaßte "Denkschrift über die Aufdeckung der Magdeburger Spitzelzentrale sowie über die Wechselbeziehung zwischen dieser, der Organisation Escherich, der Reichswehr und dem Landbund für Sachsen-Anhalt". Darüberhinaus sind einige Mappen mit anonymen Zuschriften, Ergebenheitstelegrammen, dienstlichen Rechtfertigungen, dienstlichen und privaten Briefen prominenter Politiker der Weimarer Republik wie Abegg, Bauer, Braun, Ebert, Groener, Grzesinski, Heine, Hirsch, Koch, Lamp'l, Leinert, Marx, Noske und Severing erhalten, die einen Eindruck davon vermitteln, wie Hörsings Position – nicht zuletzt durch seine Verwicklungen in Justizaffären und seine polternden Ausfälle gegen politische Gegner – auch bei seinen eigenen Parteifreunden immer schwächer wurde. Aufschlußreich für seinen Rücktritt vom Amt des Oberpräsidenten ist ein vertrauliches Schreiben an den preußischen Ministerpräsidenten Otto Braun vom 28. 10. 1927, in dem er ausführlich auf seine Differenzen mit Severing, Grzesinski und der Bürokratie der preußischen Ministerien eingeht, die ihn schließlich zum Rücktritt bewogen.

Von den wenigen im Nachlaß vorhandenen Zeugnissen aus der Zeit von 1927 - 1933 sind drei von Wichtigkeit. Es handelt sich dabei um ein Schreiben Hörsings an den Parteivorstand der SPD vom 9. Dezember 1930, Differenzen zwischen Reichsbanner und SPD über die Ordnerfrage bei Veranstaltungen betreffend, eine Eingabe an den Reichspräsidenten vom 17. November 1931, in der er von französischen und holländischen Besorgnissen über Deutschlands Wiederaufrüstung berichtet, und um eine Eingabe an den Reichskanzler v. Schleicher vom 7. Januar 1933, die die Annahme seines Arbeitsbeschaffungsprogramms empfiehlt. – Undatiert ist das Fragment einer Autobiographie im Umfang von 75 Seiten, das jedoch mit Hörsings Übersiedlung nach Oberschlesien im Jahre 1905 abbricht. –

Als wichtigstes Dokument des Nachlasses ist jedoch ein achtzehnseitiges handgeschriebenes Manuskript über "Lenin als Mensch und Politiker" anzusehen, das Hörsing nach Lenins Tod verfaßt hat. Er schildert darin seine Begegnungen und seine Zusammenarbeit mit Lenin in den Jahren 1912 - 1914. Nachdem Lenin im Juni 1912 nach Krakau übersiedelt war, um engere Verbindungen zur sozialdemokratischen Dumafraktion und zur Redaktion der *Prawda* herzustellen, suchte er auch Kontakt

2 Die in W. I. Lenin, *Werke*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, Bd 26, Berlin 1961, auf S. 239 ff. und S. 309 f. abgedruckten Texte dieser Dokumente weichen erheblich von der Flugblattfassung ab.

3 Am Rande sei erwähnt, daß der Kommandierende General von Friedeburg Hörsing für die "tatkraftige Unterstützung der Grenzschutztruppen bei Durchführung ihrer Aufgaben in Oberschlesien" die 2. Stufe des "Schlesischen Bewährungsabzeichens (Schlesischer Adler)" verlieh. Orden und Verleihungsurkunde befinden sich im Nachlaß.

zu Hörsing. Bei einem Treffen zwischen Lenin und Hörsing im Krakauer Stadtpark erklärte sich Hörsing nach anfänglichem Zögern bereit, in Zukunft Lenins Korrespondenz persönlich oder mit Hilfe zuverlässiger deutscher Genossen über die russische Grenze zu bringen, um sie dann, mit russischen Marken frankiert, nach Petersburg zu befördern. Von dieser Beförderungsart erhoffte sich Lenin eine bessere Umgehung der zaristischen Zensur. Außerdem wurde Hörsing ermächtigt, vorher namentlich benannte Emigranten bei ihrem Aufenthalt in Oberschlesien finanziell zu unterstützen. Den Vorschlag Hörsings, in diesen Angelegenheiten auch mit polnischen Genossen in Verbindung zu treten, soll Lenin abgelehnt haben.⁴ Zur Regelung der sich aus der Postbeförderung ergebenden Probleme wurden monatliche Treffen in Krakau vereinbart.

Wenn auch bisher in der Literatur keine Hinweise auf die praktische Zusammenarbeit zwischen Lenin und dem Revisionisten Hörsing zu finden sind, so kann man für die Authentizität des Berichts immerhin zwei Argumente anführen. Einmal spricht dafür die plastische, wenn auch sehr oberflächliche Wiedergabe der Äußerungen Lenins über die russischen Verhältnisse, die Rolle der Bolschewiki, den Richtungsstreit in der deutschen Sozialdemokratie und die Einschätzung der Person Rosa Luxemburgs und Karl Radeks. Zum anderen die Tatsache, daß zumindest ein Brief Lenins erhalten ist, aus dem hervorgeht, daß Korrespondenz der Redaktion der *Prawda* über Hörsing an Lenin gelangen sollte.⁵ —

Der Nachlaß enthält Einzelnummern folgender Zeitungen:

Arbeiter-Zeitung (Dortmund), *Berliner Tageblatt*, *Bremer Bürger-Zeitung*, *Fränkischer Kurier* (Nürnberg), *Gornoslazak* (Kattowitz), *Hallesche Zeitung*, *Holzarbeiter Zeitung*, *Israelisches Familienblatt* (Berlin), *Kladderadatsch*, *Leipziger Volkszeitung*, *Magdeburger Amtsblatt*, *Magdeburger General-Anzeiger*, *Magdeburgische Zeitung*, *Offenbacher Abendblatt*, *Ostdeutsche Morgenpost* (Beuthen O. S.), *Reichsbanner* (Magdeburg), *Sächsisches Tageblatt* (Berlin), *Schlesische Zeitung*, *Tribüne* (Magdeburg), *Volksblatt* (Halle), *Volksblatt* (Hindenburg), *Volksstimme* (Magdeburg), *Volkswacht* (Breslau), *Volkszeitung* (Breslau), *Vorwärts* (Berlin) und *Weimarische Volkszeitung*.

4 Dagegen weisen Maria Meglicka und Wiesława Toporowicz auf die enge Zusammenarbeit Lenins mit polnischen Genossen in Krakau hin. Vgl. dazu ihren Aufsatz: *Lenin und Polen*, in: *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Jg. 12 (1970), S. 902-914.

5 Der Brief ist abgedruckt in: W. I. Lenin, *Briefe*, hrsg. vom IML beim ZK der SED, Bd 3, Berlin 1967, S. 92, Nr. 71.

FORSCHUNGS- UND PUBLIKATIONSVORHABEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG UND ANGRENZENDER GEBIETE XIV

TITELVERZEICHNIS

A. HILFSMITTEL

- 1641 SCHROTH, Hans (Wien): *Bibliographie zur Geschichte der österreichischen sozialdemokratischen Arbeiterbewegung. Von den Anfängen bis 1934.* — Anfangsstadium der Bearbeitung.
- 1642 SCHROTH, Hans (Wien): *Bibliographie Max Adler.* — Anfangsstadium der Bearbeitung.
- 1643 SCHROTH, Hans (Wien): *Bibliographie Otto Bauer.* — Anfangsstadium der Bearbeitung.
- 1644 HERLITZKA, Ernst K. (Wien): *Biographisches Lexikon der österreichischen Sozialdemokratie.* — (Auswahl der zu behandelnden Personen, zeitliche Abgrenzung usw. stehen noch nicht fest.) — Anfangsstadium der Bearbeitung.

B. QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, NEUDRUCKE, ÜBERSETZUNGEN

- 1645 *Der Anarchismus.* — (Hrsg. und eingeleitet von Erwin Oberländer.) — Dokumentation. — Erscheint im Juli 1972 im Walter Verlag, Olten/Freiburg, als Bd 4 der Reihe "Dokumente der Weltrevolution".
- 1646 GREBING, Helga (Göttingen): *Die Revolution von 1918.* — Reader. — Erscheint im Herbst 1974 in der Nymphenburger Verlagshandlung, München, in der Reihe "Nymphenburger Texte zur Wissenschaft".
- 1647 *Arbeiterdichter in der Emigration 1933 bis 1945.* — (Hrsg.: Clearingstelle für Arbeiterbildung und Arbeiterdichtung im Rahmen der Österreichischen Gesellschaft für Kulturpolitik, Graz.) — Lesebuch. — In Bearbeitung.

1648 BRÜGEL, Johann Wolfgang (London): **Moskau im Bund mit dem Dritten Reich.** – (Das Werk dokumentiert den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt und dessen Auswirkungen auf die Politik der einzelnen kommunistischen Parteien, darunter auch der KPD, der KPÖ und der KP der Schweiz.) – Edition. – Abgeschlossen. – Soll 1972 im Europa Verlag, Wien, erscheinen.

1649 LORENZ, Einhart (Oslo) (Bearb.): **Sosialister for Marx.** [Sozialisten vor Marx.] – (Texte von Babeuf, Fourier, Owen, Saint-Simon, Cabet, Blanqui, Weitling, Blanc, Götrek und Thrane, mit Kommentar.) – Erscheint 1973 im Pax Forlag, Oslo.

1650 BERNSTEIN, Eduard: **Sosialismens forutsetninger og sosialdemokratiets oppgaver.** [Die Voraussetzungen des Sozialismus . . .] – (Norwegische Ausgabe, mit einer Einleitung von Harald B e r n t s e n.) – Erscheint 1973/74 im Pax Forlag, Oslo.

1651 LENIN, W. I.: **Om Hegels dialektik.** [Über Hegels Dialektik.] – (Norwegische Ausgabe von Lenins Anmerkungen zu Hegels Logik aus den Jahren 1914/15, eingeleitet von Thomas K r o c h.) – Erscheint 1973 im Pax Forlag, Oslo.

1652 KORSCH, Karl: **Marxisme og filosofi.** [Marxismus und Philosophie.] – (Norwegische Ausgabe, übersetzt und eingeleitet von Rune S l a g s t a d.) – Erscheint 1972 im Pax Forlag, Oslo.

1653 ABENDROTH, Wolfgang (Marburg): **Den europeiske arbeiderbevegelses sosialhistorie.** [Sozialgeschichte der europäischen Arbeiterbewegung.] – (Norwegische Ausgabe, übersetzt von Helge V o l d und Harald B e r n t s e n.) – Erscheint 1972 im Gyldendal Norsk Forlag.

Vgl. auch 1663 (Scheidemann), 1678 (Kriegspädagogik).

C. SOZIALISTISCHE THEORETIKER/BEITRÄGE ZUR IDEENGESCHICHTE

1654 GREBING, Helga (Göttingen): **Die Probleme der immanenten Revision Marxscher Theoreme zum Versuch der Wiederherstellung der Einheit von Theorie und Praxis am Beispiel von Leben und Werk Fritz S t e r n b e r g s.** – (Quellen: Sternbergs Veröffentlichungen zw. 1926 und 1963, Nachlaß, unveröff. Arbeiten.) – Monographische Darstellung. – Ms.-Abschluß voraussichtlich Herbst 1974

1655 KASPER, Horst Peter (Bochum): **B r e c h t s Marxismus.** – Diss. phil. – In Bearbeitung.

1656 ULLRICH, Volker (Hamburg): **Zur Kritik der bürgerlichen Geschichtsschreibung zur Arbeiterbewegung.** – Aufsatz. – Ms. abgeschlossen. – Erscheint in "Argument", H. 75.

1657 GRAHL, Gerd-Rüdiger (Münster): **Von der direkten zur indirekten Demokratie in Gewerkschaften. Erklärung der Ursachen und Darstellung der Formen.** – (Die Bedeutung der gewerkschaftlichen Wahlsystemstruktur für die innerverbandliche Willensbildung, die Wahlsystemexpansion in Deutschland von den sozialistischen

bis zu den DGB-Gewerkschaften, zentralistische und dezentralistische Wahlsysteme usw. Quellen: Satzungen.) – Diplomarbeit. – Abgeschlossen.

Vgl. auch QUELLENVERÖFFENTLICHUNGEN, ÜBERSETZUNGEN.

D. BIOGRAPHISCHE BEITRÄGE

1658 TRANSBØL, Poul (Dänemark): **Das Verhältnis von Gustav B a n g zu Karl K a u t s k y.** – Aufsatz. – In Bearbeitung.

1659 STEPHAN, Alexander (Princeton, New Jersey): **Johannes R. B e c h e r s Weg zum politischen Gedicht.** – (Konkretisierung inhaltlicher und formaler Elemente in der Entwicklung der Becherschen Dichtung vom Expressionismus über die proletarisch-revolutionäre Periode zum 'Sozialistischen Realismus'.) – Ph. D. Diss. – Ms. vor dem Abschluß.

1660 MITSCHIEW, Dobrin (Sofia): **Georgi D i m i t r o f f und die deutsche Arbeiterbewegung, 1929 - 1945.** – (Die Beziehungen zwischen Dimitroff und der KPD. Quellen: IML und Zentrales Parteiarchiv in Ost-Berlin, Zentrales Parteiarchiv am Institut für die Geschichte der BKP, Tagespresse.) – Monographie. – In Bearbeitung; soll 1973 erscheinen.

1661 GIRNDT, Rainer (Düsseldorf): **Die politische und journalistische Tätigkeit Felix F e c h e n b a c h s im Spiegel des Paderborner Prozesses.** – Diss. phil. – Geplant.

1662 KOČOVÁ, Jirina (Frankfurt/M.): **Wieland H e r z f e l d e und der Malik-Verlag.** – Magisterarbeit. – In Bearbeitung.

1663 MILTON, Sybil Halpern (Stanford, California): **S c h e i d e m a n n s Aufenthalt in Dänemark.** – (A case study of German Emigration in Denmark, 1933 - 1939. Based on materials in Arbejderbevaegelsens Arkiv, Kopenhagen, BA Koblenz, Polit. Archiv des AA Bonn, Archiv der sozialen Demokratie, IISG, ČSSR-Archive u. a.) – Aufsatz und Dokumentation. – Ms.-Abschluß Ende 1972.

1664 SCHÜTZ, David (Tel Aviv): **Wilhelm S c h u l z, 1797 - 1860.** – Diss. phil. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

1665 BUSLAU, Dieter (Koblenz): **Karl V o l l m e r h a u s** [= Bezirkssekretär des ADGB für Brandenburg und die Grenzmark Posen-Westpreußen]. – Monographie. – Anfangsstadium der Bearbeitung.

Vgl. auch HILFSMITTEL und SOZIALISTISCHE THEORETIKER.

E. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN ARBEITERBEWEGUNG

I. Allgemeine Darstellungen und Darstellungen über größere Zeiträume

1666 GREBING, Helga (Göttingen): **Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung.** – Neu bearbeitete und erweiterte Ausgabe. – Erscheint im Herbst 1974 in der Nymphenburger Verlagshandlung, München.

- 1667 ELSTER, Jon (Oslo): **Sozialismens historie. [Geschichte des Sozialismus.]** – Monographie. – Ms. abgeschlossen. – Erscheint im Herbst 1972 im Pax Forlag, Oslo.
- 1668 UEBERHORST, Horst (Bochum): **Die Arbeiter-sportbewegung in Deutschland (1893 - 1933).** – Ms.-Abschluß voraussichtl. Mitte 1972.
- 1669 HOFFMANN, Dirk (Münster): **Sozialismus und Literatur, 1878 - 1918.** – (Versuch einer Konfrontierung von sozialdemokratischer Literaturkritik und Lesegewohnheiten der organisierten Arbeiterschaft. Was las der Arbeiter? Welche Theater besuchte er? Stellung der Parteiführung zu diesen Problemen. Quellen: Arbeiter- und Gewerkschaftsbibliotheken, Zeitungsromane der SPD-Presse, Briefwechsel von Redakteuren, Verlagskataloge der SPD-Verlage.) – Diss. phil. – In Bearbeitung.
- 1670 STOLLMANN, Rainer (Bochum): **Arbeiterdichtung und Faschismus.** – Staatsexamensarbeit. – Ms.-Abschluß Herbst 1972.
- 1671 GREENWALD, William James (Chapel Hill, North Carolina): **England – a Model for Reform? Attitudes of German Left-Liberals and Social Democrats toward the British Constitutional System, 1890 - 1914.** – (Though party press and agitation materials provide the primary source for this study, some unpublished materials in archives in the Bundesrepublik were consulted. This dissertation attempts to provide a test for the thesis, widely respected by British, French and American historians, that an extensive "alienation" from the political traditions of the "West" took place in Germany during the 19th century.) – Ph. D. Diss. – In Bearbeitung.
- 1672 STEIGEMANN, Axel (Hamburg): **Zur Geschichte des Linksliberalismus in Deutschland, 1903 - 1914.** – (Untersucht wird primär die organisatorische und politische Entwicklung der freisinnigen Parteien von 1903 - 1910 sowie Geschichte und Auswirkungen ihres Zusammenschlusses 1910. Ein Schwergewicht der Analyse liegt auf dem Verhältnis zwischen Partei und liberaler Arbeiterbewegung, soweit sie vor allem in den Deutschen Gewerkvereinen oder in den liberalen Arbeitervereinen organisiert war.) – Diss. phil. – Ms.-Abschluß Ende 1972.
- 1673 BIRKER, Michael (Bonn): **Die politische Konzeption des Bundes der Industriellen (BdI), 1895 - 1914.** – (Die Auffassungen der Fertigwaren- und Exportindustrie zur Verkehrs-, Zoll- und Handelspolitik, die Gegensätze zwischen BdI und Cdl in der Sozialpolitik, die Beziehungen des BdI zum Hansabund, Handelsvertragsverein und Chemieverein und die Rolle Stresemanns im Verband sächsischer Industrieller. Quellen: Verbands- und Presseveröffentlichungen, Akten des BA Koblenz, des Staatsarchivs Hamburg, des Archivs der sozialen Demokratie und Werksarchive.) – Diss. phil. – Fortgeschrittenes Stadium der Bearbeitung.
- 1674 KOVAN, Allan (Berkeley, California): **Der Reichs-Landbund, 1919 - 1923.** – (The organizational and social structure of the Reichs-Landbund, its ideology and uses, the activities and achievements of the Reichs-Landbund lobby, the connections between the Reichs-Landbund and the Radical Right.) – Ph. D. Diss. – Ms.-Abschluß Sommer 1972.
- Vgl. auch 1653 (Europ. Arbeiterbew.), 1714, 1715 (Kirche u. Arbeiterschaft).
- ## II. Darstellungen in zeitlicher Folge
- ### a) Von den Anfängen bis zum Ende des Sozialistengesetzes
- Vgl. 1701 (Glashüttenindustrie), 1712 (Fabriken in Leipzig).
- ### b) 1890 - 1914
- 1675 SAUL, Klaus (Hamburg): **Der Staat und die "Mächte des Umsturzes". Ein Beitrag zu den Methoden antisozialistischer Repression und Agitation vom Scheitern des Sozialistengesetzes bis zur Jahrhundertwende.** – (Neben einem allgemeinen Überblick über die Handhabung des Vereins- und Koalitionsrechts, das System der sozialen Ächtung der Sozialdemokraten und die verschiedenen Methoden antisozialistischer Indoktrination werden die Reaktion der Staatsbehörden auf den 1. Mai 1890, die Verfolgung gewerkschaftlich organisierter Arbeiter durch die Staatseisenbahnverwaltungen und die Tätigkeit des Christlichen Zeitschriften-Vereins behandelt. Quellen: Akten in den Staatsarchiven Stade, Hamburg, Darmstadt, GStA Berlin-Dahlem usw.) – Aufsatz. – Abgeschlossen. – Erscheint im "Archiv für Sozialgeschichte" 12 (1972).
- Vgl. auch 1676 (Kriegskredite); REGIONALE und LOKALE DARSTELLUNGEN.
- ### c) Weltkrieg und Revolution
- 1676 HERLEMANN, Beatrix (Bochum): **Sozialdemokratie und Kriegskredite. Ein Beitrag zur inneren Entwicklung der SPD, 1912 - 1917.** – Magisterarbeit. – Abgeschlossen.
- 1677 SIGEL, Robert (München): **Der rechte Flügel der SPD vom Ausbruch des 1. Weltkrieges bis zur Machtergreifung durch die Nationalsozialisten.** – (Der Begriff 'rechter Flügel' bezeichnet die Gruppe um "Die Glocke" [Parvus, Winnig, Lensch, Haenisch], wobei der Zeitpunkt seiner Konstituierung, seine soziale Basis innerhalb der Partei, seine tatsächliche politisch-historische Relevanz und Wirksamkeit untersucht werden sollen.) – Diss. phil. – In Bearbeitung.
- 1678 SAUL, Klaus (Hamburg): **Kriegspädagogik, Jugendpflege und vormilitärische Jugendausbildung im Ersten Weltkrieg.** – (Die Politisierung des Schulunterrichts, die im August 1914 einsetzende Organisation der vormilitärischen Ausbildung, die Reaktion der etablierten bürgerlichen Turn- und Sportverbände, der konfessionellen Jugendvereine und der sozialdem. Arbeiterjugend, die verschiedenen

Versuche zur Einführung einer gesetzlichen Heeresverschulpflicht. Quellen: Akten der Reichskanzlei und des Reichsamtes des Innern im DZA Potsdam, des preuß. Innenministeriums und des Geheimen Zivilkabinetts im DZA Merseburg, des Reichsmarineamtes und des Marinekabinetts im Bundesarchiv/Militärarchiv Freiburg/Br., des preuß. Justizministeriums im GStA Berlin-Dahlem, des Evang. Oberkirchenrates im Archiv der EKV Berlin, ferner regionale Staatsarchive und zeitgenöss. Publizistik.) – Aufsatz und Dokumentation. – Erscheint voraussichtl. im Frühjahr 1973 in den "Militärhistorischen Mitteilungen".

- 1679 RICHTER, Armin (Bochum): **"Der Ziegelbrenner", 1917 - 1921. Gestalt, Intention und Wirkung einer anarchistischen Zeitschrift.** – (Umfassende Analyse der Zeitschrift nach publizistischen, ideologischen und stilistischen Gesichtspunkten.) – Diss. phil. – Ms.-Abschluß Herbst 1972. – Soll voraussichtlich 1973 in der Reihe "Literatur in der Gesellschaft" im Bertelsmann-Universitätsverlag erscheinen.

Vgl. auch 1646, 1709 (Revolution 1918), 1700 (Wirtschaftspolitik).

d) Weimarer Republik

- 1680 LUDWIG, Brigitte (Köln): **Die Friedensbewegung als politische Kraft in der Weimarer Zeit. Aufgezeigt am Beispiel ihrer Verbindungen zum linken Flügel der SPD.** – (Untersucht die Möglichkeiten einer zwar politisch engagierten, aber nicht partei-gebundenen Organisation, ihre politischen Ideen durchzusetzen. Der Hauptteil der Arbeit beschäftigt sich mit dem Einsatz der Friedensbewegung für einen demokratischen, sozialen und abgerüsteten Staat. Quellen: Nachlässe, amtliche Akten, pazifistische Zeitschriften.) – Diss. phil. – Ms.-Abschluß voraussichtl. Ende 1972.

- 1681 LANGE, Thomas (West-Berlin): **Die Anwendung des Art. 48 durch die süddeutschen Länderregierungen in den ersten Jahren der Weimarer Republik (1919 - 1925).** – (Untersucht u. a. die Unterdrückung der Arbeiterparteien mit Hilfe des Art. 48. Quellen: Akten der Staatsarchive in München, Stuttgart, Karlsruhe.) – Diss. phil. – In Bearbeitung.

- 1682 BADER, Dieter (Düsseldorf): **Staatsbürgerliche Erziehung und Staatsbürgerkunde im Spiegel sozialistischer pädagogischer Zeitschriften der Weimarer Republik.** – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen.

- 1683 MENTZEL, Friedrich-Franz (Ost-Berlin): **Die Sowjetunion in der Publizistik der Weimarer Republik, 1929 bis 1932. Ein Beitrag zur Geschichte des Antikommunismus und seiner Bekämpfung in Deutschland.** – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in ZfG 19 (1971), H. 11.

- 1684 EWEN, Gesine (Bochum): **Die Reaktion des ADGB auf die Weltwirtschaftskrise.** – (Es werden weniger wirtschaftstheoretische als soziale und politische Aspekte berücksichtigt.) – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung.

- 1685 SCHNEIDER, Michael (Bonn-Bad Godesberg): **Die Arbeitsbeschaffungspolitik des ADGB, 1930 - 1933.** – Monographie. – Anfangsstadium der Bearbeitung; Ms.-Abschluß Ende 1973.

- 1686 TURNER, Jr., Henry Ashby (New Haven, Conn.): **German Big Business and the Rise of Hitler.** – (Die Studie basiert hauptsächlich auf Forschungen in deutschen Firmenarchiven.) – Monographie. – Ms.-Abschluß Sommer 1972.

- 1687 MASON, Timothy W. (Oxford): **National Socialist Policies towards the German Working Classes, 1925 - 1939.** – Ph. D. Diss. – Abgeschlossen; masch. schriftl. 812 S.

- 1688 FENSKE, Hans (Freiburg): **Beamtenpolitik in der Weimarer Republik.** – (Schwerpunkt bei Personalpolitik der Behörden und personalpolitischen Intentionen der Parteien in einer Reihe von Ländern [Baden, Hessen, Sachsen, Oldenburg, Braunschweig] und im Reich [Rmd], Bemühungen um die Fortentwicklung des Beamtenrechts.) – Aufsatz. – Ms. vor dem Abschluß.

- 1689 FENSKE, Hans (Freiburg): **Beamtentum und Republik.** – (Siehe Erläuterungen zu Nr. 1688.) – Monographie. – Ms.-Abschluß Anfang 1973.

Vgl. auch 1660 (Dimitroff), 1677 (Rechter SPD-Flügel), 1679 ("Der Ziegelbrenner"), 1690 (Faschismus), 1707 (SPD in Braunschweig).

e) 1933 - 1945

- 1690 TURNER, Jr., Henry Ashby (New Haven, Conn.): **Faschismus und Kapitalismus in Deutschland. Studien zum Verhältnis von Nationalsozialismus und Wirtschaft.** – Monographie. – Abgeschlossen. – Erscheint 1972 im Verlag Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

- 1691 HUBER, Wilfried (Münster): **Die bildungspolitischen Vorstellungen deutscher Widerstandsgruppen im In- und Ausland.** – Monographie. – In Bearbeitung.

- 1692 MILTON, Sybil Halpern (Stanford, California): **Die deutsche Emigration in Dänemark, 1933 - 1939.** – Aufsatz. – Ms.-Abschluß voraussichtl. Frühjahr 1973.

- 1693 BRÜGEL, Johann Wolfgang (London): **Die deutsch-tschechische Auseinandersetzung im 2. Weltkrieg.** – (Die Vorgeschichte des Transfers der Sudeten-deutschen und die Haltung der einzelnen sudeten-deutschen Exilgruppen [Sozialdemokraten, Kommunisten] sowie der antinazistische Widerstand in der Heimat. Quellen: Veröffentlichungen der Emigrantengruppen, Aktenbestände des Polit. Archivs des AA Bonn und des Foreign Office London.) – Monographie. – Ms. abgeschlossen. – Veröffentlichung geplant für Anfang 1973 in der Nymphenburger Verlagshandlung, München.

- 1694 PECH, Karlheinz (Ost-Berlin): **Die antifaschistische Bewegung "Freies Deutschland" für den Westen in Frankreich. Ihr Entstehen und ihr Kampf an der Seite der französischen Résistance gegen den faschistischen deutschen Imperialismus, Sommer 1943 bis Sommer 1945.** – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in BzG 14 (1972), H. 1.

Vgl. auch 1647, 1670 (Arbeiterdichtung), 1648 (Dt.-sowj. Nichtangriffspakt), 1660 (Dimitroff), 1663 (Scheidemann), 1687 (Arbeiterklasse), 1721-1723 (Österreich).

f) Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges

1695 MEYER, Kurt (Leipzig): Die Entwicklung der Großbauernschaft im Prozeß der sozialistischen Revolution in der DDR bis zu ihrem Übergang in die Klasse der Genossenschaftsbauern, 1949/50 bis 1961. – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in ZfG 19 (1971), H. 12.

1696 LÖSER, Herbert (Ost-Berlin): Tendenzen realistischer Einschätzungen über die Ursachen der Stabilität der sozialistischen DDR in der demokratisch orientierten westdeutschen Publizistik, 1965 - 1969. – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in ZfG 19 (1971), H. 11.

1697 NIPPERT, Erwin (Ost-Berlin): Die Bündnispolitik der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands zur Einbeziehung der Komplementäre, Handwerker und Gewerbetreibenden in die entwickelte sozialistische Gesellschaft in der Deutschen Demokratischen Republik, Dezember 1965 bis April 1968. – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in BzG 14 (1972), H. 1.

1698 STANKOWSKI, Martin (West-Berlin): Die links-katholische Presse in Deutschland nach 1945. – (Aufgearbeitet werden u. a. folgende linke oppositionelle Publikationen im deutschen Katholizismus: "Die Besinnung", Nürnberg; "Der Christ in der Welt", Wien; "Ende und Anfang", Augsburg; "Frankfurter Hefte", Frankfurt/M.; "hier und heute", Frankfurt/M.; "Katholische Freiheit", Meschede; "Umschau im Katholizismus", Essen; "Werkhefte", München.) – Diss. phil. – Ms.-Abschluß 1972.

1699 SCHNEIDER, Johann (Frankfurt/M.): Interessenvertretung im öffentlichen Dienst. – (Aufbauend auf einer systematischen Einleitung über den Interessenbegriff, bes. in der marxistischen Soziologie, soll der Schwerpunkt auf der Interessendifferenzierung innerhalb der Arbeiterklasse bzw. den Arbeitnehmern liegen, bezogen auf die ÖTV als einer Gewerkschaft mit sehr heterogener Mitgliedschaft und besonderer Stellung im politischen Bereich in der Zeit nach dem 2. Weltkrieg.) – Diss. phil. – In Bearbeitung.

Vgl. auch REGIONALE und LOKALE DARSTELLUNGEN.

III. Regionale und lokale Darstellungen

a) Regional

1700 ECKARDT, Günther (München): Die Wirtschaftspolitik der Parteien und Verbände in Bayern 1890 - 1918. – (Vor dem Hintergrund der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Bayern sollen die wirtschaftspolitischen Ziele der Parteien [u. a. Zentrum, SPD, Liberale, Bauern-

bund] und Verbände [u. a. Gewerkschaften, Hansabund] dargestellt werden. Quellen: Partei- und Verbandsveröffentlichungen, Wirtschaftsteile der Tagespresse, Materialien in bayerischen Archiven, IISG Amsterdam, Volksvereinsbibliothek Mönchengladbach.) – Diss. phil. – Ms.-Abschluß 1972/73. – Die Titelanzeige Nr. 1403 in IWK 11/12 ist damit überholt.

1701 TRAUTMANN, Dietmar (Nürnberg): Die Glashüttenindustrie im Rheinland und in Westfalen vom 16. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts. – Diplomarbeit. – Abgeschlossen.

1702 BÖNNIGHAUSEN, Helmut (Aachen): Der werkeigene Arbeiterwohnungsbau der Bergbau- und Hüttenbetriebe des Ruhrgebietes um die letzte Jahrhundertwende. – Diss. – In Bearbeitung.

1703 MARSSOLEK, Inge (West-Berlin): Die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet 1945 - 1949. Der Wiederaufbau der Gewerkschaften, SPD und KPD und deren Rolle in den Auseinandersetzungen um eine Neuordnung Deutschlands. – (Die Arbeit will die Rolle, den Beitrag und die Möglichkeiten der Arbeiterorganisationen bei der Demokratisierung und Neuordnung Deutschlands nach 1945 untersuchen. Vgl. IWK 11/12, Titelverz. Nr. 1413.) – Diss. phil. – Ms.-Abschluß voraussichtl. 1974.

1704 GRÄFE, Karl-Heinz (Halle-Wittenberg): Die Zerschlagung des faschistisch-imperialistischen Staatsapparates und die Herausbildung der Grundlagen der antifaschistisch-demokratischen Staatsmacht im Ergebnis der Befreiung des deutschen Volkes vom Faschismus durch die Sowjetunion und im Prozeß der antifaschistisch-demokratischen Revolution, 1945-46. Unter besonderer Berücksichtigung der Entwicklung im damaligen Land Sachsen. – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in BzG 14 (1972), H. 1.

1705 HERDER, Ernst (Bremerhaven): Geschichte der Arbeiterbewegung an der Unterweser. – (Quellen: Staatsarchive Bremen, Stade, Hannover, Stadtarchiv Bremerhaven, Zeitungsarchive.) – Monographie. – In Bearbeitung.

1706 CHRIST-GMELIN, Maja (Stuttgart): Die sozialistische Arbeiterbewegung in Württemberg 1890 - 1914. Ein Beitrag zur Geschichte des Reformismus und Revisionismus in der deutschen Sozialdemokratie. – Diss. phil. – Ms.-Abschluß voraussichtl. Sommer 1972. – Die Titelanzeige Nr. 1257 in IWK 10 ist damit überholt.

b) Lokal

1707 FROMMANN, Bodo (Göttingen): Die Entwicklung der SPD in Braunschweig von der Weltwirtschaftskrise bis zum Ende der Weimarer Republik. – Staatsexamensarbeit. – Abgeschlossen.

1708 BRANDT, Peter (West-Berlin): Der Wiederaufbau der Arbeiterbewegung in Bremen 1945/46. – (Behandelt die "Kampfgemeinschaft gegen den

Faschismus", Gewerkschaften, SPD, KPD. Schwerpunkte sind u. a. die Rolle der ehemaligen SAP-Leute, die Einheitsbestrebungen der Arbeiterbewegung. Quellen: Materialien im Archiv der sozialen Demokratie, DGB-Archiv, Staatsarchiv Bremen und Unterlagen aus Privatbesitz.) – Magisterarbeit; Erweiterung zur Diss. geplant. – Ms. vor dem Abschluß.

- 1709 ERNST-HUMMEL, Ute (Frankfurt/M.): **Entwicklungen und Folgen der Revolution 1918/19 in Darmstadt und im Landkreis Groß-Gerau.** – (Die Funktion der SPD bei Ausbruch der Revolution, die Tätigkeit der A.- und S.-Räte in Darmstadt und im Landkreis Groß-Gerau, die Entwicklung des Volksrates der Republik Hessen und der Stadt Darmstadt. Quellen: Akten des Staats- und Stadtarchivs Darmstadt, Pfarrchroniken, Augenzeugenberichte, Parteiveröffentlichungen.) – Staatsexamensarbeit. – Ms. abgeschlossen.
- 1710 STOBROCK, Götz (Hamburg): **Die Arbeiterbewegung im Duisburger Raum zwischen Sozialistengesetz und 1. Weltkrieg.** – Staatsexamensarbeit. – Geplant.
- 1711 RÖTHLING, Fritz (Halle-Wittenberg): **25 Jahre erfolgreiche marxistisch-leninistische Bündnispolitik der Arbeiterklasse mit der Bauernschaft unter der Führung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, dargestellt am Saalkreis, Bezirk Halle.** – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in BzG 14 (1972), H. 1.
- 1712 SCHUMANN, Egon (Leipzig): **Die Herausbildung der Fabriken in Leipzig von 1830 bis 1871.** – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in ZfG 19 (1971), H. 12.
- 1713 RACH, Hans-Jürgen (Ost-Berlin): **Die Wohnbauten der werktätigen Dorfbevölkerung in der Magdeburger Börde vom Ausgang des 18. Jahrhunderts bis zum Ende des 1. Weltkrieges. Ein Beitrag zum Bauen und Wohnen der ländlichen Agrarproduzenten.** – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in ZfG 19 (1971), H. 11.
- 1714 LORENZ, Eckehart (Heidelberg): **Kirchliche Reaktionen auf die politische Entfaltung der Arbeiterschaft im Raume Mannheim von 1900 bis 1933.** – Diss. phil. – In Bearbeitung.
- 1715 ROLLNER, Brunhilde (München): **Die Kirche und das städtische Proletariat im 19. Jahrhundert.** – (Dargestellt anhand der Seelsorge der Münchener katholischen Pfarreien.) – Diss. – In Bearbeitung.
- 1716 DEMMEL, Walter (München): **Arbeiterjugend und Fortbildungsschule in München (1895-1915).** – Diss. – In Bearbeitung.

F. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER ARBEITERBEWEGUNG ANDERER GEBIETE

Dänemark

- 1717 NIELSEN, Mogens (Kopenhagen): **Die dänische Sozialdemokratie und die Einheitsbestrebungen**

der Kommunistischen Partei Dänemarks, 1943-1945. – Staatsexamensarbeit. – In Bearbeitung.

Vgl. auch 1663, 1692 (Dt. Emigration).

Frankreich

Vgl. 1694 ("Freies Deutschland"), 1727 (Arbeiter-einheitsfront).

Großbritannien

- 1718 KLEPSCH, Rudolf (Göttingen): **Die Auswirkungen der russischen Februarrevolution in der englischen Arbeiterbewegung.** – (Stellung der Labour Party und der ihr angeschlossenen Organisationen zur Regierung, Haltung zum Krieg; Pazifismus und Revolutionsgedanke; Beziehung der Partei- und Gewerkschaftsführung zum "rank and file". Quellen: Archivmaterial in England, Nachlässe, Presseveröffentlichungen.) – Diss. phil. – Ms.-Abschluß nicht vor Ende 1973.

Norwegen

- 1719 LORENZ, Einhart (Oslo): **Innføring i arbeiderbevegelsens historie.** [Einführung in die Geschichte der <norwegischen> Arbeiterbewegung] – Monographie. – Ms. abgeschlossen. – Erscheint im Herbst 1972 im Pax Forlag, Oslo.
- 1720 MAURSETH, Per (Oslo): **Fra Moskva-tesene til Kristianiaforslag.** – (Behandelt die Mitgliedschaft der norwegischen Arbeiterpartei in der Kommunistischen Internationale.) – Monographie. – Abgeschlossen. – Erscheint 1972 im Pax Forlag, Oslo.

Österreich

- 1721 HOLTMANN, Everhard (Bochum): **Das autoritäre Regime in Österreich und die illegalen Sozialisten 1934-1938.** – Magisterarbeit. – Abgeschlossen.
- 1722 KONRAD, Helmut (Wien): **KPÖ und KSČ zur Zeit des Hitler-Stalin-Paktes.** – Diss. phil. – Abgeschlossen.
- 1723 HOLZNER, Johann (Innsbruck): **Untersuchungen zur Überwindung des Nationalsozialismus in Österreich.** – Diss. phil. – Abgeschlossen.

Vgl. auch HILFSMITTEL.

Rußland / Sowjetunion

- 1724 McCLELLAND, James C. (Princeton, New Jersey): **Bolsheviks, Professors, and the Reform of Higher Education in Soviet Russia, 1917-1921.** – (Based on research in archives of People's Commissariat of Education.) – Ph. D. Diss. – Abgeschlossen; Monographie in Bearbeitung.

Vgl. auch 1648 (Dt.-sowj. Nichtangriffspakt), 1683 (Sowjetunion i. d. Publizistik).

Tschechoslowakei

Vgl. 1693 (Dt.-tschech. Auseinandersetzung), 1722 (KSČ).

(Schluß auf S. 100)

KRITISCHER LITERATURBERICHT ZUR GESCHICHTE DER DEUTSCHEN GEWERKSCHAFTEN SEIT 1945

Von Gerhard Beier

Vor mehr als zehn Jahren stellte Walter Köpping in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften* die besorgte Frage: *Gerät das Erbe der Gewerkschaftsbewegung in Vergessenheit?*¹ Formulierung und Inhalt der Frage signalisierten, daß "Verlust der Geschichte" nicht nur die bürgerliche Historiographie, sondern auch die Geschichtsschreibung des westdeutschen Proletariats betroffen hat. Diese Situation scheint sich seit Ende der sechziger Jahre zu wandeln. Freilich mußte Rolf Badstübner noch 1970 auf eine ältere Selbstdarstellung des DGB und auf Theo Pirker's *Blinde Macht* verweisen, als er beachtenswerte Publikationen der westdeutschen Geschichtsschreibung nennen wollte.²

In der Tat spiegelt die historische Nachkriegsliteratur der deutschen Gewerkschaften nur sehr unzureichend die politisch-gesellschaftliche Bedeutung des DGB für die demokratische Entwicklung in Deutschland. Das gilt sowohl für die historische Reflexion der Organisation auf ihre eigene Funktion im historischen Prozeß, als auch für die Analyse der übergreifenden historisch-politischen Bedingungen, denen die Organisationsgeschichte unterworfen war. Nicht zuletzt betrifft das auch die lebensgeschichtliche Untersuchung des individuellen Handlungsspielraums, der verantwortlichen Gewerkschaftern zwischen objektiven und subjektiven Faktoren für demokratische Initiativen zur Verfügung stand.

Obwohl Gewerkschaftsführer sich in Reden und Ansprachen mit Vorliebe auf die "Lehren" und das "Urteil" der Geschichte berufen, ist die vorliegende Situation durch weitgehende Unkenntnis der eigenen Geschichte charakterisiert. Streng genommen wäre in diesem Zusammenhang wohl von einer historischen "Bewußtlosigkeit" zu sprechen. Vielfach gilt das auch dort, wo scheinbar historische Kenntnisse vorliegen, denn diese Kenntnisse sind oft additiv, unkritisch und fehlerhaft.

Die Misere beginnt mit Unklarheiten über Namen und Daten. Im einen Falle werden Viktor Agartz und Willi Agatz miteinander verwechselt, im anderen verlegt man die Gründung der ersten Organisationen vom März 1945 in den Mai. Diese einzelnen Fehler fallen nicht so sehr ins Gewicht als vielmehr begriffliche Schwächen, wenn es um so zentrale Probleme wie das der *Einheitsgewerkschaft* geht. Viele Fragen wären leichter geklärt, wenn man zu einer vergleichenden Betrachtung der Entwicklung von DGB und FDGB käme. Doch gerade diese Perspektive wird immer wieder vermieden.

Im folgenden Literaturbericht geht es nun nicht um einen möglichst lückenlosen bibliographischen Überblick über Neuerscheinungen der letzten Jahre, denen gegenüber die ältere Literatur lapidar als "veraltet" auszugeben wäre. Vielmehr soll die historiographische Entwicklung seit den ersten Nachkriegsjahren an Hand von Titeln aufgezeigt werden, die vielfach zitiert, offenbar von einem bibliographischen Anhang in den anderen wandern, ohne jemals wieder gelesen zu werden. Es geht dabei vorwiegend um Sekundärliteratur, die sich im Laufe der Jahre in unbekannte Quellen richtigen oder falschen historischen Bewußtseins verwandelt hat.

Ausgeklammert bleibt in diesem historiographischen Literaturbericht eine wichtige Gruppe systematischer, sozialwissenschaftlicher Arbeiten, deren theoretisches Niveau vergleichsweise überlegen genannt werden muß. Auf eine Besprechung wird hier verzichtet, da diese Titel nicht primär historiographischen Intentionen folgen. Dennoch ist ihre Auswertung für den spezialisierten Sozialhistoriker angezeigt.³ Unberücksichtigt bleibt ferner die Geschichte einzelner Industrie- und Berufsgewerkschaften, die bereits andernorts in einem kritischen Literaturbericht erfaßt werden konnten.⁴

1 Walter Köpping, *Gerät das Erbe der Gewerkschaftsbewegung in Vergessenheit?* in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 12 (1961), H. 6, S. 370 f.

2 Rolf Badstübner, *Das Geschichtsbild Deutschlands von 1945 bis 1949 in der westdeutschen imperialistischen Geschichtsschreibung*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft*, Jg. 18 (1970), H. 4, S. 512.

3 Verwiesen sei auf zwei Literaturberichte, die der weiteren Orientierung dienen mögen: Heinz Josef Varain, *Zur Geschichte und Theorie der Interessenverbände*, in: *Historisch-politische Streiflichter*, hrsg. von Kurt Jürgensen und Reimer Hansen, Neumünster 1971, S. 85-97; Eike Hennig, *Gesellschaftsformierung und Gewerkschaftsstrategie*, in: *Neue politische Literatur*, Jg. 14 (1969), H. 2, S. 175-192.

4 Gerhard Beier, *Glanz und Elend der Jubiläumsliteratur. Kritische Bestandsaufnahme bisheriger Historiographie der Berufs- und Industriegewerkschaften*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 19 (1968), H. 10, S. 607-614.

Nachdem im Herbst 1944 mit Aachen die erste größere deutsche Stadt überraschend früh von alliierten Truppen besetzt worden war, trat eine kleine Gruppe älterer Funktionäre des früheren ADGB an den Ortskommandanten heran, um die Wiedergründung eines Gewerkschaftsbundes zu betreiben. Unter den Bittstellern war Heinrich Hollands, der später mit alliierter Unterstützung den Aufbau eines freien Verlagswesens in Aachen übernahm. In seinem "Grenzlandverlag" erschien 1946 die erste Gewerkschaftsgeschichte der Nachkriegszeit.⁵ Autor war Jack Schiefer aus dem nahen Erkelenz. Die erste Auflage mit dem Titel *Leitfaden* fand raschen Absatz. Eine erweiterte Ausgabe erschien 1947 als *Geschichte der deutschen Gewerkschaften*, Bd 1: *Geschichte der freien Gewerkschaften*.⁶ Geplant war eine Trilogie, deren zweiter Teil die christlichen und deren dritter die Hirsch-Dunckerschen Organisationen umfassen sollte. Die weiteren Bände sind nie erschienen. Allein der erfolgreiche erste Band kam 1948 noch einmal in dritter Auflage heraus. Damit war Schiefers Werk bis 1948 die einzige größere Nachkriegspublikation zur Geschichte der deutschen Gewerkschaften.

In seinem Vorwort nennt Bruno Kuske den ersten Band ein "Denkmal". Dergestalt charakterisiert er zutreffend ein Geschichtswerk, das pünktlich mit dem Jahr 1932 abschließt und formal an einer Trennung in Richtungs- und Berufsgewerkschaften festhält. Fragestellungen, die sich aus einem historischen Versagen der Weimarer Gewerkschaften und aus der Entwicklung zum 2. Mai 1933 ergeben, bleiben ausgeklammert. Es wird auch kein Bezug zum gewerkschaftlichen Widerstand oder zur Gründung von Einheitsorganisationen hergestellt. So entsteht der Eindruck eines retardierten historischen Bewußtseins, für das die Uhr der Geschichte im Jahre 1932 stehen geblieben ist.

Wer diese Beschränkung akzeptieren will, findet in Schiefers Werk eine selbständige und betont sachliche Aufarbeitung der Entwicklung seit 1890. Hilfreich sind noch heute einige schematische Darstellungen aus dem Anhang und eine "Geschichtstafel der freigewerkschaftlichen Konzentrationsbewegung". Politisch orientiert Schiefer sich an einem Sozialismus Sombartscher Prägung.

Eine eher verschwommen liberale Orientierung äußert der Münchner Autor Josef Kurth. Seine Schrift über *Gewerkschaften, ihr Werden, Wesen, Wirken*⁷ ist dem Andenken Lujo Brentanos gewidmet. Der volkstümliche Verfasser – er schrieb u. a. *Bierdimpfels Revolution* – konnte sein Manuskript bereits 1946 vorlegen, mußte aber aus Papiermangel mit der Veröffentlichung bis 1948 warten.

Was bei einer flüchtigen Arbeit der ersten Stunde nachsichtig durchgehen mochte, darf heute nicht mehr fahrlässig akzeptiert werden: Kurth bietet ein allzu disperses Gemisch von altägyptischen Versen über römische und mittelalterliche Geschichte bis in die Gegenwart des gespaltenen Deutschland. Für den ungeschulten Leser mag das die Faszination einer scheinbar gelehrsamten Plauderei haben. Vielleicht erklärt sich so der große Publikumserfolg. Jedenfalls konnte die 1956 überarbeitete Fassung noch 1965 in vierter Auflage erscheinen.⁸ Dieser "Bestseller" unter den Gewerkschaftsgeschichten der Nachkriegszeit diente einer ganzen Generation junger Funktionäre als Schulungsmaterial. Er trug wesentlich bei zu der oben konstatierten historischen Bewußtlosigkeit des westdeutschen Proletariats.

Es ist schwer möglich, hier auf einzelne Mängel näher einzugehen, dafür sind sie zu zahlreich und vielgestaltig. Allgemein verwirrt die undurchsichtige Gedankenführung. Der Autor springt zwischen Fundstellen und Einfällen, ohne zu klar artikulierten Ergebnissen zu gelangen. Sobald sich Gelegenheit bietet, macht er seine abschätzigen Bemerkungen über die Nazi Herrschaft, läßt dabei aber jede wissenschaftliche Analyse des Faschismus vermissen. Josef Kurth argumentiert wie ein populärer Agitator, der Zwischenrufe parieren muß. Sein historischer Standort wirkt dabei antiquiert, als lebte er noch in der Auseinandersetzung des Jahres 1932. Seine "traditionelle Epoche", wie er sich

5 Jack Schiefer, *Leitfaden der Geschichte der freien Gewerkschaften Deutschlands von 1890 - 1932*, Aachen 1946, 144 S.

6 Jack Schiefer, *Geschichte der deutschen Gewerkschaften*, Bd 1, *Geschichte der deutschen freien Gewerkschaften*, Aachen 1947, 195 S., 3. Aufl. Aachen 1948.

7 Josef Kurth, *Gewerkschaften, ihr Werden, Wesen, Wirken*, Mainz 1948, 151 S.

8 Josef Kurth, *Geschichte der Gewerkschaften in Deutschland*, 1. Aufl. Hannover 1957, 4. durchgesehene Auflage Hannover und Frankfurt/M. 1965, 136 S.

selber ausdrückt, ist noch früher zu suchen. Sie "war zweifellos vor dem Weltkrieg" (S. 5). Daß damit die Zeit vor dem *Ersten* Weltkrieg gemeint ist, versteht sich für Kurth noch von selbst. Seine Sprache ist unbeholfen und fehlerhaft. Diese Fehlerhaftigkeit gilt ebenso für Zitate, Namen und Daten bis hin zu Ereignissen, die der Autor selbst miterlebt haben muß. Die überarbeitete Fassung stellt keine Verbesserung dar. Zwar wurden Weitschweifigkeiten gekürzt und Daten bis 1963 nachgetragen, doch verlor der Text eine gewisse autodidaktische Originalität, die der ersten Fassung noch zuzuschreiben war. Wissenschaftlich sind beide Fassungen so gut wie wertlos, auch wenn sie immer wieder in bibliographischen Anhängen seriöser Publikationen aufgeführt werden.

Mit Richard Seidel meldete sich 1948 wieder ein Autor zu Wort, der in der Tradition von Adolf Braun und Hermann Müller zu sehen ist. Der gelernte Lithograph gehörte zu den jungen, produktiven Autoren der Weimarer Republik, die es verstanden, populären und wissenschaftlichen Ansprüchen gleichzeitig gerecht zu werden. In seinem Band über *Die deutschen Gewerkschaften, Geschichte, Aufgaben, Leistungen*⁹ bietet Seidel einen handlichen Abriß der Gewerkschaftsgeschichte seit den ersten Bestrebungen der Leipziger Buchdrucker von 1838/40. Das Buch verbindet die Vorteile einer chronikartigen Gliederung in kurzen Abschnitten mit der Eleganz eines fortlaufend lesbaren Textes. Die ältere Literatur wird zuverlässig aufgearbeitet, doch bringt Seidel keine neuen Forschungsergebnisse ein. Seine schöpferische Leistung ist die Integration der christlichen und liberalen Vorläufer des DGB in ein gesamtgewerkschaftliches Geschichtsbild. Dabei vertritt Seidel einen sozialistischen Idealismus, für den das "arbeitende Volk" das einzig Bleibende ist. Mit Paul Umbreit sieht er in diesem Volk den "Quell aller staaterhaltenden Kräfte" (S. 147). Im Gegensatz zu seinen Veröffentlichungen aus der Weimarer Zeit vermeidet Seidel alle Attacken auf die kommunistische Gewerkschaftspraxis. Historisch endet sein Abriß mit dem Jahre 1932. Die letzte Entwicklung zum Faschismus wird nicht reflektiert. Auch hier also Symptome eines retardierten historischen Bewußtseins.

Freilich wäre es ungerecht, Seidels Haltung nur nach diesem einen Werk zu beurteilen. Im gleichen Jahr hat er eine umfangreichere und anspruchsvollere Schrift über *Die deutschen Gewerkschaften, ihr Wesen, Weg und Ziel* herausgebracht.¹⁰ Darin unternimmt er den kunstvollen Versuch, das immanente Programm der deutschen Gewerkschaften aus dem konkreten Gang ihrer Geschichte herauszulesen. "Wer sich Rechenschaft geben will von ihrem Wesen", so meint Seidel, "muß ihren Weg verfolgen, ihren Zweck aus dem Zusammenhang ihrer Entwicklung zu begreifen suchen." (S. 1). In seiner entwicklungsgeschichtlichen Betrachtung geht Seidel von Arbeitsverhältnis und Koalitionsrecht als Grundbedingungen aus, um die Entfaltung der Organisation in der Auseinandersetzung mit Unternehmertum und Staatsgewalt darzustellen. Zentrales Mittel ist der Arbeitskampf. Folgerichtig sind die Streiks der 1860er Jahre für ihn die wichtigsten Anstöße des Organisationsprozesses. Seine höchste Form erlangt er aber nicht im Kampf, sondern in der Zusammenarbeit mit Unternehmertum und Staatsgewalt. Dergestalt wird die Politik der Arbeitsgemeinschaft und der sozialen Neugestaltung am Beginn der Weimarer Republik für Seidel zum "Triumph einer Idee". Wirtschaftsdemokratie und Sozialisierung sind weitere Ziele auf dem erfolgreich beschrittenen Weg.

Unter diesen Voraussetzungen fällt es Seidel schwer, die Entwicklung zum Nationalsozialismus selbstkritisch zu untersuchen. Er sieht in ihr "die grandioseste Fehlinvestition, deren sich kapitalistische Unternehmer je schuldig gemacht haben. Sie ist ewig denkwürdig als Zeugnis völligen Mangels an konstruktiver politischer Begabung im führenden deutschen Unternehmertum." (S. 137).

Für die Nachkriegszeit schließt Seidel jede Rückkehr zur freien Wirtschaft aus. Gleichzeitig erwägt er die Anerkennung neuer Arbeitgeberverbände, aber ebenso die Fusion der westdeutschen Gewerkschaften mit dem FDGB der Sowjetzone in einem einzigen großen Bündnis. Rückblickend wirken diese Vorstellungen aus dem Jahre 1948 weltfremd und illusionär. Sie zeigen, daß Seidels historische "Wesensschau" im aktuellen, politischen Konflikt keine leichte Entscheidungshilfe war, wenngleich

9 Richard Seidel, *Die deutschen Gewerkschaften, Geschichte, Aufgaben, Leistungen. Ein ABC der Gewerkschaftskunde*, Frankfurt/M. 1948, 148 S.

Nahezu textgleich erschien das gleiche Werk 1952 in Köln unter dem Titel: *Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland*, 143 S.

10 Richard Seidel, *Die deutschen Gewerkschaften, ihr Wesen, Weg und Ziel*, Stuttgart 1948, 191 S.

sie dem Erbe des ADGB in besonderer Weise gerecht zu werden vermochte. Übrigens stehen die Gedankengänge Seidels denen Fritz Tarnows und Hans Böcklers näher, als bei oberflächlicher Betrachtung zu vermuten ist.

Obwohl der DGB als Dachorganisation der drei Westzonen noch nicht gegründet war, bedeutete Seidels Werk den subtilen Versuch, einen vagen, programmatischen Konsensus der westdeutschen Gewerkschaften zu formulieren. Er griff damit anders als Schiefer und Kurth deutlich in die politische Auseinandersetzung des Jahres 1948 ein. Im theoretischen Organ des FDGB wurde dieses Unterfangen heftig kritisiert. Es sei im Grunde, so hieß es, "der ideologische Ausdruck des in den Westzonen mit Hilfe der American Federation of Labor (AFL) unternommenen Versuchs, die Gewerkschaften als Hilfsorgane für die Durchführung des Marshallplans zu benutzen, also für die Interessen des Monopolkapitals einzuspannen".¹¹ Der polemische Rezensent verwies stattdessen auf die historischen Analysen Karl Fuggers, denen zufolge die Hauptaufgabe der Gewerkschaften in der Periode des Übergangs vom Imperialismus zum Sozialismus darin bestanden habe, die monopolkapitalistische Wirtschaft zu beseitigen.

Karl Fugger hatte diese Vorstellungen bereits in verschiedenen kleinen Schriften dargelegt und konnte sie 1949 in den Zusammenhang einer umfangreicheren Gewerkschaftsgeschichte stellen.¹² Im Gegensatz zu anderen Autoren wollte er ausdrücklich "Lehren" aus der Vergangenheit ziehen, denen eine entsprechende Praxis folgen sollte. Deshalb ist sein Buch "Adolf Hennecke und allen Aktivisten gewidmet", die durch ihre Taten – so Fugger – "ein neues Kapitel unserer Gewerkschaftsgeschichte schreiben" (S. 6). Fuggers Werk ist ein Beispiel funktionalisierter Geschichtsschreibung, die sich in den Dienst einer politisch-gesellschaftlichen Bewegung stellt. Freilich handelt es sich dabei keineswegs um eine kurzgeschlossene, rein propagandistische Arbeit: Der Verfasser beschreibt in schwungvoll-revolutionärem Pathos die Geschichte einer hundertjährigen Bewegung mit ihren Erfolgen und Schwächen. Die Politik der Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO) unterzieht er einer selbstkritischen Analyse. Zugleich kommt er den christlichen Gewerkschaftern freundlich entgegen. Nur die "Gelben" greift er scharf an und stellt sie in eine Linie mit Arbeitsfront und AFL. Fuggers aktuelle Feindbilder sind offenbar die amerikanischen Gewerkschaften. Sein direktes Kampferlebnis ist die Auseinandersetzung mit der Berliner Unabhängigen Gewerkschafts-Opposition (UGO), die er als Vorposten amerikanischer Spaltertätigkeit betrachtet.

Trotz dieser harten Frontstellung scheint Fugger noch an Möglichkeiten gesamtdeutscher Gewerkschaftseinheit zu glauben. Sein ungebrochen optimistisches Engagement wirkt dabei irrational fundiert, wenn er fordert: "Streifen wir die Fehler unserer Vergangenheit ab, dann ist unsere Gewerkschaftsbewegung eine große Macht, fortschrittlich und unüberwindlich." (S. 201). Funktionalisierte Geschichte nähert sich damit der "Bußpredigt" zum Zwecke politisch-gesellschaftlicher Erfolge.

An der Spitze der Organisation, in deren Dienst Karl Fugger seine Geschichte schrieb, stand seit 1945 Hans Jendretzky. In einem sorgfältig redigierten Sammelband *Der gewerkschaftliche Kampf um Frieden, Einheit und Sozialismus*¹³ bietet Jendretzky detaillierten Einblick in die Politik des FDGB-Vorstandes von 1945 bis zur Bitterfelder Konferenz des Jahres 1948. Dazu dienen Aufsätze und Reden, Protokollauszüge und Notizen, darunter auch wichtige Referate zu Bundesvorstandssitzungen von 1947 und 1948, die seinerzeit nicht veröffentlicht wurden.

Leider machen die Herausgeber keine hinreichenden Angaben über ihre Editionstechnik, so daß eine gewisse Skepsis gegenüber der Textgestalt angezeigt erscheint. Der stichprobenweise Vergleich eines Zeitschriftenaufsatzes mit der erstveröffentlichten Fassung erbrachte folgendes Bild:

11 Herbert Ross, *Die deutschen Gewerkschaften, ihr Wesen, Weg und Ziel*, in: *Die Arbeit*, Jg. 2 (1948), H. 11, S. 343.

12 Karl Fugger, *Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Eine kurzgefaßte Darstellung*, Berlin 1949, 301 S. Ein unveränderter Nachdruck ist 1971 in Westberlin erschienen.

13 Hans Jendretzky, *Der gewerkschaftliche Kampf um Frieden, Einheit und Sozialismus 1945 - 1948. Aus Reden und Aufsätzen*, Berlin 1961, 399 S.

Version 1947¹⁴

In Deutschland ist die Lage insofern von der in den anderen Ländern verschieden, als hier infolge der Nachkriegssituation das Parteiwesen noch nicht voll entfaltet ist, während es den Gewerkschaften trotz der Zonenklüfte möglich war, bereits rund sieben Millionen Mitglieder zu sammeln – erstmalig aus allen politischen Lagern – unter einem Hut. Die Gewerkschaften stellen damit eine Massenorganisation dar, die nicht nur zahlenmäßig der Gesamtmitgliederzahl aller politischen Parteien überlegen, sondern auch infolge des überparteilichen Charakters in der Lage ist, bei entschlossener Führung eine gewaltige Stoßkraft zu entwickeln.

Version 1961¹⁵

In Deutschland ist infolge der Nachkriegssituation das Parteiwesen noch nicht voll entfaltet während die Gewerkschaften trotz der Zonenklüfte bereits rund sieben Millionen Mitglieder sammelten, erstmalig aus allen politischen Lagern in einem Bunde. Die Gewerkschaften stellen damit eine Massenorganisation dar, die infolge des überparteilichen Charakters in der Lage ist, bei entschlossener Führung eine gewaltige Stoßkraft zu entwickeln.

Die teils beträchtlichen Textvarianten, die hier und an anderen Stellen aufzuzeigen sind, lassen sich in drei Typen klassifizieren: 1. Streichungen einzelner rhetorischer Floskeln und Fortfall ganzer Absätze, 2. redaktionelle Verbesserungen in der Wortwahl, Umstellungen im Satzgefüge und Ersetzung volkstümlicher Bilder durch schriftsprachliche Wendungen, 3. inhaltliche Veränderungen entsprechend der politischen Situation des jeweiligen Erscheinungsjahres.

Es wäre irreführend, in diesem Zusammenhang von Fälschungen zu sprechen, denn innerhalb eines funktionalisierten Geschichtsbildes haben diese Veränderungen ihre eigentümliche "Richtigkeit" und ihren besonderen Quellenwert. Der kritische Historiker darf nur nicht dem Irrtum erliegen, eine Edition aus dem Jahre 1961 wäre ohne weiteres auch als ungetrübte Quelle aus dem Jahre 1947 auszuwerten. Vergleichsweise gilt das auch für entsprechende Editionen westdeutscher Gewerkschaftsführer aus späteren Jahren.

Leider existieren aus der ersten Nachkriegszeit keine Ausgaben von Reden und Schriften Hans Böcklers, Fritz Tarnows oder Willi Richters. Allein von seiten des FDGB hat auch der Nachfolger Jendretzkys, Herbert Warnke, eine umfangreiche Sammlung vorgelegt.¹⁶ In der Vielfalt kleinerer Texte wird der Funktionswandel des FDGB in den Jahren 1947/49 deutlich sichtbar, ja man kann sagen, daß Warnkes kleingedruckte Artikel diese Veränderung schon zielstrebig einleiteten, als Jendretzky noch seine große, gesamtdeutsche Strategie verkündete. So erscheint Warnke als Begründer eines neuen FDGB, der nach sowjetischem Vorbild in Aktivistenwettbewerb, Betriebsgewerkschaftsleitung und fleißiger Planerfüllung seine Bestimmung fand. Hier wird eine andere Gewerkschaftswelt sichtbar, in die der westdeutsche Betrachter sich nur schwer hineindenken kann.

Der Wendepunkt im Funktionswandel des FDGB und der Amtswechsel von Hans Jendretzky auf Herbert Warnke fallen zusammen mit dem endgültigen Scheitern der Interzonenkonferenzen im dritten Quartal 1948. Die Geschichte dieser wichtigen Konferenzen bis zum Eklat der Interzonenkonferenz von Enzisweiler (17. - 19. August 1948) beschreibt Albert Behrendt¹⁷ in einer umfassenden Darstellung aufgrund veröffentlichten und unveröffentlichten Materials aus dem Vorstandsarchiv des FDGB. Bereits 1946 waren diese Zusammenkünfte zwischen Spitzenfunktionären aus den vier Besatzungszonen erfolgreich angelaufen, so daß schon auf der Berliner Konferenz vom Februar 1947 die Einheit – laut Kommuniqué – "als Realität aufgefaßt" werden konnte. Besonders Hans Jen-

14 Wortlaut nach: *Die Arbeit*, Jg. 1 (1947), H. 5, S. 106. Titel des Aufsatzes: *Gewerkschaften und Politik*.

15 Zitiert nach Jendretzky, *Der gewerkschaftliche Kampf* . . . , S. 84.

16 Herbert Warnke, *Arbeiterklasse und Gewerkschaften. Aus Reden und Schriften der Jahre 1945 - 1952*, Berlin 1953, 508 S.

17 Albert Behrendt, *Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften. Der Kampf des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes um eine fortschrittliche, gesamtdeutsche Gewerkschaftspolitik auf den Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften*, 1. Aufl. Berlin 1959, 2. Aufl. 1960, 350 S., 4. Aufl. 1963, 508 S.

dretzky drängte in den nächsten Monaten energisch auf einen gesamtdeutschen Gewerkschaftskongreß, wogegen die westdeutschen Teilnehmer zurückhaltender taktierten und für sich an einem ersten Zusammenschluß der amerikanischen und britischen Zone arbeiteten.

Während die Vertreter des FDGB in Kooperation mit dem Weltgewerkschaftsbund (WGB) die Einheit weiter forcierten, schwanden mehr und mehr die außen- und wirtschaftspolitischen Voraussetzungen einer Fusion. Praktisch war mit dem Abbruch der Londoner Außenministerkonferenz auch über das Ergebnis der Interzonenkonferenzen negativ entschieden. Hans Jendretzky scheint im Winter 1947/48 aber noch an Möglichkeiten einer von den westlichen Alliierten unabhängigen gesamtdeutschen Politik geglaubt zu haben. Das forsche Drängen der FDGB-Vertreter, gepaart mit straffer Disziplin, war freilich nicht geeignet, die westdeutschen Vertreter entsprechend zu ermutigen. Es wirkte eher bedrohlich und förderte eine weitere Anlehnung an die westlichen "Schutzmächte". Äußerer Anlaß für den Abbruch der Zusammenkünfte im August 1948 war das Auftreten von Delegierten der Westberliner UGO. Die tieferen Ursachen des Scheiterns sind im Ost-West-Konflikt sowie in unvereinbaren gesellschaftspolitischen und organisatorischen Vorstellungen zu suchen.

Es läßt sich schwerlich bestreiten, daß die organisatorische Stärke des zentralisierten FDGB wie seine zielstrebige Politik zu einer zeitweisen Vorrangstellung in der Fusionsfrage geführt haben. Behrendt streicht das gebührend heraus. Gleichwohl fehlt die dialektische Einsicht, daß dominierende Stärke in einem freiwilligen Bündnis sehr belastend sein kann. Doch geht es Behrendt nicht primär um Einsichten solcher Art, sondern um den aktuellen Kampf im Erscheinungsjahr seines Buches. So bietet er Argumentationsmasse für die Auseinandersetzung der Jahre 1959/60. Seine politische "Zielscheibe" ist Willi Richter an der Spitze des DGB. Dessen Stuttgarter Kongreß von 1959 erklärt Behrendt zum "schlechtesten". Hingegen bezeichnet er den Berliner Kongreß des FDGB aus dem gleichen Jahre als den "besten in der Geschichte der deutschen Gewerkschaften" (2. Aufl, S. 6).

Auf dem Höhepunkt der Berlinkrise, im Sommer 1961, trat der DGB dem Werk Behrendts mit einer eigenen, nicht weniger polemischen Darstellung entgegen.¹⁸ Sie stützt sich wesentlich auf die gleichen Dokumente wie Behrendt, bringt über die letzten Interzonenkonferenzen aber einige zusätzliche Texte, die den westdeutschen Standpunkt verdeutlichen. Die Hauptkritik richtet sich gegen die Entwicklung des FDGB nach dem Scheitern von Enzisweiler. Das ganze Werk dient schließlich der Begründung des umstrittenen Kontaktverbots gegenüber dem FDGB, wie es 1959 beschlossen worden war.

Beide Werke sind typische Beispiele funktionalisierter Geschichtsschreibung. Dabei wirkt Behrendts Arbeit gründlicher fundiert, aber auch rigider in der Argumentation. Die Veröffentlichung des DGB verfährt propagandistisch gröber und ist dokumentarisch weniger gut belegt. Beide Werke ergänzen sich wechselseitig, ohne zusammen eine realistische Geschichte der Interzonenkonferenzen zu ergeben. Die überlieferten Unterlagen sind noch nicht vollständig ausgewertet.

Über die politischen Hintergründe der Spaltung, insbesondere über die Haltung der britischen Gewerkschaften zu der Entwicklung in Deutschland könnte ein Mann wie Hans Gottfurcht weiteren Aufschluß geben, denn er hat die internen Vorgänge während der ersten Nachkriegsjahre aufmerksam beobachtet und von Fall zu Fall auch nachhaltig beeinflusst. Leider ist darüber in seiner Geschichte der internationalen Gewerkschaftsbewegung nur wenig zu erfahren.¹⁹ Immerhin gestattet die umfangreiche Schrift gründlichen Einblick in die allgemeine Entwicklung vom Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) über den Weltgewerkschaftsbund (WGB) zum heutigen Internationalen Bund Freier Gewerkschaften (IBFG). Dabei betont Gottfurcht seine prononciert sozialdemokratische Einstellung und gleichzeitige harte Ablehnung kommunistischer Gewerkschaftspolitik. Für ihn sind die Gewerkschaften des Ostblocks nichts anderes als "Staatshilfsorganisationen, denen für den Sektor Arbeit bestimmte Verwaltungsaufgaben übertragen wurden" (S. 389). Soweit sie in den Län-

18 *Versprochen – gebrochen. Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften 1946 - 1948*, Düsseldorf 1961, 355 S.

19 Hans Gottfurcht, *Die internationale Gewerkschaftsbewegung im Weltgeschehen. Geschichte, Probleme, Aufgaben*, Köln 1962, 414 S.

dern des Westens vertreten sind, sieht Gottfurcht die WGB-Gewerkschaften als "typische Erscheinungsformen der fünften Kolonnen" an. Trotz dieser leidenschaftlichen Parteinahme gegen kommunistische Gewerkschaftsarbeit gelingt dem Autor eine insgesamt nach Objektivität strebende Selbstdarstellung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsinternationale. Diese objektivierende Wirkung geht von einer Darstellungsweise aus, die sich am Stil von Geschäftsberichten orientiert.

Nach einer kurzen Frühgeschichte der Internationale kommt Gottfurcht rasch zur Entwicklung des IGB seit 1920. Für den Historiker sind seine Ausführungen über die wechselvolle Geschichte in den dreißiger Jahren und während des Zweiten Weltkrieges besonders wertvoll, da Protokolle und Berichte über diese Zeit auf dem Kontinent nur in wenigen Bibliotheken einzusehen sind. Besonders instruktiv ist die übersichtliche Darstellung der Gründungsgeschichte des WGB, wobei der Autor durchblicken läßt, daß ihm eine Fortsetzung des früheren IGB lieber gewesen wäre als die Gründung eines stark von kommunistischen Organisationen bestimmten Weltgewerkschaftsbundes. Folgerichtig unterstreicht Gottfurcht die Vorbehalte Walter Citrines auf der Pariser Weltgewerkschaftskonferenz von 1945. Aus dieser Einstellung und aus den Erfahrungen im Umgang mit Kommunisten im WGB legitimiert er die Gründung des IBFG. Der Geschichte dieses neuen Bundes widmet Gottfurcht den vierten Hauptteil, der bis zum Berliner Kongreß von 1962 führt und die Hälfte des gesamten Bandes ausmacht. Dieser vierte Teil gewinnt für den Zeithistoriker den Charakter eines detaillierten Nachschlagewerkes über eine sehr differenzierte organisatorische Entwicklung.

Mit der Gewerkschaftsinternationale aus der Perspektive des FDGB befaßt sich Albert Behrendt in einer Schrift über den Weltgewerkschaftsbund und die deutschen Gewerkschaften.²⁰ Sie soll der "Würdigung" des WGB und dem "zukünftigen Kampf" (S. 5) dienen. Gedacht ist dabei an eine Frontstellung "gegen den westdeutschen Imperialismus" (S. 6). Behrendt greift historisch zurück bis zum Jahre 1933 und entwickelt seine Geschichte aus den Beziehungen von Roter Gewerkschafts-Internationale (RGI) und IGB im Zeichen der wachsenden faschistischen Bedrohung. Den antifaschistischen Akzent setzt er auch in der Beurteilung der Nachkriegsgeschichte. Seine interessantesten Kapitel gelten der Zusammenarbeit von WGB und FDGB in den Jahren von 1946 bis 1949. Dabei verweist Behrendt vorwiegend auf veröffentlichtes, vereinzelt aber auch auf unveröffentlichtes Material aus dem Zentralarchiv des FDGB-Bundesvorstandes. Aus dieser Quelle würde der Leser gerne mehr über Zusammenhänge mit der sowjetischen Westpolitik nach der Moskauer Außenministerkonferenz von 1947 erfahren. So bleibt er nach wie vor auf Spekulationen angewiesen, die keine Seite zufriedenstellen.

Die Geduld des Historikers wird von Behrendt leicht überfordert, wenn er den historischen Prozeß immer wieder auf abstrakte Alternativen zuspitzt und damit massive Werturteile verbindet. So schreibt er über die kritische Situation nach dem Abbruch der Londoner Außenministerkonferenz: "Um die Jahreswende 1947/48 war ein Entwicklungsgrad erreicht, an dem sich die deutsche Arbeiterbewegung entscheiden mußte zwischen Spaltung und monopolistischem Westdeutschland oder Vereinigung und einheitlichem antifaschistischem-demokratischem, in eine sozialistische Zukunft gehendem Deutschland" (S. 86). Gewiß war seinerzeit eine ganz entscheidende Phase erreicht. Aber war die Alternative wirklich nur so gestellt? Und wenn es tatsächlich keine andere Alternative gab, konnte eine Seite *allein* sie in dieser bösen Zuspitzung erzwingen? Und wenn die Arbeiterklasse sich dabei falsch entschieden hat, wie wäre das zu interpretieren? — Behrendts Darstellung muß als ein weiteres Beispiel funktionalisierter Geschichtsschreibung angesehen werden. Das zeigt sich auch am Schluß seines Buches, wenn statt Willi Richter nun dessen Nachfolger, Ludwig Rosenberg, als Zielscheibe der heftigsten Angriffe herhalten muß.

Mit den Werken von Behrendt und Gottfurcht über die internationale Gewerkschaftsbewegung treten sich die verhärteten Gegensätze von Ost und West noch starrer gegenüber als in den beiden Darstellungen der Interzonenkonferenzen. Hier wird Geschichtsschreibung im aktuellen Kampf überfunktionalisiert und nimmt dysfunktionale Qualitäten an. Die kämpferische Attitüde behindert Einsichten in die wirklichen Bedingungen historischer Prozesse. Die Autoren erwecken den Eindruck schwer gewappneter Krieger, die sich in ihrer starren Rüstung am eigenen Fortkommen hindern.

20 Albert Behrendt, *Der Weltgewerkschaftsbund und die deutschen Gewerkschaften*, Berlin 1965, 282 S.

Es erscheint nicht ausgeschlossen, daß seit 1965/66 ein allmählicher Wandel eingetreten ist. Jedenfalls gibt es Anzeichen einer intensiven Forschungstätigkeit²¹ in Leipzig und Ost-Berlin, die sich sehr detailliert um die Aufklärung historischer Tatbestände bemüht. Bislang fehlt es freilich immer noch an einer wissenschaftlichen Gesamtdarstellung der deutschen Gewerkschaftsbewegung aus kommunistischer Sicht. Nach einem Forschungsplan des FDGB-Bundesvorstandes sollte die Ausarbeitung einer solchen Geschichte seit den Ereignissen der Oktoberrevolution schrittweise bis 1971 erfolgen. Über ein Zwischenergebnis dieses längerfristigen Projektes berichtete ein Autorenkollektiv unter der Leitung von Günter Griep schon 1967 in einer umfangreicheren Broschüre.²² In einem Vorwort erklären die Verfasser ihre Schwierigkeit, eine zufriedenstellende theoretische Durchdringung des vielgestaltigen Stoffes zu leisten; in der Tat ein gravierendes Problem, wenn man Theorie und Praxis in gleicher Weise gerecht werden will. Auch ein Kollektiv von Experten kann dadurch zunächst überfordert sein. Die Autoren stellen ihren Text deshalb lediglich zur Diskussion. Sie bieten so einen dankenswerten Einblick in ihren historiographischen Produktionsprozeß.

Zu rascherem Erfolg gelangte offenbar ein größeres Kollektiv, das seine Geschichte der westdeutschen Gewerkschaften unter dem "Staatsmonopolistischen Herrschaftssystem" bereits 1968 in einem umfangreichen Kompendium vorlegen konnte.²³ In dieser weitaus wichtigsten Publikation aus der DDR zeigen sich die Vorteile interdisziplinärer Arbeit bei einem Thema, das Geschichts- und Gesellschaftswissenschaften so eng zusammenführt.

Im einleitenden Kapitel kennzeichnet Rolf Sieber die allgemeinen Voraussetzungen der Entwicklung im Rahmen einer Theorie des modernen Imperialismus und seiner gesellschaftlichen wie ökonomischen Bedingungen. Das zweite Kapitel von Charlotte Patzkowski und Albert Behrendt bahnt einen historischen Überblick durch vier Perioden von 1945 bis 1966. Es beginnt mit den "Anstrengungen der fortschrittlichen westdeutschen Gewerkschafter" für eine gesamtdeutsche Einheitsgewerkschaft und für eine "antifaschistisch-demokratische Umgestaltung" in ganz Deutschland (1945-1949). Darauf folgt die zweite Periode des Kampfes gegen die Reaktion für die Wiederherstellung eines eigenen deutschen Staates (1949-1959). Die dritte Periode gilt dem Kampf gegen die NATO und der Verteidigung demokratischer Rechte (1956-1961). Schließlich ist die vierte Periode dem Kampf gegen die "imperialistische Gleichschaltungspolitik" und der Verteidigung des sozialen Fortschritts gewidmet (1961-1966). Wenngleich die Periodisierung eine monotone und überzeichnete Frontstellung signalisiert, ist der historische Inhalt bemerkenswert moderat und sachlich gehalten. Das gilt in noch stärkerem Maße für die umfangreiche Zeittafel und für eine Sammlung von Kurzbiographien westdeutscher Gewerkschaftsführer im Anhang des Buches.

Weitere umfangreiche Kapitel sind wichtigen programmatischen Fragen gewidmet, wie sie in Grundsatzerklärungen und Kongreßbeschlüssen, in Aktions- und Grundsatzprogrammen des DGB seit 1949 zum Ausdruck kommen. Das Verfasserkollektiv ist dabei um enzyklopädische Vollständigkeit bemüht, wobei die einzelnen Komplexe immer wieder in ihrer historischen Entwicklung aufgezeigt werden. In den abschließenden Kapiteln werden die äußeren Beziehungen des DGB und seine inneren, organisatorischen Strukturen erläutert. Insgesamt ist dem Autorenkollektiv ein handliches und inhaltsreiches Nachschlagewerk gelungen, das seine besondere politische Orientierung konsequent durchhält. Vorwiegend auf westdeutschen Quellen basierend, erteilt es rasche Auskunft und informiert zu-

21 In diesem Zusammenhang sei auf drei Dissertationen hingewiesen:

S. Rank, *Der Neuaufbau der Gewerkschaftsbewegung in der britischen Besatzungszone und ihr Kampf um die Entmachtung des deutschen Monopolkapitals (Frühjahr 1945 bis Sommer 1946)*, Leipzig 1965.

R. Reißig, *Die politisch-ideologischen Gewerkschaftskonzeptionen der rechten sozialdemokratischen Führer und der DGB-Gewerkschafter unter den Bedingungen des entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus*, Leipzig 1968.

M. Schubert, *Die politisch-ideologische Konzeption der westdeutschen Monopolbourgeoisie in der Gewerkschaftsfrage unter den Bedingungen des entwickelten staatsmonopolistischen Kapitalismus*, Leipzig 1968.

22 *Gewerkschaftsentwicklung im Lichte des Roten Oktober. Geschichtlicher Überblick 1917 - 1967*, Bernau 1967, 219 S.

23 *Die westdeutschen Gewerkschaften und das staatsmonopolistische Herrschaftssystem 1945 - 1966*, hrsg. von Albert Behrendt, Rolf Sieber, Erwin Swillus und Johanna Töpfer, Berlin 1968, 684 S.

verlässig. Zwar sind die ideologischen Frontstellungen weiterhin deutlich erkennbar, aber sie versperren nicht mehr den Blick für die Realität. Dergestalt kann diese Publikation als hervorragender Beitrag auf dem Wege zu einer realistischen Einschätzung der historischen Entwicklung angesehen werden.

Wie Anne-Marie Fabian schon kurz nach Erscheinen des Werkes in den *Gewerkschaftlichen Monatsheften*²⁴ feststellen mußte, war seinerzeit auf dem westdeutschen Buchmarkt keine vergleichbare Veröffentlichung zu finden. Daran hat sich bis auf den heutigen Tag nichts geändert. Wer die Geschichte des DGB aus westdeutscher Sicht kennenlernen möchte, ist auf eine pluralistische Vielfalt von Büchern und Broschüren unterschiedlicher Qualität und stark divergierender politischer Orientierung angewiesen. Freilich korrespondiert diese Vielfalt mit der organisatorischen Realität, wie sie sich nach dem Münchner Gründungskongreß von 1949 darstellte. Sie spiegelt zugleich die politischen Einwirkungen, denen der DGB seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt war. Auf diese Weise erscheint die Literatur der frühen fünfziger Jahre wie ein Rückfall hinter den von Richard Seidel schon 1948 formulierten Stand des historischen Bewußtseins. Andererseits zeigen sich zentrifugale Tendenzen, als hätte es gegolten, den Gedanken der Einheitsgewerkschaft und die entsprechenden organisatorischen Strukturen wieder in Frage zu stellen.

Auf dem Münchner Gründungskongreß des DGB gab es eine energische Auseinandersetzung über den künftigen Sitz des Bundesvorstandes. Viele versprachen sich von Frankfurt, wo die meisten Hauptvorstände der Industriegewerkschaften bereits ihren Sitz hatten, die beste organisatorische Wirkung. Eine schwache Mehrheit entschied sich aber schließlich für Düsseldorf, mit der Begründung Hans Böcklers: "Dort müssen wir sein, in der Nähe des Reviers, in dem das Herz der Wirtschaft, der deutschen Wirtschaft, am stärksten schlägt".²⁵ In der Tat fanden im Ruhrgebiet die entscheidenden wirtschaftspolitischen Kämpfe der Nachkriegszeit statt. Folgerichtig publizierte der Bund-Verlag als erste historische Schrift eine umfangreichere Broschüre über *Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet*²⁶ von Walter Neumann. Wer unter diesem Titel eine Geschichte der Auseinandersetzung um die Neugestaltung der Wirtschaft, um Sozialisierung, Ruhrstatut und Mitbestimmung erwartet, sieht sich leider getäuscht. Historisch führt Neumanns Schrift nicht weiter als bis zum Jahre 1932. Unter "Nachkriegsentwicklung" (S. 177) versteht der Verfasser die Geschichte der Jahre nach 1918.

Trotz dieser zeitlichen Distanzierung ist Neumanns Schrift nicht ohne aktuellen Bezug: Ein Anliegen des Verfassers galt offenbar der behutsamen Eindämmung radikaler Bestrebungen, wie sie besonders im Revier noch 1947/48 aufgetreten waren. Zwar setzt der Autor sich nicht direkt mit diesen Kämpfen auseinander. Aber von der Warte des Historikers aus betont er – gleichsam beschwichtigend – das positive Verhalten der Ruhrarbeiter im Vergleich zu dem "leicht erregbaren Temperament" (S. 8) des mitteldeutschen Proletariats. Diese Wertung begründet Neumann mit dem Verlauf der Kämpfe nach dem Kapp-Putsch: Es "gehört nicht zuletzt zur Charakteristik des gewerkschaftlichen Arbeiters an der Ruhr", daß er auch in den Tagen "des drohenden politischen Chaos seine Tradition einer staaterhaltenden politischen Grundeinstellung nicht verleugnete" (S. 183). Über die umstrittene "Zentralarbeitsgemeinschaft" aus den ersten Krisenjahren der Weimarer Republik heißt es pauschal zustimmend: "Die historische Bedeutung dieser Abmachung angesichts der drohenden Anarchie durch Einwirkung radikaler Elemente wurde von allen Seiten anerkannt" (S. 178). In Anbetracht analoger Bestrebungen der zweiten Nachkriegszeit zielte dieses historische Urteil auch auf die aktuelle Entwicklung gleichgerichteter Vereinbarungen aus dem Jahre 1949. Neumanns Schlußwort galt dementsprechend einer künftigen "fruchtbaren Kooperation der beiden Sozialpartner" (S. 225). Zwar zeigt sich hier deutlich, wie ein retardiertes Geschichtsbild zugleich als funktionalisierte Geschichtsschreibung eingesetzt werden kann. Es darf aber nicht verschwiegen werden, daß Neumanns Schrift mehrere Kapitel über frühe Arbeitskämpfe im Bergbau enthält, die mit ihrer sachlichen Beschreibung als

24 *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 19 (1968), H. 12, S. 765 f.

25 *Protokoll des Gründungskongresses des Deutschen Gewerkschaftsbundes für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland vom 12. - 14. Oktober 1949 in München*, als Manuskript gedruckt, Köln 1950, S. 137.

26 Walter Neumann, *Die Gewerkschaften im Ruhrgebiet. Voraussetzungen, Entwicklung und Wirksamkeit*, Köln 1951, 228 S.

besonders gelungen anerkannt werden müssen. Wie sehr willkommen wäre eine entsprechende zeitgenössische Geschichte der Streiks von 1947/48, über die es immer noch an wissenschaftlicher Literatur fehlt!

Neben dem überragenden Ruhrproblem gehörte die Angestelltenfrage zu den Zerreißproben des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Hans Böckler, der in der Ruhrfrage so zurückhaltend argumentierte, steuerte gegenüber den Sonderwünschen der DAG einen harten Kurs. Es kam zunächst in der britischen Zone zur Abspaltung, wobei Mißtrauen gegenüber der traditionellen "Angestellten-Mentalität" ein wichtiges Motiv war. Durch die Trennung im Norden gerieten die Angestellten-Organisationen der amerikanischen Zone in einen schweren Loyalitätskonflikt, der um so schmerzhafter empfunden wurde, als hier eine erfolgreiche Zusammenarbeit im Stile des früheren AfA-Bundes auf dem Spiele stand. Wer die vielschichtigen Motive dieses Konfliktes mit den zum Teil persönlich gefärbten Nuancen erforschen will, erhält dazu wichtigen Aufschluß durch eine Darstellung und Dokumentation, für die Max Ehrhardt als federführend anzusehen ist.²⁷ Seine Publikation über *Beginn und Entwicklung der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung in Württemberg-Baden* behandelt das Problem unter überregionalen Gesichtspunkten. Verständlich wird dabei das übergreifende: antifaschistische Motiv, aus dem heraus Max Ehrhardt die Sonderorganisation der Angestellten unter keinen Umständen den rührigen Kräften des früheren Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbandes (DHV) überlassen wollte. Die Konsequenzen waren für Ehrhardt nicht ohne persönliche Tragik.

Zugleich gestattet die Publikation aus dem Südwesten Deutschlands – wie nirgends sonst – genauen Einblick in den Wiederaufbau des Gewerkschaftsbundes seit den Tagen der Kapitulation. Dabei wird eine enge Kontinuität zu den Vorläufern in der Weimarer Republik sichtbar, aus der heraus die Spitzenfunktionäre ihre führende Stellung beim Wiederaufbau legitimierten und – so seltsam es klingen mag – von einem Stuttgarter Anwalt notariell beglaubigen ließen. Bemerkenswert ist die fortgesetzt positive Unterstützung der Funktionäre um Markus Schleicher und Max Ehrhardt durch Vertreter der Besatzungsmacht. Zu einschränkenden Maßnahmen wie in Hamburg oder Niedersachsen scheint es in Stuttgart nicht gekommen zu sein. Oberflächlich betrachtet war die Angestelltenfrage ein berufsgewerkschaftliches Problem, das sich aus dem dominierenden Anspruch einer modernen, in Industriegewerkschaften gegliederten Einheitsgewerkschaft ergab. Genau genommen aber realisierte die Angestelltengewerkschaft das Prinzip der Einheitsorganisation für ihren eigenen Bereich konsequenter als der DGB. Insofern wäre es richtiger, die Angestelltengewerkschaft als Einheitsorganisation in einem gleichsam ständisch definierten Organisationsbereich anzusprechen.

Über derartige Probleme der Anwendung von Organisationsprinzipien seit dem 19. Jahrhundert, mit besonderer Rücksicht auf die Neugestaltung seit 1945, unterrichtet Karl-Heinz Sohn in seiner Schrift über *Berufsverband und Industriegewerkschaft*.²⁸ Der Verfasser macht deutlich, daß die originär berufsgewerkschaftlichen Bestrebungen nicht von den Angestellten, sondern von traditionsbewußten Facharbeitergruppen ausgingen. Das exemplifiziert Sohn an der Neugründung des *Verbandes der Deutschen Buchdrucker* und am Aufkommen des *Senefelderbundes*. In diesen beispielhaften Teilen leistet der Autor seine interessanteste Arbeit. Dagegen wirkt die Entwicklung der Organisationsprinzipien weniger gelungen: Historische und systematische Ansätze gelangen nicht im erwünschten Maße zur Synthese. Lohnend ist die Durchsicht des Literaturverzeichnisses, in dem Flugschriften und Zeitschriftenaufsätze genannt werden, die andernorts nicht zu finden sind. Aber Vorsicht empfiehlt sich bei Übernahme dieser Angaben, denn das Verzeichnis enthält zahlreiche Setzfehler in Namen, Titeln und Erscheinungsjahren.

27 *Beginn und Entwicklung der gewerkschaftlichen Angestelltenbewegung in Württemberg-Baden 1945 - 1949, mit Protokollen der Verbandstage des Angestellten-Verbandes Württemberg-Baden 1946 - 1949*, hrsg. von der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft (DAG), Landesverband Württemberg-Baden, Stuttgart 1958.

28 Karl-Heinz Sohn, *Berufsverband und Industriegewerkschaft. Organisationsprinzipien der deutschen Gewerkschaften*, Köln 1964, 163 S.

Seltene Literaturhinweise sind auch einer Schrift von Herbert Reichel über *Die deutsche Einheitsgewerkschaft und ihr geistiger Standort*²⁹ zu entnehmen. Der Autor liefert als Vertreter der katholischen Soziallehre einen fundamentalen Beitrag über das Verhältnis von Einheitsgewerkschaft und christlicher Anthropologie. "Von letzten Positionen der Sozial- und Gesellschaftslehre aus wird versucht, die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung und ihre Probleme zu sichten und zu durchleuchten." (S. 10). In scholastisch geübter Gedankenführung verfolgt Reichel zunächst die organisatorische Entwicklung in Ost und West. Anschließend widmet er sich einer kritischen Untersuchung des wirtschafts- und sozialpolitischen Programms der Gewerkschaften. Dem stellt er die Grundsätze einer "berufsständischen Ordnung" gegenüber, in der den Gewerkschaften neue Aufgaben zuwachsen sollen. Zuspitzend spricht Reichel von der erhöhten Gefahr eines "gewerkschaftlichen Kollektivismus" (S. 9), den er mit der Einheitsgewerkschaft heraufziehen sieht. Er warnt im Zusammenhang der Mitbestimmung vor einem Regime der "Manager von Kapital und Arbeit", vor denen "Kapital und Arbeit zu schützen sind" (S. 160). Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung sieht Reichel an einem Scheideweg mit der einen Möglichkeit, Arbeit und Kapital "in organischer Einheit" zu verbinden, und der anderen, "diesen Ursinn aller Gewerkschaftsbewegung, die Entproletarisierung der Proletarier, einem sich abzeichnenden Management der Arbeit" (S. 160) zu opfern. Als Schrift eines Außenseiters wird die Arbeit Reichels heute vielfach ignoriert. Tatsächlich deckt sie sich nur mit einem Teil der auf katholischer Soziallehre basierenden Meinungen. Es darf aber nicht übersehen werden, daß hier eine klar definierte Position extrem deutlich ausgesprochen wird, ohne deren Kenntnis die schwierige Entwicklung des DGB in den frühen fünfziger Jahren kaum verständlich ist.

Ihre größere politische Relevanz erlangte Reichels Veröffentlichung im Zusammenhang mit der christlich-konservativen Gewerkschaftstheorie Goetz Briefs'. Dieser Autor war schon in den zwanziger Jahren der "klassischen" Gewerkschaftstheorie Lujo Brentanos mit einer christlich-sozialen Theorie entgegengetreten, derzufolge die Gewerkschaften mit ihrem korporativen Charakter Anfänge einer neuen Wirtschaftsverfassung darstellten, die den Liberalismus überwand.

Im Jahre 1952 meldete der emigrierte Briefs sich aus Georgetown (USA) erneut zu Wort.³⁰ Er beschwor die Gefahr eines "syndikalen Totalismus", der seinem Wesen nach "nichts anderes als irgendein Totalismus" sei und die "menschlichen Personrechte" auszehre (S. 10). In einer Kritik der Mitbestimmung unterschob Briefs dem DGB entsprechende Bestrebungen. Wie Reichel formulierte er die Alternative der "Gewerkschaften am Scheideweg". Sein Schluß mündet in heftige Polemik gegen eine unglückliche Rede, die Christian Fette als Vorsitzender des DGB in Vreden gehalten hatte. Wer die Führungsschwäche Christian Fettes und die strukturellen Probleme des DGB aus unmittelbarer Erfahrung kannte, durfte Briefs' Warnung nicht ernst nehmen. In der Öffentlichkeit war sie aber Bestandteil einer Kampagne, die der Integrität des DGB als fundamentaldemokratischer Organisation gefährlich werden konnte.

Am Beginn der fünfziger Jahre war der DGB in seiner neuen Gestalt noch nicht zu einem historisch reflektierten, gefestigten Selbstverständnis gekommen. In dieser Situation wurde er durch berufsständische Organisationen und richtungsgewerkschaftliche Aktivitäten bedroht, die sich jeweils aus selbständigen Traditionen rechtfertigten. Gleichzeitig war die lose gefügte westdeutsche Einheitsorganisation einer ideologisch stark fundierten Aktivität kommunistischer Kräfte ausgesetzt, die zu dieser Zeit vor einer Schwächung des DGB nicht zurückschreckten.

Es war Wolfgang Abendroth, der den Gewerkschaften in dieser kritischen Phase mit einer kleinen Broschüre zur Seite trat, die gleichsam als "Integrationshilfe" diente, indem sie die Geschichte des DGB als "Weg demokratischer Integration"³¹ nachzeichnete: "Die Gewerkschaften sind selbst", so schrieb Abendroth in Anlehnung an Alfred Weber, "ein demokratischer Integrationsprozeß. Ihr 'Apparat' ist seinen Auftraggebern in viel höherem Maße abhängig und deshalb viel leichter durch sie zu kon-

29 Herbert Reichel, *Die deutsche Einheitsgewerkschaft und ihr geistiger Standort*, Köln 1952, 182 S.
Dasselbe als juristische Dissertation: *Die neue deutsche Gewerkschaftsbewegung und die christliche Soziallehre. Eine gesellschaftspolitische Untersuchung*, Mainz 1951, 182 S.

30 Goetz Briefs, *Zwischen Kapitalismus und Syndikalismus. Die Gewerkschaften am Scheideweg*, Berlin 1952, 189 S.

31 Wolfgang Abendroth, *Die deutschen Gewerkschaften. Weg demokratischer Integration*, Heidelberg 1954, 104 S.

trollieren als jeder andere bürokratische Apparat der modernen Gesellschaft" (S. 102). Im staatlichen Bereich bezeichnet Abendroth die formale politische Demokratie als Voraussetzung einer angemessenen Beteiligung der Arbeiter an der Ausübung politischer Macht. Er hält die Demokratie aber nur dann für dauerhaft gesichert, wenn es gelingt, "die lediglich politische Demokratie als nur formale Ordnung in eine soziale Demokratie als Ausdruck einer solidarischen Gemeinschaft umzuwandeln und dadurch das Versprechen des Artikels 20 des Grundgesetzes wahrzunehmen" (S. 98). Im Verfolg dieser Gedanken erläutert Abendroth die "wirtschaftspolitischen Grundsätze" des DGB von 1949 und stellt sie in Beziehung zur politischen Praxis.

Das alles geschieht auf dem Hintergrund langfristiger historischer Erfahrung und aus dem reflektierten Erlebnis faschistischer Herrschaft. Die historischen Schritte des Wiederaufbaus nach 1945 faßt Abendroth in kurzen, präzisen Informationen zusammen. Gleichzeitig wird das Problembewußtsein des Lesers dort geschärft, wo politische Möglichkeiten im Laufe des historischen Prozesses ungenutzt blieben. Zum Beleg nennt der Autor eine sorgfältige Auswahl gedruckter Quellen. Alles in allem ist Abendroths kleine Schrift ein eindrucksvolles Beispiel, wie Broschürenliteratur politischen Zwecken dienen kann, ohne wissenschaftliche Maßstäbe zu verletzen.

Mitte der fünfziger Jahre wurden die Vorstöße gegen den DGB allmählich schwächer. Die neue Organisationsform hatte sich durchgesetzt, freilich mit stillschweigenden Abstrichen in Struktur und Programm. Die Konsolidierung erfolgte auf einer Ebene unterhalb des Anspruchsniveaus, das 1949 auf dem Gründungskongreß formuliert worden war. Wenn Walter Freitag als Vorsitzender des Gewerkschaftsbundes nun nicht mehr von der Einheitsgewerkschaft, sondern im Plural von "Einheitsgewerkschaften im DGB" sprach,³² war das der angemessene Ausdruck einer neuen Situation. Freitag benutzte diese Wendung 1956 in der Einleitung zu einem monumentalen Band über die zehnjährige Geschichte der deutschen Gewerkschaften seit 1945.

Dieses Werk kann als das bisher wichtigste historische Selbstzeugnis des DGB angesehen werden. Seine Funktion ist repräsentativer und integrierender Art zugleich. Als Integrationsfaktoren dienen Erinnerungen an Hans Böckler und an die Aufbauleistungen des deutschen Proletariats. "Es sollte niemals vergessen werden", so wird Böckler im Vorspruch zitiert, "daß wir es vor allem der Pflichttreue, der Disziplin und dem Anstand unserer deutschen Arbeitnehmerschaft zu danken haben, wenn Westdeutschland nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches nicht im Chaos versank" (S. 7). Besonders lesenswert sind zwei umfangreiche Kapitel zur wirtschaftlichen Entwicklung in Westdeutschland und zur eigenen Wirtschaftspolitik der Gewerkschaften. Charakteristisch ist dabei für die Konsolidierungsphase des DGB, daß seine gesellschaftspolitischen Aktivitäten unter wirtschaftspolitische Gesichtspunkte subsumiert werden. Es folgen Kapitel über alle Sparten der DAG-Arbeit von der Sozialpolitik über Frauen- und Jugendarbeit bis hin zu kulturellen und außenpolitischen Aktivitäten.

Für den Historiker besonders nützlich ist eine Sammlung von ausführlichen Gründungsberichten der Landesbezirke aus allen drei Besatzungszonen. Leider werden dazu keine Quellenangaben veröffentlicht. Es darf aber davon ausgegangen werden, daß die meisten Daten und Zitate aus Protokollen und Geschäftsberichten entnommen sind. Eine gewisse Skepsis empfiehlt sich gegenüber dem Berliner Bericht, der einige Vorgänge der Jahre 1945/46 zu sehr aus dem Erlebnis der Berliner Blockade betrachtet. Bedauerlicherweise fehlt ein Regionalbericht über Nordrhein-Westfalen.

Die integrierende Funktion und wirtschaftspolitische Orientierung des Bandes unterstreicht zum Abschluß noch einmal ein umfangreicher, sogenannter "werbender Bildbericht" über "Arbeit und Aufstieg". Er enthält visuelle Dokumentation der Stellung des Arbeiters in Produktion und Gesellschaft. Eine ideologiekritische Analyse kann aufschlußreich sein, auch wenn das Ergebnis rational nur schwer zu fassen ist.

32 1945 - 1955, *Zehn Jahre Arbeit, zehn Jahre Aufstieg, zehn Jahre neue deutsche Gewerkschaftsbewegung*, Köln 1956, 200 S., Zitat auf Seite 8.

Im gleichen Jahr erschien von Franz-Josef Furtwängler das erste Taschenbuch zur Gewerkschaftsgeschichte.³³ Der Autor war schon während der Weimarer Republik als außenpolitischer Berater Theodor Leiparts aufgetreten und hatte 1925 einen Bericht über die "Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer" veröffentlicht. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er mehrere Jahre als Leiter der "Akademie der Arbeit" in Frankfurt tätig. Aus reicher persönlicher Erfahrung und intimer Kenntnis konnte er eine leicht lesbare, leider wenig kritische Geschichte der internationalen und deutschen Gewerkschaftsbewegung vorlegen. Sie ist charakteristisch für eine gewerkschaftliche Strömung, die sich stark an der Entwicklung von AFL und Congress of Industrial Organizations (CIO) seit der Politik des "New Deal" orientierte. In der Konsolidierungsphase bedeutete auch dies eine Integrationshilfe für den DGB, freilich auf ganz andere Weise als in der oben angeführten, eher linkssozialistischen Broschüre Abendroths.

Zwischen den Schriften Abendroths und Furtwänglers wurde jene politische Spannweite sichtbar, die für den DGB als weltanschaulich und politisch unabhängiger Organisation keine sprengende, sondern stabilisierende Funktion hatte. Wenn diese Spannweite ausgehalten wurde, war das unter anderem der integrierenden Wirkung zuzuschreiben, die von Hans Böckler noch viele Jahre nach seinem Tode ausging. Böckler ist der einzige DGB-Vorsitzende, dessen Lebensgeschichte man in einer umfangreicheren Biographie³⁴ nachlesen kann. Als Autor zeichnen frühere Mitarbeiter, Else Klein und Joseph Viehöfer, verantwortlich. Die Biographie fußt vorwiegend auf persönlichen Recherchen in der Familie Böckler sowie auf Auszügen aus Protokollen und Berichten bis zurück in die Zeit vor dem Ersten Weltkrieg. Besonders aufschlußreich sind Informationen über Böcklers Tätigkeit als Sekretär der Zentralarbeitsgemeinschaft. Es werden aber keinerlei persönliche "Enthüllungen" vorgenommen. Gleichzeitig fehlt der Versuch, aus den lebensgeschichtlichen Linien ein klareres Bild der theoretischen Konzeption Böcklers abzuleiten.

So verstärkt sich der Eindruck, daß Böckler eine "monolithische" Persönlichkeit ohne stärker divergierendes Privatleben und ein einfacher Denker ohne weitgesteckte, theoretische Ambitionen war. Auffällig ist seine strenge Pflichtauffassung, die in den Reden immer wieder durchklingt, sein starkes Rechtsempfinden und sein durchdringender Gemeinschaftsappell. Auf der so entscheidenden Gewerkschaftskonferenz der britischen Zone im August 1946 in Bielefeld sagte Böckler: "Arbeiter, Angestellte und Beamte organisatorisch zu vereinigen, ist das Gebot der Stunde. Jede Abseitigkeit ist, weil das gemeinsame Interesse schädigend, zu verwerfen. Schicksalsgemeinschaft schließt die Verfolgung von Sonderinteressen aus. Sie macht vielmehr unbedingte Solidarität aller Schaffenden zur höchsten, sittlichen Pflicht" (S. 65). Böckler setzte dem DGB jeweils erreichbare Ziele, die in strenger Disziplin angestrebt wurden. So war er erfolgreich bis zum Kampf um die Mitbestimmung.

In den entscheidenden Auseinandersetzungen stand der Bergarbeiterführer August Schmidt an der Seite des Metallarbeiters Hans Böckler. Im Namen aller Gewerkschaften des DGB sprach der greise Schmidt im Februar 1951 am Sarge des toten Vorsitzenden. – Von August Schmidt liegt eine späte Autobiographie vor,³⁵ bei deren Abfassung Walter Arendt und Horst Niggemeier behilflich waren. Sie ist das einzige Dokument dieser Art, das von einem deutschen Gewerkschaftsführer veröffentlicht wurde. Die Lektüre offenbart rasch, weshalb diese literarische Gattung von Gewerkschaftern so selten verwendet wird. Das Leben des Funktionärs gleicht eben nicht dem kapriziösen Lebenslauf des bürgerlichen Romans. Es ist diszipliniert und in der Privatsphäre stark eingeengt. Die sprachlichen Fähigkeiten zur Formulierung individueller Neigungen sind wenig entwickelt. Das geübte, rhetorische Pathos vermittelt keine intimen Nuancen. Die Solidarität gegenüber den Kampfgefährten verbietet alle nachträgliche Rechthaberei. Die Schwere der Erfolge läßt das Risiko der Geschwätzigkeit übergroß erscheinen, so daß keine Hintergründe aufgeheilt werden. Wer das bestätigt wissen will, erfährt es durch die Autobiographie August Schmidts. Auf eine gänzlich unliterarische Art ist sie ein wichtiges Zeugnis über das geradlinige Leben des reputierlichen Funktionärs.

33 Franz-Josef Furtwängler, *Die Gewerkschaften, ihre Geschichte und internationale Auswirkung*, Hamburg 1956, 149 S.

34 Else Klein und Joseph Viehöfer, *Hans Böckler. Ein Bild seiner Persönlichkeit*, Köln 1952, 140 S.

35 August Schmidt, *Lang war der Weg*, Bochum 1958, 347 S.

Wer über die individuelle Persönlichkeit westdeutscher Gewerkschaftsführer mehr erfahren möchte, als jeweils aus der amtlichen "Vita" hervorgeht,³⁶ sei auf eine Sammlung biographischer Skizzen von Egon Lutz hingewiesen.³⁷ Der Autor kann als ehemaliger Schriftleiter einer profilierten Gewerkschaftszeitung auf intensive persönliche Eindrücke und private Informationen zurückgreifen. Er objektiviert seine Aussagen durch zuverlässige Zitate. Schließlich ordnet er die Entwicklung in eine zwanzigjährige Geschichte von Schritten in die – wie er meint – gesellschaftliche Ohnmacht. Lutz sieht die Entwicklung als "Involution". Er betrachtet die Gewerkschaften durch ein zorniges, journalistisches Temperament mit einem Schuß Trauer um versäumte Gelegenheiten. Seine Arbeit mag zur Kompensation allzu affirmativer Literatur nützlich sein.

Folgt man der Version von Egon Lutz, dann liegt die Bedeutung Walter Freitags für die Gewerkschaften in der Art, wie er als "Weißmacher des DGB" (S. 73) seinen Mitarbeiter Viktor Agartz und dessen wichtigste Gefolgsleute aus dem "Apparat" entfernte oder besser gesagt "hinausoperieren" ließ. Tatsächlich bilden die Vorgänge um den "Chefideologen" die erregendste Affäre im Verlauf der Konsolidierung des DGB auf einem mittleren Niveau. Sehr eindringlich schildert Hermann Schaefer unter dem Pseudonym Hans-Georg Hermann den Verlauf der Affäre, ihre lebensgeschichtlichen Voraussetzungen und Ergebnisse.³⁸ Dieses politische Pamphlet ist eine leidenschaftliche Rechtfertigungsschrift für Viktor Agartz und dessen Politik. Die Darstellung ist kämpferisch gehalten und zeigt Anklänge an das "J'accuse" des Émile Zola, freilich in dem provinziellen Rahmen, den das Milieu der fünfziger Jahre nahelegte.

Die Enthüllungen des Autors über das Betriebsklima im DGB, über Einflüsse alliierter Geheimdienste und persönliche Machenschaften wird der kritische Historiker nicht bis in Einzelheiten übernehmen dürfen. Dennoch sind es Schlaglichter auf eine Szenerie, die sonst nicht zu beobachten ist. Wie der Autor noch heute versichert, hat er alle persönlichen Unterlagen seines "Klienten" einsehen können. Das Manuskript ist von Agartz korrigiert worden, wodurch das Buch an persönlicher Glaubwürdigkeit gewinnt. Der Verfasser stellt die gesellschaftspolitischen Bestrebungen Agartz' in die Nähe später Positionen Kurt Schumachers und Hans Böcklers. Sie wirken so als letzter Ausdruck einer politischen Linie selbstgesteuerter, sozialistischer Politik in Deutschland, deren reale Voraussetzungen im Ost-West-Konflikt untergingen. Der Verlauf der Affäre zeigt die Schwierigkeiten der westdeutschen Gesellschaft, mit dieser Vergangenheit in anständiger Weise fertig zu werden. Die Plädoyers Gustav Heinemanns und Dieter Possers vor dem Verfassungsgericht geben Anlaß zu der Hoffnung, daß es auf lange Sicht immerhin möglich erscheint. Die Texte werden im Anhang des Buches wiedergegeben.

Ob die theoretische Konzeption Agartz' noch einmal in einer wissenschaftlich zufriedenstellenden Weise dargestellt wird, muß nach den vorliegenden Publikationen zweifelhaft bleiben. Zuletzt erschien eine Ausgabe über *Gewerkschaft und Arbeiterklasse*,³⁹ die nach Angaben der Verlagswerbung zunächst als selbständige Schrift des Theoretikers anzusehen war. Tatsächlich handelt es sich bei diesem Titel um eine Sammlung verschiedener Aufsätze, die Agartz ausnahmslos bereits 1959 - 1961 in seiner *Korrespondenz für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften* (WISO) veröffentlichte. Nun hat Lutz Ziegenbalg sie zusammengestellt und kommentiert. Die Aufsätze geben Einblick in die strenge Lehre eines Mannes, der die gewerkschaftliche Willensbildung als total dem "Apparat" verfallen diagnostizierte. Dennoch glaubte er an Möglichkeiten der Demokratisierung. Programmatisch ging er weit über die Münchner Beschlüsse hinaus. Zu den Grundsatzforderungen von 1949 meinte er: "Es wäre notwen-

36 In diesem Rahmen halten sich kleine biographische Bände aus der Produktion der arani Verlags-GmbH und aus dem Eurobuch-Verlag August Lutzeyer. Als Beispiele seien genannt: Hermann Herberts, *Walter Freitag. Weg und Wollen eines deutschen Gewerkschafters*, Berlin 1954, 52 S., und Johannes Hermann, *Otto Brenner*, Freudenstadt 1967, 83 S.

37 Werner Mühlbradt und Egon Lutz, *Der Zwang zur Sozialpartnerschaft. Hintergründe der Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitgebern*, Neuwied 1969, 167 S.

38 Hans-Georg Hermann, *Verraten und verkauft*, Fulda 1958, 2. Aufl. Fulda 1959, 271 S.

39 Viktor Agartz, *Gewerkschaft und Arbeiterklasse. Die ideologischen und soziologischen Wandlungen in der westdeutschen Arbeiterbewegung*, hrsg. von Lutz Ziegenbalg, 144 S.

dig, sie im Sinne der sozialistischen Theorie schärfer zu fassen und auszuweiten. Jeder bürgerliche Ballast aus den Propagandatheorien der katholischen Soziallehre, des Keynesianismus und des amerikanischen Plankapitalismus sind auszuschneiden. Nur eine klare sozialistische Zielsetzung mit einer sozialistischen Stellung zu Staat und Gesellschaft wären einzufügen" (S. 138 f.).

Rückblickend scheint ein harter Konflikt zwischen den gewählten DGB-Führern und dem angestellten "Chefideologen" an der Spitze des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des DGB (WWI) unausweichlich gewesen zu sein. Die Austragung des Konflikts hätte freilich auf einer intellektuell. angemessenen Ebene erfolgen müssen. So gereichte die Affäre allen Beteiligten zum Schaden. Eine gerechte Beurteilung ist kaum möglich. Wichtige Fragen bleiben ungeklärt. Die historische Erinnerung ver-schwimmt im Zwi-elicht.

Die Biographien erfolgreicher Funktionäre wie die des ausgeschiedenen Intellektuellen sind Ausdruck eines starken Konformitätsdruckes in der Hierarchie einer Massenorganisation. Erst die Entlastung von diesem Druck scheint die notwendige Reflexionsdistanz zu schaffen, aus der heraus unabhängige Geschichtsschreibung möglich wird. Allerdings ist diese Unabhängigkeit durch das vorhergehende Erleben so stark beeinträchtigt, daß sie nicht den Eindruck der Freiheit, sondern der "Kon-terdependenz" vermittelt. Typische Beispiele dafür sind die vielbeachteten Veröffentlichungen des "linken Abtrünnigen" Theo Pirker und des "rechten Überläufers" Günter Triesch.

Zu den Mitarbeitern, die im weiteren Gefolge der Agartz-Affäre aus dem DGB ausschieden, gehört Theo Pirker. Er zählt sich zu den Intellektuellen der deutschen Gewerkschaftsbewegung, "die sie als unverdaulich ausgespuckt hat".⁴⁰ Aus dieser intellektuellen Attitüde heraus streitet er gegen "die Wucherungen der Bürokratie, die Apathie der Mitglieder, die Zersetzung und Aufhebung der Demokratie in den Verbänden" (T. 1/S. 13). Pirkers zweibändiges Werk unter dem Titel *Die blinde Macht* beschreibt, dokumentiert und kommentiert die Geschichte der westdeutschen Gewerkschaften durch fünfzehn Jahre. Mit einprägsamen Überschriften leitet Pirker den Leser vom "Wunder der Organisation" (1945) über "Die Zählung der Gewerkschaften" (1952) und "Das Ende des Radikalismus" (1954/55) zur "Integration" (1959/60).

Der Verfasser geht von der These aus, daß die Gewerkschaft in der modernen Gesellschaft "nur dann funktionieren kann, wenn sie sich mit dem 'System', den tatsächlich herrschenden Motiven, den zwingenden Regeln der Institutionen, der Ordnung dieser Institutionen selbst identifiziert" (T. 1/S. 17). Allerdings ist das nicht als schlichte Anpassung gemeint. Vielmehr sieht Pirker – in An-lehnung an Lujo Brentano – den notwendigen Beitrag der Gewerkschaften zur Funktionsfähigkeit des Systems darin, "Gegenmacht" zu sein. Wenn der DGB diese Funktion nicht erfüllt hat, lag das einmal – so Pirker – an seiner sozialistischen Programmatik und zum anderen an der Tendenz, re-gierungsabhängig zu werden. Die eine Spitze der Kritik richtet sich deshalb gegen das Münchner Pro-gramm von 1949 und die andere gegen Anpassungstendenzen Ende der fünfziger Jahre. Pirker streitet damit beide Male gegen die Mehrheit der Mitglieder, der Funktionäre und Berater des DGB. Oben-drein vertritt er selbst eine in sich widersprüchliche Position. Er streitet in gewisser Weise gegen sich selbst. Um seinen Ansatz durchhalten zu können, muß der Autor den DGB immer wieder als "blin-de Macht" hinstellen. So gelingen ihm eindrucksvolle Kapitel, denn wo fände der Historiker reich-haltigeres Material als auf der Suche nach Menschen und Institutionen, die den historischen Prozeß nicht so durchschauten wie er selbst.

Hauptopfer der Pirkerschen Argumentation ist der kleine Christian Fette und dessen "Vredener Rede", die schon von Goetz Briefs so heftig zerzaust worden war. Was Briefs in der Konfrontation als gefährlichen Vorstoß des Syndikalismus interpretierte, gerät bei Pirker freilich zum lächerlichen Exzeß der Unfähigkeit des überforderten Gewerkschaftsführers. Mag die Kritik an dem Nachfolger Böcklers noch eine Portion Wahrheit enthalten, so überzieht Pirker seine These von der "Blindheit"

40 Theo Pirker, *Die blinde Macht. Die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland*,

1. Teil 1945 - 1952, *Vom "Ende des Kapitalismus" zur Zählung der Gewerkschaften*, München 1960, 319 S.

2. Teil 1953 - 1960, *Weg und Rolle der Gewerkschaften im neuen Kapitalismus*, München 1960, 338 S., Zi-tat nach Teil 1, S. 11.

gegen Ende des zweiten Bandes derart, daß sie gegen den Verfasser zurückschlägt: "Die Gewerkschaftsführer, ihre Funktionäre und Mitglieder zählen zu der gleichen Rasse derer, die blind und vergeßlich zugleich sind" (T. II/S. 284). Von dieser Generalisierung scheint es keine Ausnahme mehr zu geben. Auch der "Chefideologe" wird ihr unterworfen und sein zeitweiser Mitstreiter Otto Brenner: "Wie die Gewerkschaftsführer nach 1945 blind waren gegenüber den Tendenzen der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik und sie in ihren Reden verbissen an ihrer sozialistischen Programmatik festhielten, so scheinen sie zum Zeitpunkt der Revision dieser Grundsätze dafür blind zu sein, daß sie ein fester Bestandteil des neuen Kapitalismus gewesen waren" (T. II/S. 316). Dergestalt entpuppt sich die generelle Konzeption Pirkers als töricht, denn sie hebt sich in der doppelten Stoßrichtung auf und ist in der Personalisierung institutioneller Schwächen selber ein Ausdruck persönlicher Fehleinschätzung der Wirklichkeit. So hat der Verfasser es dem DGB allzu leicht gemacht, seine kritischen Ansätze pauschal zurückzuweisen.⁴¹

Für den Historiker bleibt Pirkers zweibändiges Werk eine umfangreiche Sammlung wichtiger Stichworte, Hinweise und Anregungen. Es ist gleichsam eine Fundgrube kritischer Scherben und ein Verwirrspiel gegenseitiger Mißverständnisse. Dabei werden immer wieder unerwartete Zusammenhänge erkennbar, die es mit dem Werkzeug des Historikers erst noch zu verifizieren oder zu falsifizieren gilt. Diese Aufgabe bleibt mühevoll, denn es fehlen Quellenangaben und Literaturverzeichnis.

Günter Triesch wechselte aus dem Apparat des DGB nicht wie Theo Pirker in die Positionen des "Linksintellektuellen", sondern wurde durch seinen Eintritt in das "Deutsche Industrieinstitut" zum vielberufenen "rechten Überläufer". Sein dickleibiges Werk über *Die Macht der Funktionäre*⁴² läßt unter diesem reißerischen Titel einen ähnlichen Generalangriff erwarten wie *Die blinde Macht* aus Pirkers aggressiver Feder. In der Tat sieht auch Triesch im DGB eine "oligarchisch geführte Massenorganisation" (S. 59) und – laut Klappentext – den "größten gesellschaftlichen Machtfaktor unserer Zeit". Zum Beweis der politischen Machtstellung nennt er die 162 Mandate von DGB-Mitgliedern der verschiedenen Fraktionen im zweiten Deutschen Bundestag. Ferner verweist er auf enge persönliche Bindungen zu sozial- und christdemokratischen Regierungsstellen. Schließlich dokumentiert er sehr detailliert die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften im Versicherungs- und Banksektor, im Wohnungsbau und Genossenschaftswesen. Das alles registriert Triesch nüchtern aufzählend, leicht überzeichnend, aber selten dramatisierend. Allein gegenüber der "Totalität" der Mitbestimmungsforderungen (S. 451) argumentiert er schroff ablehnend. Den Arbeitskampf als Streik scheint er vollends zu fürchten, als wäre er wirklich das "nationale Unglück". In Erinnerung an den Kapp-Putsch spricht Triesch von der "schrecklichen Wirklichkeit" (S. 13) des Generalstreiks. In Voraussicht künftiger Kämpfe kennzeichnet er den Ausstand als "soziale Atombombe unserer Zeit" (S. 452). Ganz anders als Pirker geht Triesch nicht zum Angriff auf die Gewerkschaften über, sondern versucht sie durch die Art seiner Argumentation in ein gemeinsames, partnerschaftliches Selbstverständnis mit den Unternehmerorganisationen zu integrieren. Er gibt die Losung aus: "Propaganda ist billiger als Streik" (S. 206) und registriert den Übergang "Vom Streik zum Lobbyismus" (S. 254). Auf diese Weise formt er eine Vorstellung von der Gewerkschaft als "Interessenverband" nach dem Bilde der Arbeitgeberverbände. Triesch schmeichelt der Macht der Organisationen und meint, "daß man von ihnen verlangen könnte, auch in ihrer Theorie und in ihrem Selbstverständnis mitgewachsen zu sein" (S. 13).

Triesch bietet Integrationshilfe an. Dazu bedient er sich eines starken Wir-Appells, indem er schreibt: "Aber wir alle, diejenigen, die der Gewerkschaft vertrauen und von ihr Hilfe erwarten und diejenigen, die ihr mißtrauen, wissen, daß wir ohne Gewerkschaften nicht mehr auskommen könnten. Die Gewerkschaften sind zu Ordnungsfaktoren und integrierenden Trägern unserer Gesellschaft geworden" (S. 14). Will man dem Autor folgen, dann hat sich damit die historische Bestimmung der gesamten Arbeiterbewegung erfüllt: "Es war die historische Aufgabe der Gewerkschaftsbewegung

41 Kurt Brumlop, *Theo Pirker – Die blinde Macht*, in: *Gewerkschaftliche Monatshefte*, Jg. 11 (1960), H. 8, S. 501.

42 Günter Triesch, *Die Macht der Funktionäre. Macht und Verantwortung der Gewerkschaften*, Düsseldorf 1956, 480 S. Später erschien mit neueren Daten ein handliches Nachschlagewerk mit gleicher Tendenz: F. Binternagel und G. Triesch, *Die Gewerkschaften in der Bundesrepublik*, 2. Aufl. Köln 1959, 211 S.

wie der Arbeiterbewegung in ihrer Gesamtheit, durch das Erstarren der eigenen Organisation zum Gleichgewicht der Kräfte in der Gesellschaft, in der wir leben, beizutragen" (S. 461 f.). Gewerkschaften in diesem Sinne sind Ordnungsfaktoren, das heißt: Macht und Verantwortung charakterisieren in gleicher Weise ihre wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Funktion. Die historische Betrachtung konzentriert sich bei Triesch stark auf die Situation Mitte der fünfziger Jahre, wenngleich einzelne Hinweise bis zurück zu Lassalles "Arbeiterprogramm" nicht fehlen. Es geht dem Autor weniger um Vergangenheit als vielmehr um den aktuellen Prozeß der Neuorientierung des DGB, ansetzend beim "Aktionsprogramm" des Jahres 1954 und hinzielend auf eine generelle Revision des Grundsatzprogramms. Trieschs leitender Begriff der "Integration" bedeutet dabei nicht "Selbstintegration" im Sinne Abendroths, sondern Einfügung in ein System, dessen vorherrschende Strukturen durch Unternehmer, Privateigentum und Interessenverbände bestimmt werden.

Vergleicht man die Bücher von Triesch und Pirker in ihrer Wirkung auf den historischen Prozeß gewerkschaftlicher Wandlung, dann hat Triesch in der aktuellen Situation die erfolgreichere Argumentation vorgetragen. Gleichwohl bleibt offen, ob Pirkers Vorgehen auf lange Sicht nicht doch nachhaltigere Wirkung haben wird. Beide Autoren bedienen sich intellektueller Methoden, die ihrem Gegenstand als Subjekt einer Entwicklung nicht angemessen sind. Bildlich übersetzt, behandeln beide den DGB als imaginären "Esel". Freilich gehen sie psychologisch sehr verschieden gegen dieses scheinbar beschränkte Wesen vor: Der eine schlägt seinem "Esel" an den Kopf, um ihn vom vermeintlich falschen Pfade abzubringen. Der andere lockt ihn mit freundlichen Komplimenten auf einen Weg, der nicht sein eigener ist. Beide betrachten den Gegenstand ihrer Anstrengung nicht als vernünftiges Subjekt, das bei richtiger Orientierung seinen Weg selbständig zu finden vermag.

Es fehlt der zentrale, geschichtswissenschaftliche Versuch, den Gewerkschaften Wege historischer Selbstreflexion zu erschließen, auf denen Ortsbestimmung und Orientierung nach autonomer Entscheidung möglich werden. Daraus folgt eine Kritik, die sich nicht so sehr gegen die hier besprochenen Arbeiten richtet, als vielmehr gegen eine Geschichtswissenschaft, wie sie in Westdeutschland auch nach 1945 betrieben wurde. In der Tat ist kein einziger der hier besprochenen Autoren als "Historiker" im engeren, fachwissenschaftlichen Sinne anzusprechen. Der oben gegen das Proletariat erhobene Vorwurf historischer "Bewußtlosigkeit" wendet sich deshalb zurück gegen eine Geschichtswissenschaft, die das Proletariat und seine Organisationen immer wieder aus ihrer Betrachtung ausgeklammert hat. Dem historisch bewußtlosen Proletariat entspricht – überspitzt formuliert – eine Geschichtswissenschaft ohne Arbeiterfrage. Davon sind wichtige Ausnahmen zu machen, die den regionalgeschichtlichen Bereich, Teile der Geschichte des 19. Jahrhunderts und vor allem Perioden betreffen, in denen Vertreter der Arbeiterbewegung Regierungsverantwortung trugen. Aber dort, wo es weniger um staatspolitische Aktivitäten der Arbeiterpartei, sondern um gesellschaftliche Bestrebungen der Gewerkschaften ging, weist die Geschichtswissenschaft große Defizite auf. Besonders gilt das für die Gewerkschaftsgeschichte der letzten fünfundzwanzig, ja der letzten fünfzig Jahre.

Dieser Tatbestand wird dadurch gravierend, daß dilettierende Historiker aus den eigenen Reihen der Gewerkschaften früher sehr wohl in der Lage waren, von Fall zu Fall respektable historische Studien vorzulegen. Der beschleunigte historische Prozeß, das geometrische Wachstum der aufzuarbeitenden Literatur und die immer umfangreichere Verflechtung der Organisationen machen es heute so gut wie unmöglich, Geschichte der Arbeiterbewegung wie ehemals "im Rentenalter" und gleichsam "in der Wohnküche" zu schreiben. Zwar gibt es auch heute noch rührende Beispiele entsprechender Anstrengungen, aber ihr Ergebnis vermag das wissenschaftliche Defizit kaum zu verringern. Allein langfristige, vollberufliche, wissenschaftliche Arbeit kann hier gründlichen Wandel schaffen.

Es wäre lohnend, den einsetzenden Prozeß der Verwissenschaftlichung an charakteristischen Beispielen aufzuzeigen. Ausgangspunkt könnte dafür Wolfgang Hirsch-Webers Arbeit über das Verhältnis der Gewerkschaften zur Politik von der Massenstreikdebatte bis zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht⁴³ sein. Dem wäre unter den jüngsten Veröffentlichungen Eberhard Schmidts Schrift über

43 Wolfgang Hirsch-Weber, *Gewerkschaften in der Politik. Von der Massenstreikdebatte zum Kampf um das Mitbestimmungsrecht*, Köln 1959, 170 S.

*Die verhinderte Neuordnung*⁴⁴ gegenüberzustellen. Auf halbem Wege zwischen beiden ließe sich die vorzügliche Studie Johannes Kolbs über die Metallarbeiterbewegung⁴⁵ einordnen. Insgesamt ergäbe sich ein Prozeß, in dem die einsetzende Verwissenschaftlichung Hand in Hand geht mit einem Wandel des Wissenschaftsbegriffs.

Mit Blick auf die Aktivitäten in studentischen Arbeitsgruppen, deren publizistische Ergebnisse freilich noch nicht voll zu überblicken sind, läßt sich nicht verschweigen, daß der beschleunigte Wandel des Wissenschaftsbegriffs den eingeleiteten Prozeß wieder in Frage stellt. Der Anstoß zur reflektierten Aufarbeitung von Defiziten scheint zu einem kompensatorischen Eifer zu führen, bei dem die Erkenntnis der wirklichen Prozesse ein allzu flüchtiges Durchgangsstadium bleibt. Um es an einem historischen Beispiel zu verdeutlichen: Die Geschichte der Ruhrstreiks von 1947/48 ist in der bisherigen Literatur gewiß nicht angemessen berücksichtigt worden. Sie gehört zu den "verdrängten Komplexen" der Nachkriegsgeschichte. Diese Ereignisse nun aber nachträglich in die Nähe eines "unterdrückten Volksaufstandes"⁴⁶ zu rücken, ist historische Augenwischerei. Hier übernimmt Wissenschaft schein kompensatorische Funktionen. Eine solche Überanstrengung ist keine Hilfe zur Selbstreflexion des westdeutschen Proletariats in seinem notwendigen Emanzipationsprozeß. So wird Fehleinschätzung der Vergangenheit kompensatorisch überführt in eine Zukunftserwartung, deren Ergebnis nicht emanzipatorisch sein kann, weil es seiner Begründung nach keiner Aufklärung entspringt.

NEUE LITERATUR

Karl Marx. Dokumente seines Lebens, 1818 bis 1883. Zusammengestellt und erläutert von Manfred Kliem. - Leipzig: Philipp Reclam jun. 1970. 588 S. = Reclams Universal-Bibliothek, Bd 439. DM 5,-.

Trotz beachtlicher Versuche und Vorarbeiten ist bis heute noch keine umfassende biographische Darstellung des Lebens von Marx veröffentlicht worden, die allen wissenschaftlichen Ansprüchen genügen könnte. Wahrscheinlich würde es über die Leistungsfähigkeit eines einzelnen Historikers hinausgehen, Lebenslauf, Charakter und geistige Leistung von Marx zu einer Einheit zusammenzufügen und verständlich zu machen. Es wäre Aufgabe einer Gruppe von Wissenschaftlern, ein solches Werk zu bearbeiten. Zudem dürfte sich die biographische Forschung in denjenigen Ländern, in denen die historische Persönlichkeit von Marx schon zum Mythos geworden ist, besonders großen Schwierigkeiten gegenübergestellt sehen.

Der Herausgeber des vorliegenden Bandes legt aus der Fülle der vorhandenen Quellenunterlagen 225 Dokumente vor, die als Grundlage für ein Lebensbild dienen können. Es handelt sich um Briefe, Ausweise, be-

hördliche Anordnungen, Pässe, Polizei-Aufzeichnungen, Spitzelberichte und Steckbriefe sowie um Erinnerungen von Mitarbeitern und Anhängern. Das Material stammt hauptsächlich aus den Beständen der Institute für Marxismus-Leninismus in Moskau und Ost-Berlin. Die einzelnen Stücke sind durch erläuternde Texte verbunden, um den geschichtlichen Hintergrund aufzuhellen. So ist ein Dokumentarbericht entstanden, in dem die Schilderung der persönlichen Sphäre von Marx einen zentralen Platz einnimmt. Eine detaillierte Analyse der Schriften wird bewußt nicht angestrebt.

Es wirkt überraschend, daß in dieser Zusammenstellung auf die Frühzeit des Wirkens von Marx ausführlicher eingegangen wird, als dies in früheren Publikationen aus der DDR der Fall war. Der Herausgeber will durch diese Schwerpunktverlagerung den "Marx der späteren Jahre" erklären und verdeutlichen sowie bürgerlichen "Marxologen" und "rechtssozialdemokratischen Marx-Forschern" und ihren "Verfälschungen" entgegentreten.

Das vorgelegte Material ist vielseitig und interessant, zumal auch Stücke aufgenommen wurden, die bisher noch nicht veröffentlicht bzw. nach langer Zeit zum

44 Eberhard Schmidt, *Die verhinderte Neuordnung 1945 - 1952. Zur Auseinandersetzung um die Demokratisierung der Wirtschaft in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M. 1970, 242 S. Vgl. dazu die Rezension von Kerstin Leitner in: *IWK*, H. 14, S. 91 f.

45 Johannes Kolb, *Metallgewerkschaften in der Nachkriegszeit. Der Organisationsaufbau der Metallgewerkschaften in den drei westlichen Besatzungszonen Deutschlands*, Frankfurt/M. 1970, 182 S. Vgl. meine Rezension in Nr. 11/12, S. 101 f. dieser Korrespondenz.

46 Diese Tendenz klingt an bei Ute Schmidt und Tilman Fichter, *Der erzwungene Kapitalismus. Klassenkämpfe in den Westzonen 1945 - 1948*, Berlin 1971, 177 S.

ersten Male wieder abgedruckt sind. Wenn auch z. B. Skeptiker wie Carl Schurz zu Wort kommen, die ihrer Abneigung gegenüber Marx deutlich Ausdruck geben, so ist doch die gesamte Publikation darauf angelegt, Marx zu einer alles überragenden Persönlichkeit ohne Fehl und Tadel emporzustilisieren, die alle Situationen des Lebens meisterte und tumhoch über den Zeitgenossen stand. So kommt schließlich eine Heiligenlegende zustande, die irgendwelche Zweifel nicht gestattet. Marx erscheint als Titan, dessen Einheitlichkeit des Willens und Größe des Schaffens und Wirkens außer Frage stehen.

Der vorliegende Bericht, der zum ersten Mal eine derartige Fülle von Dokumenten vereinigt und kommentiert, bietet aufschlußreiche Einblicke in den Lebenslauf von Marx. Dennoch wird derjenige, der sich über die Persönlichkeit und das Schaffen von Marx im Zusammenhang unterrichten will, lieber zu der Darstellung von Werner Blumenberg greifen,¹ in der Licht- und Schattenseiten des Menschen, Politikers und Gelehrten eine sorgfältig ausgewogene Darstellung erfahren.

Ernst Schraepler

STERNBERG, Fritz: *Der Faschismus an der Macht*. – Amsterdam: Verlag Contact 1935 (Reprint). VIII, 328 S. DM 10,–.

In seinem letzten größeren Werk greift Sternberg noch einmal einige der besonders im "Imperialismus-Buch" von 1926 aufgestellten Thesen auf und bezieht sie auf die damals aktuelle Situation. Sein Versuch zu zeigen, wie der Faschismus in Deutschland siegte und welche Folgen sich aus der Niederlage für die deutsche und internationale Arbeiterklasse ergaben, stellt gleichzeitig einen eigenen Beitrag zu zeitgenössischen Faschismustheorien dar, der um so bemerkenswerter ist, als er von einem parteilosen, lediglich mit der SAP sympathisierenden Marxisten stammt, welcher die bestehenden Arbeiterparteien gleichfalls einer schonungslosen Kritik unterzieht. Obwohl die Möglichkeit zur radikalsten Lösung des Klassenkampfes in Form des Faschismus mit zunehmender Krise des Kapitalismus seit 1930 objektiv gegeben war, sei sein Sieg doch erst durch die katastrophale Politik von SPD und KPD erfolgt (S. 39 u. 78). Aufgrund einer falschen Analyse der Klassenverhältnisse sowie daraus folgender verfehlter Taktik sei es der organisierten Arbeiterklasse nicht gelungen, die schwerste Krise des Kapitalismus für sich auszunutzen. Während die SPD nicht einmal den Klassencharakter des Faschismus erkannte, waren die Definition des Faschismus durch die KP sowie seine Unterschätzung vor und nach 1933 dafür verantwortlich, daß die NSDAP die proletarisierten Mittelschichten gegen deren objektive Interes-

sen gewann und fast ohne Gegenwehr der Arbeiterklasse die Macht eroberte. Beide Arbeiterparteien scheuten sich nicht, mit gleichfalls nationalistischen Parolen ("Young-Sklaverei", S. 26 f.) den Kampf gegen das internationale Kapital über den für die soziale Befreiung zu stellen. An die SPD gerichtet ist der Vorwurf, die in der Revolution errungenen politischen Machtpositionen durch kompromißlerische Politik allmählich wieder preisgegeben zu haben. Dennoch bleibt nach Sternberg zu erklären, wie trotz der versöhnlerischen Politik der SPD die Wählerzahlen so relativ konstant blieben. Wenn es eine funktionierende KPD gegeben hätte, hätten die mit der SPD unzufriedenen Wähler eine Alternative gehabt. Der instrumentale Charakter der KP sowie vor allen Dingen deren Unterschätzung des Reformismus erklären aber die relative Immunität der SPD-Genossen. Die kritiklose Übernahme der falschen Leninschen Theorie von der Arbeiteraristokratie machte die Einsicht unmöglich, daß während einer langen "Schonzeit" die ökonomische Basis für den Reformismus, d. h. die Verbesserung des Lebensniveaus breiter Massen, überhaupt jemals bestanden hat (S. 83-95). Deswegen mußte natürlich die KPD auf die Frage, warum der sogenannte "stinkende Leichnam" immer noch so fest in der Arbeiterklasse verankert war, die Antwort schuldig bleiben. Stattdessen erlebten die SPD-Genossen täglich die Schwäche und Erfolglosigkeit autonomer kommunistischer Gegenorganisationen zum ADGB usw. Angesichts eines ständig steigenden Anteils der Dauererwerbslosen an der Mitgliederzahl der KPD waren ihre Analyse und ihr Programm 1932 nur noch für soziale Randgruppen attraktiv.

Durch viele Beispiele vor und nach der "Machtergreifung" demonstriert Sternberg, wie die Taktiken der Einheitsfront von oben, der Volksfront und der Theorie des Sozialfaschismus mehr den strategischen Bedürfnissen der Sowjetunion entsprachen als der konkreten Situation in Deutschland (S. 281 ff.). Im Jahr 1934 wäre es jedoch darauf angekommen, die sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiter durch gemeinsame Aktionen so an die Einheitsfront heranzuführen, daß zum Zwecke der Umwandlung des bevorstehenden Krieges in den Bürgerkrieg 1) der jeweiligen Arbeiterbürokratie die Entscheidung für Initiativen faktisch genommen und 2) eventuelle neue Weisungen der UdSSR zur Aufhebung der Einheitsfront unterlaufen worden wären. Nationalsozialismus heißt notwendigerweise Krieg (S. 185 ff.). Sternberg ruft die revolutionären Marxisten aller Länder auf, nicht ihn zu verhindern, sondern auszunutzen. Mit bemerkenswerter Voraussicht erkennt der Autor die Mächtekonstellation im zukünftigen Krieg (S. 210-216). In keinem Land hatten jedoch seine Appelle gegen die Stillhaltepolitik der jeweiligen KP gegenüber der Landesbourgeoisie Resonanz gefunden. Nirgends ist versucht worden, der faschistischen – aber potentiell sozialistischen – kleinbürgerlichen Massenbasis (also auch z. B. der SA, was der Putsch von 1934 verdeutlicht hätte) zu zeigen, daß ihre sozialen Interessen nicht von den Faschisten befriedigt werden; nirgends

¹ Werner Blumenberg (Bearb.), *Karl Marx in Selbstzeugnissen und Bilddokumenten*, Reinbek b. Hamburg 1962, = Rowohlt's Monographien, Bd 76.

ist das bürgerlich demokratische Übergangsstadium nach dem Krieg dazu benutzt worden, eine revolutionäre Massenpartei zu schaffen. Sternbergs Überzeugung, es werde nach dem Krieg einen eigenen Weg zum Sozialismus geben (S. 325 ff.), erwies sich als Täuschung.

Dennoch: Obwohl die heutige Forschung über mehr empirisches Material und eine differenziertere Theorie verfügt, gelang es dem Autor schon damals, den Charakter des Faschismus als die Herrschaftsform des Monopolkapitalismus während einer Krise (S. 313) herauszuarbeiten. Besonders die Passagen über das Scheitern der Politik der Arbeiterparteien verdienen das Interesse des Lesers. Die Benutzbarkeit des Buches wird leider durch den fehlenden wissenschaftlichen Apparat und viele Wiederholungen gemindert.

Hilmar Ruminski

Die Massenstreikdebatte. Beiträge von Parvus, Rosa Luxemburg, Karl Kautsky und Anton Pannekoek. Herausgegeben und eingeleitet von Antonia Grunenberg. — Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1970. 413 S. DM 20,—.

Es erinnert an die Anstrengungen der Alchimisten, wenn Grunenberg versucht, aus der Darstellung der "theoretischen und praktisch-organisatorischen Ursachen . . . [der] progressive[n] Angleichung der SPD an die Politik bürgerlicher Reformparteien [Welche dies vor 1914 gewesen sein sollen, bleibt ungenannt.] . . . einige Leitlinien für eine noch zu erarbeitende historisch-materialistische Untersuchung der sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeiterbewegung [zu] entwickeln" (S. 6). Machten die Alchimisten bei ihrer Suche nach synthetischem Gold zufällig die Entdeckung des abendländischen Porzellans, so entdeckt Grunenberg, daß die Verrats-Kategorie nicht ausreichend ist für die Erklärung der Politik des 4. August. Jene hoffnungsvolle "Leitlinie" — die Zurückweisung der Verratskategorie — entpuppt sich als schwarzer Peter, wenn für Grunenberg "der Verrat" zwar nicht das Ende einer Epoche der deutschen Arbeiterbewegung kennzeichnet, wohl aber "der Verrat" der Bourgeoisie an sich selbst in der 48er Revolution (S. 9) als die politische Bedingung der Verselbständigung der Arbeiterbewegung angesehen wird und zugleich den bürgerlich-demokratischen Doppelcharakter der deutschen Arbeiterbewegung verursacht haben soll. Diesen Doppelcharakter begreift Grunenberg nur ideologisch, nicht aber aus der sozial-ökonomischen Ambivalenz der von der Proletarisierung bedrohten bzw. der bereits proletarisierten, ehemals selbständig produzierenden Handwerker. Es ist für Grunenberg schlankweg "das Industrieproletariat", das "die Konsequenz aus der mißglückten Revolution [von 1848] zog und sich selbständig organisierte" (S. 8).

So verkommt die Dialektik von Reform und Revolution in der deutschen Arbeiterbewegung, eine Dialektik, die sich in der SPD als die von bürgerlicher Oppositions-

partei und politischer Klassenorganisation des Proletariats niederschlug, zum Kampf zweier Linien, dessen Ergebnis von Grunenberg bieder begründet wird: ". . . die Erfolgsaussichten einer sozialen Reformpolitik [waren] stärker als die Anstrengungen einer revolutionären Strategie" (S. 10). Dieser Begründungsversuch erinnert an die von Rosa Luxemburg — unter Vorlage der Ollendorfschen Sprachmethode für den Selbstunterricht — bloßgelegte Denkmethode der Revisionisten: "Der Ärmel ist kurz, a b e r der Schuh ist eng. Der Vater ist groß, a b e r die Mutter hat sich schlafen gelegt."¹

Neben unsicherer Materialkenntnis und falschen theoretischen Ansätzen finden wir in diesem Vorwort durchaus zutreffende historische Einschätzungen über die Gemeinsamkeiten und Differenzen zwischen Lassalleanern und Eisenachern — wobei die entscheidende Gemeinsamkeit der Forderung nach Produktionsassoziationen unerwähnt bleibt — und über die Wiederholung der Auseinandersetzung um den 1. Mai in der Massenstreikdebatte (S. 9 ff.). Diese ihre Unsicherheit führt die Herausgeberin zu einer schwankenden Haltung nicht nur in der Einschätzung der verschiedenen Perioden und Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung zwischen 1890 und 1914, sondern auch in der unterschiedlichen Einschätzung einzelner Fakten. Resümiert sie einmal Engels' Einleitung von 1895 zu Marx' *Klassenkämpfe in Frankreich*: "Gewaltsame Aufstände (Barrikadenkämpfe) hätten in einer entfalteten kapitalistischen Gesellschaft keine Erfolgchancen mehr . . ." (S. 22), so nimmt sie zum anderen Engels gegen Kautsky in Schutz, wenn sie schreibt: "So hätte sich Engels zweifelsohne energisch dagegen verwahrt, daß die SPD die Pariser Kommune als Beweis für die historische Überholtheit der Barrikadentechnik interpretierte" (S. 36). Engels dagegen verwarf durchaus die Barrikadentechnik in einer möglichen zukünftigen Revolution — und demonstriert dies an einer bewaffneten Auseinandersetzung in Paris, die nur ein halbes Jahr vor den Kommunekämpfen lag —, nicht aber den bewaffneten Kampf schlechthin.²

Je mehr sich Grunenberg ihrem eigentlichen Gegenstand — der Massenstreikdebatte in Deutschland — nähert, je verschrobener werden ihre Ansichten: "Diese Erfolge [bei den Reichstagswahlen 1903] erklärten [?] die Abneigung der Parteioberen, die Massenstreikdebatte zu beginnen . . . Aber nach den belgischen und italienischen Streiks konnte die SPD [?] die theoretische Erörterung des Massenstreiks nicht länger beiseite schieben" (S. 23). Wir finden in diesem Zusammenhang kein Wort von den ersten Massenstreiks in Deutschland, kein Wort davon, daß die Opposition innerhalb der deutschen

1 Rosa Luxemburg, *Sozialreform oder Revolution?*, in: *Politische Schriften*, hrsg. von Ossip Flechtheim, Bd 1, Frankfurt/M. 1966, S. 96, Anmerkung.

2 Vgl. Karl Marx/Friedrich Engels, *Werke*, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Bd 22, Berlin 1963, S. 519-522.

Arbeiterbewegung selbst die Debatte begann, wie u. a. in den zahlreichen Massenversammlungen der Lokalisten im Jahre 1904, auf denen Friedeberg, noch als Mitglied der SPD, das syndikalistische Konzept des Massenstreiks entwickelte. Kein Wort also von den deutschen Ereignissen, die die Massenstreikdebatte auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß und dem Jenaer Parteitag (beide 1905) erzwungen haben. Die völlige Fehleinschätzung der Gewerkschaften, die nach Grunenberg "von politischer Theorie unberührt waren" (S. 26), wie auch ihres Verhältnisses zur Partei, gegenüber der sie sich in der geheimen Vorstandskonferenz von Februar 1906 "erneut volle Autonomie in allen Gewerkschaftsfragen" (S. 29) erkämpfen konnten, wo sie sich doch in Wirklichkeit das Primat der Gewerkschaften gegenüber der Partei in der politischen Frage des Massenstreiks verbürgen ließen, diese Fehleinschätzungen bestimmen auch die Textauswahl, die Grunenberg vorgenommen hat. Sie dokumentiert im Anhang Auszüge aus Reden und Beschlüssen von Kongressen der 2. Internationale, Parteitagen und Gewerkschaftskongressen zwischen 1900 und 1907. Die ausgewählten Aufsätze stammen entweder aus der Zeit vor der "eigentlichen" Massenstreikdebatte³ oder sind der Polemik zwischen Kautsky, Luxemburg und Pannekoek aus den Jahren 1910-1912 entnommen. Leider ist der Artikel Luxemburgs nicht abgedruckt, der die Polemik auslöste und dessen falsche Positionen bzw. Fehlinterpretationen sich Luxemburg und Kautsky in den abgedruckten Aufsätzen vorwerfen. Die *Neue Zeit* (i. e. Kautsky) hatte seinen Abdruck verweigert, er erschien daraufhin am 14. und 15. März 1910 in der *Dortmunder Arbeiterzeitung*. Aber nicht nur der Beginn der Polemik bleibt undokumentiert, sondern auch das Ende, so Kautskys *Nachgedanken* . . . , so Luxemburgs überaus wichtiger Artikel *Das Offiziösium der Theorie*.⁴

Der Titel dieser Textauswahl mußte korrekterweise lauten: *Aus Beginn und Ende der Massenstreikdebatte, zu den Differenzen zwischen Orthodoxen (Zentristen) und den Linken in der deutschen Sozialdemokratie*, denn zur "eigentlichen" Massenstreikdebatte, die konzentriert in den Jahren 1904 - 1907 zwischen den Theoretikern der verschiedenen Strömungen der deutschen Arbeiterbewegung stattfand, gehörten die entsprechenden Artikel aus der *Neuen Gesellschaft*, den *Sozialistischen Monatsheften* und der *Einigkeit*, vor allem das dort abgedruckte Stenogramm der Rede Friedebergs (1904 auch als Broschüre *Parlamentarismus und Generalstreik* veröffentlicht), zumal diese Rede mit den äußeren Anlaß zur Massenstreikdebatte auf dem Jenaer Parteitag gab, und sie sowohl in der Polemik zwischen Luxemburg und Kautsky als auch in der von Grunenberg dokumentierten Rede Bebels auf dem Jenaer Parteitag eine zentrale Rolle spielte. Da Grunenberg auch den Anspruch hat,

die "praktisch-organisatorischen . . . Formen" der Integration der SPD "darzustellen" (S. 6), hätte das anfangs geheime Protokoll jener Vorstandskonferenz zwischen Gewerkschaften und Partei im Februar 1906 unbedingt mit aufgenommen werden müssen. Freilich, über Auswahlkriterien läßt sich bis weit über einen Drucktermin hinaus streiten. Gerade deshalb müssen sie genannt und begründet und die Auswahl selbst durch entsprechende Primär- wie Sekundär-Bibliographien ergänzt werden. Für Eingeweihte ist diese Auswahl allzu mager; denjenigen, dem sie einen "Einstieg" in die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung vermitteln will, führt sie nicht weiter.

Die Hauptschuld an dieser mangelhaften Edition und dem ebenso unzureichenden Vorwort trifft nicht die Herausgeberin, sondern den Verlag. Mit der Arbeitsparole "Links ist schick" hat sich die Europäische Verlagsanstalt über den durch den Boom entstandenen akuten Mangel an Wissenschaftlern für die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hinweggesetzt und eine Herausgeberin verpflichtet, die mit dieser Aufgabe überfordert war.

Dirk H. Müller

Marxismus und Politik. Dokumente zur theoretischen Begründung revolutionärer Politik. Aufsätze aus der Marxismus-Diskussion der zwanziger und dreißiger Jahre. Redaktion Karl-Heinz Neumann. — Frankfurt/M.: Makol Verlag 1971. 501 S. = Marxismus Archiv, Bd 1. DM 18,—.

Mit diesem Band beginnt eine auf neun Bände geplante Publikationsreihe, die der Verständigung über eine der Gegenwart angemessene marxistische Strategie dienen soll. Dazu ist ein Konsensus über das Ziel der marxistischen Theorie erforderlich, das Karl-Heinz Neumann in der "editorischen Notiz" (S. 5-8) wie folgt bezeichnet: "legitimierte und bewußte Praxis der vergesellschafteten Individuen zu ermöglichen, mit anderen Worten die Chance gesamtgesellschaftlicher Lernprozesse der klassenspezifisch organisierten Menschen über ihre sozial relevanten Orientierungen in der zweiten Natur institutionell zu sichern, und zwar jenseits kapitalistischer Kontingenz und Ambiguität katastrophisch verlaufender Geschichte". Die Realisierung dieses Ziels sei nur möglich "vermöge einer intersubjektiven Grammatik entfremdeter Lebenswelten zur hermeneutischen Explikation der klassenprivilegierten Distribution von Vernunft und Unvernunft im Vergesellschaftungsprozeß. Die praktische Konsequenz ist die kommunikative Politisierung deformierter Subjektivität".

Formulierung und Inhalt dieser Sätze weisen auf die Anlehnung an die "Frankfurter Schule" hin, die ihre bisher größte Resonanz in den Jahren der antiautoritären Bewegung der sechziger Jahre fand. Die antiautoritäre Bewegung ist dementsprechend auch der politisch-historische Anknüpfungspunkt für die strategischen Überlegungen, lieferte sie doch "auf der Ebene neuer Begriffe und Strategievorschläge im Umkreis neuer Sensibilität mit subjektiven Begriffen" einen "neuen Ansatz der

3 So z. B. Parvus, *Staatsstreik und politischer Massenstreik*, in: *Neue Zeit*, Jg. 14 (1895-96), Bd 2, S. 199-206, 261-266, 304-311, 356-364, 389-395.

4 Beide Arbeiten wurden abgedruckt in: *Neue Zeit*, Jg. 31 (1912-13), Bd 2, S. 532-540, 558-568; 528-543.

Legitimität von Revolution", der sich nicht unmittelbar aus Marx'schen Gedankengängen ableitet, sondern aus der "empirischen Erfahrung leidender Subjekte". Der Neoleninismus habe diesen neuen Ansatz "in einen unausgewiesenen Revolutionsrigorismus und Organisationsfetischismus" zurückgenommen, die sich historisch herleiten aus der "Deduktion reiner Theorie" durch Berufsrevolutionäre, die sich selbst als "Repräsentanten objektiver Vernunft im historischen Prozeß" fühlten und die die heute anstehende Problematik nicht kannten. Um zu vermeiden, daß im Bereich aktueller Revolutionstheorie, die nicht vom "blinden" Begriff des Proletariats ausgehen und die Revolution nicht nur in ökonomischen Kategorien formalisieren dürfe, "bereits schon Gedachtes und Kritisiertes von der Neo-Orthodoxie in mythischer Kontinuität reproduziert wird", und um der Wiederholung von Interpretationsfehlern, die im "sozialistischen Theorienhorizont" gemacht wurden, zu entgehen, wird diese Dokumentation "weitgehend unbekannt gebliebener Theoretiker" vorgelegt. Als zentrales Thema ist das "allgemeine Verhältnis von Intelligenz und proletarischer Revolution" angegeben, als "Leitmotiv" werden die "traditionelle Bestimmung von produktiver und unproduktiver Arbeit mit historischen Beispielen aus der russischen Oktoberrevolution" und die "Problematik der bolschewistischen Kaderpartei neuen Typus organisierter intellektueller Berufsrevolutionäre" genannt. Da weder weitere Auswahlkriterien erwähnt noch die abgedruckten, in einigen Aspekten kontroversen Beiträge – etwa hinsichtlich des jeweiligen historischen kommunikativen Bezugs – kommentiert sind, ist die einzig angemessene Kritik – die an den Intentionen des Herausgebers orientierte – kaum möglich. Zu fragen wäre schon nach dem angesprochenen Leserkreis, dem u. a. folgende Autoren als "weitgehend unbekannt geblieben" vorgestellt werden: Parvus (Helphand), Max Adler, Gustav Mayer, Karl Radek, Edwin Hörnle, Georg Lukacs, Bela Kun, Josef Revai, Eugen Varga, Nikolai Bucharin, Otto Kirchheimer. Siebzehn der insgesamt achtunddreißig Beiträge stammen von diesen.

So kann die Dokumentation bisher lediglich dem an sozialistischer Theorie und Politik vage Interessierten als nützliches historisches Lesebuch zur Einführung in die bezeichneten Problemkreise empfohlen werden. Spezialisten werden den Neudruck einiger nicht überall leicht zugänglicher Publikationen begrüßen.¹ Gespannt sein darf man auf das angekündigte theoretische Bei-

heft, das diesen Dokumentationsband interpretieren soll. Im Interesse der Autoren und Leser ist zu hoffen, daß das Beiheft in einem weniger esoterisch anmutenden, mehr kommunikationsfreundlichen Stil geschrieben ist.

Arnold Sywottek

Arbeiterkontrolle, Arbeiterräte, Arbeiterselbstverwaltung. Eine Anthologie. Zusammengestellt und eingeleitet von Ernest Mandel. – Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1971. 466 S. = Theorie und Praxis der Gewerkschaften. DM 29,-.

Mandels Anthologie will "einen Gesamtüberblick über die Entwicklung der Ideen und Aktionen" geben, in denen die Arbeiter "seit fast einem Jahrhundert . . . das Kapitalverhältnis durch die Übernahme der Macht in den Betrieben" aufheben wollten bzw. aufgehoben haben, um "die organisierte Arbeiterklasse an den Arbeitsplätzen als Beherrscherin des Produktionsprozesses zu . . . setzen" (S. 9).

In der Einleitung entwickelt Mandel die Arbeiterkontrolle historisch und begrifflich aus der Tendenz des Streiks und grenzt sie gegenüber den verschiedenen Mitbestimmungsmodellen ab. Nach Mandel stellt jeder einfache Lohnstreik in seiner Konsequenz, aber auch schon in einzelnen organisatorischen Schritten wie Streikposten etc., Teile der kapitalistischen Herrschaft bzw. diese selbst in Frage (S. 11). Historisch entwickelt sich "Streik" von der Arbeitsverweigerung zur passiven und schließlich aktiven Besetzung der Fabriken, d. h. zur aktiven Inbesitznahme der Produktionsmittel durch die Arbeiter. In jedem Streik lauert nach Mandel die von Puttkamer beschworene "Hydra der Revolution" (S. 11). Die Organisation der Unterstützung "des Streiks", die Verteilung von Lebensmitteln, Kleidung und Geld an die Streikenden, Aufrechterhaltung und Kontrolle lebenswichtiger Produktionszweige, die Verbreitung von Informationen stellen einen Teil der sich entwickelnden Arbeitermacht dar (S. 12). "Wenngleich jeder große, lange und kämpferische Streik im Keim die Bildung einer ähnlichen, die Herrschaft des Kapitals in Frage stellenden Arbeitermacht enthält, so bedeutet das natürlich noch nicht, daß sich diese Ansätze jedesmal voll entwickeln. Genauer gesagt: normalerweise werden sie sich nicht entwickeln. Zwischen einer potentiellen und einer tatsächlichen Infragestellung des kapitalistischen Regimes besteht nicht nur ein Unterschied im politischen Entwicklungsgrad, im Umfang der Bewegung, ohne eine Reihe b e w u ß t e r Entscheidungen kann kein Streik das Regime in Frage stellen, kann sich kein Streikkomitee in einen Sowjet verwandeln" (S. 14 f.). Wichtigste Voraussetzung dazu sei die praktische Aufhebung der von Reformisten und 'Linksextremisten' mit jeweils umgekehrten Vorzeichen gleichermaßen verfochtenen Trennung von Tagesforderungen und Endziel durch nicht systemintegrierbare Übergangsforderungen (S. 21). "Und der Kampf um die

1 U. a. Gustav Mayer, *Der deutsche Marxismus und der Krieg*, aus: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik* 43 (1916); Karl Radek, *Die Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat*, Wien 1918; ders., *Die Lehren der russischen Revolution*, Wien 1918; Nikolai Bucharin, *Anarchismus und Wissenschaftlicher Kommunismus*, Hamburg 1918.

Arbeiterkontrolle ist das typischste Beispiel eines Kampfes für eine Übergangsforderung" (S. 22). In der Epoche der dritten industriellen Revolution habe die herkömmliche Tagesforderung um erhöhten Anteil am gesamtgesellschaftlichen Produkt ihre Bedeutung verloren. Riesenhaft erhöhtes und konzentriertes fixes Kapital und Verkürzung des Reproduktionszyklus machten exakte Kostenvorausplanung durch die Monopole und Trusts notwendig. Bei drohenden Lohnstreiks würde versucht, sie durch konzertierte Aktionen auszusteuern. Etwaige unvorhergesehene (Lohn-)Kostenerhöhungen würden durch erhöhte Arbeitsintensität und gesteigerte Inflationsrate ausgeglichen. Mächte allein schon diese Strategie "des Kapitals" den herkömmlichen Lohnkampf auf die Dauer sinnlos, so erst recht die zunehmende Integration der Gewerkschaftspolitik in dieses System der Planung (S. 22 f.). Im internationalen Rahmen habe sich während einiger Arbeitskämpfe der jüngsten Zeit "der Schwerpunkt des Klassenkampfes von den Problemen der V e r t e i l u n g des Nationaleinkommens auf Probleme der Arbeitsorganisation und der P r o d u k t i o n des Nationaleinkommens, d. h. der kapitalistischen Produktionsbeziehungen selbst" verschoben (S. 24). "Die intelligenteren Kapitalisten . . . versuchen deshalb (mit Hilfe der Gewerkschaftsapparate), diese Revolte in Richtung der Klassenzusammenarbeit und nicht in Richtung einer allgemeinen Konfrontation zwischen den Klassen zu lenken. . . . Der grundlegende Unterschied zwischen den Ideen der Mitbestimmung einerseits und dem Konzept der Arbeiterkontrolle andererseits läßt sich folgendermaßen zusammenfassen: die Arbeiterkontrolle lehnt jegliche Verantwortung der Gewerkschaften und/oder der gewählten Arbeitervertreter in der Verwaltung der Unternehmer ab. Sie verlangt ein Vetorecht der Arbeiter auf einer ganzen Reihe von Gebieten, die ihre tägliche Existenz im Betrieb oder ihre Anstellungsdauer betrifft. Die Arbeiterkontrolle lehnt jegliche Geheimhaltung, jegliche 'Öffnung der Rechnungsbücher' lediglich vor einem kleinen Gremium von sorgfältig ausgesuchten Gewerkschaftsbürokraten oder Aufsichtsratsmitgliedern ab. . . . Die Arbeiterkontrolle lehnt jegliche Institutionalisierung . . . ab, . . . denn ihre Befürworter wissen, daß eine Integration notwendigerweise ihre Entartung in ein Instrument der Klassenversöhnung . . . mit sich bringen würde" (S. 25 f.).

Konnten die zur Herrschaft kommenden Klassen früherer Epochen ihre evolutionäre ökonomische Machtergreifung im Nachhinein durch eine politische Revolution sanktionieren und absichern, so seien in der proletarischen Revolution ökonomische und politische Machtergreifung identisch. Die Identität von politischer und ökonomischer Machtergreifung der proletarischen Revolution sei widersprüchlich in ihrer praktisch-organisatorischen Dimension. Dieser Widerspruch manifestiere sich in den dezentralen ökonomischen und den zentralen politischen Kampfformen, deren Entsprechung Räte einerseits und revolutionäre Avantgarde andererseits seien (S. 15 ff.). In der sozialistischen Gesellschaft, als

dem Übergangsstadium zum Kommunismus, seien diese beiden Organisationen Ausdruck des Widerspruchs zwischen sozialistischer Markt- und Planwirtschaft. Die administrative Bevorzugung des sozialistischen Marktes und der Planwirtschaft (Jugoslawien) oder umgekehrt (UdSSR) führe zur Bürokratisierung der Gesellschaft, also nicht zu dem den Sozialismus kennzeichnenden "Absterben des Staates" (S. 41 ff.). Dagegen "muß sich die Arbeiter-selbstverwaltung als Prozeß der Aufhebung der Entfremdung in den Produktionsverhältnissen g l e i c h z e i t i g u n d a u f a l l j e n e n E b e n e n vollziehen, auf denen der Produzent weiterhin entfremdeten ökonomischen Beziehungen unterworfen ist" (S. 44). Hierin sieht Mandel den "globalen Charakter" der Rätebewegung begründet.

In der Auswahl der Texte ließ Mandel sich von zwei Erwägungen leiten: "Erstens von der Absicht, den allgemeinen Charakter der Tendenz der Arbeiter darzustellen, sich der Betriebe zu bemächtigen und die Wirtschaft sowie die Gesellschaft aufgrund der Prinzipien zu reorganisieren, die ihrem Bedürfnis nach Selbstverwaltung entsprechen; zum anderen wollen wir die Entwicklung der Theorie der Arbeiterräte skizzieren, die, einer inneren Logik entsprechend, durch die eigenen Widersprüche vorangetrieben und letzten Endes von der Entwicklung des kapitalistischen Systems selbst sowie von der eigenen Kritik an sämtlichen praktischen Erfahrungen das System zu überwinden, bestimmt wird" (S. 10).

Mandels Absicht wird durch die von ihm vorgelegte Textauswahl voll erfüllt. Er zitiert Auszüge aus Berichten und Darstellungen über die Pariser Kommune, die russischen Revolutionen von 1905 und 1917, die deutsche Revolution von 1918/19, die ungarische Revolution von 1919, über die Erfahrungen mit Räten in China von 1928 - 34, im spanischen Bürgerkrieg von 1936/37, über die Arbeiter-selbstverwaltung in Jugoslawien, über die kurzfristigen Gegenmachtoorgane während der Generalstreiks in Seattle, Winnipeg, der Streiks und Fabrikbesetzungen in Italien 1919 - 20, der Shop Steward-Bewegung in Großbritannien von 1918 - 20, über die Erfahrungen in Frankreich 1936 und 1968 (z. B. die Kommune von Nancy), über die Arbeiterräte in Ungarn 1956, Polen 1957 und der ČSSR 1968. Ergänzt und kommentiert werden die historischen Teile durch Abschnitte von Analysen von Marx, Engels, Lenin, Trotzki, Mao Tse-Tung, Sinowjew, Radek, Losowsky, Ossinskij, Bucharin, Schljapnikow, Luxemburg, Gramsci, Kautsky, Bauer, Adler, Korsch, Lukács, Ken Coates, Gorz, Gorter, Pannekoek, Marković, Mandel und anderen.

Es wäre müßig darüber zu streiten, welcher Text überflüssig ist oder welcher noch hätte aufgenommen werden können. Kritisierbar jedoch ist Mandels rein chronologisches Gliederungsprinzip, woran die Einteilung in fünf Hauptabschnitte der internationalen Arbeiterbewegung nichts ändert. Stattdessen wäre eine begriffliche Gliederung ebenso angebracht gewesen wie eine inhaltliche Qualifizierung der Texte im jeweiligen Vorspann, eine

unbedingt notwendige kurze Einführung in die jeweils konkrete nationale Situation, eine Bibliographie und ein Sachregister. Nur so wären die vielseitigen Informationen für die Leser mit unterschiedlichem Vorwissen jederzeit abrufbar, wäre die Anthologie ein Nachschlagewerk und Handbuch. Dem steht zusätzlich die skandalöse technische Verarbeitung des Buches entgegen. Verlangt dieses bei der Lektüre den dreiarmligen Leser, so danach einen Buchbinder.

Dirk H. Müller

MANSILLA, H. C. F.: Faschismus und eindimensionale Gesellschaft. – Neuwied/Berlin: Luchterhand 1971. 238 S. = Sammlung Luchterhand, Bd 18. DM 9,80.

Wie schon aus dem Titel ersichtlich, geht es dem Autor nicht nur um eine Bestimmung des Faschismus, wie er sich zwischen 1922 und 1945 in Europa ausbreitete, sondern um den Versuch, ihn in einen weiteren Zusammenhang zu stellen. In diesem Bemühen trifft er sich mit R. Kühnl, der Faschismus und Liberalismus als zwei unterschiedliche Formen gleichen Herrschaftsinhalts bezeichnet, während bei Mansilla die Gemeinsamkeit in der noch näher zu bezeichnenden Eindimensionalität der kapitalistischen Industriegesellschaft liegt. Da er – wenn auch mit veränderter Bedeutung – einen Begriff aus der Frühphase der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Faschismus aufnimmt, den "Totalitarismus", muß er unmißverständlich klarstellen, daß damit keineswegs die fälschliche Subsumtion von Faschismus und Stalinismus unter einen Oberbegriff gemeint ist, sondern "die totale Mobilisierung der Gesellschaft gegen die endgültige Befreiung des Individuums" (S. 207), die teils durch offenen physischen Terror – wie im Faschismus –, teils durch subtilere psychische Mechanismen – wie im Spätkapitalismus – erreicht wird. (Mansilla hätte aber 1971 davon ausgehen können, daß die während des Kalten Krieges eine hervorragende politische Funktion erfüllende bürgerliche Totalitarismustheorie inzwischen längst widerlegt ist.) Damit liegt in jeder kapitalistischen Gesellschaft genügend Potential für die faschistische Variante bürgerlicher Herrschaft, die aber nur dann eine Chance hat, wenn die konkrete historische Situation es erforderlich macht, das bestehende System unter Ausschaltung des Parlaments durch "Konzentration der Kräfte" über die Krise zu retten. Erst durch die Bereitschaft der Bourgeoisie, zur Sicherung ihrer Herrschaft alle liberal-demokratischen Traditionen und den eigenen Anspruch des Liberalismus fallen zu lassen und sich mit faschistischen Parteien zu verbinden, ist der 30. Januar 1933 möglich geworden (S. 125). Sauber arbeitet Mansilla den instrumentellen Charakter des Faschismus heraus, ohne daß er die offizielle Version der Komintern übernehme. Das Verhältnis von Kapitalismus und Faschismus ist nicht durch Subordination, sondern durch eine gewisse Interessenkongruenz ge-

kennzeichnet, die in Deutschland mindestens bis 1942 gedauert hat. Dabei spielen gewisse Fraktionierungen innerhalb der Großbourgeoisie – Dominanz der Schwerindustrie gegenüber der Konsumgüter- sowie chemischen und Elektroindustrie – eine untergeordnete Rolle. Der bürgerliche Begriff "Befehlswirtschaft", demzufolge letztlich sogar die Kapitalistenklasse selbst sich dem spezifischen Interesse des Faschismus unterzuordnen hatte, verschleierte, in wessen Auftrag und zu wessen Nutzen der Faschismus angetreten war. "Die Expansion der Industrie fand auf Kosten der Arbeiter und Angestellten statt, und zwar durch intensivierte Ausbeutung der abhängigen Massen" (S. 133).

Erst als im Verlauf von Hitlers Krieg eine mögliche Niederlage abzusehen war, entstanden gewisse Vorbehalte der Bourgeoisie, die es in Italien, wo die totale Erfassung der Gesellschaft nicht das Ausmaß erreicht hatte, ab 1943 für nicht mehr opportun hielt, mit Mussolini zu paktieren, während sich der deutsche Faschismus stärker von seinem ehemaligen Auftraggeber verselbständigt hatte. Ähnliches meint der Autor mit seiner etwas schwerfälligen Definition, daß das Verhältnis des Großkapitals zum faschistischen Regime aus "der Dialektik der nicht-identischen Identität zu begreifen" sei (S. 121). Die militärischen Niederlagen Italiens und Deutschlands gingen aber keineswegs mit der von den Massen ersehnten fundamentalen Neuordnung der Gesellschaftsordnung einher. Was der Faschismus mit physischem Terror bewirkte, erreicht die spätkapitalistische Industriegesellschaft mit den subtileren Mitteln der "Bewußtseinsindustrie" sowie verfeinerten sozialen Befriedigungstechniken, jedoch zu dem gleichen Zweck der Integration aller in einen einmal vorgegebenen Rahmen, zur Anerkennung von vermeintlichen Sachzwängen im Wirtschaftsprozeß, dessen Ziel nicht mehr hinterfragt werden soll.

Die Militarisierung und Brutalisierung der amerikanischen Gesellschaft, der Zuwachs des Sozialprodukts größtenteils über Investitionen im militärisch-industriellen Komplex sowie der Krieg in Vietnam zeigen, daß es dem Kapitalismus weder möglich ist, seine eigenen Probleme friedlich-ökonomisch zu lösen, noch gar eine Gesellschaft aufzubauen, die nach Maßstäben der objektiven Vernunft organisiert wäre (S. 173). Der darin manifeste Irrationalismus lasse sich nur über die Manipulation des Bewußtseins und der Bedürfnisse aufrecht erhalten und erfordere dadurch eine allumfassende Organisation der Gesellschaft in der Form, "daß die ungeheure Entwicklung von Wissenschaft und Technologie die Grenzen zwischen den verschiedensten voneinander getrennten Bereichen überspielt und in einem einzigen Prozeß von Machbarkeit und repressiver Verwaltung vereinigt hat. Sie ist eben eindimensional geworden" (S. 163).

Marxistische Kritik setzt da ein, wo Mansilla – ganz im Sinne Marcuses und die spezifischen nordamerikanischen Verhältnisse in unzulässiger Weise verallgemeinernd – zum Beispiel die Integration der Arbeiterklasse

bereits als gelungen ansieht, so daß sie als Träger einer zukünftigen Umwälzung nicht mehr in Frage komme.¹ Dieser Hypothese der Frankfurter Schule ist auch im letzten Kapitel der Mangel an einer konkreten Alternative zur Überwindung des Bestehenden zuzuschreiben, wo sich allzu leicht das objektiv Wünschenswerte, die Aufhebung irrational gewordener Produktionsverhältnisse, im leeren Raum verliert.

Hilmar Ruminiski

BÖCKELMANN, Frank: Die schlechte Aufhebung der autoritären Persönlichkeit. — Frankfurt/M.: Maki Verlag 1971. 107 S. = Marxismus Bibliothek 7. DM 6,—.

Die kleine Schrift entstammt dem Diskussionsprozeß der Gruppe 'Subversive Aktion', die 1963 als Vereinigung "organisierter Skeptiker", wie sich K.-H. Neumann im Vorwort ausdrückt, aus der Münchener SPUR-Gruppe um Dieter Kunzelmann, des deutschen Ablegers der 'Situationistischen Internationalen', hervorgegangen war. Ende 1965 fand das letzte Konzil der 'Subversiven Aktion' statt, dessen Ergebnisse sich u. a. auch in dem Aufsatz Böckelmanns niederschlugen.^{1a}

Gegenüber der Praxisferne oder -feindschaft der Kritischen Theorie des Frankfurter Stammhauses vertraten die Mitglieder der 'Subversiven Aktion' — durch die auch Dutschke ging — einen dezisionistischen und voluntaristischen Aktionismus, der mit Theoriefragmenten — bestehend aus Religionskritik, Sexualtheorie und Psychoanalyse im Gefolge Reichs sowie "frühem Marx" — notdürftig legitimiert wurde. Der Hauptmangel der meisten Stellungnahmen der 'Subversiven Aktion' — auch der vorliegenden Schrift — ist die fehlende Kenntnis der Methoden und Ergebnisse einer auf Marx fußenden Kritik der Politischen Ökonomie und eine korrespondierende Unfähigkeit, die zufälligen, partiellen Beobachtungen am Zustand der gegenwärtigen Gesellschaft in einer systematischen Analyse auf ihre sozio-ökonomischen Grundlagen zu beziehen. Emphatische Spekulation überbrückt die Lücken in der Vermittlung, so daß alle realitätsbezogen gemeinten Aussagen eher den Charakter abenteuerlicher Vermutungen und Hoffnungen haben.

Böckelmann behauptet u. a., daß die Untersuchungsergebnisse von Adorno, Fromm, Horkheimer und Nachfolgern zu den Entstehungsbedingungen und Erscheinungsformen der 'Autoritären Persönlichkeit' deshalb veraltet seien und ohne politischen Wert, weil die Sexualität ganz allgemein, insbesondere auch die prägenitale, zunehmend befreit würde; weil die Ich-schwachen Eltern das Kind keinen rigiden Versagungsanforderungen aussetzten und keinen Widerpart für tiefgreifende psychische Konflikte böten; weil schließlich vor allem die Autori-

tät des Vaters ständig abnehme. Damit seien die Bedingungen für die Genese eines strengen und starken Über-Ichs (aggressive Identifikation), das das schwache Ich in irrationalen, angsteinflößenden Autoritätsbindungen gefangen halte und auf die Bahn autoritär-masochistischer wie auch — bei entsprechender gesellschaftlich sanktionierter Gelegenheit — sadistischer Befriedigungsweisen dränge, kaum noch gegeben.

Diese Hypothesen entbehren ebenso jeder tragfähigen empirischen Basis wie die Vermutungen über die objektive Abschleifung und tendenzielle Aufhebung der Klassegegensätze im Spätkapitalismus. Der moderne Ich-Schwache zeige eine passive Asozialität, die im Durchschnitt gesellschaftlich ungefährlich sei, sowie eine grundsätzliche narzißtische Disposition. Letztere fessele ihn ausweglos an die "Droge Konsum" und ermögliche den alle Klassen und Schichten übergreifenden Frustrations-Sucht-Kreislauf. Damit sei auf ökonomische Macht und Gewalt gegründete Klassenherrschaft überflüssig geworden und löse sich allmählich auf. Statt dessen besetzten die Individuen die Gesellschaft und ihren Staat "gleichsam libidinös" (S. 66).

Sparen wir uns weitere Details: Böckelmann gelingt nicht nur der intendierte "Nachweis des Schwindens des Substrats der psychoanalytischen Begriffe" (S. 7), sondern auch der Kategorien der Kritik der Politischen Ökonomie, letztlich überhaupt einer substantiellen, ganzheitlichen Gesellschaftsanalyse und -kritik. Dies ist nur eine Konsequenz des Ansatzes, der Theoriefragmente unterschiedlichster Herkunft eklektisch mengt und mit zusammenhanglosen empirischen Beobachtungen klittert. Ein gutes Beispiel "schlechter Aufhebung" der Kritischen Theorie.

Reinhard Spree

TROTZKI, Leo: Stalin. Eine Biographie. Nach dem amerikanischen Original übersetzt von Raymond Kuhlmann. Hrsg. von Hartmut Mehlinger. 2 Bde. — Reinbek b. Hamburg: Rowohlt Verlag 1971. 298 u. 318 S. = Rowohlt Klassiker. Texte des Sozialismus und Anarchismus, Bd 283 u. 284. Jeder Bd DM 5,80.

Trotsky arbeitete an einer Stalin-Biographie, als er 1940 in Mexiko von einem Agenten Stalins ermordet wurde. Die Arbeit über den Diktator blieb unvollendet, doch der amerikanische Trotzkist Malamuth ergänzte das Manuskript (teilweise durch andere Textstellen Trotskys), und so konnte 1946 das Werk in den USA erscheinen. 1952 kam eine deutsche Übersetzung heraus, die vorliegende Arbeit ist ein fotomechanischer Nachdruck dieser Ausgabe. Allerdings hat der Herausgeber den Band verbessert, indem er Trotskys Zitate und die Fakten durch zahlreiche Anmerkungen belegte.

Trotsky's Stalin-Biographie wurde häufig als subjektiv gefärbt und vom "Haß" diktiert angegriffen. Isaac Deutscher hielt sie für Trotskys schwächstes Werk. Auch wenn der Torso unzweifelhaft Mängel aufweist, ist das

¹ Vgl. hierzu die Kontroverse Marcuse-Enzensberger in: *Kursbuch*, Bd 22, Dezember 1970.

^{1a} Zuerst veröffentlicht in: *Anschlag*, Jg. 2, H. 1, März 1966.

Buch doch eine bedeutende historische Leistung. Nach den Enthüllungen der Sowjetführer über Stalin 1956 und vor allem 1961 wird klar, wie wenig verzerrt das Bild ist, das Trotzki von Stalin zeichnete. Trotzki beschreibt recht ausführlich Stalins Werdegang zum "Berufsrevolutionär", seine Rolle in der ersten russischen Revolution von 1905 und in der folgenden Reaktionsperiode. Dabei versucht er vor allem die Stalin-Legende zu zerstören, nach der Stalin von Anfang an neben Lenin in der bolschewistischen Partei eine wesentliche Rolle gespielt habe. Noch deutlicher ist die Auseinandersetzung mit dieser Legende im zweiten Band zu finden, in dem Stalins Haltung in der Revolution von 1917 und im Bürgerkrieg analysiert wird. Schwächer geraten sind die Parteien, in denen Trotzki den Sieg seines Rivalen nach Lenins Tod beschreibt. In zwei Nachträgen untersucht er die Herrschaft der Bürokratie, die "thermidorianische Reaktion" und die damit korrespondierenden negativen Charaktereigenschaften Stalins: "Männer für privilegierte Posten auszusuchen, sie im Kastengeist aneinanderzuschweißen, die Massen zu schwächen und zu unterjochen, dafür waren Stalins Eigenschaften unschätzbar, und sie machten ihn zum Führer der bürokratischen Reaktion" (Bd 2, S. 233). Auch wenn Trotzki Stalins Biographie keineswegs alle Fragen nach der Rolle und dem Aufstieg Stalins, nach der Bedeutung des Stalinismus und der Wechselwirkung von Bürokratie und Partei beantwortet, gehört sie doch zu den Werken, die Anregungen für neue Fragestellungen geben. In diesem Sinne ist die Arbeit eine klassische Biographie Stalins, die viele spätere Versuche in den Schatten stellt.

Demgegenüber ist das Nachwort des Herausgebers etwas verwirrend. Trotzki wird "bürgerliche Kritik" vorgeworfen, die Herausgabe des deutschen Originals 1952 nur unter dem Vorzeichen des "Antikommunismus" im Kalten Krieg gesehen. Damit wird die alte Ideologie aufgewärmt, Kritik an der Sowjetunion nütze dem "Gegner", dem Kapitalismus. Der Herausgeber wendet sich zwar mit Recht gegen die These von der Zwangsläufigkeit des Stalinismus, wie sie in der kurzen Ära der Stalin-Renaissance 1970 grassierte, er deutet jedoch die Rolle Stalins weitgehend in der heute üblichen sogenannten sozio-ökonomischen Weise, d. h. in vulgärmarxistischem Sinne. Daß nach Marx die Geschichte von Menschen gemacht wird, wird dabei nicht selten übersehen, und das, obwohl etwa die negative Rolle der Person Stalins bei den Säuberungen 1936 - 1938 offensichtlich ist. Es scheint, als habe Trotzki den historischen Materialismus und die Wechselwirkung von Person und Klasse doch besser verstanden als viele seiner heutigen linken Kritiker.

Hermann Weber

STOECKER, Helmuth: *Walter Stoecker. Die Frühzeit eines deutschen Arbeiterführers, 1891 - 1920.* — Berlin: Dietz 1970. 236 S. DM 9,—.

Biographische Beiträge der marxistisch-leninistischen Historiographie in der DDR zur deutschen Arbeiterbewegung im 20. Jahrhundert sind nicht sehr zahlreich. Es existieren Darstellungen über Artur Becker, Willy Bredel, Otto Buchwitz, Hermann Duncker, Fritz Heckert, Joseph Herzfeld, Edwin Hoernle, Bernhard Koenen, Julian Marchlewski, Wilhelm Pieck, Siegfried Rädcl, Rudolf Renner, Ernst Schneller, Georg Schumann, Ernst Thälmann und Erich Weinert; die Liste derer, die bisher unbeachtet geblieben sind, ist um ein Vielfaches länger. Es soll hier nicht entschieden werden, ob die Ursachen in dem Mangel an politischer Attraktivität oder in dem Mangel an geeignetem Quellenmaterial liegen. Die Biographie von Helmuth Stoecker über seinen Vater ist daher besonders willkommen. Sie beruht auf der Habilitationsschrift H. Stoeckers aus dem Jahre 1963, die als "Beitrag zu einer Biographie" konzipiert ist. Die Berechtigung, eine Biographie über seinen Vater zu schreiben, sieht der Verfasser nicht nur "in der Bedeutung Walter Stoeckers als einer der führenden Funktionäre der kommunistischen Partei Deutschlands in den Jahren der Weimarer Republik", sondern auch darin, daß Stoeckers Leben und Kampf bis 1920 "als charakteristisch für den Weg vieler junger revolutionärer Sozialdemokraten gelten kann, der von der sozialistischen Arbeiterjugendbewegung über die USPD zur KPD führte" (S. 5).

Sehr plastisch wirkt die Darstellung der Jahre 1914 - 1918/19: Kriegszeit, Lazarettaufenthalt, Revolutionszeit. Besonders das Kapitel über Stoeckers Wirken in Köln und Elberfeld 1918/19 ist ein informativer Beitrag zur lokalen Revolutionsgeschichte. Sobald sich der Autor aber nicht mehr auf die Briefe Walter Stoeckers an seine Braut (und spätere Frau) Elfriede Bayley stützen kann, verliert die Darstellung an Spannung und Aussagekraft. Das gilt besonders für die beiden letzten Kapitel über den März-Parteitag und die preußische Landesversammlung 1919 sowie über den Kampf um den Anschluß an die 3. Internationale und die Vereinigung mit der KPD 1919 - 1920.

Helmuth Stoecker wäre gut beraten, wenn er die Biographie fortsetzen würde, die ein wesentlicher Beitrag zur Geschichte der KPD bis 1933 werden könnte. Formal wirkt das Buch schwer erschließbar, da Personen-, Orts- und Sachregister fehlen. Inhaltlich überwiegt die kritiklose Bewunderung.

Ulrich Kluge

WHEELER, Robert F.: *The Independent Social Democratic Party and the Internationals. An Examination of Socialist Internationalism in Germany 1915 to 1923.* — Ph. D., University of Pittsburgh 1970. 828 S. = University Microfilms No. 71-14,489.

Man hat im Zusammenhang mit der Geschichte der sozialistischen Internationale wiederholt und, wie die wenigen Untersuchungen dieser Art zeigen, mit Recht die Forderung erhoben, über die Analyse der internationalen Kongresse und der Entscheidungen der obersten Instanzen hinaus vorzudringen, um die wirkliche Bedeutung der internationalen sozialistischen Zusammenschlüsse und der mit ihnen verknüpften Probleme zu erfassen. Die Dissertation von Robert F. Wheeler kommt diesem Wunsch in sehr umfassender Weise nach. Sie untersucht in außerordentlich detaillierter Form die Diskussion um die Internationale nicht nur in den führenden Gremien der USPD und unter ihren führenden Mitgliedern, sondern auch auf der Ebene der regionalen Parteiorganisationen und der Parteimitgliedschaft. Dazu wurden neben den gedruckten Quellen alle erreichbaren amtlichen und sozialistischen Archive innerhalb und außerhalb Deutschlands, die Material über das Thema der Arbeit enthalten, herangezogen und die gesamte regionale Presse der USPD ausgewertet.

Die USPD bot sich dem Verfasser aus zwei Gründen für eine solche Untersuchung an. Erstens ermöglicht sie aufgrund ihrer dezentralisierten Struktur und der relativ großen Autonomie ihrer Presse ein Studium auch der Haltung der "Basis" der Partei zur Internationale. Zweitens war die USPD eine der bedeutendsten Parteien für die internationalen Bewegungen zwischen 1915 und 1923, zugleich wurde die Frage der Internationale in der USPD seit dem Sommer 1919 zum entscheidenden Punkt für das Schicksal der Partei: Die Auseinandersetzung um die Haltung zur 3. Internationale führte die USPD, die trotz ihrer Heterogenität in allen wichtigen Fragen der Parteipolitik zu einem Konsensus gekommen war, im Herbst 1920 zur Spaltung und damit, unmittelbar nach ihrem Aufstieg zur zweitstärksten Partei Deutschlands, zum Untergang. Auf den Jahren 1919 und 1920 liegt daher auch das Schwerpunkt der Untersuchung. Die Zeit davor und danach wird nur im Überblick dargestellt.

Nach einem einleitenden Kapitel über die Kriegszeit wird im 2. Kapitel die Haltung der drei USPD-Mitglieder des Rates der Volksbeauftragten zur Frage der Beziehungen zu Rußland, dann in den Kapiteln 3 bis 6 die Rolle der USPD beim Wiederaufbau der 2. Internationale behandelt. Auf diese Kapitel, die über den eigentlichen Bereich des Themas hinausgehen, sei hier besonders wegen der interessanten Aufschlüsse über die Politik des Rates der Volksbeauftragten und die ersten Nachkriegskonferenzen der 2. Internationale (Bern, Amsterdam, Luzern) hingewiesen. Für die USPD selbst ist hervorzuheben, daß sich hier sehr stark die westliche Orientierung ihres alten Kerns zeigt, der den

Anschluß an die westeuropäische Arbeiterbewegung suchte und bewahren wollte und die Reorganisation der 2. Internationale auf mehr revolutionärer Basis, eventuell unter Ausschluß der eindeutig reformistischen Gruppen, erstrebte. Wheeler weist jedoch nach, daß diese Haltung nicht im Einklang mit der Mehrheit der USPD stand, die schon zu dieser Zeit die Zusammenarbeit mit Moskau wollte und im Bereich der Internationale eine Politik verlangte, die auf die Verwirklichung dieses Zieles gerichtet war. Bestärkt wurde sie dabei durch die Inaktivität und die reformistische und anti-kommunistische Orientierung der 2. Internationale.

Seit dem Sommer 1919 rückte die Frage der Internationale, die bis dahin nur wenig Interesse hervorgerufen hatte, mehr und mehr in den Mittelpunkt der Parteidiskussion, und zwar nur noch als Frage nach der Form des Anschlusses an die Komintern. Der linke Flügel unter Stoecker verlangte den sofortigen Eintritt, der rechte unter Crispian forderte Vorverhandlungen, in denen die Autonomie der USPD in der Festsetzung ihrer politischen Taktik gesichert werden mußte. Wheeler macht bei der Analyse der Diskussion von Mitte 1919 bis Mitte 1920 deutlich, daß die Extreme durchaus nicht so weit auseinanderlagen, daß ein Bruch erfolgen mußte. Bei einer weniger aggressiven und unkonzilianten Haltung Lenins wäre es durchaus denkbar gewesen, daß die ganze USPD oder doch der größte Teil von ihr in die 3. Internationale eingetreten wäre. Diese Möglichkeit machten die 21 Bedingungen des 2. Kongresses der 3. Internationale zunichte. Sie führten noch in Moskau zum offenen Konflikt zwischen Stoecker und Däumig einerseits und Crispian und Dittmann andererseits. Dem Bruch in der Parteiführung folgte im Verlauf weniger Wochen die Spaltung in der ganzen Partei.

Die Darstellung der Spaltung auf den verschiedenen Parteebenen und die Analyse der Wahl der Delegierten für den Parteitag in Halle, die direkt von den Parteimitgliedern vorgenommen wurde und einer Abstimmung derselben über die 21 Bedingungen gleichkam, ist der beste Teil des Buches. Dabei wird deutlich, daß die Spaltung nicht einfach nach rechtem oder linkem Flügel erfolgte. Auch ein großer Teil der früheren Befürworter des Eintritts in die 3. Internationale stimmte gegen die 21 Bedingungen, und ein weiterer Teil prominenter alter USPD-Mitglieder, der in Halle für die 3. Internationale votierte, schloß sich 1921 wieder der USPD an. Zweitens weist Wheeler einen deutlichen Unterschied in der Entscheidung der Parteibürokratie und der Parteimitgliedschaft nach: die erste stimmte in ihrer Mehrheit gegen, die zweite für die 21 Bedingungen, wobei sich feststellen läßt, daß für die Parteifunktionäre der Inhalt der 21 Bedingungen ausschlaggebend war, für die breite Parteianhängerschaft dagegen der Wunsch nach der Union mit Moskau, der um so stärker wurde, je deutlicher sich das Fehlschlagen der revolutionären Hoffnungen in Deutschland zeigte. Der Verfasser hat darüber hinaus versucht, Kriterien für die jeweiligen Entscheidungen zu

finden, und hebt dabei besonders die Generationsfrage heraus. Für Moskau votierte – auf allen Ebenen der Partei – vor allem die Generation unter 36 Jahren. Weiter sieht er einen direkten Zusammenhang der Abstimmung mit der politischen Stellung der USPD in den einzelnen Bezirken. Die Gebiete, in denen die USPD eine relativ feste politische Stellung innehatte, stimmten zumeist gegen die 21 Bedingungen. Schließlich scheint auch ein Zusammenhang mit der sozio-ökonomischen Struktur zu bestehen.

Im vorhergehenden ist Wheelers Arbeit vor allem unter dem Aspekt der Geschichte der USPD gewürdigt worden. Sie ist darüber hinaus ein wichtiger Beitrag zur Geschichte der drei Internationalen, besonders der 2 1/2-Internationale. Die Dissertation weist in der jetzt vorliegenden Form noch Unvollkommenheiten auf. Es ist zu wünschen, daß für den Druck eine Überarbeitung vor allem im Sinne einer stärkeren Zusammenfassung und Konzentration und eventuell auch eine mehr detaillierte Einordnung in die Gesamtgeschichte der USPD erfolgt.

Agnes Blänsdorf

Das Kabinett Scheidemann, 13. Februar bis 20. Juni 1919. Bearb. von Hagen Schulze. – Boppard/Rh.: Harald Boldt Verlag 1971. LXVII, 554 S. = Akten der Reichskanzlei. Weimarer Republik. Hrsg. für die Historische Kommission bei der Bayerischen Akademie der Wissenschaften von Karl Dietrich Erdmann, für das Bundesarchiv von Wolfgang Mommsen unter Mitwirkung von Walter Vogel. DM 60,-.

Verständlicherweise hat sich bisher die Geschichtswissenschaft in der Erforschung der Weimarer Zeit weit stärker auf deren Endphase als auf ihren Beginn konzentriert. Die vorliegende Aktenpublikation ist hervorragend geeignet, diese Einseitigkeit auszugleichen und die Aufmerksamkeit auf die innen- und außenpolitischen Ausgangspositionen der ersten deutschen Republik zu lenken.

Hauptbestandteil dieser Edition sind die Protokolle der Kabinettsitzungen, die – soweit vorhanden – insgesamt veröffentlicht wurden. Allerdings fehlen die Protokolle für den Zeitraum vom 13. Februar bis zum 11. März 1919. Nach den Ermittlungen des Bearbeiters müssen sie als verloren gelten, falls sie überhaupt existierten, was angesichts der provisorischen Zustände in Weimar, wo die Regierung bis zum 13. März tagte, nicht mit Sicherheit angenommen werden kann. Auch für die letzte Woche der Amtszeit des Kabinetts Scheidemann, die unter dem Druck der Entscheidung über die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages stand – 14. bis 21. Juni 1919 –, bestehen keine Protokolle seiner Sitzungen, was daran liegen mag, daß sie keinen formellen Charakter hatten und darum nicht amtlich protokolliert wurden. Diese Lückenhaftigkeit, sowohl im Protokollbestand als auch in den im Bundesarchiv Koblenz

überhaupt vorhandenen Akten der Reichskanzlei für die Zeit des ersten Kabinetts von Weimar, veranlaßte die Editoren, Dokumente auch aus anderen Beständen einzufügen, wobei die im Zentralarchiv Potsdam und vermutlich auch im Institut für Marxismus-Leninismus des ZK der SED in Ost-Berlin befindlichen leider nicht zur Verfügung standen. Der Entschluß, sich nicht starr an das Provenienzprinzip zu halten, ist begrüßenswert. Denn gerade diese ergänzenden Dokumente – insbesondere die Aufzeichnungen und Schreiben Brockdorff-Rantzau, Groenens und Wissells, die sich in Nachlässen befinden – sind für die Tätigkeit, Kräftekonstellation und Problematik der Regierung Scheidemann ungemein aufschlußreich.

Will man die Grundentscheidungen charakterisieren, vor denen die "Weimarer Koalition" (Mehrheitssozialdemokratie, Zentrum und Deutsche Demokratische Partei), die die Regierung der Volksbeauftragten ablöste, stand, so zeichnen sich einige große Problemkreise ab: die bürgerkriegsähnlichen Nachwehen der Revolution, von manchen Historikern unserer Tage auch die zweite Revolutionswelle genannt; die Wahrung der "Einheit des Reiches", wie es im zeitgenössischen Sprachgebrauch hieß; der verfassungsmäßige und tatsächliche Aufbau der jungen Republik; die Beziehungen zu den neu entstandenen Nachbarstaaten des Reichs; und schließlich die durch den Waffenstillstand bereits geschaffenen und vom Friedensvertrag zu erwartenden Bedingungen, von denen die Gegenwart und die Zukunft Deutschlands weitgehend abhing. Die hier angedeuteten Vorgänge und die Stellungnahme der Regierung spiegeln sich in der vorliegenden Edition in unterschiedlichem Maße wider. Eindeutiges Übergewicht haben die Friedensfragen. Wie Hagen Schulze einleitend feststellt, beziehen sich von den 450 Tagesordnungspunkten der abgedruckten Kabinettsprotokolle 170 auf den Frieden. Hinzu kommt, daß auch in den ergänzenden Dokumenten diese Frage naturgemäß eine herausragende Rolle spielt. Breiten Raum nimmt auch die Problematik der deutschen Ostprovinzen ein und, damit zusammenhängend, das Verhältnis zu Polen und die deutsche Politik in den sogenannten Randstaaten. Hingegen fehlt in den Kabinettsprotokollen jegliche Erwähnung der Beziehungen zu Österreich, auch den Dokumenten lassen sich keine Anzeichen eines Anschlußwillens seitens der deutschen Regierung entnehmen. Mit dem Verlust von Elsaß-Lothringen scheint sie sich zu dieser Zeit faktisch abgefunden zu haben, wenn auch in ihren "Richtlinien für die deutschen Friedensunterhändler" vom 21. April 1919 eine Volksabstimmung in ganz Elsaß-Lothringen gefordert wird. In den Erörterungen der Kriegsschuldfrage verdient die Haltung des Ministers ohne Portefeuille Eduard David (SPD) besondere Beachtung – seine Apologie Deutschlands, die er während des Krieges mit solchem Eifer betrieben hatte, war mindestens einer großen Skepsis gewichen. Von größter innerer Dramatik sind die Dokumente, in denen sich das Ringen um die richtige Haltung nach Übergabe der Frie-

densbedingungen niederschlägt. In aller Deutlichkeit zeigen sie, daß die Meinungsverschiedenheiten in dieser Frage quer durch die Koalitionsparteien gingen und daß auch bei den Länderregierungen die Standpunkte weit stärker regional als parteipolitisch bestimmt waren.

In der Innenpolitik jener Monate hing alles davon ab, ob es der Regierung gelingen würde, der Streikbewegung Herr zu werden. Der Ende April als Ergebnis einer Kabinettsberatung aufgestellte Katalog läßt weitgehendes Verständnis dafür erkennen, daß dazu auch positive Maßnahmen gehörten wie Verbilligung von Lebensmitteln, Sozialisierung, Beteiligung des Reichs und der Arbeiter an Unternehmensgewinnen (der letztgenannte Vorschlag stammte vom DDP-Finanzminister Dernburg!). Die fundamentale innenpolitische Schwäche dieser Regierung lag aber gerade im Mangel eines einheitlichen, realistischen Wirtschaftskonzepts, durch das die aufgewühlte Arbeiterschaft hätte gewonnen werden können. Der Wirtschaftsminister Rudolf Wissell (SPD) und dessen parteipolitisch nicht festgelegter Unterstaatssekretär Wichard von Moellendorff plädierten leidenschaftlich und mit idealistischem Schwung für eine dirigistische "Gemeinwirtschaft" mit korporativen Zügen; damit stießen sie jedoch auf Ablehnung sowohl bei ihren sozialdemokratischen Kollegen, die sich darauf beriefen, daß diese Konzeption im Erfurter Programm keine Grundlage besitze (die jedoch selber keine Anstrengungen unternahmen, die dort vorgesehene Vergesellschaftung der Produktionsmittel in die Wege zu leiten), als auch bei den DDP-Koalitionspartnern, die für eine Liberalisierung der Wirtschaft eintraten. Die Dokumente, die diese Auseinandersetzungen wiedergeben, gehören zu den wichtigsten dieser Edition. Kaum Aufschlüsse finden sich in ihr jedoch über Fragen der Finanzpolitik. Die Verfassungsarbeit hat das Kabinett offensichtlich nur insofern beschäftigt, als sie die Problematik der Rätebewegung berührte.

Untersucht man die Spannungen, die innerhalb dieser ersten auf parlamentarischer Grundlage zustande gekommenen Regierung Deutschlands herrschten, so stellt man mit Überraschung fest, daß sie keineswegs primär auf der parteipolitischen Bindung ihrer Mitglieder beruhten. Auf den bereits erwähnten Konflikt Wissells trifft diese Feststellung ebenso zu wie auf die Animosität zwischen dem parteilosen Reichsaußenminister Graf Brockdorff-Rantzau und dem Zentrumsmanne Matthias Erzberger (Minister ohne Portefeuille, Vorsitzender der deutschen Waffenstillstandskommission), über dessen "niederträchtige Intrigen" sich der Graf in seinen Aufzeichnungen bitter ausläßt. Daß von allen Kabinettsmitgliedern offenbar nur Brockdorff-Rantzau das Vertrauen der USPD genoß, sei nebenbei bemerkt. Vergeblich fragt man, ob und wie der Regierungschef angesichts dieser inneren Zerrissenheit Gegensätze auszugleichen und der Reichspolitik eine Direktive zu geben suchte — Reichsministerpräsident Scheidemann tritt sozusagen nicht in Erscheinung. Bei den Kabinettsprotokollen läßt sich das bis zu einem gewissen Grad aus ihrem Charakter als zumeist

reine Beschlußprotokolle mit nur dürftiger Erwähnung einzelner Sprecher erklären; aber auch in keinem der Ergänzungsdokumente zeichnet sich die Haltung Scheidemanns, geschweige denn eine etwaige Führungsrolle ab. Kein Wunder, daß Ebert am Tag von Scheidemanns Rücktritt äußerte (bezeichnenderweise in einem Gespräch mit Groener), er selber werde sich in Zukunft mehr um die Geschäfte kümmern, denn es müsse "strammer regiert werden", um "endlich im Innern Ruhe und Ordnung" zu schaffen. Zweifellos war der Mann, dem Ebert diese Leistung mehr als jedem anderen Parteigenossen zutraute, Gustav Noske, zu dessen Absetzung nach dem Kapp-Putsch Scheidemann mit beigetragen hat. Aber solange Scheidemann Noskes Chef war, läßt sich kein Bemühen feststellen, Noskes brutale Methoden, "Ruhe und Ordnung" wieder herzustellen, zu kontrollieren oder gar entschieden zurückzuweisen. Soweit in diesem Band das Verhältnis zwischen Regierung und Militär dokumentiert wird, erweist sich Scheidemann den Offizieren gegenüber nicht weniger vertrauensselig als sein Kollege, den diese Haltung ein Jahr später seine politische Karriere kostete.

Die Edition zeichnet sich nicht nur durch die Auswahl der Dokumente, bei der aus der Not der Lückenhaftigkeit der Bestände eine Tugend der Vielfalt pertinenter Quellen gemacht wurde, und eine übersichtliche, ausgewogen interpretierende Einleitung aus. Auch ihr ausführlicher Anmerkungsapparat, der notwendige und wichtige Erläuterungen und Ergänzungen bringt, läßt kaum Wünsche offen.

Susanne Miller

SYWOTTEK, Arnold: Deutsche Volksdemokratie. Studien zur politischen Konzeption der KPD 1935-1946. — Düsseldorf: Bertelsmann Universitätsverlag 1971. 297 S. = Studien zur modernen Geschichte, Bd 1. Hrsg. von Fritz Fischer, Klaus-Detlev Grothusen, Günter Moltmann. DM 34,—.

Mit dieser Untersuchung der Entwicklung der kommunistischen Volksfront- und Volksdemokratiekonzeptionen liegt jetzt ein erster publizierter Versuch vor, einen wichtigen Aspekt der KPD-Geschichte während der Illegalitätsperiode der Partei unter Hitler und der Phase vom Mai 1945 bis zur Gründung der SED im darauffolgenden Jahr kohärent darzustellen. Die von Fritz Fischer betreute Hamburger Dissertation Sywotteks will damit zur Klärung "sowjetisch-kommunistischer" Motive in den Auseinandersetzungen um die Neugestaltung Deutschlands nach 1945 beitragen. Die Darstellung einzelner Entwicklungsetappen der KPD-Programmatik, die sich bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges vor allem auf die Fragen konzentrierte, wie der Sturz des Faschismus zu erreichen sei und wie die politische Ordnung Deutschlands nach dem Ende der NS-Diktatur

zu gestalten sei, soll Aufschluß geben über Tendenzen kommunistischen Handelns im Nachkriegsdeutschland. Angesichts der schwierigen Quellenlage bei der Analyse von Entscheidungsprozessen sowjetischer und KP-Politik bietet sich dieser Weg an. Die Untersuchung soll zudem die Behauptung der DDR-Historiographie überprüfen, derzufolge es im untersuchten Zeitraum eine kontinuierliche Entwicklung kommunistischer Politik von der KPD zur SED gab, und sie soll schließlich eine kritische Stellungnahme zu der "westlichen" These ermöglichen, daß die KPD von Zielsetzungen der sowjetischen Staats- und Parteiführung vollkommen abhängig gewesen sei.

Die Konzeptionsveränderungen der illegalen KPD(-Führung) in ihrer eigentlichen Volksfrontperiode, den Jahren 1935 - 1939, sind Untersuchungsgegenstand des ersten Teils der Arbeit. Als Ursache für den grundsätzlichen Wandel der Kominternstrategie, der 1934/35 den neuen Volksfront-Kurs in die Wege leitete, sieht Sywottek – wie eine Reihe von Autoren vor ihm – außenpolitische Interessen der Sowjetunion. Der vom VII. Kominternkongreß sanktionierte Kurswechsel von einer antisozialdemokratischen, gegen wirkliche Einheitsfrontpolitik gerichteten Grundeinstellung zu dem Versuch der temporären Zusammenarbeit mit der konkurrierenden Arbeiterpartei, mit sozialistischen Gruppen und partiell auch mit bürgerlich-demokratischen Parteien im Zeichen des Antifaschismus sollte sich gegen Hitlerdeutschland als damaligem Hauptkontrahenten der UdSSR richten.

Während der Verfasser hier und auch für einzelne Abschnitte in der Folgezeit den Einfluß sowjetischer außenpolitischer Zielsetzungen auf die Ausrichtung der Komintern- und damit auch der KPD-Strategie nicht verkennt, geht er andererseits doch davon aus, daß der Führung der damaligen deutschen KP die Möglichkeit für selbständiges, nicht unbedingt mit der Komintern- oder Sowjetführung koordiniertes Handeln geblieben sei. Dabei habe "die politisch organisierte Arbeitnehmerschaft mit ihren speziellen Zielen . . . stets konstituierende Funktion im Kalkül der kommunistischen Konzeption gehabt" (S. 107). Von daher sieht Sywottek die Veränderungen in der Volksfrontstrategie der KPD in den Jahren 1936 - 1939 größtenteils als Reflex auf das Verhalten der möglichen innenpolitischen Partner der Kommunisten. Ob die KPD zum Beispiel in einem angestrebten Volksfrontbündnis eine Führungsrolle beanspruchte oder nicht, wie ihre "Demokratisierungs"- und Sozialisierungsforderungen für eine erste Phase nach Hitlers Sturz aussahen, ist für den Verfasser somit eine Frage der strategischen Konsequenzen, die die Partei aus eigener Analyse ihrer politischen Möglichkeiten in Deutschland zog.

Um die tatsächlichen Grenzen zu bestimmen, innerhalb derer selbständiges Agieren der KPD in der Periode der "stalinisierten" Komintern überhaupt noch möglich war, hätte Sywottek – etwa in ähnlicher Weise, wie es Thomas Weingartner für die vorausgehende Zeitspanne

in einer ausgezeichneten Studie getan hat¹ – die verschiedenen Ebenen sowjetisch-kommunistischen Handelns, die der UdSSR-Außenpolitik, der Komintern und ihrer wichtigsten Sektionen und der deutschen KP jeweils parallel untersuchen und miteinander in Beziehung setzen müssen. Dann wäre beispielsweise deutlicher geworden, daß zwischen den sehr weitgehenden KP-Angeboten an die SPD sowie dem Zurückstecken sozialrevolutionärer Ziele etwa zur Jahresmitte 1936 und den gleichzeitigen intensiven sowjetischen Bündnisbemühungen um England und Frankreich ebenso Interdependenzen bestanden, wie zwischen der Formulierung eines Führungsanspruchs der Arbeiterklasse in den Jahren 1938/39 und der zunehmenden Tendenz der UdSSR zunächst in Richtung auf eine zweigleisige Außenpolitik, später das Bündnis mit Hitler.

Abgesehen davon, daß die zuwenig ausgeprägte Analyse der Genesis konzeptioneller KPD-Aussagen mitunter zu falschen Schlüssen führt, impliziert die Darstellungsweise Sywotteks die Gefahr eines bloßen Referierens kommunistischer Programmserklärungen, Aufrufe und anderer Publikationen. Seine "immanent-kritische" Methode scheint es dem Verfasser dabei zu erlauben, eine große Anzahl ausführlicher Zitate sozusagen für sich selbst sprechen zu lassen.

Diese Kritik trifft den zweiten Teil des Buches in weitaus geringerem Maße. Die letztlich dominierende Rolle der Interessen und Zielsetzungen des sowjetischen Staates bei der Herausbildung der kommunistischen Strategie für ein Nachkriegsdeutschland tritt zutage bei der Untersuchung der Rolle deutscher Kriegsgefangenenorganisationen in der Sowjetunion und der schrittweisen Formulierung einer besonderen Version von "Bündnis"-vorstellungen, die einzelne Elemente der Konzeption der dreißiger Jahre übernahm. Die in den letzten Kriegsjahren entstandene Volksdemokratiekonzeption enthielt vor allem Richtlinien, die den Führungsanspruch der KPD und ihr Verbleiben in einer neuen Exekutive sichern, in einer Übergangsphase nur beschränkte Sozialisierungsmaßnahmen vorsehen und die außenpolitische Bindung des neuen deutschen Staates an die Sowjetunion garantieren sollten. Ein solches Programm, das ursprünglich für ganz Deutschland vorgesehen war, konnte allerdings nur in der von sowjetischen Truppen besetzten Zone Deutschlands realisiert werden. Ohne Kenntnis der von Sywottek untersuchten Vorläufer dieses Programms, die der KPD bei dessen Formulierung als "Orientierungsmodelle" dienen konnten, ist eine Analyse der sowjetisch-kommunistischen Politik im Nachkriegsdeutschland nicht möglich.

Rainer Holzer

1 Thomas Weingartner, *Stalin und der Aufstieg Hitlers. Die Deutschlandpolitik der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale 1929 - 1934*, Berlin 1970. (Besprechung in IWK 14, S. 89 ff.)

STRUVE, Günter: **Kampf um die Mehrheit. Die Wahlkampagne der SPD 1965.** — Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1971. 204 S. DM 18,—.

Die vorliegende Arbeit ist eine durch und durch unanalytische, weitgehend oberflächlich deskriptive Abhandlung zu den Wahlkampf Bemühungen der SPD 1961 und vor allem 1965. Wenn die Veröffentlichung überhaupt einen Sinn hat, so vorwiegend den, als Quellenbeleg dafür zu dienen, auf welches niedrige programmatische Spannungs- und Qualitätsniveau die SPD sich in den 60er Jahren mit Rücksicht auf die Wahlen zu begeben bereit war, ohne daß in irgendeiner Weise zureichend erwiesen wäre, daß dieses Herabbeugen zur dogmatisierten "öffentlichen Meinung" (s. das Referat von Klaus Schütz auf dem Karlsruher Parteitag von 1964) tatsächlich die Steigerung der Erfolgsprozente gebracht hätte. Eindeutig erkennbar ist nur ein mindestens vorübergehender Legitimitätsverlust der Partei als einer Aggregations- und Artikulationsinstanz von bestimmten Interessen, ein Verlust, der sich vor allem während der Zeit der großen Koalition und bis heute auswirkte. Eindeutig ist darüber hinaus die Herausbildung eines Hyperpragmatismus, dem selbst das Programm der inneren Reformen bestenfalls auf technologische Anpassungen sich reduziert. Nicht ohne Grund stießen und stoßen die munterer gewordenen Jungsozialisten auf so viel Unverständnis, das sich keineswegs nur aus ihren manchmal zu pauschalen Aussagen und ihrer manchmal zu versponnenen Taktik erklärt.

Günter Struves Position ist eindeutig die eines *post-Godesberger* Pragmatikers (dem die Quintessenz des Godesberger Programms in seiner jeweiligen Opportunität aufgeht), für den die Funktion der Partei fast ausschließlich im Grad des errungenen Wahlerfolgs besteht. Ein Zitat mag diese durchgehend zum Ausdruck kommende Position kurz umreißen: "Das Grundkonzept der SPD-Politik seit 1959 und auch der akute Wahlkampf von 1965 entsprachen im großen und ganzen den gegebenen, historischen, psychologischen, wirtschaftlichen und personellen Notwendigkeiten." Das Ziel Struves mag folgendes Zitat belegen: "Wenn über Wahlkämpfe und ihre Wirkung diskutiert wird, so sollten dazu möglichst viele politische Voraussetzungen untersucht und Werbemittel bewertet werden. Es muß dabei vor allem um deren funktionelle Beziehung zum Gesamtunternehmen 'Wahlerfolg' gehen."

Wer freilich eine Art Systemanalyse des Wahlerfolgs, seiner Hindernisse, seiner Voraussetzungen, seiner Möglichkeiten, seiner differenziert zu berechnenden "Kosten" (programmatisher, praktischer und nicht primär finanzieller Art) erwartet hätte, wird von dem Buch enttäuscht, aus dem — abgesehen vom oben angesprochenen Quellenbefund — fast nichts Neues zu erfahren ist, wenn auch nicht unerwähnt bleiben soll, daß der Verfasser belesen ist und belegfreudig Zitate verwendet. Bei Struve trifft man auf die häufig begegnende *ex post*-Beurteilung, die

charakteristisch ist für die Perspektive derjenigen, die bedauern, daß die SPD den Abstand zur CDU im Wirtschaftsprogramm 1947/48 noch nicht überwunden hatte, oder man trifft auf die gleichfalls pauschalisierte Rechtfertigung der "Volkspartei" SPD, ohne wiederum Sinn und Grenze dieses Parteitypus in irgendeiner Weise zu erläutern. Dabei geht es hier nicht darum, die Vagheit und den Wortradikalismus des damaligen Wirtschaftsprogramms oder die Problematik der späteren "nationalen" Position zu verteidigen, es soll nur in den Blick kommen, was die "rechten" Mitglieder und Sympathisanten der SPD nicht mehr wahrnehmen, daß eine sozialdemokratische Partei durchaus denkbar ist, der die gegenwärtige Struktur der letztlich privat organisierten Ökonomie nicht erste unbefragte Ausgangsprämisse ist, um ganz vorsichtig zu argumentieren.

Die besten Teile der Studie bestehen in der allerdings wiederum oberflächlichen Herausarbeitung der Differenzen des Wahlkampfstiles zwischen 1961 und 1965. Struve gibt hierbei in der Gesamtbeurteilung den "linken" Kritikern bis zu einem gewissen Grade recht, indem er darlegt, daß selbst unter der Perspektive des Wahlerfolgs das mangelnde Programmprofil, der Blumenkorbstil des Wahlkampfes und der damit verbundene Mangel zur Motivation der Wähler, nun SPD zu wählen, Mitursache für den relativ geringen Wahlerfolg gewesen seien. Obwohl der Verfasser eingangs vor der Überschätzung der Meinungsbefragung warnt, stützt er sich doch ausschließlich auf ihre Daten. Da der Arbeit die Analyse fehlt, sowohl die des spezifischen Erfolges als auch die der spezifischen Verluste, lassen sich daraus auch keinerlei Folgerungen entnehmen. Diese Feststellung gilt selbst für die Einzelheiten des Wahlkampfstils, der zu isoliert und gleichzeitig zu wenig präzise behandelt worden ist.

Alles in allem ein überflüssiges Buch !

Wolf-Dieter Narr

BEIER, Gerhard: **Ost-West-Vorurteile in der Politischen Bildung. Methodisch-didaktisches Modell über die Aufarbeitung von Vorurteilen.** — Frankfurt/M.: Europäische Verlagsanstalt 1971. 211 S. = Theorie und Geschichte der Politischen Bildung. DM 10,—.

Als "komplexer Faktor des Bewußtseins, der sich in einer fehlgesteuerten prozessualen Entwicklung befindet", gelten Vorurteile als resistent gegenüber Erfahrungen und vernünftigen Überlegungen. Sie verhindern in vielen Bereichen zwischenmenschlicher Beziehungen die rationale Urteilsbildung und rationales Verhalten. Vorurteile sind stets in einem weiteren Sinne politisch; zu politischen Vorurteilen im engeren Sinne gehören insbesondere die virulenten und manifesten Einstellungen zu anderen Völkern. Es ist daher zu begrüßen, daß Gerhard Beier sich dieses in der Politischen Bildung bisher kaum beachteten Themas angenommen hat. Das von ihm vorgelegte Modell des Abbaus von Vorurteilen am

Beispiel der Beziehungen zwischen Russen und Deutschen ist darüber hinaus von allgemeinem Wert. Der Autor sieht in seiner Arbeit einen "Beitrag zur Friedenspädagogik" und hofft, daß unter dem Einfluß der neuen Ostpolitik der Bundesregierung und ihres weiten positiven Echos in der Presse objektive Voraussetzungen einer erfolgreichen Aufarbeitung und Überwindung des anti-östlichen Vorurteilssyndroms gegeben sind.

Beier geht von zentralen Inhalten der Vorurteile zwischen Russen und Deutschen, DDR und BRD aus. Er legt in einem theoretischen Teil Methoden und Ergebnisse der psychoanalytischen, sozialpsychologischen, soziologischen und informationswissenschaftlichen Forschung sowie bisher entwickelte pädagogische Konzeptionen dar, um darauf aufbauend sein Modell zu entwickeln. Eine ausführlichere und komplexere Behandlung der psychologischen und soziologischen Mechanismen des Vorurteilssyndroms wäre wünschenswert, weil dadurch grundlegende Einsichten als Voraussetzung zur Überwindung von Stereotypen und Ressentiments für Lehrer und ihre Adressaten zu vermitteln wären. Der ausführliche Materialteil bietet zwar Ansätze, ersetzt jedoch nicht die fehlende systematische Durchdringung und Strukturierung.

Im zweiten Teil, in dem Beier die Planung beschreibt, wird die Dominanz methodischer Überlegungen deutlich. Damit hebt er sich von vielen anderen Autoren ab, bei denen als negatives Erbe der geisteswissenschaftlichen Didaktik inhaltliche Probleme und die Strukturierung von Inhalten auf Lernziele hin vorherrschen, Methoden zur Initiierung von Lernprozessen aber kaum reflektiert werden. Beier jedoch verfällt ins andere Extrem und wird von mancher Seite den Vorwurf des 'technologischen Arrangements' erhalten. Denn wenn Vorurteile abgebaut werden und rationale, sachlich fundierte Urteile an ihre Stelle treten sollen, gehört gründliche Information über den Gegenstand, hier über das russische Volk und sein sozioökonomisches und politisches System, dazu. Collagentechnik, Schaubilder, Montagen, politische Karikaturen, audiovisuelle Medien reichen nicht aus. Die Beschäftigung mit der russischen Weltliteratur dient zwar der Erarbeitung von Kenntnissen und Einsichten, doch warnt der Autor davor, daß "dickleibige Romane oder auszugsweise bedruckte Papierfahnen" die Teilnehmer "überanstrengen", und empfiehlt statt dessen kabarettistische Schallplatten. Die Vielfalt des methodischen Angebots dieser Arbeit, das auf sozialpsychologischen und besonders gruppendynamischen Erkenntnissen basiert, bietet Möglichkeiten, bei unterschiedlichsten Lerngruppen erfolgreiche Lernprozesse zu erzielen. Mehr als bei anderen Themen kann ein die psychischen Bedingungen der Teilnehmer nicht berücksichtigendes Vorgehen eher zum Gegenteil, zur Verfestigung oder zum Transfer vorhandener Vorurteile auf ein anderes Objekt, als zur Korrektur und Überwindung führen.

Es ist dem Autor gelungen, ein interessantes, dynamisches methodisch-didaktisches Modell zu entwickeln, und es wäre erfreulich, wenn weitere Beiträge dieser Art zur politischen Bildung folgten.

Ingrid Thienel

WEBER, Hermann und Fred OLDENBURG: **25 Jahre SED. Chronik einer Partei.** — Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1971. 204 S. DM 9,80.

WEBER, Hermann: **Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, 1946 - 1971.** — Hannover: Verlag für Literatur und Zeitgeschehen 1971. 220 S. DM 10,—.

Die von Oldenburg zusammengestellte Chronik ist für die Jahre 1946 - 1963 weitgehend identisch mit dem 3. Band der *Chronik der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, Berlin 1967. Außerdem liefern die in der DDR erschienenen Chroniken *Vom Werden unseres Staates*, Band 1-3, und *Deutsche Geschichte in Daten* sowie die von Paul Reichelt verfaßte zweibändige *Deutsche Chronik 1945 - 1970. Daten und Fakten aus beiden Teilen Deutschlands* die gleichen Informationen. Die Arbeit ist somit keineswegs originell. Ihr Mangel ist, daß sie sich fast ausschließlich auf die SED beschränkt und die staatliche Entwicklung nur am Rande berücksichtigt. Die Quellen sind nicht belegt.

Die von Weber verfasste, jeweils etwa 40 bzw. 50 Seiten umfassende Einleitung ist trotz anderer Gliederung inhaltlich identisch, somit erübrigt sich eine getrennte Besprechung. Beide Bände enthalten das Kapitel über die Rolle der SED als "Staatspartei" der DDR. Hier zeigt sich ein beachtliches Durcheinander von Darstellung und Wertung: Die sozialökonomische Umwälzung, die in der DDR stattgefunden hat, wird teilweise anerkennend gelobt — zum Beispiel Beseitigung alter Hierarchien und überholter Klassenstrukturen, "soziale Errungenschaften" im Bildungswesen und Wiederaufbau der Städte ohne Hemmnisse der Bodenspekulation —, zugleich aber wird die Führungsrolle der SED in diesem Prozeß immer wieder negativ heruntergespielt. Dabei ist besonders absurd, daß Weber andererseits die Hegemonie der SED in allen Bereichen der Politik, Wirtschaft und Gesellschaft hervorhebt; er kommt aber stets zu dem Schluß, daß aller "Fortschritt" trotz dieser Tatsachen verwirklicht worden wäre.

Die in der heutigen DDR-Forschung weit verbreiteten Grundthesen finden sich auch bei Weber wieder: Um die kapitalistische Wirtschaft in der Bundesrepublik mit der sozialistischen in der DDR vergleichbar zu machen, wird die fragwürdige Abstraktion von der "modernen Industriegesellschaft" als scheinbar systemneutraler Begriff benutzt. Ferner wird ein Widerspruch konstruiert zwischen der neuen privilegierten Schicht der Partei-, Staats- und Wirtschaftsfunktionäre und der Masse der arbeitenden Bevölkerung. In seiner Rezension beider Weber-Texte kritisiert Hans-Werner Pahl, daß Weber einen zusätzlichen

gesellschaftlichen Widerspruch zwischen der SED und den Wissenschaftlern konstruiert und die Möglichkeiten einer "intellektuellen Opposition" somit falsch einschätzt.¹ Relativ neu ist eine von Weber entdeckte "Neutralisierung" weiter Teile der DDR-Bevölkerung im Sinne des "sogenannten 'unpolitischen' Menschen". Dieser unpolitische DDR-Bürger sei das Gegenteil des von der SED propagierten, aber letztlich nicht erwünschten, weil der SED-Herrschaft im Wege stehenden "neuen Menschen".

In dem von Weber geschriebenen zweiten Band korrespondiert der Text mit den dort abgedruckten Dokumenten, was die Aussagekraft des Buches erhöht. Der Text ist hier umfangreicher und detaillierter gegliedert. Neben einem historischen Abriss zur Geschichte der SED werden u. a. Programm und Ideologie, Struktur und Führung, die Deutschlandpolitik und die Auseinandersetzungen im Weltkommunismus behandelt. Diesem Schema entspricht die Auswahl der Dokumente, obwohl zum Beispiel zur Deutschlandpolitik auch Dokumente im Abschnitt zur Parteigeschichte enthalten sind.

Neben den Dokumenten enthält der Band eine Aufstellung über die Parteitage und Konferenzen der SED, die Führungsgremien seit 1946 sowie Kurzbiographien der Mitglieder und Kandidaten des Politbüros. Die Literaturhinweise sind recht ausführlich.

Für Kenner der Materie im Bereich der DDR-Forschung und der Geschichte der Arbeiterbewegung bringen die beiden Bände weder etwas Neues noch etwas Wesentliches. Chroniken mit gleichem bzw. weitergehendem Informationsgehalt existieren bereits; die meist nur auszugsweise dargebotenen Dokumente sind für die wissenschaftliche Arbeit wertlos und zum großen Teil anderweitig längst vollständig publiziert. Webers Thesen über "Stalinismus", "Entstalinisierung" und "Neostalinismus" sind hinlänglich bekannt, und die Auseinandersetzung zum wiederholten Male erübrigt sich.²

Als einführende Lektüre für interessierte Nichtfachleute, zur allgemeinen Kurzinformation, werden beide Bücher, zumal mit Hilfe staatlicher Subventionen, durchaus ein breiteres Publikum finden und in Schulen, Volkshochschulen, Informationsreihen usw. benutzt werden.

Bernd Niedbalski

NETTLAU, Max: *La Première Internationale en Espagne, 1868 - 1888*. Révision des textes, traductions, introduction, notes, appendices, tableaux et cartes aux soins de Renée Lamberet. 2 Bde. — Dordrecht: D. Reidel 1969. XXVII, 683 S. Tableaux et cartes. Hfl. 185,—.

Actas de los Consejos y Comisión federal de la región española, 1870 - 1874. Transcripción y estudio preliminar por Carlos Secco Serrano. Tomo I: Consejos I, II, III. Tomo II: Comisión federal. — Barcelona: Facultad de Filosofía y Letras, Universidad de Barcelona 1970. LXXI, 403 u. 345 S. = Colección de documentos para el estudio de los movimientos obreros en España en la época contemporánea. Asociación internacional de los trabajadores. 600 Pesetas.

In letzter Zeit ist das Interesse an Geschichte und Ideologie des Anarchismus neu erwacht. Einen außerordentlich wichtigen Beitrag zu dieser Thematik wie überhaupt zur Geschichte der Ersten Internationale und der Arbeiterbewegung in Spanien stellt die obengenannte Publikation des Anarchismusforschers Max Nettlau (1865 - 1944) aus dem Jahre 1928 dar. "Aufgrund von vielen Dokumenten, aber vieles andere Material ist noch einzufügen", hat Nettlau damals auf sein Manuskript geschrieben, das heute im Nettlau-Nachlaß im Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam aufbewahrt wird. Die Bearbeiterin des Manuskripts, Renée Lamberet, die bereits eine Bibliographie über die spanische Arbeiterbewegung erstellt hat, erhob diesen Satz Nettlaus zum Motto ihrer Edition. In der Tat gewinnt man aus dieser Bemerkung den richtigen Eindruck von Nettlaus Buch und seinen Arbeitsmethoden. Nettlau war kein gewöhnlicher Historiker. Er nannte sich selber "Bearbeiter historischer sozialistischer Materials, Sammler derartiger Dokumente und Druckwerke". Seine Bücher sind alle schwer zu lesen; man ertrinkt förmlich in der Flut "derartiger Dokumente . . .", Namen, Fakten, Personen, Zeitungen usw. Nettlau hat immer vor schnellen Schlußfolgerungen, vor der Dogmatisierung von Hypothesen gewarnt; er selbst gibt nur vorsichtig und oft im Text versteckt seine eigenen Ansichten wieder. Die marxistische Geschichtsauffassung lehnte er ab.

Für den Historiker sind Nettlaus Bücher eine Fundgrube. Sie enthalten eine ungeheure Menge an Informationen, die er Quellen entnommen hat, von denen viele heute als verloren gelten müssen. Jeder Historiker, der sich gegenwärtig mit der spanischen Arbeiterbewegung des 19. Jahrhunderts beschäftigt, kommt nicht umhin, Nettlaus Buch heranzuziehen. Einer — Cassimiro Martí — hat das Manuskript vorher auch tatsächlich für seine Studie *Los orígenes del anarquismo en Barcelona*, Barcelona 1959, benutzt. Nettlau hat Spanien (Katalonien) zwischen 1926 und 1936 häufig besucht und sein Manuskript von 1928 erweitert; er war mit vielen alten Kämpfern der anarchistischen Bewegung befreundet und hatte Zugang zu ihren privaten Sammlungen und Archiven.

1 Vgl. *Deutschland-Archiv*, Jg. 1971, H. 12, S. 1324 ff.

2 Vgl. Hermann Weber, *Wandlung des deutschen Kommunismus — Ideologie oder Realität?*, in: a. a. O., Jg. 1971, H. 10, S. 1050 ff., sowie die Auseinandersetzung mit Webers Thesen von Karl Hermann Tjaden und eine Erwiderung Webers darauf, in: a. a. O., Jg. 1971, H. 12, S. 1260 ff.

Die spanische Arbeiterbewegung ist bis zum Ende des Bürgerkriegs (1936 - 1939) immer die wichtigste der anarchistischen und später anarchosyndikalistischen Bewegungen geblieben. Sie ist überhaupt eine der interessantesten Bewegungen in der Geschichte des Sozialismus gewesen. Zur Zeit der Ersten Internationale (IAA) war die spanische Sektion mit bis zu 50 000 Mitgliedern die größte. Nach einem Besuch von Bakunins Freund, dem Italiener Fanelli, 1869 gegründet, existierte die "spanische Föderation der IAA" bis 1881. Von der Spaltung der Internationale 1872 wurde sie nur wenig, von der Auflösung des Marxschen Zweiges der IAA überhaupt nicht berührt. 1874 in die Illegalität getrieben, geriet sie zwar in eine schwierige Lage, ging jedoch nicht unter und war immer in der Lage, Spanien auf internationalen Kongressen zu vertreten.

Der Sturz Casanovas ermöglichte es ihr, die Illegalität zu verlassen. Der Kongreß von Barcelona im September 1881 sah das Ende der spanischen Föderation und die Geburt der Landesföderation der spanischen Arbeiter faktisch und auch statutarisch die Fortführung der Internationale. Die Neugründung bedeutete nicht das Ende der Geheimorganisationen, die schon innerhalb der Föderation existiert hatten (Alianzisten, Freunde von Bakunins Alliance) und in insurrektioneller Geheimarbeit die wichtigste Möglichkeit sahen, die soziale Revolution tatsächlich vorzubereiten. Diese Spannungen innerhalb der Organisation hatten nicht zuletzt soziale Ursachen — im Gegensatz zu den Industriearbeitern Kataloniens gab es für die Landarbeiter Andalusens nur einen Ausweg: den Aufstand — und führten auch zu Spannungen zwischen dem Federalkomitee und den Lokalorganisationen mit ihrer Autonomie.

1888 entstanden aus der Föderation der Arbeiter zwei neue Organisationen, beide auf der Grundlage anarchistischer Organisationskonzepte: vollständiger lokaler Autonomie und Initiative. Es waren dies:

- 1) die spanische Föderation zum Widerstand gegen das Kapital, die *alle* Arbeiter auf der Basis ihrer ökonomischen Lage und des ökonomischen Kampfes organisieren wollte und somit als Vorläuferin der späteren anarcho-syndikalistischen Gewerkschaftsbewegung (CNT) zu betrachten ist;
- 2) die Anarchistische Organisation Spaniens mit ideologischer Zielsetzung und Anarchisten vielerlei Nuancen umfassend. Es fand — so Nettlau — nicht eine Liquidierung statt, sondern eine Teilung von Funktionen, eine Kontinuität auf neuer Basis ("c'était toujours l'Internationale"), verbessert durch die Erfahrungen der Jahre 1870 - 1888. Nettlau untersucht also vor allem die innere Geschichte der Bewegung, die Entwicklung der Organisation, ideologische Auffassungen und Stellungnahmen.

Das Werk gibt einen Einblick in die soziale Zusammensetzung der Organisation und ermöglichte es der Bearbeiterin René Lamberet, zwei hervorragende Karten sowie eine Reihe von Tafeln zusammenzustellen, die alle loka-

len Organisationen, ihre Repräsentation auf den Kongressen usw. verdeutlichen. Schon die Erste Internationale hatte ihren größten Anhang in Katalonien (Textilarbeiter), unter den Landarbeitern Andalusens und im Levant (Valencia, Alcoy), wo dann auch später die Anarcho-Syndikalisten immer am stärksten waren.

Zu den Quellen, die Nettlau seinerzeit benutzt hat, gehören auch die erhalten gebliebenen Protokollbücher des Nationalkomitees der spanischen Sektion der Ersten Internationale. Diese Akten, die in der nach dem Bürgerkrieg jahrzehntelang geschlossenen, aber seit fünf Jahren wieder geöffneten Biblioteca pública Arús in Barcelona aufbewahrt werden, sind jetzt von Professor C. Secco Serrano, Ordinarius in Barcelona, veröffentlicht worden. Auch diese Publikation stellt einen äußerst interessanten Beitrag zur Erforschung der Geschichte der Arbeiterbewegung dar. Professor Serrano hat die Akten zwar ohne Anmerkungsapparat, jedoch mit einer 69 Seiten langen und wichtigen Einleitung publiziert. Darin betont er die Bedeutung der Akten für die Bewußtseinsbildung (toma de conciencia) der spanischen Arbeiterklasse, die ideologische Entwicklung der Organisation, die spanische Bewegung als Fokus der internationalen anarchistischen Propaganda und ihren Wert als Quelle für die Kenntnis der Lebensumstände der spanischen Arbeiterklasse. Darüber hinaus ist hinzuweisen auf die Fülle von Informationen über die lokalen Organisationen, die sich in den Akten finden, sowie auf die Tatsache, daß — speziell in den ersten Jahren — bedeutenden internationalen Ereignissen in den Akten wenig Beachtung geschenkt wurde. So wurde Paris zur Zeit der Kommune nicht einmal erwähnt!

Rudolf de Jong

BRAUNTHAL, Julius: *Geschichte der Internationale*. Bd. III. — Hannover: Dietz Nachf. 1971. 723 S. DM 78,—.

Sozialismus als "optimistischer Glaube . . . an die Regenerationsfähigkeit der Menschheit, an ihre Entwicklung zu immer höheren Stufen der Zivilisation", als Glaube, der "im Marxismus . . . seine theoretische Grundlage fand"; Sozialismus als "Vision", die "sozialen und ökonomischen Notwendigkeiten" entsprang und "seit einem halben Jahrhundert im Prozeß ihrer Materialisierung" ist, und zwar "in einem Drittel der Welt unter den Formen kommunistischer Herrschaftssysteme und in einem weiteren Drittel unter Systemen der sozialen Demokratie"; Sozialismus mithin als "vorherrschende Tendenz in der Entwicklung eines neuen Zeitalters der Menschheit" (S. 595) — in diesen Wendungen aus dem Fazit sind Dimensionen und Betrachtungsweisen von Braunthals *Geschichte der Internationale* angedeutet. Der dritte, abschließende Band seines großangelegten Versuchs, "die Geschichte des ersten Jahrhunderts der modernen Bewegung des Sozialismus zumindest in ihren Umrissen darzustellen" (S. 565), behandelt ihre Entwicklung — von einigen Rückgriffen abgesehen — seit der Auflösung der Kommunistischen Internationale (1943). Ursprünglich sollte das Werk mit dem hundertsten Ge-

burtstag der Ersten Internationale im September 1964 enden. Doch erschien es dem Autor "nicht gut möglich", die "Revolution" und "Konterrevolution" in der ČSSR 1968, Ereignisse "von größter Bedeutung für die Geschichte des Sozialismus", unerörtert zu lassen (S. 11); war der "Prager Frühling" doch "der erste, im vollen Bewußtsein seiner Tragweite unternommene Versuch einer regierenden kommunistischen Partei . . . , durch einen Umbau der politischen Struktur des Staates die Idee der Freiheit und der Autonomie des Volkes in der Konzeption des Sozialismus zu realisieren" (S. 497).

Braunthals marxistische Auffassung, daß "der Übergang alter Gesellschaftsformen in neue ein krisenhafter, von schwersten Rückschlägen immer wieder unterbrochener Prozeß" (S. 497) ist, spiegelt sich in der Konzeption dieses Bandes. Mit gleichsam exemplarisch-pointierendem Verfahren zeichnet er, überwiegend gestützt auf publizierte Materialien und wissenschaftliche Literatur, historisch-politische Konfliktsituationen nach, die Strukturen und Programme sozialistischer Bewegungen in jeweils nationalem Rahmen bis heute prägen. Im Gegensatz zu den beiden ersten Bänden widmet er den Internationalen als Organisationen vergleichsweise wenig Raum, eine Akzentuierung, die auf das relativ geringe Gewicht dieser Institutionen in den vergangenen fünfundzwanzig Jahren schließen läßt.

Die ersten beiden Teile des Bandes befassen sich vorwiegend mit der Entwicklung sozialistischer und kommunistischer Parteien in Europa von der Endphase des Zweiten Weltkriegs bis zu Beginn der fünfziger Jahre. Einem Abriss der kurzen Geschichte des Weltgewerkschaftsbundes bis zu seiner Spaltung (1948) folgen Abschnitte über das Verhältnis zwischen kommunistischen und sozialistischen Parteien in Frankreich, Italien, Deutschland, Polen, Griechenland, in den Balkanstaaten und der ČSR vor dem weltpolitischen Hintergrund des sich zuspitzenden Kalten Krieges. Braunthal sieht diesen primär als politischen Interessenkonflikt zwischen den Großmächten Sowjetunion und USA. Dabei sei für die Entwicklung der sozialistischen Bewegung das entscheidende Ereignis der Prager Putsch von 1948 gewesen. Bis zu diesem Zeitpunkt sei es "undenkbar" gewesen, "daß die Sozialdemokratie eine gegen die Sowjetunion gerichtete Allianz mit dem kapitalistischen Amerika unterstützen könnte" (S. 233 f.). Solche Beurteilungen mögen aus nationaler Perspektive jeweils ebenso zu differenzieren sein wie seine Feststellung, daß die westeuropäischen Kommunisten bei Kriegsende "die Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft nicht mehr durch die 'Diktatur des Proletariats' sondern, wie die Sozialdemokraten, auf dem Wege der parlamentarischen Demokratie" erstrebten (S. 580). Unstreitig ist, daß "die Verteidigung der Demokratie gegen die Gefahr ihrer Zerstörung durch die Sowjetunion . . . nunmehr zum wesentlichen Inhalt der Politik der Sozialistischen Internationale geworden" war (S. 228). Die Sozialdemokratie, die bis dahin nach Braunthal "die Sowjetunion

stets als die Macht betrachtet . . . hatte, die als erste und einzige in der Welt den Kapitalismus tatsächlich aufgehoben und die Bedingungen für die Entwicklung des Sozialismus geschaffen hatte" (ebd.), sprach jetzt den kommunistischen Parteien das Recht ab, sich auf sozialistische Traditionen zu berufen. Die eingangs zitierten Ausführungen über den Umfang der sozialistischen Ziele verfolgenden Systeme können als partielle Distanzierung Braunthals von Auffassungen aus jenen Jahren gewertet werden, in denen er Sekretär der Sozialistischen Internationale (SI) war (1951 - 1957).

Ihr Entstehen aus der 1946 konstituierten COMISCO (Committee of International Socialist Conferences) hat der Autor nachgezeichnet, einen Bericht über ihre Arbeitsweise "als ein Forum des Meinungsaustausches der sozialistischen Parteien und als Organ ihrer gemeinsamen Politik" (S. 235) jedoch ebenso ausgespart wie eine empirische Untersuchung der Strategie und Taktik der in ihr vor allem vertretenen sozialdemokratischen Parteien West-, Süd-, und Nordeuropas. Lediglich Hauptelemente ihrer gemeinsamen Ideologie und Programmatik werden bei der Analyse der von allen Gründungsorganisationen in einem einjährig-jährigen Diskussionsprozeß erarbeiteten "Ziele und Aufgaben des Sozialismus" von 1951 erörtert. Ferner werden gelegentlich Stellungnahmen der SI zur Stützung der Interpretation der sowjetischen Politik verwandt.

Der dritte Teil des Bandes ist der Auseinandersetzung zwischen "Sozialismus und Kommunismus in Asien" gewidmet. Nach einem kurzen Rückblick auf die Diskussion der Kolonialfrage in der II. und III. Internationale behandelt er die Geschichte kommunistischer und sozialistischer Parteipolitik in der Türkei, in Indien, Birma, Ceylon, Nepal, Indonesien, Japan, China und Israel. Dabei werden die unterschiedlichen Motivationen und Begründungen sozialistischer Programmatik im Zusammenhang der jeweils spezifischen soziokulturellen Traditionen dargestellt und jeweils auf die besondere national-emanzipatorische Ausrichtung und antikolonialistische Funktion der sozialistischen Parteien hingewiesen.

Ein kurzes Kapitel berichtet über Entstehung und Programm der Sozialistischen Konferenz Asiens, die – unabhängig von der SI, ihr jedoch "statuarisch eng verbunden" (S. 430) – "die jungen keimenden Parteien" Asiens "mit der Ideologie des demokratischen Sozialismus vertraut" machte (S. 435). Politische Krisen in einzelnen Ländern, ausgelöst nicht zuletzt durch sich an sowjetischen Richtlinien orientierende kommunistische Parteien, beeinträchtigten die Handlungsfähigkeit der sozialdemokratischen Organisationen und setzten der 1953 konstituierten Konferenz 1960 ein Ende. Als internationales Repräsentationsgremium des Demokratischen Sozialismus auch für diese Region blieb allein die SI, die bereits 1952 die Gefahr registrierte, lediglich eine "westliche" oder "weiße" Internationale zu werden.

Der vierte Teil des Bandes befaßt sich unter dem Titel "Die moralische Krise des Kommunismus" mit Auseinandersetzungen innerhalb des kommunistischen Herrschaftsbereichs. Anknüpfend an die bereits im ersten Teil erörterte Gründung des KOMINFORM als sowjetisch-kommunistische Reaktion auf die Truman-Doktrin und den Marshall-Plan schildert Braunthal dann den sowjetisch-jugoslawischen Konflikt, den Aufstand in der DDR 1953, die innersowjetische Entwicklung nach Stalins Tod 1953 - 1956, die Aufstände in Polen und Ungarn 1956, die Demokratisierungsbestrebungen in der ČSSR 1968 und die darauf folgende militärische Intervention der Staaten des Warschauer Pakts, ferner den sowjetisch-chinesischen Konflikt. Die sowjetische Haltung bei allen diesen Vorgängen erklärt Braunthal primär mit dem Interesse der sowjetischen Führer, nach außen hin die "führende Rolle [der Sowjetunion] im 'sozialistischen Weltsystem' und ihre Großmachtsstellung in der kapitalistischen Welt" (S. 560) nicht zu gefährden und nach innen hin das "System eines bürokratischen Machtstaates", eines "perfekten Absolutismus", das sich nach der Herausbildung der materiellen Grundlagen des Sozialismus dort erhalten hat, zu verewigen (S. 543). Eine "Völkserhebung" zur Umgestaltung dieses Systems "wäre tragisch"; lediglich durch eine "Revolution von oben" . . . , wie sie sich in der Tschechoslowakei ereignet hatte" (S. 592), könnte der Sozialismus in der Sowjetunion seiner Verwirklichung nähergebracht werden. Zugleich würden damit Impulse zugunsten der Förderung der sozialistischen Bewegung im Weltmaßstab gegeben, ähnlich denen, die nach 1917 von der russischen Revolution ausgingen.

Solche Mutmaßungen gehören bereits zur Bestandsaufnahme und Prognose, die Braunthal im letzten Teil des Bandes unter der Überschrift: "Zwischenbilanz des ersten Jahrhunderts", "Schicksale einer Vision" gibt. Nach einer Zusammenfassung, die zugleich eine akzentuierte Übersicht über die programmatische Entwicklung der westeuropäischen Sozialdemokratie seit Beginn der fünfziger Jahre bietet, stellt der Autor fest: "Die kommunistische Revolution blieb unvollendet, denn das Wesen der sozialistischen Idee blieb noch unerfüllt. Und die sozialdemokratische Revolution in den Ländern des Westens, der graduelle Prozeß der Umwandlung des kapitalistischen Staates in den sozialen Wohlfahrtsstaat, ist nicht mehr als eine einleitende Phase der Entwicklung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung" (S. 594). Die Prognose, daß sich die Menschheit, um ihrer Selbstzerstörung durch einen neuen Weltkrieg zu entgehen, eine neue Bestimmung setzt, die nur die "Neugestaltung der menschlichen Gesellschaft in einer sozialistischen Weltgemeinschaft" sein könne, erscheint Braunthal selbst einerseits gewagt, doch andererseits für "marxistische Sozialisten die logische Konsequenz ihrer Auffassung des weltgeschichtlichen Prozesses" (S. 595). Sozialistische Politik heute freilich, wie der Verfasser an anderen Stellen registriert, ist durch die

Dogmatisierung des Marxismus zur kommunistischen Staatsdoktrin einer Großmacht einerseits und durch die "völlige Abkehr vom Marxismus" bei den demokratischen Sozialisten in kapitalistischen Staaten andererseits gekennzeichnet (S. 581).

Braunthal weist selbst auf einige Lücken in seinem Bericht über die Ausbreitung sozialistischer Ideen hin. Es fehlen Überblicke über die sozialistische und kommunistische Bewegung in Zentral- und Südamerika und Afrika. Ferner sei insgesamt den organisatorisch-strukturellen Aspekten zu wenig Aufmerksamkeit gewidmet worden. Angesichts der kaum einem übergeordneten Prinzip allein zuzuordnenden Einzelentwicklungen wiegen solche Mängel nicht schwer. Seine bearbeiteten Themen hat Braunthal klar abgegrenzt, und die jeweils den einzelnen Kapiteln zugeordneten Abschnitte des Literaturverzeichnisses geben genügend Hinweise zur weiterführenden Orientierung. Mit den im Anhang abgedruckten programmatischen Dokumenten aus der in diesem Band behandelten Geschichte der sozialistischen Bewegungen, den statistischen Übersichten über deren Mitglieder- und Wählerzahl gegen Ende der sechziger Jahre und den Verzeichnissen der Präsidenten und Sekretäre sowie der Kongresse und Konferenzen der Internationalen 1864 - 1964 liegt ein äußerst nützliches einführendes sozial- und parteihistorisches Handbuch vor, das bisher ohne Konkurrenz ist.

Arnold Sywottek

SCHÜLLER, Richard, Alfred KURELLA und R. CHITAROW: *Geschichte der Kommunistischen Jugendinternationale*. 3 Bde. — München: Trikont Verlag 1970 (Reprint). XIX, 224. 253. 240 S. Jeder Bd DM 7,80.

Es ist ein großes Verdienst des Trikont Verlags München und der beiden Herausgeber L. v. Werder und R. Wolff, die 1929 - 1931 erstmals veröffentlichte *Geschichte der Kommunistischen Jugendinternationale* von Richard Schüller, Alfred Kurella und R. Chitarow durch einen fotomechanischen Nachdruck einem größeren Publikum von wissenschaftlich wie politisch Interessierten wieder zugänglich zu machen. Die Einleitung der Herausgeber befriedigt allerdings nicht ganz. Sie ist zu knapp aufgefallen und nicht frei von Mängeln. Über die wenig sorgfältige Redigierung dieser 12 einführenden Seiten und über den ungebräuchlichen, in der Sache eher verwirrenden denn klärenden Terminus "Wohnzellen" (S. III f.) könnte man hinwegsehen. Man mag ebenso den Hinweis für trivial halten, daß es 1919 - 1921 die Bezeichnung "KPdSU" (S. III) noch nicht gab und auch nicht geben konnte, da die Sowjetunion erst Ende 1922 gebildet wurde — die Partei Lenins hieß vorher "Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki)", abgekürzt "RKP(B)". Sachlich viel zu undifferenziert ist jedenfalls die pauschale Behauptung der Herausgeber, daß die Periode von 1921 - 1928 durch die "offene Stabilisierung des Kapitalismus" gekennzeichnet gewesen

sei (S. IV). Ganz abgesehen davon, daß dies selbst in der Zeit von 1924 bis 1928 nicht für alle kapitalistischen Länder zutraf (z. B. nicht für Österreich), ist diese Einschätzung – zeitlich gesehen – bis zum Ende des Krisenjahres 1923 zumindest für Polen und Bulgarien, vor allem aber für *D e u t s c h l a n d* ganz offensichtlich falsch. Eine derart simplifizierende These kann nicht allein im wissenschaftlichen, sondern auch im politischen Sinne so desorientierend wirken, daß sie auch nicht durch eventuelle Raumknappheit zu rechtfertigen wäre. Übrigens ist es auch unrichtig, daß sich die KJI erst 1921 der KI unterordnete (S. VIII); sie hat das vielmehr schon seit ihrer Gründung im November 1919 getan. 1921 ging es um die Unterstellung der kommunistischen Jugendorganisationen jedes einzelnen Landes unter die politische Linie der jeweiligen kommunistischen Parteien. Dieser Unterschied ist in Anbetracht der damaligen relativen Pluralität der Meinungen und Tendenzen im Weltkommunismus keineswegs völlig irrelevant.

Jedoch hat man die Möglichkeit, mit Hilfe des Textes von Schüller, Kurella und Chitarow diese Irrtümer selbst zu korrigieren – wenn auch der partiell apologetische Bericht der drei KJI-Autoren den Leser im Einzelfalle darin sogar noch bestärken mag, etwa was die Bedeutung des Jahres 1923 betrifft. Die von der Leitung der KJI autorisierten Verfasser hatten allen Grund zu verschleiern, daß die Gleichschaltung der kommunistischen Jugendverbände im Jahre 1921 deren Handlungsfähigkeit im Krisenjahr 1923 beeinträchtigt hat (das zahlenmäßige Anschwellen des KJVD in diesem Jahr wäre kein zureichendes Gegenargument!). Doch ist das durchaus nicht der einzige Fall, in dem die "zentristische Parteilichkeit" (S. X) der Darstellung Kurellas und Chitarows (für Schüllers Bericht würde der Rezensent eher von "Objektivität unter Wahrung des Klassenstandpunkts" sprechen), auf die von den Herausgebern sehr zu Recht aufmerksam gemacht wird, den Blick des Lesers trüben kann. Die Lage und die Einstellung der KI, der KPdSU(B) und der KPD um 1930 hat die Art der Darstellung offensichtlich beeinflusst – Chitarow vertritt sogar ausdrücklich die unsinnige und verhängnisvolle Sozialfaschismus-These. Darum ist den beiden Herausgebern nicht allein für jene treffende Charakterisierung einer Haupttendenz des dreibändigen Werkes, sondern auch für die am Ende ihrer Einleitung gegebenen zusätzlichen bibliographischen Angaben zu danken.

Unter dem Vorbehalt, daß man einem für KJI-Schulungszwecke geschriebenen Werk "wissenschaftliche Objektivität" (was immer das sein mag) gerechterweise nicht abfordern kann, ist der Bericht Schüllers, Kurellas und Chitarows als eine höchst interessante und materialreiche Darstellung der Geschichte der KJI bis 1928 sowie als informativer Abriss der Entwicklung der sozialistischen Jugendorganisationen von ihren Anfängen in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis zum Jahre 1919 zu bewerten. Die von Schüller verfaßte "Vorgeschichte" der KJI nimmt den gesamten ersten Band und damit mehr als ein Drittel der Gesamtdarstellung ein, der von Kurella geschriebene zweite Band reicht bis zum Abschluß des zweiten Weltkongresses der KJI im Sommer 1921. Dank der zahlreichen, zum Teil ausführlichen Zitate im Text und der umfangreichen Dokumenten-Anhänge am Schluß jedes Bandes ist diese Geschichte der KJI auch als Quellenwerk heranzuziehen. Die drei Bände geben nicht allein Aufschluß über die kriegsgegnerische Haltung der sozialistischen Jugendinternationale im Ersten Weltkrieg sowie über den wichtigen Platz der kommunistischen Jugend in den Klassenkämpfen in Deutschland 1918 - 1923 und in der ungarischen Räterepublik, sie belegen auch die überragende Bedeutung der kommunistischen Jugendorganisationen für den Aufbau der kommunistischen Parteien im westlichen Europa (in Belgien und Spanien kurzerhand durch Umkonstituierung des Jugendverbandes!) und informieren schließlich eingehend über die weniger dramatischen Abschnitte in der Geschichte der sozialistischen Jugendorganisationen vor dem Ersten Weltkrieg und der europäischen kommunistischen Jugendverbände 1924 - 1928; ein ganzes Kapitel des dritten Bandes ist der Entwicklung des chinesischen kommunistischen Jugendverbandes von seiner Gründung im Jahre 1921 bis zum Herbst 1928 gewidmet. Deutlich wird auch, daß es den kommunistischen Jugendorganisationen außerhalb der UdSSR bis zum Ende der zwanziger Jahre trotz aller Anstrengungen nicht gelang, wirkliche Massenorganisationen zu werden.

Ein nicht geringer Vorteil der Darstellungen Schüllers und Kurellas ist es, daß sie im ganzen flüssig und leichtverständlich, jedoch nicht oberflächlich geschrieben sind; Chitarow, der den dritten Band verfaßte, verfällt dagegen zuweilen in einen bürokratischen Stil.

Reinhold Enke

KURZANZEIGEN UND LITERATURHINWEISE

Western Europe. A Survey of Holdings at the Hoover Institution on War, Revolution and Peace, by Agnes F. Peterson. — Stanford: Hoover Institution, Stanford University 1970. IV, 60 S. \$ 3.00.

Dieser Überblick über die westeuropäischen Bestände der "Hoover Institution" (Stanford, Kalifornien) beschränkt sich in seinem deutschen Teil auf die Jahre nach 1945. Für die davorliegende Zeit sind detaillierte Bibliographien bereits vor einigen Jahren von Hildegard R. Boeninger, Grete Heinz und Agnes F. Peterson sowie Gabor Erdelyi und Agnes F. Peterson veröffentlicht worden. Der vorliegende Katalog umfaßt vor allem Regierungsdokumente, Zeitungen, andere Periodika und einige Archivalien. Die große Sammlung der Hoover Institution an Sekundärliteratur und Broschüren ist nicht aufgeführt. Besondere Schwerpunkte der Bestände für die Nachkriegszeit bilden Materialien zur Geschichte der SPD, KPD, der SED und des DGB. *pl*

Microfilms 1971. — Stanford: Hoover Institution Press 1971. III, 28 S.

In dem vorliegenden Katalog ist eine Auswahl jener russischen, französischen, deutschen, spanischen, arabischen und englischen Zeitschriften und Zeitungen aufgeführt, die auf Mikrofilm von der "Hoover Institution" (Stanford, Kalifornien) bestellt werden können. Der Katalog wendet sich also vor allem an Bibliotheken und Forschungsinstitute, die ihre eigenen Bestände vervollständigen wollen. Für den Historiker der Arbeiterbewegung von Interesse sind u. a.: *Communist International*, Petrograd/London/New York 1919 - 1940 (Organ der III. Internationale); *Freiheit*, Berlin 1918 - 1922 (Organ der USPD); *Die Rote Fahne*, Berlin 1918 - 1933 (Organ der KPD). *pl*

Die deutsche politische Emigration, 1933 - 1945. Katalog zur Ausstellung. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. — Bonn-Bad Godesberg 1972. XXIV, 135 S.

Der Katalog beschreibt die Exponate der gleichnamigen Ausstellung, die in Oberhausen genau 39 Jahre nach der faschistischen Machtübernahme in Deutschland eröffnet wurde. Die Ausstellung erhebt den Anspruch, einen repräsentativen Überblick über möglichst viele Gruppierungen der deutschen politischen Emigration zu vermitteln. Die Exponate entstammen den Beständen des SPD-nahen "Archivs der sozialen Demokratie" in Bonn und bedingen eine stärkere Betonung der sozialdemokratischen und freigewerkschaftlichen Richtung. Die Beschreibung der Exponate gibt vor allem einen Einblick in den Kampf der einzelnen Organisationen der deutschen Arbeiterbewegung gegen den Faschismus. Die Einleitung von Beatrix W. Bouvier zur Emigrationsgeschichte ist nicht geeignet, die Zufälligkeit des Archivbestandes historisch-kritisch zu gewichten und damit dem Anspruch eines repräsentativen Überblicks zu genügen. Dieses Unvermögen

dokumentiert nicht ein individuelles Versagen, sondern weist auf das gebrochene Selbstverständnis der heutigen Sozialdemokratie zu ihrer eigenen Geschichte und der Gesamtheit der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung hin. *H. J. O. Kohl*

German Exile Literature: A Symposium and Exhibit. Twenty-fourth Annual, University of Kentucky Foreign Language Conference, April 22-24, 1971, Lexington, Kentucky. 27 S.

Dieser Ausstellungskatalog enthält die Zusammenfassung der Vorträge, die auf einem Symposium zur deutschen Exilliteratur während der Nazizeit gehalten wurden (u. a. über Bert Brecht, Thomas Mann und Franz Werfel), und eine Liste der Ausstellungsstücke. Hier sind u. a. erwähnt: Zeitungen aus der Emigration (*Neuer Vorwärts*, *Der Gegen-Angriff*, *Freies Deutschland*, *A-I-Z - Arbeiter-Illustrierte-Zeitung*), Zeitschriften und andere Periodika aus der Emigration (*Deutschland-Information* des Zentralkomitees der KPD, *Die neue Weltbühne*, *Zeitschrift für Sozialismus*), illegale Flugblätter, Broschüren und Schriften (u. a. Gerhart Seger, *Oranienburg*, Karlsbad 1934) sowie Exil-Publikationen aus den USA (Gerhart Seger, *Wer hat das Reichstagsgebäude in Brand gesteckt?*, New York 1934; Veröffentlichungen des "Deutschen Arbeiterklubs", einer kommunistischen Organisation für deutsch-amerikanische Arbeiter; Veröffentlichungen des "Deutsch-Amerikanischen Kulturverbandes - The German American League of Culture", der 1935 von antifaschistischen Intellektuellen in den USA gegründet worden war). *pl*

Bibliographie de l'histoire du Mouvement ouvrier en Suisse, 1970. No. 769 à No. 852. Hrsg.: Groupe de travail pour l'histoire du Mouvement ouvrier en Suisse, Lausanne. H. 4 (Juni 1971). 19 S. Fr. 5,-.

In der vorliegenden vierten Folge wurde die Rubrik "Biographische Notizen", die das Hauptinteresse der Bibliographie darstellt, jedoch mehr und mehr auszuwuchern drohte, rigoros gestrafft: Es sind nur noch Artikel über einigermaßen bedeutende Persönlichkeiten aufgenommen, und nur insoweit, als sie ausführlichere Informationen enthalten. Daß wichtige Beiträge ungenannt bleiben, liegt, wie im Vorwort festgestellt wird, vor allem an dem Mangel an Mitarbeitern in der deutschsprachigen Schweiz. Die Bearbeiter wären dankbar, wenn ihnen - sowohl für bibliographische wie Dokumentationszwecke - weiterhin Bücher, Broschüren, Sonderdrucke etc. zur Verfügung gestellt würden. *rk*

The Labour Party. A select reading list excluding Labour Party publications, by The Labour Party Library. — O. O. [London] o. J. 24 S.

Die vorliegende Broschüre soll jenen behilflich sein, die sich kurzfristig darüber informieren wollen, welche Veröffentlichungen zur Geschichte und Politik der bri-

tischen Labour Party vorliegen. Die Auswahl der Literatur ist aufgrund der Erfahrungen der Bibliothekare der Bibliothek der Arbeiter-Partei getroffen worden. Diese Bibliographie ergänzt damit die vollständige Bibliographie aller Veröffentlichungen der Labour Party bis zum Jahre 1966, die 1967 erschien. Sie ist in vier Abschnitte gegliedert: 1. Allgemeine Geschichte, 2. Einzelprobleme, 3. Die Labour Party in einzelnen Regionen und 4. Biographien und Autobiographien. *pl*

ECKERT, Georg: **Hundert Jahre Lötzer Kettenaffäre. Zwei unbekannte Briefe Wilhelm Brackes an den Leiter der "Sektionsgruppe deutscher Sprache" der Internationalen Arbeiter-Assoziation**, in: *Braunschweigisches Jahrbuch*, Bd 51 (1970), S. 211-214.

Die hier mitgeteilten Briefe Wilhelm Brackes an Johann Philipp Becker in Genf vom 9. Juli und 6. September 1870 beleuchten schlaglichtartig die Kontroverse über die Einschätzung des deutsch-französischen Krieges innerhalb der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei. Der Braunschweiger Ausschuß der Partei, dem Bracke angehörte, hielt die Stimmenthaltung Bebels und Liebknechts bei der Bewilligung der Kriegskredite im Norddeutschen Reichstag am 21. Juli 1870 und ihre Erklärung, es handele sich um einen dynastischen Krieg, für einen schweren taktischen Fehler. Er bekannte sich dagegen drei Tage später in einem Aufruf an die Partei zur Politik der Landesverteidigung, da er in Napoleon den Aggressor erblickte und als ein Kriegsergebnis die nationale Einigung Deutschlands erhoffte. Die scharfe innerparteiliche Auseinandersetzung wurde erst nach Konsultation von Marx und Engels mit der Veröffentlichung des Braunschweiger Manifests vom 5. September 1870 beigelegt, das sich gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen und für einen ehrenvollen Frieden mit der französischen Republik aussprach. Die Publikation des Manifests nahmen die Militärbehörden zum Anlaß, die Mitglieder des Braunschweiger Ausschusses in Ketten zu legen und sie in einer Festung bei Lötzen zu internieren. *gk*

MICHELS, Robert: **Die Verelendungstheorie. Studien und Untersuchungen zur internationalen Dogmengeschichte der Volkswirtschaft**. Mit einem Vorwort von Heinz Maus. — Hildesheim/New York: Georg Olms 1970. VIII, 254 S. (Reprografischer Nachdruck der Ausgabe Leipzig 1928.)

Robert Michels' Ruf gründet sich auf seine "Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie", worin er insbesondere an der deutschen Sozialdemokratie das "eherne Gesetz" der Oligarchisierung auch demokratischer Parteiapparate aufzeigte. Wiewohl zeitlebens bürgerlicher Intellektueller, war er durch enge Berührung mit anarchosyndikalistischen Kreisen zur Idee der unmittelbaren Demokratie gelangt, was ihm eine Universitätslaufbahn in Deutschland unmöglich machte, so daß er 1907 einen Lehrstuhl in Turin annahm. Das hatte zur Folge, daß seine wichtigsten Schriften in

italienisch erschienen und in Deutschland weitgehend unbekannt blieben. So auch der vorliegende Band, der erstmals 1922 erschien. Er führt darin den dogmengeschichtlichen Nachweis, daß die häufig auf Marx zurückgeführte Lehre vom wachsenden Elend der Massen im Kapitalismus längst vor Marx vertreten wurde. Michels hat dazu umfangreiches Material neben Deutschland besonders aus Frankreich, England, Italien, Rußland und den USA zusammengetragen und zeigt die theoretische Entwicklung der Verelendungstheorie, aber auch die psychologischen Schwankungen bei Arbeitnehmern und Arbeitgebern auf. Er kommt dabei zu dem Ergebnis, daß die Verelendungstheorie als weitgehend überholt gelten könne. *hb*

WILDE, Harry: **Friedrich Engels. Zum 150. Geburtstag am 28. November 1970**, in: *Die Zukunft. Sozialistische Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur*, Wien, Jg. 1970, H. 22, S. 11-17; in italienischer Übersetzung unter dem Titel *Per il 150° anniversario della nascita di Friedrich Engels*, in: *Critica Sociale. Rivista quindicinale del socialismo*, Mailand, Bd 62 (1970), H. 24 und Bd 63 (1971), H. 1.

Anhand einiger Werk- und Briefauszüge von Marx und Engels sowie der Sekundärliteratur zeichnet Harry Wilde die Entwicklung des jungen Engels nach und deutet dessen Einfluß auf die geistige Entwicklung von Marx an. Aus der Einheit ihres theoretischen und praktischen politischen Wirkens zieht Wilde den Schluß, "daß die politischen Erkenntnisse, die Engels nach Marx' Tod (1883) am Ende seines Lebens gewann, auch für den Freund mitgelten" (S. 14). Die historisch-politische Konzeption dieser Argumentation tritt in dem Augenblick offen zutage, wo er Engels auf der Grundlage seines vollständigen, von Bernstein verstümmelten Vorwortes zu Marx' Broschüre *Der Bürgerkrieg in Frankreich* zum Vater des Revisionismus uminterpretiert. Diese nicht neuen Bemühungen der rechtssozialdemokratischen Geschichtsschreibung werden ergänzt durch antikommunistische Thesen. Beispielsweise wird der "revisionistische Weg" der Arbeiterbewegung in mehreren westeuropäischen Ländern mit dem Hinweis verteidigt, "daß er den Arbeitern mehr Vorteile brachte als in den kommunistisch regierten Staaten der Weg Lenins" (S. 17). Gleichfalls rechtfertigt Wilde die systemstabilisierende Funktion der deutschen Sozialdemokratie an der Jahreswende 1918/19, den revolutionären Prozeß auf der Stufe einer bürgerlich-demokratischen Umgestaltung durch Wahlen zur Nationalversammlung zum Stehen zu bringen, mit dem Bemühen der Parteiführung, "den in Rußland nach dem Attentat auf Lenin (30. August 1918) sich überschlagenden 'Roten Terror' für Deutschland abzuwenden" (S. 17). *H. J. O. Kohl*

TOPOLSKI, Jerzy: *Lénine et les sciences historiques*, in: *Acta Poloniae Historica*, Bd 22 ("Centenaire de Lénine"), Warschau 1970, S. 5-17.

Ausgehend von Lenins historischem Hauptwerk "Die Entwicklung des Kapitalismus in Rußland" von 1899 und der Bedeutung seiner gesamten historischen Arbeiten für die Ausarbeitung und Entwicklung des revolutionären theoretischen Ansatzes des historischen Materialismus und seiner Beziehung zur Praxis, unterscheidet Topolski als die beherrschenden Theorieelemente Lenins: die Revolutionstheorie und die Theorie der ungleichzeitigen Entwicklung des Kapitalismus. Diese Elemente werden anhand von Beispielen aus Lenins historischem Gesamtwerk konkretisiert, wobei Topolski das besondere Interesse der polnischen Historiker an Lenins Aussagen zur nationalen Frage unterstreicht.

H. J. O. Kohl

WEISSER, Gerhard: *Die politische Bedeutung der Wissenschaftslehre*. Erweiterte Fassung eines auf der öffentlichen Vortragsveranstaltung des Kuratoriums der Friedrich-Ebert-Stiftung am 20. 10. 1970 in München gehaltenen Vortrags. – Göttingen: Verlag Otto Schwartz & Co. 1970. 68 S. = Monographien zur Politik, H. 10.

Das vorliegende Plädoyer für den "friesianischen Typ des philosophischen Kritizismus" schafft in hohem Maße Klarheit über die theoretische Unklarheit seines Verfassers. Gerhard Weisser, neben seinem Nelson-Mitschüler Willi Eichler einer der einflussreichsten SPD-Theoretiker der Nachkriegsjahre, offenbart ein profundes Fehlverständnis der Lehren eben jenes Karl Marx, dem er als "einem der größten unter den Abstraktdenkern der Neuzeit" huldigt, um ihn zugleich als "unbewußten Metaphysiker" zu desavouieren. Marx spürte angeblich "die Gefahr, daß die von ihm umgestülpte Hegelsche Geschichtsmetaphysik psychisch zu einem Verhalten führe, das er und Engels, die revolutionären Kämpfer gegen soziales Unrecht, keineswegs wollen konnten: Wenn der dialektische Lauf der Geschichte und sogar ihr visionär erfaßtes Ende, die staatslose Genossenschaft der Freien, ohnehin geschichtlich feststeht – welchen Sinn soll dann der geplante Kampf gegen jeweilige gesellschaftliche Verhältnisse noch haben? Die Geschichte werde ja in jedem Fall für das gute Ende sorgen. So erfand er denn in glücklicher Inkonsistenz die Lehre von der revolutionären 'Geburtshilfe'." So Gerhard Weisser anno 1970. Und so schon 1890 Wilhelm Liebknecht in Halle: "Irgend ein übel beratener Literat hat jüngst gesagt, die Marxsche Lehre schließe die Gefahr in sich, den Glauben zu erzeugen, wir hätten mit verschränkten Armen dazustehen und, während der Entwicklungsprozeß sich von selbst vollziehe, es ruhig abzuwarten, bis die Suppe der Sozialdemokratie gekocht sei. Der Mann, der das geschrieben, hat keine Zeile von Marx gelesen oder verstanden." Eben.

sk

HENDERSON, W. O.: *William Thomas Mulvany – ein irischer Unternehmer im Ruhrgebiet 1806 - 1885*. Hrsg. vom Forschungsinstitut für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte an der Universität zu Köln. – Köln 1970. 20 S. = Kölner Vorträge zur Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, H. 12.

Die kleine Schrift stellt eine mit detaillierten Anmerkungen versehene Bearbeitung eines Vortrages dar, den W. O. Henderson, Manchester, im Seminar für Wirtschafts- und Sozialgeschichte der Kölner Universität im Mai 1970 gehalten hat. Der Autor stellt die Person Mulvanys zunächst in den Gesamtrahmen des Einflusses irischen Kapitals auf die industrielle Entwicklung des Ruhrgebietes in den fünfziger und sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, beschränkt sich dann jedoch weitgehend auf Angaben zur persönlichen Tätigkeit Mulvanys als einem der wichtigsten Initiatoren einer unternehmensübergreifenden Bergbaupolitik. Als aktivem Mitbegründer des "Bergbaulichen Vereins" galt sein Interesse besonders der Krisenbekämpfung. Bedeutende Erfolge brachten ihm seine Bemühungen um die Lösung des Transportproblems, Mulvanys sozialpolitische Einstellung, sein Kampf gegen die noch in den Anfängen stehende gewerkschaftliche Bergarbeiterbewegung, wird in die Darstellung nicht mit einbezogen.

Monika Wölk

VALIANI, Leo: *Le mouvement socialiste en Europe après 1914*, in: *Cahiers Vilfredo Pareto. Revue Européenne des Sciences Sociales*, Genf, Bd 20 (1970), S. 93-119.

In dem vorliegenden Bericht, der die Grundlage für ein Referat auf dem XIII. Internationalen Historikerkongreß in Moskau bildete, unternimmt Valiani den Versuch, einen vergleichenden Überblick über die Entwicklung der sozialistischen Bewegung in den Ländern Europas zwischen den Weltkriegen zu geben. Ausgehend von der Feststellung, daß sich – trotz der Wirtschaftskrise – der Lebensstandard der Arbeiterklasse durch Tarifverträge, Arbeitszeitverkürzung, Sozialgesetzgebung und die technologische Entwicklung in der Zwischenkriegszeit insgesamt erhöht habe, untersucht er die Rolle der Gewerkschaften und der sozialistischen und kommunistischen Parteien im Kampf um die Durchsetzung sozialpolitischer Zugeständnisse für das Proletariat. Anhand der neueren Literatur skizziert er in großen Zügen die Geschichte der Arbeiterorganisationen von der "Vaterlandsverteidigung" im Ersten Weltkrieg bis hin zur Volksfrontpolitik gegen den Faschismus. Dabei nimmt die detaillierte Analyse und Kritik der deutschen Arbeiterbewegung breiten Raum ein. Aus den Erfahrungen des Verlaufs der Revolution in Deutschland 1918/19 stellt sich ihm als allgemeines Problem das der Verbindung des Kampfes für den Sozialismus mit der Eroberung und Verteidigung der politischen Demokratie, da in der Zwischenkriegszeit die Einheit der sozialistischen Bewegung nur im Kampf um die Verteidigung oder Wiedereroberung der politischen Demokratie wiederhergestellt werden konnte. Als Ergebnis konstatiert Valiani,

daß sich zwar in dem von ihm behandelten Zeitraum die sozialistische Bewegung in den industrialisierten Ländern Westeuropas zu einer Massenbewegung entwickelte, daß aber weder Weltwirtschaftskrise noch Hochkonjunktur der Sozialisierung des Wirtschaftslebens den Weg geebnet haben. Die sozialistischen Parteien hätten sich notwendigerweise [?] auf die staatliche Wirtschafts- und Finanzpolitik hin orientiert und der nur partiellen Verstaatlichung einzelner Zweige der Industrie und des Finanzwesens auf der Basis einer Politik der Vollbeschäftigung den Vorrang gegeben. Hinzuzufügen bleibt, daß die sozialistische Arbeiterbewegung mit ihrer Hinwendung zum bürgerlichen "Wohlfahrtsstaat" den Kampf um die Verwirklichung des Sozialismus auf den Sanktnimmerleinstag verschoben hat.

gk

VOLLMER, Helmut J.: Die außenpolitischen Vorstellungen des Kreises um die Sozialistischen Monatshefte (1916 - 1920). — Magisterarbeit FU Berlin 1969. 130 S.

Das Programm dieser revisionistischen Gruppe um Joseph Bloch war durch die Kontinentaleuropa-Konzeption bestimmt. Nach einem allgemeinen Kapitel über die *Sozialistischen Monatshefte*, ihre Hauptmitarbeiter und ihre Stellung innerhalb der Sozialdemokratie werden die außenpolitischen Grundanschauungen — Englandfeindschaft, Deutschlands "berechtigtes" Weltmachtstreben — und deren sozialistische Grundlagen bzw. Verbrämungen referiert. Ein weiteres Kapitel behandelt die konkrete Kontinentaleuropapolitik der *SM* während des Ersten Weltkrieges, die darin zum Ausdruck kommende spezifische Imperialismus-Variante und die Stellung zu einzelnen Ländern wie Rußland, Polen und Frankreich. Abschließend gibt Vollmer einen Überblick über die Fortsetzung dieser Politik in den ersten Jahren der Weimarer Republik. Die Arbeit fußt auf den in den *SM* veröffentlichten Aufsätzen sowie auf weitgehend unbekanntem Quellenmaterial aus verschiedenen Nachlässen.

hb

KNILLI, Friedrich: Arbeiter-Radio-Bewegung, in: Ders., *Deutsche Lautsprecher. Versuche zu einer Semiotik des Radios*, Stuttgart: J. B. Metzler 1970, S. 102-118.

Mit der Gewichtigkeit von 90 Anmerkungen täuscht Knilli eigene wissenschaftliche Forschungsleistung zum behandelten Thema vor. In Wirklichkeit liefert er eine dürftige Kompilation, die auch in der Tendenz weitgehend mit der Leipziger Doktorarbeit von Horst Hanzl und dessen einschlägigem Beitrag für Fernstudenten der Karl-Marx-Universität übereinstimmt.

sk

SCHUSTER, Dieter: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung/DGB. Hrsg. vom DGB-Bundesvorstand, 3. Aufl. — Düsseldorf 1971. 139 S.

Dieser vom Leiter der Dokumentationsabteilung beim DGB-Bundesvorstand verfaßte kurze Abriss der Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ihres aktuellen Standes hat eine Auflage von 150 000 erreicht und ist in zahlreiche Sprachen übersetzt. Die erweiterte Neuauflage kann vom DGB-Bundesvorstand Düsseldorf bezogen werden.

hb

Der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB). Geschichte und Organisation. Hrsg. von der Friedrich-Ebert-Stiftung. — Bonn-Bad Godesberg: Verlag Neue Gesellschaft 1970. 61 S. = Die DDR. Realitäten — Argumente. **FELGENTREU, Herbert: FDGB. Richtig programmiert. Erfolgreiche Interessenvertretung.** — Berlin: Verlag. Tribüne 1970. 57 S. DM 1,30.

Die Broschüre der Friedrich-Ebert-Stiftung stellt sich als erste einer Reihe von Schriften über die Lage der Arbeitnehmer in der DDR vor. Unter dem Aspekt beginnender Gespräche zwischen DGB und FDGB will sie jene Kenntnisse vermitteln, ohne die der innerdeutschen Gewerkschaftsdiskussion eine wesentliche Voraussetzung fehlen würde. "Dabei geht es nicht um Schwarz-Weiß-Malerei. Aber man muß wissen, was man auf der anderen Seite antrifft, an Positivem ebenso wie an Negativem. Das alles soll helfen, einen Standpunkt aus der Sicht unserer pluralistischen Demokratie zu gewinnen, die für sich nicht den Anspruch erhebt, vollkommen zu sein." Das vorliegende Heft bietet im Hauptteil eine faktenreiche und problemgebundene, wenn auch gedrängte Darstellung der Geschichte des FDGB, dessen subjektive Funktion "als die eines Helfers bei der Herstellung gesellschaftlicher Harmonie" unter sozialistischen Vorzeichen eingeschätzt wird. Im Interesse der Sicherung des Friedens plädieren die Herausgeber dafür, ein "geregeltes Nebeneinander auch zwischen den Gewerkschaften zu schaffen, die in den verschiedenen gesellschaftlichen Systemen wirken". — Verglichen mit dem Beitrag der Ebert-Stiftung besitzt die durch stramme Parteilichkeit beeindruckende Broschüre Felgentreus nur mäßigen Informationswert. Gleichwohl hat auch sie ihre Meriten: Indem der Verfasser den Faden seiner Kurzgeschichte des FDGB nach der 10. Bundesvorstands-Tagung von 1952 abrupt durchschneidet und sich den kühnen Sprung bis hin zum 10. Kongreß vom Jahre 1968 erlaubt, erspart er ungefestigten Lesern brotlose Zweifel an der jederzeit richtigen Programmierung.

sk

NEULAND, Franz: Die Frankfurter Buchdruckerordnungen. Hrsg.: Industriegewerkschaft Druck und Papier, Bezirk Frankfurt am Main. — Frankfurt/M. o. J. [1971]. 25 S.

Die frühe Arbeiterbewegung verdankt den Buchdruckern, die sich von jeher als eine Art Arbeiteraristokratie verstanden, sehr viel. Neulands kenntnisreicher Abriss der Frankfurter Buchdruckerordnungen legt hierfür zahlreiche Wurzeln bloß. Er zeigt in dem sehr schön gedruckten und illustrierten Bändchen, daß der Hauptzweck dieser Ordnungen die Disziplinierung der Gesellen und Arbeiter dieses kapitalintensiven Gewerbes und die Verhinderung ruinösen Wettbewerbs war. Die ersten Streiks der Buchdruckergesellen sind aus dem Jahre 1597 überliefert, wobei freilich die frühneuzeitlichen zunftmäßigen Ordnungen trotz ihres stark repressiven Charakters gegenüber den frühindustriellen Zuständen des 19. Jahrhunderts wie ein Arbeiterschutz erscheinen.

hb

NEULAND, Franz: **Die Frankfurter Arbeiter Presse.** Hrsg. von der Industriegewerkschaft Druck und Papier, Bezirk Frankfurt am Main. (Umschlag: Faksimile *Allgemeine Arbeiter-Zeitung*, Frankfurt a. M., Nr. 3 vom 24. Mai 1848). — O. O. [Frankfurt/M.] o. J. [1971]. 48 S.

Gestützt auf Materialien aus Privatbesitz und einschlägige Akten des Hauptstaatsarchivs Wiesbaden, vermittelt Neuland einen interessanten und kenntnisreichen Überblick über die Geschichte der Arbeiterpresse in Frankfurt von 1848 bis 1956. Vornehmlich unter politischen und publizistischen Aspekten wird die Entwicklung folgender Organe der Frankfurter Arbeiterorganisationen dargestellt: *Allgemeine Arbeiter Zeitung. Organ für die politischen und sozialen Interessen des arbeitenden Volkes, zugleich Zeitung des Arbeitervereins Frankfurt a. M.* Es erschienen nur 5 Nummern (Mai/Juni 1848); *Frankfurter Volksfreund* (Januar bis März 1875; April 1876 bis Oktober 1878) SPD; *Volksstimme* (Januar 1890 bis März 1933; Februar 1946 bis April 1954) SPD; *Freier Sport* (ab 1925) SPD-nah; *Verordnungsblatt des Arbeiter- und Soldaten-Rates* (von Dezember 1918 bis Januar 1919 erschienen 7 Nummern); *Volksrecht* (Februar 1919 bis September 1922) USPD; *Arbeiterzeitung* (Frühjahr 1923 bis Januar 1933; Vorläufer: *Rote Fahne, Kommunist, Südwestdeutsche Arbeiterzeitung*) KPD; *Sozialistische Volkszeitung* (August 1949 bis August 1956) KPD. Wenn auch die Analyse der *Volksstimme* den ihrer Bedeutung gemäßen breiten Raum einnimmt, so macht die Darstellung deutlich, daß in Frankfurt — und nicht nur dort — mit dem KPD-Verbot die letzten Vertreter der Spezies Arbeiterpresse zum Schweigen verurteilt wurden. — Es ist zu wünschen, daß man sich auch in anderen Städten der Geschichte der lokalen Arbeiterpresse widmet. gk

HANZLÍČEK, Karol: **Spomienky na začiatky robotníckeho hnutia v Bratislave.** [Rückblicke auf die Preßburger Arbeiterbewegung.] Hrsg. von Pavel Hapák. — Bratislava: Práca, Vydavateľstvo SROZ 1970. 161 S. Kčs 17.—.

Am 1. Februar 1869 gründeten Textilarbeiter in Preßburg (Bratislava) den Arbeiter-Bildungsverein "Vorwärts". Ideologisch stand er weitgehend auf dem Boden des Lassalleanismus. Karol Hanslitschek (Hanzlíček) gehörte zu den Gründungsteilnehmern dieser Organisation und beeinflusste ihre Entwicklung als leitender Funktionär bis zum Jahr 1893. Die vorliegende Veröffentlichung umfaßt die Erinnerungen Hanslitscheks, die er um die Jahrhundertwende in der Preßburger sozialdemokratischen Wochenschrift *Die Wahrheit* abdrucken ließ. Der Herausgeber ergänzte sie durch Auszüge aus Archiv- und Zeitungsmaterial, die teilweise als Faksimile beigelegt sind, eine inhaltliche Zusammenfassung in deutscher und russischer Sprache und ein Register. — Durch den organisatorischen Zusammenschluß der Preßburger Textilarbeiter wurde die Stadt zu dem bedeutendsten Agitationszentrum in Ungarn nach Budapest. Bereits im Herbst 1869 organisierte der Verein eine internatio-

nale sozialdemokratische Konferenz, auf der die Ergebnisse der Gründung der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Eisenach diskutiert wurden. Auf dem Kongreß der Internationalen Arbeiter-Assoziation in Basel informierte Marx die Delegierten über die gegen die Preßburger Arbeiter getroffenen Polizeimaßnahmen. Einen überregionalen Einfluß erlangte der Verein durch seine Presseorgane *Die Wahrheit* und *Der Zeitgeist*. Im Zusammenhang mit der Maifeierdebatte kam es zu einer Massenbewegung und anschließend zur Gründung der ersten Gewerkschaftsorganisation in Preßburg im Jahr 1893. Die Herausbildung neuer organisatorischer Formen unter den Arbeitern bedeutete für den Verein, daß sich seine Arbeit fortan auf die Arbeiterbildung beschränkte.

H. J. O. Kohl

SPD Ludwigsburg. 80 Jahre. 1891 - 1971. Hrsg.: Sozialdemokratische Partei Deutschlands, Ortsverein Ludwigsburg. Redaktion: Dr. Wolfgang Schmierer. — O. O. [Ludwigsburg] o. J. 62 S.

Wolfgang Schmierer und Karl Schnell geben in dieser Jubiläumsschrift einen aus den Quellen gearbeiteten Überblick über die Ludwigsburger Parteigeschichte, der vorzüglich geeignet ist, unter den 400 Mitgliedern des Ortsvereins historisches Bewußtsein zu wecken. Es wird gezeigt, wie schwer sich die Partei anfänglich in der Garnisons- und Beamtenstadt tat, u. a. deswegen, weil sich wegen des drohenden Militärverbots jahrelang kein Versammlungslokal fand. Noch 1895 erhielt der sozialdemokratische Landtagskandidat nur 66 Stimmen. Das änderte sich, als der 30jährige *Tagwacht*-Redakteur Wilhelm Keil die Kandidatur übernahm und nach sensationellen Wahlsiegen den Kreis im Landtag und Reichstag bis zum Ende der Weimarer Republik vertrat. Ein schauerliches Kapitel für die Ludwigsburger Partei war der nationalsozialistische Terror nach der Machtergreifung. — Die beigelegten Wahlstatistiken für die Zeit nach 1945 zeigen allerdings zumindest auf kommunaler und Landesebene eine ziemliche Stagnation der Partei um 30 %. hb

SZERER, Barbara: **Z dziejów ruchu robotniczego Wrocławia (1900 - 1914)** [Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Breslau (1900 - 1914)], in: *Acta Universitatis Wratislaviensis*, No. 137, Historia XX, Wrocław 1971, S. 35-84.

Wie überall in Deutschland erlebte auch die Arbeiterbewegung in Breslau während der Jahre 1900 - 1914 einen bedeutenden Mitgliederzuwachs, der zwar unter dem Reichsdurchschnitt, aber über dem Durchschnitt Schlesiens lag. Dem entsprachen Erfolge bei den Gemeinde- und Reichstagswahlen. Die Sozialstruktur des sozialdemokratischen Vereins glich der Bremens, Hamburgs, Berlins: Die relativ kleine Gruppe von Kopfarbeitern setzte sich vorwiegend aus Journalisten der Parteipresse und Gewerkschaftsfunktionären zusammen, also Autodidakten aus der Arbeiterklasse. Ähnliches gilt für das kleinbürgerliche Element. Was die Breslauer

Arbeiterbewegung besonders ausgezeichnete, war ihre enorme Aktivität auf dem Kultur- und Bildungssektor, die ihren Einfluß auf die Persönlichkeitsentwicklung der Arbeiter und ihrer Familienmitglieder nicht verfehlte. — Dem Aufsatz ist ein Resümee in französischer Sprache beigegeben. rk

METZMACHER, Helmut: **Der Arbeiter- und Soldatenrat 1918 in Aachen**, in: *Zeitschrift des Aachener Geschichtsvereins*, Bd 79 (1968), S. 149-161. — Ders.: **Der Arbeiter- und Soldatenrat 1918 in Krefeld**, in: *Die Heimat. Zeitschrift für niederrheinische Heimatpflege*, Bd 40 (1969), S. 82-84. — Ders.: **Die Herrschaft des Arbeiter- und Soldatenrates in Saarbrücken 1918**, in: *Zeitschrift für die Geschichte der Saargegend*, Bd 19 (1971) (Festschrift zur 650jährigen Verleihung des Freiheitsbriefes an Saarbrücken und St. Johann), S. 230-248.

In zunehmendem Maße gewinnt auch in der BRD die historische Forschung zur regionalen Rätebewegung in der deutschen Revolution 1918/19 an Bedeutung. Einen Beweis für diese Tatsache bilden die quellenmäßig sehr fundierten Aufsätze des jungen Historikers H. Metzmacher zur Rätebewegung in Aachen, Krefeld und Saarbrücken. In diesen Analysen — sie dienen als Vorstudien zu einer in naher Zukunft in der Reihe "Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte" erscheinenden größeren Arbeit *Arbeiter- und Soldaten-Räte 1918/19 in der Rheinprovinz* — vermittelt uns Metzmacher einen vertieften Einblick in die Räteorganisationen dieser drei Städte. In Übereinstimmung mit den Forschungsergebnissen der neueren westdeutschen Historiographie (insbesondere E. Kolb) gelangt der Autor zu dem Ergebnis, daß die A.- und S.-Räte in Aachen, Krefeld und Saarbrücken durch ihren Improvisationscharakter (Lösung aktueller Probleme wie Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung, Sicherstellung der Ernährung, Durchführung der Demobilisierung) und ihre Kompromißstruktur geprägt waren. Horst Dähn

STAUDINGER, Anton: **Die sozialdemokratische Grenzländerkonferenz vom 15. September 1933 in Salzburg**, in: *Festschrift Franz Loidl*, Bd 3, Wien 1971, S. 247-260.

Staudinger versucht aufgrund des aus dem Besitz Wilhelm Hoegners stammenden Protokolls der Sitzung die Politik der österreichischen Sozialdemokratie gegenüber der nationalsozialistischen Gefahr darzustellen, insbesondere das Problem der militärischen Zusammenarbeit mit der Regierung Dollfuß. Das im Anhang abgedruckte Protokoll gibt einen guten Einblick in die damalige Einschätzung der Lage durch die führenden österreichischen Sozialdemokraten. hb

Institut für Zeitgeschichte. Selbstverständnis, Aufgaben und Methoden der Zeitgeschichte. Chronik, Bibliothek, Archiv, Publikationen, Personalien. — München 1972. 40 S.

Diese Fest- und Repräsentationsschrift aus Anlaß der Einweihung des neuen Institutsgebäudes gibt eine Chronik der Geschichte der Institution sowohl in ihren organisatorischen und finanziellen Problemen als auch in ihren zahlreichen wissenschaftlichen Leistungen sowie eine Übersicht über die wertvollen Bestände des Archivs und der Bibliothek. Unter den zahlreichen zeitgeschichtlichen Forschungs- und Sammlungsgebieten ist allerdings die Geschichte der Arbeiterbewegung kaum vertreten. Der Schwerpunkt liegt nach wie vor in der Weimarer und der nationalsozialistischen Zeit. hb

HIRSCH, Helmut: **Lehrer machen Geschichte. Das Institut für Erziehungswissenschaften und das Internationale Schulbuchinstitut. Ein Beitrag zur Kontinuitätsforschung.** — Ratingen, Wuppertal, Kastellaun: A. Henn Verlag 1971. 264 S. = Schriftenreihe zur Geschichte und Politischen Bildung. DM 16,80.

Das Buch wird seinem Titel nicht ganz gerecht. Es handelt sich um einen Bericht über das einstige 'Institut für Erziehungswissenschaften' und heutige 'Internationale Schulbuchinstitut' in Braunschweig sowie seinen Begründer, Christian August Riekel, und den heutigen Leiter, Georg Eckert. Das Verhältnis des Individuums zur Geschichte oder der Einfluß des Einzelnen in bestimmten gesellschaftlichen Positionen auf das historische Geschehen bleiben ebenso unreflektiert wie der Kontinuitätsbegriff, der ja in der Geschichtsforschung nicht unbestritten ist. — Der Textteil gliedert sich in fünf Kapitel: August Riekel und das Institut für Erziehungswissenschaften zu Braunschweig — Vor-, Früh- und Gründungsgeschichte des Schulbuchinstituts — Das Schulbuchinstitut im Kreuzfeuer der östlichen und westlichen Kritik — Die Veröffentlichungen des Schulbuchinstituts — Der personelle und materielle Jammer — Schluß: Woher und Wohin? — Dokumentenanhang. Ausführlich beschreibt Hirsch die Persönlichkeit des Gründers des ersten Schulbuchinstituts und seine Absetzung auf Betreiben der Nazis, die Schulbuchbestrebungen in verschiedenen Ländern und die Arbeit der Pioniere der Schulbucherneuerung in der Bundesrepublik, vor allem Eckert und Schüddekopf. Das Verdienst, den Gründer und sicher zu Unrecht vergessenen Pädagogen Riekel zu würdigen, muß hervorgehoben werden. Insgesamt ist das Buch von einer subjektivistischen Betrachtungsweise geprägt, was der biographischen Charakteristik Riekels und Eckerts wie auch den speziellen Problemen des Braunschweiger Schulbuchinstituts nicht zugute kommt.

Ingrid Thienel

Umfrage zur Erforschung "demokratischer Freiheitsbewegungen"

Auf die Anregung von Bundespräsident Heinemann, die Erforschung "demokratischer Freiheitsbewegungen" zu intensivieren, versandte das kommunalwissenschaftliche Forschungsinstitut in Berlin Fragebogen an Archive und Institute, in denen nach bereits vorhandenen Quellenpublikationen und Darstellungen, unausgewertetem Quellenmaterial, bereits laufenden Arbeiten, entsprechenden Projekten und gewünschten Vorhaben gefragt wurde. Es gingen 45 Antworten, darunter von 24 Stadt- und 5 Staatsarchiven ein, das war etwa ein Viertel der Befragten. Mehr als die Hälfte der Antworten zogen nur das 19. und 20. Jahrhundert in Betracht. Es stellte sich insgesamt heraus, daß die Arbeiterbewegung zur Zeit im Vordergrund des Forschungsinteresses steht. Im Gegensatz zu den Darstellungen sind Quellenpublikationen sehr dünn gesät, was zweifellos mit einer Ursache für das Fehlen vergleichender lokalgeschichtlicher Untersuchungen darstellt. Offenbar liege vor allem in kommunalen Archiven noch sehr viel unausgewertetes Material, was die Erfahrungen der IWK-Redaktion, die sich ja laufend um entsprechende Archivberichte bemüht, voll bestätigt. Vor allem von einigen Archiven werde über mangelnde finanzielle und personelle Ausstattung geklagt. hb

* * *

TITELVERZEICHNIS

(Fortsetzung von S. 56)

G. DARSTELLUNGEN ZUR GESCHICHTE DER INTERNATIONALE

- 1725 BAUER, Marcel (Löwen): *Internationale und Vaterland. Analyse sozialdemokratischer Parteiorgane zu Fragen von Krieg und Frieden.* – (Auf der Grundlage ausgewählter Presseorgane, "Humanité", "Vorwärts" und "Arbeiter-Zeitung", soll die Macht und Ohnmacht der Kampfpresse untersucht werden.) – Staatsexamensarbeit. – Ms.-Abschluß Herbst 1972.
- 1726 PIAZZA, Hans (Leipzig): *Die Kommunistische Internationale und die nationale Befreiungsbewegung.* – Promotion B. – Abgeschlossen. – Hinweis in ZfG 20 (1972), H. 1.
- 1727 SCHEWTSCHENKO, Lidia (Ost-Berlin): *Zum Kampf der Kommunistischen Internationale um die Einheitsfront der Arbeiterklasse in den Jahren 1935 - 1939. Insbesondere um die Gewerkschaftseinheit und um die organisatorisch-politische Einheit der Arbeiterklasse. Dargestellt vorwiegend am Beispiel des Kampfes um die Arbeitereinheitsfront in Frankreich und Spanien.* – Diss. phil. – Abgeschlossen. – Hinweis in BzG 14 (1972), H. 2.

Vgl. auch 1720 (Kommunist. Internationale).

BERICHTIGUNGEN UND ERGÄNZUNGEN

Im Gegensatz zum bisherigen Verfahren werden weitgehende Themenänderungen von bereits angezeigten Projekten nicht mehr in dieser Rubrik bekanntgegeben. Unter Hinweis auf die ungültig gewordene Erstanzeige werden sie neu ins Titelverzeichnis aufgenommen. Geringfügigere Themenänderungen sowie Angaben über Stand und Veröffentlichung einer Arbeit sind nach wie vor an dieser Stelle zu finden.

Heft 3

- Nr. 370 Die Arbeit von Klaus SAUL (Hamburg) wurde 1971 unter dem Titel *Staat, Industrie und Arbeiterbewegung 1903 - 1914* von der Philosophischen Fakultät der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Veröffentlichung in zwei Bänden im Leibniz-Verlag, Hamburg (Bd 1 Ende 1972, Bd 2 1973).

Heft 5

- Nr. 623 Die Habilitationsschrift von Heinrich August WINKLER (Berlin) ist unter dem Titel *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik* in der Studien-Bibliothek des Verlags Kiepenheuer & Witsch, Köln, erschienen.

Heft 6

- Nr. 713 Die Arbeit von Waltraud IRELAND (Baltimore, Maryland) wurde 1971 unter dem Titel *The Lost Gamble: Theory and Practice of the Communist Party of Germany between Social Democracy and National Socialism* von der Johns Hopkins University als Ph. D. Dissertation angenommen. Umfang: 781 S.

* * *

Herrn Max SCHWARZ (Gehrden) haben wir für folgende Berichtigungen zu Angaben in Heft 14 zu danken:

"Zur Biographie Haenischs wird auf S. 2 der 13. März als Geburtstag angegeben. Tatsächlich aber ist in den bekannten Lexika der 14. März verzeichnet. (Siehe *Handbuch des Vereins Arbeiterpresse*, Berlin 1914, S. 267; *Wer ist's?*, VIII. Ausgabe, Leipzig 1922, S. 558; *Kürschners Deutscher Literatur Kalender 1924*, S. 338; *Handbuch für den Preußischen Landtag 1925*, S. 265.) – Auf S. 34 der IWK wird für Johann Most als Geburtsjahr 1856 angegeben. Richtig ist aber das Geburtsjahr 1846. (Siehe Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, Bd 4, Stuttgart 1969, S. 101; *Biographisches Lexikon zur deutschen Geschichte*, Berlin 1971, S. 483; Max Schwarz, *MdR – Biographisches Handbuch der deutschen Reichstage*, Hannover 1965, S. 406.)"

